



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



Date Due

[illegible]

Library Bureau Cat. No. 1137



3 1924 065 134 722

Archiv
des
Deutschen Landwirtschaftsrats

39. Jahrgang

**Bericht über die Verhandlungen der 47. Plenarversammlung
des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 28. und 29. Nov. 1919**

Beschlüsse der 43.—47. Plenarversammlung des D. L. R. 1915—1919

Im Auftrage des Vorstandes
herausgegeben vom
Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Dade

Berlin
Verlagsbuchhandlung Paul Parey,
Verlag für Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwesen,
S. W. Hedemannstr. 10
1920

5/1/17

HD
1405
D48
V. 39
1915-17

A505123

1/1/17

Inhaltsverzeichnis.

Organisation des Deutschen Landwirtschaftsrats.

	Seite
Statut	1
Geschäftsordnung	6
Verzeichnis der Mitglieder des D.L.R.	8
Anhang. Einrichtungen des D.L.R. und Organisationen, an denen der D.L.R. beteiligt ist.	
I. Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats	16
II. Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse	20
III. Ausschuß für Handelsgebräuche der landwirtschaftlichen Körperschaften	23
IV. Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft	25
V. Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat	34
Geschäftsbericht für 1918/19	36

Beschlüsse der 43.—47. Plenarversammlung des D.L.R. von 1915—1919	48
--	-----------

Geschäftlicher Teil der 47. Plenarversammlung.

Eröffnung der 47. Plenarversammlung	70
Beretreter der Staatsregierungen	73
Renwahl des Vorsitzenden	75
Renwahl von drei Mitgliedern zum Ständigen Ausschuß	78
Renwahl von zwei außerordentlichen Mitgliedern	78
Wahl von einem Mitglied und zwei Stellvertretern zum Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft	79
Wahl eines Stellvertreters in das Kuratorium der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse	79
Rechnungslegung für 1918 und Etatfestsetzung für 1919	80
Rechnungen der Preisberichtsstelle des D.L.R. vom 1. April 1917/1918 und 1. April 1918/1919	82
Geschäftliche Mitteilungen	84
Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Landwirtschaftsrats seit der letzten Plenarversammlung	88, 84
Reihenfolge der Tagesordnung	85

Referate und Verhandlungen der 47. Plenarversammlung (nach den stenographischen Aufzeichnungen).

Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.

	Seite
Antrag des Referenten	87
Referat von Excellenz Wirtl. Geh. Rat E d l e r von Braun = Berlin	88
Beschluß	109

Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes.

Beiträge des Referenten	111
Referat von Dr. A s m i s s = Kiel	112
Beschluß	128

Steuergesetzgebung und die Landwirtschaft.

Antrag des Referenten	131
Referat von Dr. O b e r f o h r e n = Kiel	133
Beschluß	141

Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch die Einführung von Betriebsräten.

Anträge des Referenten	143
Referat von Hofbesitzer D u s c h e = Hernhagen	143
Beschluß	152

Der Siedlungsplan der Reichsregierung.

Beiträge des Referenten	153
Referat von Landrat R o t b e r g = Fallingb.	153
Beschluß	170

Stellungnahme gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Antrag des Referenten	171
Referat von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. S e m m l e r = Breslau	171
Referat von Domänenrat B r ö b e r m a n n = Rügenb.	192
Beschluß	194

Landarbeitsordnung und Tarifvertrag für Forstarbeiter.

Antrag des Referenten	195
Referat von Frhr. von W a n g e n h e i m = Al.-Spiegel	195
Beschluß	212



Verzeichnis der Redner in der 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

- Andrä, S. 120.
 Asmis, S. 112, 127.
 Balduhn, S. 125.
 Behrens, S. 149.
 Brandes, S. 78, 126, 169.
 von Braun, S. 88.
 Brödermann, S. 192.
 Dade, S. 36, 72, 83, 84, 121.
 Dufche, S. 143.
 Frhr. v. Heiligsch, S. 80.
 von Reubell, S. 125, 160.
 von Ressel, S. 168.
 von Rösing-Niebergange, S. 108, 124, 166, 210, 212.
 Koch, Reichsminister, S. 74.
 Frhr. von Seeburg, S. 122, 124.
 Mehnert, S. 70, 73, 75, 76, 109, 120, 121, 122, 127, 128, 140, 141, 194.
 Müller-Karlruhe, S. 79, 122.
 Oberfahren, S. 133.
 von Oldenburg, S. 106, 162.
 Rabe, S. 168.
 Rotberg, S. 153, 169.
 Frhr. v. Schorlemer, S. 75, 76, 78, 79, 80, 83, 84, 85, 105, 149, 151, 160, 169, 192, 209, 212.
 Graf von der Schulenburg-Grünthal, S. 79.
 Semmler, S. 171, 212.
 Frhr. von Thüngen, S. 78, 79, 85, 109, 166.
 Walter, S. 126.
 Frhr. von Wangenheim, S. 105, 140, 163, 195, 212.
 von der Wense, S. 211.
 Graf von Westphalen, S. 169.
-

Statut

des

Deutschen Landwirtschaftsrates.

(Vom April 1872 mit Änderungen vom Jahre 1885, 1893, 1895, 1899, 1901 und 1909.)

§ 1.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat den Zweck, die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtumfange des Deutschen Reiches wahrzunehmen und überall, wo dieselben durch die Reichsgesetzgebung oder durch Anordnungen und Maßregeln der Reichsverwaltung gefördert werden können oder geschädigt zu werden Gefahr laufen, nicht nur die etwa von ihm geforderten Gutachten abzugeben, sondern auch unaufgefordert und beizeiten an den Reichskanzler motivierte Vorstellungen zu richten, oder sich mit Anträgen an den Reichstag zu wenden.

§ 2.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat besteht aus den Abgeordneten der in den deutschen Bundesstaaten und den deutschen Kolonien errichteten landwirtschaftlichen Vertretungen, welche kraft Gesetz oder Verordnung als die berufenen Vertretungen der Landwirtschaft von ihren Staatsregierungen anerkannt sind. Solange in einzelnen Bundesstaaten solche Vertretungen nicht bestehen, wählen die bisher dem Deutschen Landwirtschaftsrat angehörigen Vertretungen die Mitglieder zu demselben. Die Zahl der auf jeden Staat bezw. die einzelnen preussischen Provinzen fallenden Mitglieder ist unter Anlehnung an die Stimmberechtigung der Staaten im Bundesrat und unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse einzelner Staaten und Provinzen derart festgestellt, daß in den Deutschen Landwirtschaftsrat zu entsenden berechtigt sind:

1. Preußen 21 Mitglieder
und zwar:

Provinz Ostpreußen	2	"
" Brandenburg	2	"
" Pommern	2	"
" Schlesien	2	"
" Sachsen	2	"
" Schleswig-Holstein	2	"
" Hannover	2	"
" Westfalen	2	"
" Hessen-Nassau	2	"
" Rheinprovinz	2	"
Hohenzollernsche Lande . . .	1	"

Übertrag 21 Mitglieder

Übertrag 21 Mitglieder

2. Bayern	9	"
3. Sachsen	5	"
4. Württemberg	5	"
5. Baden	4	"
6. Hessen	3	"
7. Mecklenburg-Schwerin	2	"
5. Sachsen-Weimar	1	"
9. Mecklenburg-Strelitz	1	"
10. Oldenburg	1	"
11. Braunschweig	2	"
12. Sachsen-Meiningen	1	"
13. Sachsen-Altenburg	1	"
14. Sachsen-Coburg-Gotha	1	"
15. Anhalt	1	"
16. Schwarzburg-Sondershausen	1	"
17. Schwarzburg-Rudolstadt	1	"
18. Waldeck	1	"
19. Ruß ältere Linie	1	"
20. Ruß jüngere Linie	1	"
21. Lippe-Detmold	1	"
22. Schaumburg-Lippe	1	"
23. Lübeck	1	"
24. Bremen	1	"
25. Hamburg	1	"

Sa. 68 Mitglieder.

Außerdem ist der Ausschuß (cfr. § 5) berechtigt, aus den Kreisen der Wissenschaft für die jeweilige Wahlperiode vier außerordentliche Mitglieder zu kooptieren, welche dadurch für die gleiche Dauer als stimmberechtigte Mitglieder dem Deutschen Landwirtschaftsrat hinzutreten.

Die Stimmführung wird durch die gewählten Abgeordneten oder deren Stellvertreter sowie durch die außerordentlichen Mitglieder (cfr. Abs. 2) ausgeübt. Die Wahlperiode ist eine dreijährige.

Den landwirtschaftlichen Vertretungen bezw. Landwirtschaftskammern eines jeden Staates und einer jeden preussischen Provinz bleibt überlassen, sich über den Wahlmodus, nach welchem die Abgeordneten, beziehentlich deren Stellvertreter zu wählen sind, zu verständigen.

Die Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats haben eine Bescheinigung der zur Wahl berechtigten landwirtschaftlichen Vertretungen bezw. Landwirtschaftskammern darüber beizubringen, daß ihre Wahl ordnungsmäßig erfolgt ist.

§ 3.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat seinen Sitz in Berlin und tritt in der Regel auch dort zu seinen Beratungen zusammen. — Jede Versammlung ist jedoch berechtigt, zu beschließen, daß die nächste Versammlung an einem anderen Orte abgehalten werden soll.

§ 4.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird von dem Vorsitzenden (§ 5) zusammenberufen, so oft es derselbe für notwendig erachtet und wenn mindestens vier Ausschußmitglieder (§ 5) ihm beistimmen.

Außerdem muß die Berufung erfolgen, wenn 15 Mitglieder, welche mindestens drei verschiedene Staaten vertreten, darauf antragen.

§ 5.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wählt bei seinem ersten Zusammentreten in jeder dreijährigen Wahlperiode für die Dauer derselben aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter desselben und zwölf Ausschußmitglieder. — Der Vorsitzende und die beiden Stellvertreter bilden den Vorstand; der Vorstand und die zwölf Ausschußmitglieder bilden den Ständigen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats. Zur Gültigkeit jeder Wahl ist die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Wird diese bei dem ersten Scrutinium nicht erreicht, so muß zu engeren Wahlen geschritten werden, bei welchen diejenigen, welche weniger als 4 Stimmen erhalten haben oder in Ermangelung solcher, derjenige, welcher die wenigsten Stimmen erhalten hat, aus der Zahl der Wählbaren ausscheiden bzw. ausscheidet. Ist Stimmengleichheit vorhanden, so gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der jedesmalige Vorstand und Ausschuß bleiben so lange in Funktion, bis die neuen Wahlen stattgefunden haben.

§ 6.

Der Vorstand setzt für jede Sitzungsperiode die während derselben zur Beratung zu bringenden Gegenstände durch die von ihm zu entwerfende Tagesordnung fest. — Die Mitglieder haben das Recht, Gegenstände zu bezeichnen, welche sie auf die Tagesordnung gebracht zu sehen wünschen.

Der Vorstand ist aber nur dann verpflichtet, diesem Verlangen zu entsprechen, wenn mit der Bezeichnung des Gegenstandes ein bestimmt formulierter Antrag auf eine Entscheidung in diesem oder jenem Sinne verbunden, und der Antrag mindestens von 4 Mitgliedern unterzeichnet und mindestens 6 Wochen vor dem Zusammentreten des Deutschen Landwirtschaftsrats in die Hände des Vorsitzenden gelangt ist. Selbständige Anträge, welche von dem Vorstände nicht auf die Tagesordnung gesetzt sind, aber von 8 Mitgliedern unterstützt werden, können durch Beschluß der Versammlung noch nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden. — Gegenstände, welche auf die Tagesordnung gebracht sind, dürfen ohne Zulassung einer Beratung über dieselbe nur dann von der Tagesordnung wieder entfernt werden, wenn für den darauf gerichteten Antrag zwei Drittel der Anwesenden stimmen.

§ 7.

Der Vorsitzende hat die Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats, sofern nicht in dringenden Fällen ein schleunigeres Zusammentreten notwendig ist, vier Wochen vor jeder Versammlung zu derselben, unter Beifügung der Tagesordnung einzuladen. Er hat für jeden Gegenstand der Beratung einen oder mehrere Referenten zu ernennen und ist berechtigt, den Ausschuß vor jeder Sitzungsperiode oder während oder nach derselben zusammenzuberufen, wenn er eine vorherige Besprechung der in der Versammlung zu beratenden Gegenstände, oder die Mitwirkung des Ausschusses zur Ausführung der gefaßten Beschlüsse für notwendig erachtet. — Die abzugebenden Gutachten oder die an Reichsbehörden oder den Reichstag zu richtenden Anträge werden, nach der Bestimmung des Vorsitzenden,

von ihm selbst oder von dem Referenten oder dem Geschäftsführer entworfen und von dem Vorstande festgestellt und unterzeichnet.

§ 8.

Der Vorstand und der Ständige Ausschuß sind befugt, in dringenden Fällen, deren Behandlung einen Aufschub bis zum Zusammentritt der Plenarversammlung nicht gestattet, selbständig mit Vorstellungen und Anträgen an die Reichsregierung vorzugehen, jedoch unter der Verpflichtung, von solchen Schritten der nächsten Plenarversammlung zur nachträglichen Genehmigung Mitteilung zu machen.

§ 9.

Die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers sowie die Einrichtung eines Büros und des Kassensystems erfolgt durch den Ständigen Ausschuß. Dem Plenum bleibt das Recht vorbehalten, die Wahl des Geschäftsführers zu bestätigen.

§ 10.

Die Bürokosten, einschließlich des Gehalts des Geschäftsführers, sowie alle übrigen Ausgaben, welche durch das Zusammentreten des Deutschen Landwirtschaftsrats und die Erfüllung der dem Vorstande und dem Ständigen Ausschusse obliegenden Verpflichtungen entstehen, mit Ausschluß von Diäten und Reisekosten der einzelnen Mitglieder zur Plenarversammlung, werden auf sämtliche im Deutschen Landwirtschaftsrat vertretenen landwirtschaftlichen Vertretungen bezw. Landwirtschaftskammern verteilt*). Das Beitragsverhältnis der einzelnen Vereine wird nach dem Antrag des Ständigen Ausschusses durch das Plenum festgestellt.

§ 11.

Der Vorstand legt dem Deutschen Landwirtschaftsrat jährlich den Etat für das laufende und die Rechnung für das abgelaufene Jahr zur Prüfung und Genehmigung beziehungsweise Entlastung vor.

*) Das Beitragsverhältnis ist zuletzt durch den Beschluß des Plenums vom 15. Februar 1893 geregelt wie folgt:

Es werden gezahlt Beitragseinheiten im ganzen: 124.

Davon entfallen auf:

Preußen	47 Einheiten
und zwar	
Ostpreußen	4
Brandenburg	5
Pommern	4
Schlesien	6
Sachsen	5
Schleswig-Holstein	4
Hannover	4
Westfalen	4
Hessen-Nassau	4
Rheinprovinz	6
Sachsen-Altenburg	1

Übertrag 47 Einheiten

Übertrag: 47 Einheiten

Bayern	19
Sachsen	12
Württemberg	8
Baden	7
Hessen	4
Mecklenburg-Schwerin	4
Sachsen-Weimar	2
Mecklenburg-Strelitz	1
Oldenburg	2
Braunschweig	3
Sachsen-Meiningen	1
Sachsen-Altenburg	1
Sachsen-Coburg-Gotha	1
Anhalt	2
Schwarzburg-Condorshausen	1
Schwarzburg-Rudolstadt	1
Waldeck	1
Reuß ältere Linie	1
Reuß jüngere Linie	1
Lippe-Deimold	1
Schaumburg-Lippe	1
Lübeck	1
Bremen	1
Hamburg	1

Zusammen: 124 Einheiten

(Die Beitragseinheit beträgt z. Bt. 1000 M.)

Geschäftsordnung.

(Im Jahre 1879 revidiert.)

§ 1.

Der Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrats, der Geschäftsführer und vier, bei Beginn einer jeden Sitzungsperiode für die Dauer derselben von der Versammlung zu wählende Schriftführer bilden das Büro des Landwirtschaftsrats.

Von den vier Schriftführern hat in jeder Sitzung einer das Protokoll, der zweite die Rednerliste zu führen. Die Reihenfolge unter den Schriftführern bestimmt der Vorsitzende.

§ 2.

Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter eröffnet, leitet und schließt die Beratungen.

§ 3.

Die Gegenstände der Tagesordnung werden, sofern die Versammlung nicht anders beschließt, in der Reihenfolge, wie sie in derselben aufgeführt sind, erledigt.

§ 4.

Der Vorsitzende hat über jeden Gegenstand der Tagesordnung dem oder den Referenten das Wort zu erteilen und demnächst die Diskussion zu eröffnen.

Bei Gegenständen, welche mehr als einen Antrag umfassen, kann eine allgemeine Diskussion beschlossen werden. Andernfalls wird sofort die Spezialdiskussion eröffnet.

§ 5.

Die Mitglieder, welche sich nach der Eröffnung der Diskussion zum Worte melden, erhalten dasselbe in der Reihenfolge, wie sie sich gemeldet haben, jedoch mit der Maßgabe, daß, solange es möglich, die für die Bejahung und die für die Verneinung der Frage sprechenden Redner miteinander abwechseln. Außer der Reihenfolge der angemeldeten Redner kann das Wort nur zur Geschäftsordnung erbeten werden.

§ 6.

Bei der Beratung eines von Mitgliedern der Versammlung eingebrachten selbständigen Antrages kann einer der Antragsteller vor der Eröffnung der Diskussion nach dem Referenten und nach dem Schlusse derselben vor dem Referenten das Wort verlangen.

§ 7.

Anträge auf Abänderung des zur Diskussion gestellten Vorschlages (Amendements) können vor Eröffnung der Diskussion und während derselben dem Vorsitzenden schriftlich übergeben werden. — Sie werden von demselben verlesen, sobald dies ohne Unterbrechung eines Redners geschehen kann, gelangen aber nur dann zur Diskussion und Abstimmung, wenn sie von mindestens acht Mitgliedern unterzeichnet sind oder unterstützt werden.

§ 8.

Die Diskussion wird geschlossen, sobald niemand mehr das Wort begehrt, oder ein auf Schluß derselben eingebrachter und von mindestens acht Mitgliedern unterstützter Antrag von der Mehrheit angenommen wird.

Nach dem Schlusse haben nur die Referenten das Wort, und zwar der Hauptreferent zuletzt. Über den Antrag auf Schluß findet keine Diskussion statt.

§ 9.

Nach dem Vortrag der Referenten, beziehungsweise den persönlichen Bemerkungen, stellt der Vorsitzende die zu entscheidenden Fragen und bringt dieselben, nachdem bei erhobenem Widerspruch die Entscheidung der Versammlung herbeigeführt ist, zur Abstimmung.

§ 10.

Die Abstimmung geschieht nach absoluter Mehrheit durch Erheben der Hände oder Aufstehen und Sitzenbleiben, je nach der Bestimmung des Vorsitzenden. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als verneint. Ist das Ergebnis nach Ansicht des Vorsitzenden oder eines der beiden fungierenden Schriftführer zweifelhaft, so wird die Gegenprobe gemacht. Liefert auch diese kein sicheres Ergebnis, so wird Zählung durch die beiden fungierenden Schriftführer vorgenommen. Ergibt die Zählung eine Majorität von weniger als drei Stimmen, so muß, wenn ein Mitglied oder der Vorsitzende es verlangt, namentliche Abstimmung erfolgen. Außerdem kann beim Schluß der Beratung vor der Aufforderung zur Abstimmung der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt werden, und diesem Antrage ist zu entsprechen, wenn mindestens acht Mitglieder denselben unterstützen.

§ 11.

Das Protokoll, welches den tatsächlichen Hergang der Versammlung wiedergeben und alle gestellten Anträge, die gefaßten Beschlüsse, sowie das Resultat der Abstimmungen vollständig enthalten muß, liegt während der nächsten Sitzung resp. bei der letzten, eine Stunde nach Schluß derselben zur Einsicht aus und wird, wenn dagegen kein Einspruch erhoben ist, als genehmigt erachtet. Wird gegen die Fassung Einspruch erhoben, welcher sich nicht durch den Vorsitzenden heben läßt, so steht der Versammlung auf Befragen des Vorsitzenden die endgültige Entscheidung, resp. für die letzte Sitzung dem Vorstande zu. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem Protokollanten unterzeichnet.

§ 12.

Jeder Antrag auf Statutenabänderung ist einer zweimaligen Abstimmung an zwei verschiedenen Sitzungstagen derselben Sitzungsperiode zu unterwerfen.

§ 13.

Alle Beratungsgegenstände können in jedem Stadium der Beratung bis zur Abstimmung infolge eines von acht Mitgliedern unterstützten Antrages in eine Kommission von mindestens drei Mitgliedern verwiesen werden, nachdem ein Redner für und ein Redner gegen die Überweisung gehört ist.

§ 14.

Anträge, welche verworfen sind, dürfen in derselben Sitzungsperiode nicht wieder eingebracht werden.

§ 15.

Der Geschäftsführer hat die Rechte eines Mitgliedes ohne Stimmrecht.

Verzeichnis
der
Delegierten und stellvertretenden Delegierten
zum
Deutschen Landwirtschaftsrat.

Wahlperiode 1920/1922.

Büro: Berlin W, Winterfeldtstraße 37.
(Abgeschlossen im Februar 1920.)

Ständiger Ausschuß.

Vorstand und Ausschußmitglieder.

a) Vorstand:

Frhr. von Schorlemer-Meser a. d. Mosel, Rheinpr. (Nr. 19 des Verz.), **Vorsitzender.**
Erster stellv. Vorsitzender: *vacat.*
Rehnert, auf Mebingen, Sachsen (Nr. 31 des Verz.), **zweiter stellv. Vorsitzender.**

b) Ausschußmitglieder:

Bartmann-Lübke-Homburg v. d. G., Reg.-Bez. Wiesbaden (Nr. 18 des Verz.)
Brandes-Althof, Ostpreußen (Nr. 1 des Verz.)
vacat.
von Alising-Niederzauche, Schlesien (Nr. 17 des Verz.)
Frhr. von Ledebur-Crollage, Westf. (Nr. 15 des Verz.)
vacat.
vacat.

Graf von der Schulenburg-Grünthal, Brandenburg (Nr. 3 des Verz.)
von Strebel-Stuttgart, Württemberg (Nr. 40 d. Verz.)
Frhr. von Thüngen-Thüngen, Bayern (Nr. 29 d. Verz.)
Walter-Lengfeld, Hessen (Nr. 45 d. Verz.)
Frhr. von Wangenheim-Al-Spiegel, Pommern (Nr. 5 des Verz.)

Hauptgeschäftsführer:

Dr. Dade, a. o. Professor an der Universität Berlin.

Außerordentliche Mitglieder:

1. Justizrat **Dr. Meidinger**, Berlin-Nikolassee, Chymbernstraße 11.
2. Geh. Reg.-Rat Professor **Dr. Cering-Dahlem**, Luciusstraße 9.
3. Geh. Reg.-Rat Professor **Dr. Tacke-Bremen.**
4. *vacat.*

Verzeichnis der im Deutschen Landwirtschaftsrat vertretenen Landwirtschafts- kammern und anderen Zentralvertretungen und ihrer Delegierten.

I. Preußen.

a) Provinz Ostpreußen.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen in Königsberg.)

1. **Dr. Brandes**, Präsident der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer, Althof bei Insterburg.

Stellv. **Fehr. von Lettau-Tolks**, Erzellenz, Schloßhauptmann, 1. stellv. Präsident der Landwirtschaftskammer, Majoratsherr auf Krapphausen bei Nebbenau, Kreis Pr. Eylau.

2. **Balduhn**, Rittergutsbesitzer, Rodmannshöfen bei Neuhausen, Kreis Königsberg i. Pr.

Stellvertr. **Papendieck**, Gutsbesitzer, Chelchen bei Duneghen.

b) Provinz Brandenburg.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg in Berlin.)

3. **Graf von der Schulenburg-Grünthal**, Präsident der genannten Kammer, Fideikommißbesitzer, Grünthal (Mark).

Stellvertr. **von Bappritz**, Ritterschaftsdirektor in Rabach (Neumark).

4. **von Ritzing**, stellv. Präsident der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer auf Charlottenhof bei Biez, Ostbahn.

Stellvertr. **von Freier**, Kammerherr, Ritterschaftsdirektor, Hoppenrade bei Garz (Kreis Ostprignitz).;

c) Provinz Pommern.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern in Stettin.)

5. **Fehr. von Wangenheim**, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer auf Al.-Spiegel bei Groß-Mellen, Bezirk Stettin.

Stellvertr. **von Herzberg**, Landschaftsdirektor auf Lottin, Kreis Neustettin.

6. **Friedrichs**, Oekonomierat, Stralsund.

Stellvertr. **von Oppensfeld**, Rittergutsbesitzer auf Reinsfeld, Kreis Belgard a. P.

d) Provinz Schlesien.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien in Breslau.)

7. **von Ritzing**, Geh. Reg.-Rat, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer, Nieder-Bauche, Kreis Sprottau.

Stellvertr. **Neubertscher**, Oekonomierat, Schweidnitz, Bismarckstr. 2.

8. **Graf von Büdler-Burghaus**, Landschaftsdirektor der Oberschlesischen Fürstentums-Landschaft und Major a. D. auf Schloß Friedland, Bez. Oppeln.
Stellvertr. **von Vermuth**, Amtsrat, Rittergutsbesitzer, Heinzendorf, Kreis Gührau.

e) Provinz S a c h s e n.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle a. S.)

9. **Graf von der Schulenburg-Hessler**, Präsident der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer, Bienenburg a. d. Unstrut.
Stellvertr. **Dr. Rabe**, Landesökonomierat, geschäftsführender Direktor der genannten Kammer, Halle a. S.]
10. **Wesche**, Ökonomierat und Gutsbesitzer, 2. Vizepräsident der genannten Kammer, in Raunitz bei Nauendorf (Saalkreis).
Stellvertr. **Braune**, Amtsrat, Winningen, Bez. Magdeburg.

f) Provinz S c h l e s w i g - H o l s t e i n.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein in Kiel.)

11. **Graf zu Rantzau-Dreitenburg**, Vorsitzender der genannten Kammer, auf Dreitenburg bei Iphoe.
Stellvertr. **Jensen**, Landesökonomierat, Ausacker bei Husby.
12. **Dr. H. H. Engelbrecht**, Hofbesitzer auf Obenbeich bei Glückstadt.
Stellvertr. **Peters**, Hofbesitzer, Brunsbüttelkoog.

g) Provinz H a n n o v e r.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover in Hannover.)

13. **Walat**.
Stellvertr. **Feldmann**, Rittergutsbesitzer, Frankensfeld bei Rethem (Aller).
14. **Hinke**, Ökonomierat, Gutsbesitzer, Ditzfelde bei Ebstorf i. H.
Stellvertr. **Degen**, Ökonomierat, Hofbesitzer, Plankorth bei Bawinkel, Hannover.

h) Provinz W e s t f a l e n.

(Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen in Münster i. W.)

15. **Fhr. von Ledebur**, Kammerherr, Vorsitzender der genannten Kammer, Crollage bei Holzhausen, Kreis Lübbecke.
Stellvertr. **Fhr. von Kerkerink zur Borg**, Rittergutsbesitzer, Haus Borg bei Minkerode.
16. **Westermann**, Ehrenamtmann, Lütgendortmund.
Stellvertr. **Graf von Westphalen**, Rittergutsbesitzer, Haus Laer bei Meschede.

i) Provinz H e s s e n - N a s s a u.

(Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Cassel in Cassel.)

17. **von Reubell**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer auf Schloß Wolfsbrunnen bei Schwebda, Kreis Eschwege.
Stellvertr. **Reichmann**, Fideikommißbesitzer in Lembach bei Vorken (Bez. Cassel).
- (Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden in Wiesbaden.)
18. **Bartmann-Lübcke**, Landesökonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer in Homburg v. d. H., Ottilienstr. 1.
Stellvertr. **von Heimbürg**, Kammerherr und Polizeipräsident a. D., stellvertretender Vorsitzender der genannten Kammer, in Wiesbaden.

k) Rheinprovinz.

(Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in Bonn.)

19. Dr. **Jrhr. von Schorlemer-Lieser**, Staatsminister, Vorsitzender der genannten Kammer, Schloß Lieser a. d. Mosel.
Stellvertr. **Felix Zensing**, Ökonomierat, Gutsbesitzer zu Hütthum bei Emmerich.
20. **Graf Beigel von Gumnich**, Kammerherr und Landrat, stellvertretender Vorsitzender der genannten Kammer, zu Schloß Frens bei Horrem.
Stellvertr. **Th. Fühling**, Landesökonomierat, Rittergutspächter zu Horbell bei Köln.

l) Hohenzollern.

(Zentralstelle des Vereins für Landwirtschaft und Gewerbe in Hohenzollern zu Sigmaringen.)

21. vacant.

Stellvertr. **Dietlen**, Domänenpächter, Sigmaringen.

II. Bayern.

(Bayerischer Landwirtschaftsrat zu München.)

22. **Jos. Steininger**, Landesökonomierat, Gutsbesitzer, II. Präsident des Bayerischen Landwirtschaftsrats, Westerham bei Bad Miling (Bayern).
Stellvertr. **Hubert Zischla**, Landesökonomierat und Generalsekretär des Bayerischen Landwirtschaftsrats in München, Prinz Ludwig-Str. 3.
23. **Hubert von Schilcher**, Kammerer und Gutsbesitzer in Dietramszell in Oberbayern.
Stellvertr. **W. Eneßkind**, Landesökonomierat, München, Barerstraße 46.
24. **Mittermeier**, Landesökonomierat, I. Präsident des Bayerischen Landwirtschaftsrats, Guts- und Brauereibesitzer in Gaunersdorf (Niederbayern).
Stellvertr. **Münsterer**, Ökonomierat, Guts- und Brauereibesitzer in Altheim in Niederbayern.
25. **Franz von Buhl**, Reichsrat und Gutsbesitzer, Deidesheim (Pfalz).
Stellvertr. Dr. **Friedrich von Bassermann-Jordan**, Gutsbesitzer, Deidesheim (Pfalz).
26. **Rebhel**, Landesökonomierat und Gutsbesitzer in Fronberg bei Schwandorf (Oberpfalz).
Stellvertr. **H. Schanz**, Domänenpächter, Triftling, Post Aufhausen.
27. **Jrhr. v. Feilisch**, Kammerherr und Rittergutbesitzer auf Trogen-Beck bei Feilisch (Oberfranken).
Stellvertr. **Jakob Wörner**, Rittergutspächter in Lisberg bei Trabelsdorf (Oberfranken).
28. **Bedt**, Landesökonomierat, Gutsbesitzer in Ratzberg bei Erlangen.
Stellvertr. **Mertenschlager**, Ökonomierat, Gutsbesitzer, Hauslach, Post Georgensgmünd.
29. **Hans Jrhr. v. Thüngen**, Reichsrat, Rittmeister der Reserve und Majoratsherr auf Thüngen (Unterfranken).
Stellvertr. **Georg Heil**, Ökonomierat, Guts- und Brauereibesitzer in Gelchsheim bei Ochsenfurt (Unterfranken).
30. **Rudolf Doederlein**, Ökonomierat und Gutsbesitzer, Nördlingen.
Stellvertr. **Josef Hemmerle**, Landesökonomierat, Grönenbach (Schwaben).

III. Sachsen.

(Landeskulturrat für Sachsen in Dresden-A., Sibonienstr. 14.)

31. Dr. **Mehnert**, Wirkl. Geh. Rat, Erzellenz, Stellvertr. Vorsitzender des Landeskulturrats, 2. Stellvertr. Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrats, Vorsitzender des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Rittergutsbesitzer auf Medingen bei Hermisdorf, Bezirk Dresden.

Stellvertr. Dr. **Schöne**, Hofrat, Generalsekretär des Landeskulturrats in Dresden, Sibonienstr. 14.

32. D. **Steiger**, Geh. Oekonomierat, Mitglied des Landeskulturrats, Rittergutsbesitzer auf Leutewitz, Dresden, Bergstr. 23.

Stellvertr. **Froebel**, Oekonomierat, Leipzig, Pöhlitzstraße 22.

33. Dr. **Kirchner**, Geh. Hofrat, Professor, Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Leipzig, Mitglied des Landeskulturrats, Leipzig, Johannisallee 23.

Stellvertr. **Rühne**, Oekonomierat, St. Michaelis bei Brand i. Sa.

34. Dr. **Andrä**, Gutsbesitzer, Geh. Oekonomierat, Mitglied des Landeskulturrats, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins zu Dresden, Rittergutsbesitzer auf Braunsdorf bei Tharandt, Dresden-A., Wienerplatz 1.

Stellvertr. **Schade**, Oekonomierat, Blasewitz-Dresden, Sommerstr. 14.

35. **Reichel**, Oekonomierat, Seitschen i. Sa.

Stellvertr. Dr. **von Hübel**, Domdechant, Dresden.

IV. Württemberg.

(Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart.)

36. **von Sting**, Präsident, Vorstand der Zentralstelle, Stuttgart.

Stellvertr. **Baier**, Oberregierungsrat, Stuttgart.

37. **vacat**.

Stellvertr. **Muth**, Landesökonomierat in Ellwangen.

38. **Knoff**, Oekonomierat, Niederreutin, Post Wondorf, Oberamt Herrenberg.

Stellvertr. **Landerer**, Landesökonomierat in Tübingen, Walbhäuser Straße.

39. **Köpfli**, Landesökonomierat in Ochsenhausen, Oberamt Biberach.

Stellvertr. **Ströbel**, Reg.-Rat, Stuttgart, Bohnenwalbstr. 71.

40. **von Strebel**, Professor, Direktor a. D., Stuttgart, Schützenstr. 17.

Stellvertr. **Mayer**, Oekonomierat in Heilbronn.

V. Baden.

(Badische Landwirtschaftskammer in Karlsruhe.)

41. **vacat**.

Stellvertr. **Salzer**, Geh. Oberregierungsrat, Karlsruhe, Karlstr. 94.

42. **Saenger**, Oekonomierat, Bürgermeister in Diersheim bei Kehl.

Stellvertr. Dr. **Müller**, Oekonomierat, Direktor der genannten Kammer, Karlsruhe, Kriegstr. 131.

43. **Würtenberger**, Oekonomierat, Schloß Eberstein bei Obertrot, Baden.

Stellvertr. **Fehr. von und zu Menzingen**, Menzingen bei Menzingen in Baden.

44. **Bierneisel**, Bürgermeister, Lauda in Baden.

Stellvertr. Dr. **Fehr. von Stöckingen**, Steißlingen.

VI. Hessen.

(Landwirtschaftskammer für Hessen in Darmstadt.)

45. **Walter**, Geheimer Oekonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer, Lengfeld i. Odenwald.
 Stellvertr. **Karl Gritsch II**, Oekonomierat, Dülshofen bei Zeilhard.
46. **Bähr**, Stellvertr. Vorsitzender der genannten Kammer, Rohrbach, Post Dübelsheim, Oberhessen, und Darmstadt, Allee 6.
 Stellvertr. **Adolf Hensel**, Landwirt, Dortelweil, Oberhessen.
47. **Hahn**, Oekonomierat, Bürgermeister, Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer, Hefloch, Rheinhessen.
 Stellvertr. **Emil Schäpel**, Oekonomierat, Gutsbesitzer, Selzen, Rheinhessen.

VII. Mecklenburg-Schwerin.

(Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Schwerin in Rostock, Neuer Markt 12.)

48. **Frhr. von Malsan**, Landrat, Rostow.
 Stellvertr. **Boh**, Domänenrat, Gutsbesitzer, Gr.-Brütz bei Rosenberg in Mecklenburg.
49. **Dr. Brödermann**, Domänenrat, Gutsbesitzer auf Rnegen Dorf bei Plaaz in Mecklenburg.
 Stellvertr. **Ohloff**, Oekonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer, Rostock, Neue Wallstr. 5.

VIII. Sachsen-Weimar.

(Landwirtschaftskammer für Sachsen-Weimar, in Weimar.)

50. **Alexander von Bohnenburg**, Vorsitzender der genannten Kammer, Kammerherr, Rittmeister, Stadtfeld bei Eisenach.
 Stellvertr. **Heinrich Refardt**, Amtsrat, Stellvertr. Vorsitzender der genannten Kammer, Hauptmann d. R., Wachsenstedt bei Markbippach.

IX. Mecklenburg-Strelitz.

(Landwirtschaftlicher Hauptverein für Mecklenburg-Strelitz in Neubrandenburg.)

51. **Graf Schwanefeld-Schwerin**, Major a. D., Vorsitzender des genannten Vereins, Göhren bei Wolbegl in Mecklenburg.
 Stellvertr. **Herzberg**, Amtsrat, Stellvertr. Vorsitzender des landwirtschaftlichen Hauptvereins in Laven bei Feldberg in Mecklenburg.

X. Oldenburg.

(Landwirtschaftskammer für Oldenburg in Oldenburg.)

52. **Feldhus**, Geh. Oekonomierat, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, Zwischenahn in Oldenburg.
 Stellvertr. Prof. Dr. **von Wendt**, Generalsekretär der Landw. Kammer, Oldenburg.

XI. Braunschweig.

(Landwirtschaftskammer für Braunschweig in Braunschweig.)

53. **Diedmann**, Amtsrat, Heimburg bei Blankenburg a. Harz, Vorsitzender der genannten Kammer.
 Stellvertr. **Deede**, Amtsrat, Evessen bei Dettum.

54. Dr. **Pommer**, Landesökonomierat, Generalsekretär der genannten Kammer, Braunschweig, Auguststernwall 3.

Stellvertr. **Schulze**, Rittergutsbesitzer, Wärum bei Schöppenstedt.

XII. Sachsen-Meiningen.

(Landwirtschaftsrat für Sachsen-Meiningen in Meiningen.)

55. v. **Eichel**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer auf Mariäfeld bei Themar.

Stellvertr. **Höfer**, Gutsbesitzer in Meiningen.

XIII. Sachsen-Altenburg.

(Landwirtschaftskammer für Sachsen-Altenburg in Altenburg.)

56. **von Blöbau**, Kammerherr, Vorsitzender der genannten Kammer, Rittergutsbesitzer, Briefel bei Nobitz (S.-A.).

Stellvertr. **Fehr. von Sedendorff**, Kammerherr, Majoratsbesitzer, Meuselwitz (S.-A.).

XIV. Sachsen-Coburg-Gotha.

(1. Landwirtschaftsrat für Sachsen-Coburg in Coburg.)

(2. Landwirtschaftskammer für Sachsen-Gotha.)

57. **Hermann Frenzel**, Landwirtschaftsrat, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, Gutsbesitzer in Gamstädt bei Neubietendorf.

Stellvertr. **G. Dietrich**, Domänenrat, Coburg.

XV. Anhalt.

(Landwirtschaftskammer für Anhalt in Dessau.)

58. Dr. **Säuberlich**, Geh. Ökonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer in Gröbzig.

Stellvertr. **von Krosigk**, Kammerherr, Hoheneynleben in Anhalt.

XVI. Schwarzburg-Sondershausen.

(Landwirtschaftskammer für Schwarzburg-Sondershausen in Sondershausen.)

59. **Reil**, Oberamtmann, Vorsitzender der genannten Kammer in Hohenebra.

Stellvertr. **Reiffig**, Ökonomierat, Domäne Allmenhausen bei Ebeleben.

XVII. Schwarzburg-Rudolstadt.

(Landwirtschaftsrat der Oberherrschaft und Verband der landwirtschaftlichen Vereine der Unterherrschaft in Schwarzburg-Rudolstadt.)

60. **Allmer**, Amtsrat, Domäne Jschtedt bei Frankenhäusen (Rhyffhäuser), Vorsitzender des Verbandes der landwirtschaftlichen Vereine der Unterherrschaft von Schwarzburg-Rudolstadt.

Stellvertr. **Oskar Menger**, Gutsbesitzer, Vorsitzender des Zentralvereins der Oberherrschaft von Schwarzburg-Rudolstadt, Paulinzella (Thür.).

XVIII. Waldeck.

(Landwirtschaftskammer für Waldeck-Pyrmont in Arolsen.)

61. **Welle**, Ökonomierat, Vorsitzender der genannten Kammer, Elleringhausen bei Mengerlinghausen.

Stellvertr. **Hermann Waldschmidt**, Gutsbesitzer, stellv. Vorsitzender der genannten Kammer, Wega bei Bad Wildungen.

XIX. Neuß (Greiz) ä. L.

(Land- und forstwirtschaftlicher Hauptverein für Neuß ä. L. in Greiz.)

- 62. Johannes Werner**, 1. Vorsitzender des Hauptvereins, Ökonomierat, in Lunzig bei Hohenleuben.

Stellvertr. **Otto Homuth**, Rittergutsbesitzer, Hermannsgrün (Neuß ä. L.).**XX. Neuß (Schleiz) j. L.**

(Zentral-Organ der land- und forstwirtschaftlichen Vereine für Neuß j. L. in Gera.)

- 63. Dr. Ebersbach**, Hofammerrat, Gera, Untermhaus.

Stellvertr. **Ferber**, Rittergutsbesitzer, Laaschwitz bei Röstitz.**XXI. Lippe.**

(Landw. Hauptverein für Lippe in Lemgo.)

- 64. Rietehof-Böhmer**, Landesökonomierat, Gutsbesitzer, Schloß Brake in Lippe.

Stellvertr. **v. Bengerte**, Rittergutsbesitzer auf Steinbeck bei Salzuflen.
Vorsitzender des Lippeschen Schweinezüchtervereins und des Lippeschen Fischereivereins.**XXII. Schaumburg-Lippe.**

(Landw. Hauptverein für Schaumburg-Lippe in Stadthagen.)

- 65. Barthausen**, Amtsrat, Domäne Brandenburg bei Stadthagen.

Stellvertr. **Franke**, Rittergutspächter, Remeringhausen bei Lindhorst.**XXIII. Lübeck.**

(Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck in Lübeck.)

- 66. F. C. Lauenstein**, Ökonomierat, Vorsitzender der genannten Landwirtschaftskammer, Lübeck, Uhländstr. 19.

Stellvertr. **Hans Borchert**, stellv. Vorsitzender der genannten Kammer, Hofbesitzer, Brodten, Post Travemünde.**XXIV. Hamburg.**

(Landw. Hauptverein für das Hamburger Staatsgebiet in Hamburg.)

- 67. Bieber**, Hofbesitzer in Latzenberg bei Ochsenwärder-Hamburg.

Stellvertr. **B. Behrs**, Döse bei Cuxhaven.**XXV. Bremen.**

(Kammer für Landwirtschaft in Bremen.)

- 68. Joh. Depfen**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, Gutsbesitzer, Bremen-Schwachhausen.

Stellvertr. **Claus Humund**, stellv. Vorsitzender der Kammer, Gemeindevorsteher, Osterholz (Bremer Gebiet).

Anhang.

Einrichtungen des D. L. K. und Organisationen, an denen
der D. L. K. beteiligt ist.

I.

Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Satzungen.

A. Zweck der Preisberichtsstelle.

§ 1.

Die Preisberichtsstelle hat den Zweck:

- a) die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den wichtigsten Marktplätzen des In- und Auslandes täglich auf telegraphischem oder telephonischem Wege zu sammeln und allen Interessenten durch umgehende Veröffentlichung bekannt zu geben;
- b) alle bei der Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mitwirkenden Produktions-, Absatz- und sonstigen Verhältnisse im In- und Auslande in einem Wochenbericht zu sammeln und allen Interessenten durch umgehende Veröffentlichung mitzuteilen.

B. Mitgliedschaft.

§ 2.

Die Preisberichtsstelle bildet ein selbständiges Unternehmen des Deutschen Landwirtschaftsrats mit einem besonderen Etat und Büro.

§ 3.

Die Preisberichtsstelle setzt sich zusammen aus:

- a) dem Deutschen Landwirtschaftsrat,
- b) anderen Vertretungen der Landwirtschaft, des Handels, des Genossenschaftswesens, der Müllerei, der Brauerei, der Spiritus-, Zucker- und Stärkeindustrie, die sich der Preisberichtsstelle angeschlossen und zur Zahlung eines jährlichen Beitrages verpflichtet haben.

C. Aufbringung der Mittel.

§ 4.

Die Preisberichtsstelle wird bis auf weiteres unterhalten durch Beiträge, welche die ihr angeschlossenen Vertretungen zahlen und durch Beiträge der anderen Interessenvertretungen, die der Preisberichtsstelle beigetreten sind.

D. Leitung.

§ 5.

Die Leitung der Preisberichtsstelle erfolgt: Durch das Kuratorium, das aus 7 von der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats auf je drei Jahre gewählten Mitgliedern und aus je einem Delegierten der anderen Interessensvertretungen, die der Preisberichtsstelle beigetreten sind, gebildet wird, und durch den Vorsitzenden des Kuratoriums, der von der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats auf drei Jahre gewählt wird.

§ 6.

Der Vorsitzende des Kuratoriums beruft und leitet die Sitzungen desselben und vertritt das Kuratorium im Ständigen Ausschuß und in der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Der Vorsitzende des Kuratoriums stellt nach Rücksprache mit dem Hauptgeschäftsführer die wissenschaftlichen und kaufmännischen Beamten der Preisberichtsstelle an und unterzeichnet die Anstellungsverträge.

Der Vorsitzende des Kuratoriums hat die Anweisung zur Kasse bei Zahlungen von über 100 M und die Banttanweisungen zu unterzeichnen.

Der Vorsitzende des Kuratoriums ist befugt alle im Interesse der zweckmäßigen Durchführung der Aufgaben der Preisberichtsstelle erforderlichen Maßnahmen zu treffen und ist verpflichtet, dem Kuratorium von denselben zur nachträglichen Genehmigung Kenntnis zu geben.

Der Vorsitzende legt dem Ständigen Ausschuß und der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats den Etat und Jahresbericht der Preisberichtsstelle vor und erstattet darüber mündlichen Bericht.

§ 7.

Das Kuratorium hat für die Anstellung der wissenschaftlichen und kaufmännischen Beamten das Recht der Bestätigung und beschließt über den Anstellungsvertrag mit dem Hauptgeschäftsführer der Preisberichtsstelle (§ 9).

Das Kuratorium beschließt über den Etat-Voranschlag der Preisberichtsstelle.

Das Kuratorium beschließt über die gesamte Organisation der Preisberichtsstelle (§ 1).

§ 8.

Der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats hat für die Anstellung des Hauptgeschäftsführers (§ 9) und den Etat-Voranschlag das Recht der Bestätigung.

Die Plenarversammlung wählt die 7 Mitglieder des Kuratoriums (§ 5) und den Vorsitzenden (§ 5) desselben auf drei Jahre.

E. Hauptgeschäftsführer der Preisberichtsstelle.

§ 9.

Der Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrats ist zugleich der Hauptgeschäftsführer der Preisberichtsstelle.

Anstellungsbedingungen einschl. Normierung des Gehalts des Hauptgeschäftsführers sind in einem besonderen Anstellungsvertrage festzulegen. Derselbe ist vom Vorsitzenden des Kuratoriums zu unterzeichnen.

Der Hauptgeschäftsführer untersteht dem Vorsitzenden des Kuratoriums und dem Kuratorium.

Der Hauptgeschäftsführer hat für die Ausführung der Aufgaben der Preisberichtsstelle Sorge zu tragen, insbesondere hat er die Verantwortlichkeit für Buch- und Kassenführung und für alle Veröffentlichungen der Preisberichtsstelle. Er hat allein die Anweisung zur Kasse bei Ausgaben von unter 100 M zu unterzeichnen.

Der Hauptgeschäftsführer hat die Befugnis, die Unterbeamten anzustellen und zu entlassen und die Verpflichtung, dem Vorsitzenden des Kuratoriums und dem Kuratorium darüber Bericht zu erstatten.

F. S i z u n g e n.

§ 10.

Der Vorsitzende des Kuratoriums beruft das Kuratorium nach Bedarf ein. Das Kuratorium muß mindestens einmal im Jahre zusammentreten.

Die Reisekosten und Diäten für die von dem Deutschen Landwirtschaftsrat gewählten 7 Mitglieder des Kuratoriums werden aus der Kasse der Preisberichtsstelle gezahlt. Für diese Mitglieder werden die Kosten der Eisenbahn-Rückfahrkarte II. Klasse sowie Tagegelber von 15 M pro Tag erstattet.

Die Reisekosten und Diäten für die Mitglieder der nicht vom Deutschen Landwirtschaftsrat gewählten Mitglieder des Kuratoriums werden von den dieselben wählenden Körperschaften getragen.

Verzeichnis

der im

Kuratorium der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vertretenen Körperschaften.

I. Deutscher Landwirtschaftsrat, Berlin.

1. Landesökonomierat **Bartmann-Lübke**, Homburg v. d. H., Vorsitzender.
2. Kammerherr **Frhr. von Zeilisch**, Trogen-Bech bei Hof in Bayern, stellvertr. Vorsitzender.
3. Dr. **Engelbrecht**, Obenbeich bei Glückstadt.
4. **vacat.**
5. Ökonomierat, Bürgermeister **Saenger**, Diersheim bei Rehl in Baden.
6. **Graf von der Schulenburg-Grünthal**, Grünthal in der Mark.
7. **vacat.**

II. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin.

Dr. **Engelbrecht**, siehe oben.

III. Bund der Landwirte, Berlin.

8. Dr. **Noefide**, Görzborf.
Stellvertr. Dr. **Gerber**, Berlin.

IV. Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Berlin.

9. **vacat.**
Stellvertr.: **von Brodhausen**, Landrat z. D., Stettin.

V. Wirtschaftsverband der Raiffeisen'schen Warenanstalten, Berlin.

10. **Ehmann**, Direktor, Berlin.

VI. Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Berlin.

11. **vacat.**

VII. Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei, Berlin.

12. **vacat.**

Stellvertr.: Dr. **Bogelsang**, Berlin.

VIII. Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland, Berlin.

IX. Verein der Stärkeinteressenten in Deutschland, Berlin.

13. **vacat.**

Stellvertr.: Professor Dr. **Barow**, Berlin.

Geschäftsführung.

Prof. Dr. **Dade**, Hauptgeschäftsführer.

II.

Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse.

Satzungen.

§ 1.

Es wird eine „Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse“ mit dem Sitz in Berlin errichtet.

§ 2.

Die Zentralstelle hat den Zweck, die durch die Buchstellen der amtlichen landwirtschaftlichen Vertretungen der Einzelstaaten gewonnenen Ergebnisse landwirtschaftlicher Buchführungen, insbesondere aus bäuerlichen Betrieben zu sammeln und ständig auf dem Laufenden zu erhalten, um durch ihre Bearbeitung Grundlagen zur Beurteilung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse zu schaffen.

Ob und inwieweit die an anderen Stellen gewonnenen Ergebnisse zur Verarbeitung heranzuziehen sind, bleibt der Entschließung des Kuratoriums (§ 3) vorbehalten.

§ 3.

Die Zentralstelle wird durch ein Kuratorium geleitet; es besteht aus 9 von der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats auf sechs Jahre zu wählenden Mitgliedern, sowie aus dem Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Von den 9 Mitgliedern sind 6 und deren Stellvertreter aus den die landwirtschaftliche Praxis vertretenden Mitgliedern des Deutschen Landwirtschaftsrats und 3 den wissenschaftlichen Vertretern der landwirtschaftlichen Betriebslehre oder den Leitern amtlicher Buchstellen zu entnehmen.

Der wissenschaftliche Leiter der Zentralstelle (§ 7) hat im Kuratorium Sitz und Stimme, soweit die Verhandlungen nicht seine Person betreffen.

Das Kuratorium ist beschlußfähig bei Anwesenheit von 7 Mitgliedern.

Dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) sowie den landwirtschaftlichen Zentralverwaltungen der Bundesstaaten steht die Entsendung eines Vertreters zu allen Versammlungen des Kuratoriums zu.

§ 4.

Das Kuratorium regelt die Tätigkeit der Zentralstelle; es beschließt mit Stimmenmehrheit — bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden —:

- a) über den Jahresvoranschlag der Zentralstelle, der dem Ständigen Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen ist,

- b) über die Anstellung des wissenschaftlichen Leiters der Zentralstelle,
- c) über die Grundsätze für die Annahme und Entschädigung der außer dem wissenschaftlichen Leiter etwa erforderlichen Hilfskräfte.

Sitzungen des Kuratoriums finden nach Bedarf statt. Das Kuratorium muß einberufen werden, wenn die Hälfte seiner Mitglieder unter Angabe der Gründe dies schriftlich beantragt.

§ 5.

Der Vorsitzende des Kuratoriums wird von der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats auf sechs Jahre, sein Stellvertreter auf die gleiche Zeit vom Kuratorium gewählt.

Der Vorsitzende entscheidet über Annahme und Entlassung der Hilfskräfte im Rahmen der Grundsätze (§ 4 c).

Der Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Kuratoriums und zeichnet die Anweisungen zur Kasse bei Zahlungen über 100 M und die Bankanweisungen. Regelmäßig wiederkehrende Zahlungen können durch einmalige Anweisung bei der Bank auf Wiberruf erfolgen.

Sonstige Anweisungen kann der Vorsitzende dem wissenschaftlichen Leiter oder einem anderen Angestellten der Zentralstelle übertragen.

Der Vorsitzende erstattet im Ständigen Ausschuß und in der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats den Jahresbericht.

§ 6.

Der Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrats und der Vorsitzende des Kuratoriums unterbreiten mit gemeinsamer Unterschrift dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) alljährlich einen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der Zentralstelle, über die Jahresrechnung sowie insbesondere über die Verwendung der staatlichen Zuschüsse.

§ 7.

Der wissenschaftliche Leiter der Zentralstelle führt unter Aufsicht des Vorsitzenden des Kuratoriums die Geschäfte nach Maßgabe des vom Kuratorium gebilligten Arbeitsplanes. Ihm liegt die Erledigung aller sachlichen Angelegenheiten der Zentralstelle wie die Beschaffung des Unterlagenmaterials, die Leitung und Anfertigung der wissenschaftlichen Arbeiten ob.

§ 8.

Die Kassen- und Rechnungsgeschäfte besorgt die Zentralstelle.

Verzeichnis

der

Mitglieder des Kuratoriums der Zentralstelle zur Erforschung
der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse.

a) Die landwirtschaftliche Praxis vertretende Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats.

1. Kammerherr und Landrat **Fehr. von Ledebur**, Crollage, Vorsitzender.
Stellvertr.: **Graf zu Hatzfeld-Breitenburg**.
2. Erzellenz Wirkl. Geh. Rat Dr. **Mehner**, stellv. Vorsitzender, Dresden.
Stellvertr.: Ökonomierat Dr. **Müller**, Karlsruhe.
3. **vacat**.
Stellvertr.: Reichsrat **Fehr. von Thüngen**, Thüngen.
4. **vacat**.
Stellvertr.: Geh. Ökonomierat **Walter**, Lengfeld.
5. Geh. Reg.-Rat **von Alving**, Niederzauche.
Stellvertr.: **Fehr. von Wangenheim**, Klein-Spiegel.
6. Landesökonomierat **Bartmann-Lübke**, Homburg v. d. H.
Stellvertr.: Dr. **Brandes**, Althof-Jünkerburg.

b) Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrats.

7. Professor Dr. **Dade**, Berlin.

c) Wissenschaftliche Vertreter der landwirtschaftlichen Betriebslehre oder Leiter amtlicher Buchstellen.

8. Direktor a. D. Prof. **von Strebel**, Stuttgart.
9. Professor Dr. **Warmbold**, Ökonomierat, Hohenheim D.-A. Stuttgart.
10. Professor Dr. **Brintmann**, Bonn-Poppelsdorf.

d) Leiter der Zentralstelle.

11. Dr. **Burg**, Berlin.

III.

Ausschuß für Handelsgebräuche der landwirtschaftlichen Körperschaften.

Satzungen.

A. Zweck des Ausschusses.

1. Der Ausschuß für Handelsgebräuche hat den Zweck, Lieferungsbedingungen für landwirtschaftliche Bedarfsartikel und Erzeugnisse festzustellen.

2. Mit der Einführung von Lieferungsbedingungen soll die Sicherheit des Handels in landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln und Erzeugnissen sowohl für den organisierten wie für den freien Verkehr einzelner Landwirte erhöht werden. Es sollen Anlässe zu Streitigkeiten zwischen Käufer und Verkäufer und zu Prozessen vermieden und gleichzeitig Musterbedingungen gegeben werden, die für den gesamten, sowohl freien wie organisierten Verkehr Handelsgebräuche werden sollen.

B. Form des Ausschusses.

3. Der Ausschuß beruht auf einem freien Übereinkommen zwischen folgenden Körperschaften:

Deutscher Landwirtschaftsrat,
Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen
Genossenschaften,
Generalverband der deutschen Raiffeisengenossen-
schaften,
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft,
Bund der Landwirte,
Vereinigung der deutschen Bauernvereine.

4. Als ständige Sachverständige werden wissenschaftliche Leiter landwirtschaftlicher Versuchstationen hinzugezogen. Außerdem ist der Ausschuß berechtigt, noch andere Sachverständigen nach Bedarf zu laden.

C. Gegenstand der Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses.

5. Der Gegenstand der Beschlüsse ist die Aufstellung von Lieferungsbedingungen. Die Körperschaften sind verpflichtet, für die Durchführung dieser Lieferungsbedingungen mit allen Kräften einzutreten. Es ist den Körperschaften überlassen, außer den vereinbarten Bedingungen noch andere für den Käufer günstigere Bedingungen festzustellen.

6. Die Körperschaften verpflichten sich, ihre Lieferungsbedingungen gedruckt auszugeben und diese beim Deutschen Landwirtschaftsrat innerhalb eines Monats nach Ausgabe einzureichen. Abänderungen dieser Bedingungen sind dem Deutschen Landwirtschaftsrat innerhalb der gleichen Frist anzuzeigen.

D. Vorsitz, Geschäftsführung und Verhandlungen.

7. Den Vorsitz und die Geschäftsführung für den Ausschuß für Handelsgebräuche hat der Deutsche Landwirtschaftsrat.

8. Die unter B 3 genannten landwirtschaftlichen Körperschaften haben bis zu je 3 Vertreter zu entsenden, außerdem können sie noch nach Bedarf, doch in der Regel nicht mehr als 2 Sachverständige zur Einladung vorschlagen. Jede der beteiligten Körperschaften hat eine Stimme.

9. Die unter B 4 genannten Sachverständigen werden nach Bedarf geladen.

10. Für die Vertretung der Lieferanten kommen eine Reihe von Vereinigungen in Betracht, die im einzelnen Falle zu bestimmen sind. Es ist gestattet, daß außer den Vertretern dieser Vereinigungen noch größere Lieferanten eingeladen werden.

11. Es findet alljährlich eine ordentliche Versammlung des Ausschusses für Handelsgebräuche statt und außerordentliche nach Bedarf.

E. Deckung der Kosten des Ausschusses.

12. Die sächlichen Kosten, welche aus der Geschäftsführung erwachsen, tragen die in B 3 genannten landwirtschaftlichen Körperschaften zu gleichen Teilen, ebenso die Reisekosten und Tagegelder für die vom Ausschuß geladenen Sachverständigen und Mitglieder der vom Ausschuß eingesetzten Unterkommissionen. Den landwirtschaftlichen Körperschaften und den Vereinen der Lieferanten ist es überlassen, für die Kosten ihrer Vertretung aufzukommen.

IV.

Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft.**Satzungen.**

§ 1.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft beruht auf einem freien Übereinkommen zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsrat und zentralen über das ganze Reich ausgebreiteten landwirtschaftlichen Körperschaften.

§ 2.

Der Ausschuß hat den Zweck, in Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft, welche die gesamte deutsche Landwirtschaft betreffen, insbesondere auf dem Gebiet der Übergangswirtschaft und Handelspolitik ein gemeinsames Vorgehen der landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands herbeizuführen, um dadurch ihren Anträgen mehr Gewicht und Berücksichtigung bei den Ministerien der Bundesstaaten, den Reichsbehörden sowie im Bundesrat und Reichstage zu verschaffen.

Die im Reichsausschuß vertretenen Körperschaften sind nur an die Beschlüsse des Ausschusses gebunden, welche einstimmig gefaßt worden sind. Majoritätsbeschlüsse sind für die Körperschaften nicht bindend. Es steht denselben nach wie vor frei, auch selbständig Beschlüsse zu fassen und Eingaben an die Behörden zu richten, — insofern dieselben den einstimmig vom Ausschuß gefaßten Beschlüssen nicht zuwiderlaufen. — Doch soll versucht werden, durch gemeinsame Beratungen der Körperschaften in allen Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft eine möglichste Einheitlichkeit ihrer Stellungnahme zu erzielen.

§ 3.

Der Ausschuß besteht aus:

- a) 8 vom D. L. R. zu wählenden Vertretern,
- b) je 2 Vertretern jeder beitretenden Körperschaft, welche mehr als 100 000 Mitglieder hat.

Wollen Körperschaften, die weniger als 100 000 Mitglieder haben, beitreten, so ist durch entsprechenden Zusammenschluß solcher Körperschaften das Stimmrecht durch den Reichsausschuß zu regeln.

§ 4.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wählt den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses und führt alle Geschäfte desselben.

§ 5.

Der Ausschuß ist berechtigt, sich durch Zuwahl um höchstens 5 Mitglieder zu verstärken. Die zugewählten 5 Mitglieder sind stimmberechtigt. Sie erhalten Tagegelber und Reisekosten aus den Mitteln des Ausschusses.

§ 6.

Tagegelber und Reisekosten für ihre Vertreter tragen die Körperschaften selbst. — Alle sonst etwa entstehenden Kosten, welche aus der Geschäftsführung, Zuziehung von Sachverständigen usw. erwachsen, tragen die im Ausschuß vertretenen Körperschaften nach Verhältnis der Zahl ihrer Vertreter.

Geschäftsordnung.

§ 1.

Der Vorsitzende beruft den Reichsausschuß nach Bedarf ein. Der Reichsausschuß muß einberufen werden, wenn die Hälfte seiner Mitglieder unter Angabe der Gründe dies schriftlich beantragt.

§ 2.

Jedes Mitglied des Reichsausschusses hat eine Stimme. Der Reichsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

§ 3.

Die Tagegelber und Reisekosten für die Vertreter der Körperschaften zahlen die Körperschaften selbst. Für die nach § 5 der Satzungen des Reichsausschusses zugewählten 5 Mitglieder werden die Tagegelber und Reisekosten aus der Kasse des Reichsausschusses bezahlt.

§ 4.

Dem Reichsausschuß ist vom Vorsitzenden der Jahresvoranschlag zur Genehmigung und die Jahresrechnung zur Prüfung und Entlastung vorzulegen.

Die Kassen- und Rechnungsgeschäfte besorgt der D. L. R. Die ihm dadurch erwachsenden Kosten werden auf den Etat des Reichsausschusses übernommen.

Innerhalb der durch den Jahresvoranschlag gezogenen Grenzen erläßt der Vorsitzende des Reichsausschusses die erforderlichen Zahlungs- und Kassenanweisungen. Zahlungen von Beträgen unter 100 M. dürfen durch den Geschäftsführer angewiesen werden.

§ 5.

Der Reichsausschuß bildet zur Erledigung seiner Geschäfte besondere Abteilungen für die Bearbeitung der verschiedenen Fragen. Er wählt für jede Abteilung einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Der Reichsausschuß beruft nach den Vorschlägen der Abteilungsvorsitzenden aus seiner Mitte die Mitglieder der einzelnen Abteilungen.

Den Abteilungen bleibt es überlassen, für bestimmte Fragen nach Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Reichsausschusses Sachverständige zuzuziehen.

Die Ordnung der Geschäfte der Abteilungen, insbesondere auch die Einsetzung von Unterausschüssen, bleibt der Entscheidung der Abteilung selbst überlassen.

Der Präsident des D. L. R., der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Reichsausschusses sind zu den Sitzungen der Abteilungen einzuladen und haben bei denselben Stimmrecht.

Vor Anberaumung der Abteilungssitzung haben die Vorsitzenden mit dem Ausschußvorsitzenden über Tag und Stunde sich möglichst zu verständigen.

§ 6.

Der Geschäftsführer des D. L. R. ist Geschäftsführer des Reichsausschusses. Er ist dem Vorsitzenden des Reichsausschusses dienstlich unterstellt und für die ordnungsgemäße Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten verantwortlich.

Der Geschäftsführer nimmt an den Sitzungen des Ausschusses und der Abteilungen mit beratender Stimme teil.

Die Beamten der Abteilungen sind den Vorsitzenden derselben unmittelbar unterstellt und erhalten von ihnen in den sachlichen Aufgaben ihre Anweisungen.

Die Dienstaufsicht über das Büro führt der Geschäftsführer.

Die Anstellung von Beamten mit weniger als 4000 *M* Jahresgehalt erfolgt durch den Vorsitzenden des Reichsausschusses, die Anstellung von Beamten mit mehr als 4000 *M* Jahresgehalt durch den Reichsausschuß.

§ 7.

Die Weitergabe der Beschlüsse und Anträge des Reichsausschusses an die in Betracht kommenden Behörden erfolgt durch den Deutschen Landwirtschaftsrat.

I. Verzeichnis

der

Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder zum Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft.

1. Wirklicher Geheimer Rat Dr **Mehnert**, Excellenz, **Vorsitzender des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft**, stellv. Vorsitzender des Landeskulturrats für Sachsen, 2. stellv. Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Medingen bei Dresden (Dresden, Pragerstr. 43).
Stellvertr.: **vacat**.
2. **vacat**.
Stellvertr.: Reichsrat **Fhr. von Thüngen**, Thüngen in Unterfranken.
3. Gärtnereibesitzer **Otto Bernstiel**, Bornstedt bei Potsdam.
Stellvertr.: Generalsekretär **F. Joh. Bedmann**, Neufölln, Bergstr. 97/98.
4. Dr **Brandes**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, Althof-Insterburg.
Stellvertr.: Landrat **Fhr. von Matkan**, Molchow in Mecklenburg.
5. Unterstaatssekretär a. D. Wirkl. Geh. Rat **Ebler von Braun**, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 200.
6. Excellenz Dr **Fhr. von Setto-Reichertshausen**, Reichertshausen a. J. (Oberbayern).
7. Dr **Crone**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Berlin W 50, Passauer Str. 8/9.
Stellvertr.: Professor Dr **Schlittenbauer**, Generalsekretär des Bayerischen Bauernvereins, Regensburg.
8. Professor Dr **Dade**, Berlin.
9. Geh. Justizrat **Dietrich**, Vorsitzender des Vorstandes des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Prenzlau.
Stellvertr.: Verbandsdirektor Dr **Grabein**, Berlin, Köthener Str. 40_n.
10. Kammerherr Ritterschafsdirektor **von Freier**, Vorsitzender der Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Hoppenrade bei Garz, Kreis Ostprignitz.
Stellvertr.: Excellenz Staatsminister a. D. **von Arnim-Griewen**, Griewen, Kreis Angermünde bei Schwedt.
11. Regierungsrat **Gennes**, Berlin, Anwalt des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Berlin, Bernburger Str. 21.
Stellvertr.: Verbandsdirektor Landesökonomierat **Hohenegg**, 2. stellv. Vorsitzender des Gesamtausschusses des Reichsverbandes der deutschen landw. Genossenschaften, München I, Prinz-Ludwigstr. 2.
12. Geh. Regierungsrat Dr **Hagedorn**, Vorsitzender des Deutschen Milchwirtschaftlichen Reichsverbandes, Berlin.
Stellvertr.: **vacat**.
13. Ökonomierat Dr **Hoelsch**, Neufkirchen in der Altmark.

14. Gutsbesitzer Höfer, Meiningen.Stellvertr.: **balat.****15. Landesökonomierat Johannsen, 1. Vorsitzender des Gesamtausschusses des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, Hannover, Leopoldstraße 11/12.**Stellvertr.: Verbandsdirektor Landrat z. D. **von Brodhausen**, 1. stellv. Vorsitzender des Gesamtausschusses des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Stettin, Königsplatz 1 a.**16. Rittergutsbesitzer Fehr. von Kerferint zur Borg, Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Haus Borg, Post Rinkerode, Kreis Münster in Westfalen.**Stellvertr.: Rittergutsbesitzer Kammerherr **Fehr. von Loß**, Burg Bergerhausen bei Blagheim (Bez. Köln).**17. Geh. Reg.-Rat von Alising, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, Nieder-Bauche, Kreis Sprottau in Schlesien.**Stellvertr.: **Graf zu Rantzau-Breitenburg**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Breitenburg bei Tzehoe.**18. Kammerherr Landrat Fehr. von Ledebur, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen, Crollage bei Holzhausen, Kreis Lübbecke in Westfalen.**Stellvertr.: Landesökonomierat **Bartmann-Lübcke**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden, Bad Homburg u. d. H., Ottilienstraße 1.**19. vacat.**Stellvertr.: **Graf von der Schulenburg-Grünthal**, Präsident der Landwirtschaftskammer für Brandenburg, Grünthal in der Mark.**20. Landesökonomierat Dr. Rabe, Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Kaiserstr. 7.**Stellvertr.: Ökonomierat **Vibrans**, Calvörde.**21. Geh. Regierungsrat Dr. Rang, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Berlin, Köthener Str. 40.**Stellvertr.: **Ehmann**, Direktor der Handelszentrale des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Berlin, Köthener Str. 40.**22. Dr. Noefke, Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Görzsdorf bei Dahme in der Mark.**Stellvertr.: Major **von Lebekow**, Sielbeck in Ost-Holstein.**23. Geh. Reg.-Rat Professor Dr. von Rümker, Gut Emerzleben, Kreis Halberstadt, Bez. Magdeburg.****24. Geh. Ökonomierat Dr. A. Säuberlich, Vorsitzender der Kartoffelbaugesellschaft, Gröbzig, Anhalt.**Stellvertr.: Hauptgeschäftsführer **Wilhelm Janh**, Berlin W., Blumeshof 14.

25. Staatsminister Dr. **Freiherr von Schorlemer-Neser**, Excellenz, Wieser a. d. Mosel.

Stellvertr.: Oekonomierat **Caenger**, Bürgermeister zu Diersheim bei Kehl in Baden.

26. Rittergutsbesitzer **Schurig**, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Stebten, Bez. Halle a. S.

Stellvertr.: Dr. **Kemmerich**, Berlin.

27. Staatsminister Dr. **Graf von Coden-Fraunhofen**, Excellenz, München, Theatinerstr. 23.

28. Rittergutsbesitzer **Steiger-Wardin**, Vorsitzender des Deutschen Landbundes, Wardin b. Arnswalde Nm.

Stellvertr.: **von Woedtle**, Geschäftsführer des Deutschen Landbundes, Berlin SW, Dessauer Str. 30.

29. Direktor a. D. Professor **von Strebel**, Stuttgart, Schützenstraße 17.

Stellvertr.: Geh. Oekonomierat **Walter**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Hessen, Lengfeld im Odenwald.

30. Rittergutsbesitzer **Freiherr von Wangenheim**, Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, Kl.-Spiegel bei Gr.-Mellen, Bez. Stettin.

Stellvertr.: Geh. Oekonomierat Dr. **Andrä**, Dresden-A., Wienerplatz 1.

31. Rittergutsbesitzer Dr. **de Weerth von Bettelhoven**, Burg Bettelhoven, Bezirk Koblenz a. Rh.

Stellvertr.: **balat**.

Hauptgeschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft.

Professor Dr. **Dade**, Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrats, Berlin.

II. Verzeichnis

der

Mitglieder der einzelnen Abteilungen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft.

I. Abteilung für Handels- und Zollpolitik und Steuerpolitik.

Geschäftsstelle: Berlin W 57 Winterfeldtstr. 37 II.

1. Staatsminister Dr. **Freiherr von Schorlemer-Lieser**, Erzellenz Lieser a. d. Mosel, Vorsitzender.
2. Dr. **Brandes**, Althof bei Jnsterburg.
3. Dr. **Freiherr von Cetto-Reichertshausen**, Erzellenz Reichertshausen a. J. (Oberbahern).
4. Dr. **Crone**, Berlin.
5. Kammerherr Landrat **Frhr. von Ledebur**, Crollage bei Holzhausen Kreis Lübbede.
6. Landesökonomierat Dr. **Kabe**, Halle a. S. Kaiserstr. 7.
7. Dr. **Koeside**, Görzdorf bei Dahme in der Mark.
8. Rittergutsbesitzer **Steiger**, Warbin bei Arnswalde N.-M.
9. Geh. Ökonomierat **Walter**, Lengfeld im Odenwald.

Geschäftsführer: Dr. **Mehrens**, Berlin.

II. Abteilung für Produktion und Übergangswirtschaft.

Geschäftsstelle: Berlin SW. Königgräzer Str. 19.

1. Unterstaatssekretär Wirkl. Geh. Rat **Edler von Braun**, Berlin-Wilmersdorf Kaiserallee 200 Vorsitzender.
2. Generalsekretär **J. Joh. Bedmann**, Neutölln, Bergstr. 97/98.
3. Dr. **Crone**, Berlin W. Passauer Str. 8/9.
4. Ritterschaftsdirektor Kammerherr **von Freier**, Hoppenrade Vorsitzender der D. L. G.
5. Geh. Reg.-Rat Dr. **Hagedorn**, Berlin, Wilhelmsfr. 69.
6. Ökonomierat Dr. phil. h. c. **Koesch**, Neutkirchen (Altmark) Berliner Wohnung: Charlottenburg II, Fasanenstraße 76.
7. Gutsbesitzer **Höfer**, Meiningen.
8. Landesökonomierat **Johannsen**, Hannover, Leopoldstr. 12.
9. Geh. Reg.-Rat **von Alising**, Niederzauche, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Schlesien.
10. Geh. Reg.-Rat Dr. **Kang**, Berlin, Köthener Str. 40.
11. Staatsminister Dr. **Graf von Soden-Fraunhofen**, Erzellenz München.
12. Rittergutsbesitzer **Steiger**, Warbin bei Arnswalde N.-M.
13. Direktor a. D. Professor **von Strebel**, Stuttgart, Schützenstr. 17.

14. Freiherr von Wangenheim, Kl.-Spiegel Vorsitzender des Bundes der Landwirte und der Landwirtschaftskammer Pommern.

Geschäftsführer: Ökonomierat **Reiser**, Berlin.

III. Abteilung für Arbeits- und Siedlungswesen.

Geschäftsstelle: Berlin W., Königgräber Str. 19.

1. Rittergutsbesitzer **Freiherr von Wangenheim**, Klein-Spiegel bei Gr.-Mellen-Bez. Stettin, Vorsitzender.
2. Generalsekretär **F. Joh. Beckmann**, Neukölln, Bergstr. 97/98.
3. Rittergutsbesitzer Geh. Regierungsrat **von Alising**, Niederzauhe, Kreis Sprottau.
4. Rittergutsbesitzer Kammerherr Landrat **Freiherr von Ledebur**, Crollage, Post Holzhausen, Kreis Lübbecke.
5. Kammerherr **Fehr. von Loë**, Burg Bergerhausen bei Blatzheim, Bez. Köln.
6. **Graf zu Rantau-Breitenburg**, Breitenburg bei Iphoe.
7. Dr. **Koeside**, Görzdorf bei Dahme in der Mark.
8. Rittergutsbesitzer **Schurig**, Stebten, Bez. Halle a. S.
9. Direktor a. D. Professor **von Strebel**, Stuttgart, Schützenstr. 17.

Geschäftsführer: Dr. **Mendelson**, Berlin.

IV. Abteilung für Genossenschafts- und Kreditwesen.

Geschäftsstelle: Berlin SW. Bernburger Str. 21.

Verbandsdirektor Landesökonomierat **Johannsen**-Hannover, Vorsitzender des Gesamtausschusses des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Vorsitzender.

Geheimer Justizrat **Dietrich**-Prenzlau, Vorsitzender des Vorstands des Generalverbandes der deutschen Raiffeisengenossenschaften, stellv. Vorsitzender.

A. Vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften benannt:

1. Verbandsdirektor Landesökonomierat **Johannsen**-Hannover.
2. Regierungsrat **Gennes**-Berlin, Anwalt des Reichsverbandes.
3. Verbandsdirektor Landrat z. D. **von Brodhausen**-Stettin, Stellvertreter für 1.
4. Verbandsdirektor Landesökonomierat **Hohenegg**, München, Prinz-Ludwigstraße 2 (Stellvertreter für 2).

B. Vom Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften benannt:

5. Geheimer Justizrat **Dietrich**-Prenzlau.
6. Geh. Regierungsrat Dr. **Kang**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Generalverbandes, Berlin.
7. Verbandsdirektor Dr. **Grabein**-Berlin, Stellvertreter für 5.
8. Direktor **Chermann**-Berlin, Stellvertreter für 6.

C. Auf Vorschlag des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft:

9. Unterstaatssekretär Wirl. Geh. Rat **Ebler von Braun**, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 200.

10. Ökonomierat Dr. phil. h. c. **Hoefch**-Neufkirchen (Altmark).
11. Landesökonomierat Dr. **Habe**-Halle a. S., Vorsitzender der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H.
12. Rittergutsbesitzer Dr. **Hoesfeld**-Görzsdorf, Vorsitzender des Bundes der Landwirte.

D. Von der Vereinigung der deutschen Bauernvereine benannt:

13. Kammerherr **Jehr. von Loë**, Burg Bergerhausen bei Blatzheim (Bez. Köln).
14. Dr. **Crone**, Berlin, Passauer Str. 8/9.

Geschäftsführer: **Breuning**, Berlin.

V. Abteilung für landwirtschaftliche Organisationsfragen.

Geschäftsstelle: Berlin W 50, Passauer Str. 8/9.

1. Rittergutsbesitzer **Jehr. von Kerkerint zur Borg**, Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Haus Borg, Post Rinkerode (Kreis Münster in Westf.), Vorsitzender.
2. Rittergutsbesitzer, Kammerherr **Freiherr von Loë**, Burg Bergerhausen bei Blatzheim (Bez. Köln), stellv. Vorsitzender.
3. Dr. **Crone**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Berlin W. 50, Passauer Str. 8/9.
4. Geheimer Justizrat **Dietrich**, Vorsitzender des Vorstandes des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Prenzlau.
5. Kammerherr, Ritterschaftsdirektor **von Freier**, Vorsitzender der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Hoppenrade bei Garz, Kreis Ostprignitz.
6. Regierungsrat **Gemes**, Berlin.
7. Landesökonomierat **Johannsen**, 1. Vorsitzender des Gesamtausschusses des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Hannover, Leopoldstraße 11/12.
8. Geheimer Regierungsrat **von Alizing**, Niederzauche Kreis Sprottau.
9. Rittergutsbesitzer Kammerherr, Landrat **Freiherr von Ledebur**, Crollage bei Holzhausen, Kreis Lübbecke in Westfalen.
10. Rittergutsbesitzer **Steiger**, Warden bei Arnswalde N.-M.
11. Rittergutsbesitzer **Freiherr von Wangenheim**, Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Klein-Spiegel bei Groß-Mellen, Bez. Stettin.

Geschäftsführer: **Assessor Brinkmann**, Berlin.

V.

Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat.**Satzungen.**

§ 1.

Der Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat wird von den nachstehenden Körperschaften gebildet:

Deutscher Landwirtschaftsrat,
 Bund der Landwirte,
 Deutscher Bauernbund,
 Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften,
 Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften,
 Vereinigung der deutschen Bauernvereine,
 Allgemeiner Schweizerbund,
 Deutscher Landarbeiterverband,
 Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher Fach- und Körperschafts-
 beamten
 Zentralverband der Forst- Land- und Weinbergсарbeiter Deutschlands.

Der Deutsche Landarbeiterverband und der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergсарbeiter Deutschlands entsenden je zwei Vertreter und zwei Stellvertreter in die Sitzungen des Reichs-Bauern- und Landarbeiterrats, die übrigen Körperschaften je einen Vertreter und einen Stellvertreter. Jede Körperschaft hat so viel Stimmen als sie Vertreter hat.

§ 2.

Der Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat hat den Zweck:

1. in Gemäßheit der Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichs-ernährungsamts vom 22. November 1918 (Reichsanzeiger vom 25. November 1918) den Bauern- und Landarbeiterräten Anweisungen und Ratschläge zu erteilen,
2. eine Vermittlungsstelle zwischen den Bauern- und Landarbeiterräten und der Reichsregierung zu bilden.

Für geschäftliche Unternehmungen insbesondere die geschäftliche Vermittlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Erzeugungsmittel sind die Bauern- und Landarbeiterräte nicht zuständig.

§ 3.

Für die Gültigkeit der Beschlüsse des Reichs-Bauern- und Landarbeiterrats ist die absolute Mehrheit erforderlich. Der Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat ist beschlußfähig, wenn mindestens je die Hälfte der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände anwesend ist.

§ 4.

Der Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat wählt einen Vorsitzenden aus den Mitgliedern der Arbeitgeberverbände und einen stellvertretenden Vorsitzenden aus den Mitgliedern der Arbeitnehmerverbände.

Der Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat wählt Geschäftsführer und trifft Bestimmungen über das Büro.

§ 5.

Die Kosten der Geschäftsführung tragen, soweit sie nicht aus Reichsmitteln bestritten werden, die in § 1 genannten Körperschaften.

Die Tagegelder und Reisekosten für ihre Vertreter und Stellvertreter tragen die einzelnen Körperschaften selbst.

§ 6.

Der Sitz ist in Berlin.

Vorlagen

der

47. Plenarversammlung

des

Deutschen Landwirtschaftsrats am 28. und 29. November 1919.

Geschäftsbericht für 1918/19.

Prof. Dr. D a b e : Die Tätigkeit des Deutschen Landwirtschaftsrats seit der letzten Plenarversammlung im Februar 1918 ist, wie die Zahl der ein- und ausgegangenen Briefe und Druckschriften ergibt, eine äußerst ausgiebige gewesen. Wenn dies hier und dort nicht in die Erscheinung getreten ist wie früher, so liegt es hauptsächlich daran, daß der Landwirtschaftsrat seine Tätigkeit zum Teil mit der des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft verknüpft hat, dessen Hauptgeschäftsstelle im Landwirtschaftsrat untergebracht ist. Der Schwerpunkt der Geschäfte hat darin gelegen die Sisyphusarbeit der Kriegsjahre weiter fortzusetzen, nämlich die Landwirtschaft von dem Druck und den Fesseln der Zwangswirtschaft zu entlasten. Sie alle wissen, daß dies ein mehr oder weniger erfolgloses Bemühen gewesen ist und wenn die neuen Organisationen in der Landwirtschaft vielfach den alten Körperschaften den Vorwurf gemacht haben, daß sie hinsichtlich der Zwangswirtschaft der Regierung gegenüber nicht energisch und nachhaltig genug aufgetreten seien, so könne man jetzt fast eine Genugtuung empfinden, daß auf diesem Gebiete die neuen Körperschaften bisher so gut wie nichts erreicht haben und damit selbst den Beweis geliefert haben, daß die Schuld nicht auf den alten Körperschaften liegt, sondern in der politischen Umwälzung, welche nach sozialistischen Grundsätzen die Gemeinwirtschaft oder öffentliche Bewirtschaftung auf ihre Fahne geschrieben hat. Deshalb muß ich die hohe Versammlung bitten, auch diese Arbeit des Deutschen Landwirtschaftsrats nach dem alten lateinischen Worte anzusehen: „ut desint vires tamen est landandavoluntas.“ Mehr oder weniger gilt dies auch von den übrigen Arbeiten des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Landwirtschaftsrat muß sich in dieser Hinsicht mit allen übrigen größeren Körperschaften trösten, deren Schwerpunkt in wirtschaftspolitischer Tätigkeit liegt. Die Schreibarbeiten und die Akten schwellen ins ungeheure an und die positiven Resultate schmelzen demgegenüber immer mehr zusammen. Der Verkehr mit den landwirtschaftlichen Körperschaften wie den Landwirtschaftskammern der Provinzen und Bundesstaaten ist ein überaus lebhafter und reger gewesen. Das Büro ist bemüht gewesen, alle Neuigkeiten so schnell wie möglich den landwirtschaftlichen Körperschaften zu übermitteln, damit sie in die Lage versetzt wurden, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen und durch Eingaben an ihre Staatsbehörden die Landwirtschaft vor verderblichen Maßnahmen zu schützen. Von ganz besonderem Erfolge ist die Arbeit der Preisberichtsstelle gewesen, die mit ihrem kurzen Wochenbericht,

der etwa von 800 Zeitungen regelmäßig aufgenommen wird, sowie mit dem allgemeinen Wochenbericht, der in über 3000 Exemplaren erscheint, sich immer mehr Anhang in der Öffentlichkeit und zwar nicht nur in landwirtschaftlichen Kreisen, erworben hat. Die Preisberichtsstelle ist jetzt damit beschäftigt, was die Plenarversammlung besonders interessieren wird, sich selbständig zu machen und durch Gewinnung von Abonnenten und Annoncen ihr ganzes Unternehmen so zu fundieren, daß sie in ähnlicher Weise wie die entsprechenden Unternehmungen des Auswärtigen Amtes und der großen Industrieverbände unabhängig dastehe. Besonders möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken auf die seit einigen Wochen neu hinzukommende Preistafel für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe, die für die praktische Landwirtschaft geradezu als unentbehrlich bezeichnet werden dürfe. Besonderen Anhang hat auch der Saatenstandsbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates gefunden, der völlig unabhängig von der Schablone der amtlichen Berichterstattung das Bestreben hat, mit der Saatenstandsberichterstattung wichtige Fragen der praktischen Landwirtschaft, wie Arbeiterfrage, Arbeiterverhältnisse, Bezug von Düngemitteln, die mit dem Anbau und der Produktion im engsten Zusammenhange stehen, mit zu behandeln. Diese Saatenstandsberichte, welche um die Mitte eines jeden Monats erscheinen, haben in der gesamten Presse Deutschlands Verbreitung gefunden. Im Zusammenhang mit der Preisberichtsstelle möchte ich noch darauf hinweisen, daß das Reichswirtschaftsministerium alljährlich dem Deutschen Landwirtschaftsrat für den Nachrichtendienst eine Beihilfe aus Reichsmitteln gewährt hat. Dieselbe war darin begründet, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat und insbesondere seine Preisberichtsstelle vom Reiche als das Vermittlungsorgan für Deutschland mit dem Internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom ausersehen war. Die jährliche Beihilfe aus Reichsmitteln wurde demgemäß auch aus dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums bestritten, der für die Ausgaben des Reiches für das Agrarinstitut in Rom bestimmt war. Der Krieg hat auch wie über so vieles andere seine verhängnisvollen Folgen auf das Agrarinstitut in Rom ausgeübt. Sie werden davon gehört haben, daß das Agrarinstitut in Rom, da infolge des Krieges eine direkte Verbindung mit Deutschland nicht möglich war, sich der Schweiz als Vermittlung bedient hat. Der bekannte Führer des Schweizerischen Bauernverbandes, Professor Laur in Brugg hat es übernommen, das Institut, soweit die Zentralmächte in Betracht kamen, so gut wie möglich durchzuführen. Wenn auch früher in manchen Kreisen der Landwirtschaft gegenüber dem Agrarinstitut in Rom gewisse Bedenken laut geworden waren, wie man hier und da geneigt war, seine Arbeit zu unterschätzen, so muß sich doch heute, nachdem das Institut eine größere Reihe von Jahren gearbeitet hat, und sein Augenmerk auf die Vorgänge in der gesamten Landwirtschaft unseres Planeten erstreckt und über dieselbe eine Zentralnachrichtenstelle gebildet hat, das Urteil etwas bessern. Jedenfalls sollte man jetzt, nachdem Deutschland sich mit der ganzen Welt verfeindet hat, dafür Sorge tragen, jede Gelegenheit zu ergreifen, welche die durch den Krieg zerrissenen Fäden mit der übrigen Welt wieder anknüpfen könnte, wieder aufzunehmen und von neuem zu kultivieren. Dazu gehört mit in erster Linie das Agrarinstitut in Rom. Man mag darüber lächeln aber es ist eine Tatsache, daß es zu den wenigen internationalen Einrichtungen gehört, die aus dem Kriege mehr oder weniger unverfehrt hervorgegangen sind. Aus diesem Grunde möchte ich die Plenarversammlung bitten, sich für Aufrechterhaltung dieses Agrarinstitutes auszusprechen und demgemäß auch an das Reichswirtschaftsministerium wiederholt die Bitte zu richten, die für den Nachrichtendienst des Deutschen Landwirtschaftsrates bisher bewilligte Beihilfe auch weiter zu gewähren.

Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Landwirtschaftsrats seit der Plenarversammlung 1918.

1. Beschlüsse der 46. Plenarversammlung.

Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf folgenden Gegenstand: Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für das Erntejahr 1918/19.

1. Allgemeine Gesichtspunkte,
2. Getreide- und Hülsenfrüchte,
3. Kartoffeln,
4. Zuckerrüben,
5. Lieferungsverträge,
6. Vieh,
7. Pferde,
8. Arbeiterverhältnisse,
9. Düngemittel.

Der Beschluß ist gleich nach der Plenarversammlung den Herren Staatssekretären der einzelnen Ressorts der Reichsverwaltung, sämtlichen Staatsregierungen der deutschen Bundesstaaten und in Preußen noch besonders dem Landwirtschaftsministerium, dem Finanzministerium, dem Kriegsministerium, dem Kriegsernährungsamt übermittelt worden. Außerdem wurde der Beschluß den landwirtschaftlichen Körperschaften in den einzelnen Bundesstaaten mit der Bitte um Unterstützung überreicht.

2. Beschlüsse des Ständigen Ausschusses,

von welchem nach § 8 des Statuts der Plenarversammlung zur nachträglichen Genehmigung Mitteilung zu machen ist.

Sitzung des Ständigen Ausschusses am 10. Juli 1918 in Berlin.

Antrag der Landwirtschaftskammer für Sachsen-Altenburg betr. Herabsetzung der von der Landwirtschaftskammer gezahlten Beitragseinheit von 2 auf 1.

Der Ständige Ausschuß beschließt, in der nächsten Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats den Antrag zu stellen, die Beitragseinheit für die Landwirtschaftskammer für Sachsen-Altenburg von 2 auf 1 herabzusetzen.

Organisation der forstwirtschaftlichen Vertretung im D. L. R.

Der Ständige Ausschuß beauftragt die Geschäftsführung, Sitzungen der in Aussicht genommenen forstwirtschaftlichen Kommission des D. L. R. auszuarbeiten.

Reform der Einrichtung der landwirtschaftlichen Sachverständigen im Auslande nach dem Kriege.

Der Ständige Ausschuß beschließt, die früheren Anträge der Plenarversammlung vom Jahre 1906 nochmals dem Reichswirtschaftsamt als Grundlage für die Reform zu unterbreiten. Der damalige Beschluß lautet:

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt:

1. Es ist dankbar zu begrüßen, daß die Reichsregierung die Einrichtung der land- und forstwirtschaftlichen Sachverständigen seit dem Jahre 1895 weiter ausgebaut und den bestehenden Etatstitel erhöht hat.

2. Es besteht das dringende Bedürfnis, daß nunmehr baldigst eine Zentralstelle geschaffen werde, an welcher alle für die Land- und Forstwirtschaft wichtigen Materialien des In- und Auslandes, wie es im Ackerbauamt der Vereinigten Staaten von Amerika geschieht, gesammelt werden. Diese Stelle wäre am zweckmäßigsten im Reichsamt des Innern zu schaffen. Diese Zentralstelle würde ferner die Aufgabe haben, Behörden und privaten Interessenten Auskunft zu erteilen, sowie belehrende Mitteilungen und Berichte in umfangreichem Maße zu veröffentlichen.
3. Es empfiehlt sich, die im Ausland geschulten Kräfte in dieser Reichsstelle und mehr als bisher in den Kolonien zu verwenden, und Studienreisen unter Oberleitung der landwirtschaftlichen Sachverständigen im Auslande zu unterstützen.
4. Den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel und Industrie“ ist der Titel „Nachrichten für Landwirtschaft, Handel und Industrie“ zu geben.
5. An der Weltagrar-Kammer in Rom ist eine internationale Preisberichtsstelle zu errichten, zu deren Durchführung die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats mitzubenuzen wäre.

Sitzung des Ständigen Ausschusses am 19. Februar 1919:

Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1919/20.

Der Ständige Ausschuß beschließt, die nachstehende Erklärung dem Herren Reichspräsidenten, Ministerpräsidenten und der Nationalversammlung zu übermitteln und sobald wie möglich zu veröffentlichen.

Berlin W. 57, den 21. Februar 1919.
Winterfeldtstr. 37.

Anträge des Deutschen Landwirtschaftsrats betreffend Abbau der Zwangswirtschaft.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließt, an den Herrn Reichspräsidenten, den Herrn Reichsministerpräsidenten und an die Nationalversammlung folgende Anträge zu richten:

1. Nachdem die deutsche Landwirtschaft während der Kriegszeit, länger als 4 Jahre, sich einer Zwangswirtschaft hat unterwerfen müssen, welche die Produktion im höchsten Grade geschädigt hat, ist es endlich an der Zeit, daß sie von diesem Drude befreit wird. Geschieht das nicht, so ist zu befürchten, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich ein offener Widerstand gegen die gesetzlichen Maßnahmen geltend macht, wie das schon aus einigen Gegenden gemeldet worden ist. Da sich das gesamte Wirtschaftsleben in erster Linie an der landwirtschaftlichen Erzeugung aufrichten soll, ist es ein dringendes Gebot der Stunde, die landwirtschaftlichen Betriebe schleunigst von jedem Zwange zu befreien, damit alle Kräfte ungehemmt und ungeschmälert der Produktion dienstbar gemacht werden können.

Aus diesem Grunde fordern wir jetzt, unmittelbar vor Beginn der Frühjahrseinstellung, also in letzter Stunde, daß mit dem Abbau der Kriegswirtschaft ohne Verzug begonnen wird, und daß nament-

lich für die Produkte, deren öffentliche Bewirtschaftung sich am wenigsten bewährt hat, diese sofort aufgehoben wird.

2. Demgemäß beantragen wir auf das Dringendste, daß für Gemüse, Obst, Eier, Kartoffeln, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte, Heu und Stroh sofort der freie Verkehr ohne Beschlagnahme und Preisregulierung wieder eingeführt wird.

3. Wenn es für Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte notwendig erscheint, eine bestimmte Menge für die öffentliche Hand durch Lieferungsverträge zu sichern, so darf dies aber nur innerhalb der unbedingt notwendigen Grenzen geschehen, die darüber hinausgehende Menge ist dem freien Verkehr zu überlassen.

4. Nur für diejenigen Erzeugnisse, welche die wichtigste Grundlage der Volksernährung bilden, für Brotgetreide und Schlachtvieh, ist die allgemeine Beschlagnahme vorläufig noch aufrecht zu erhalten. Für diese Erzeugnisse ist jedoch mit dem Abbau oder mit der Freilassung in dem Augenblick zu beginnen, in welchem auf dem Weltmarkte der freie Verkehr wieder eingeführt wird und in welchem in den feindlichen Staaten, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich die Zwangswirtschaft aufgehoben wird.

5. Die bisherigen Eingriffe in den Viehstand haben denselben bereits in bedenklichster Weise reduziert. Neuerdings sind diese Eingriffe trotz des Fortfalls der Heeresversorgung noch schärfer geworden und tragen, wie die Klagen aus dem Lande zeigen, sehr zur Verbitterung und Verzweiflung der ländlichen Bevölkerung bei. Da bei derartigen Eingriffen die Milchertträge zum Verderben der Kinderernährung noch stärker sinken werden und die schon völlig unzureichende Düngererzeugung noch weiter zurückgehen und dadurch die nächste Ernte noch mehr gefährdet wird, fordern wir aufs neue, daß endlich dem Raubbau am deutschen Viehstand Einhalt getan wird.

6. Soweit trotzdem die Zwangswirtschaft noch aufrecht erhalten wird, sind die Höchst- bezw. Mindestpreise sobald wie möglich festzusetzen und sind dabei der enorme Mangel an Kunstdünger, die Verteuerung aller Produktionsmittel und die geringen Arbeitslöhne gebührend zu berücksichtigen; insbesondere gilt dies für die Hackfrüchte, Kartoffeln und Zuckerrüben.

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats.

gez. Dr. Frhr. von Cetto-Reichertshausen,
1. stellv. Präsident.

An

den Herrn Reichspräsidenten

den Herrn Reichsministerpräsidenten

die Nationalversammlung

Weimar.

Sitzung des Ständigen Ausschusses am 25. April 1919:

Möglichkeit der landwirtschaftlichen Arbeit am 1. Mai.

Es wird beschlossen, folgende Depesche an den Reichsministerpräsidenten Scheibemann zu richten:

Durch die ungünstigen Bitterungsverhältnisse der letzten Wochen ist die Frühjahrseinstellung stark beeinträchtigt worden. Im dringenden Interesse der Volksernährung ist deshalb jeder verfügbare Tag zur Bestellung auszunützen. Die Reichsregierung ersuchen wir daher, die Möglichkeit zu schaffen, daß am 1. Mai landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet werden können.

Organisation der forstwirtschaftlichen Vertretung im D. L. R.

Da es sich um eine tiefeinschneidende Änderung in der Verfassung des D. L. R. handelt, trägt der Ständige Ausschuß Bedenken, dieselbe ohne Befragung der Plenarversammlung zu entscheiden. Es wird beschlossen, von einer endgültigen Stellungnahme Abstand zu nehmen und den Vorschlag zu machen, vorläufig eine Kommission für Forstwirtschaft zu empfehlen, die als sachverständiges Organ dem Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung stehen soll.

Nach Beschluß des Ständigen Ausschusses in seiner Sitzung am 4. Oktober wurde dem Reichswirtschaftsministerium die nachstehend aufgeführten Herren als Mitglieder zum Reichsforstwirtschaftsrat mitgeteilt:

Reichsforstwirtschaftsrat.

Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats.

A. 9 Vertreter für den Privatwald.

Ordentliche Mitglieder.

1. Staatsminister Dr. **Frhr. von Schorlemer-Lieser**, Erzellenz, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Lieser.
2. Geh. Reg.-Rat **von Klitzing**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, Niedergauche, Kreis Sprottau in Schlesien.
3. **von Grünberg**, Bruchhoff, Pommern.
4. Kammerherr **von Waldow-Reichenstein**, Königswalde, Neumark.
5. **Gutsbesitzer Schwarzelsühr**, Vorsitzender des Provinzial-Verbandes der Waldbauvereine der Provinz Westfalen, Kalthoff bei Iserlohn.
6. Reichsrat **Frhr. von Thüngen**, Thüngen in Unterfranken.

Stellvertreter:

- Kammerherr **von Reudell**, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Kassel, Schloß Wolfsbrunnen bei Eschwege.
- Oberförster **Steffens**, Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, Hannover, Leopoldstr. 11/12.
- Forstmeister **Krahmer**, Schmollin, Pommern.
- Oberförster **Frhr. von Niefes**, Königsberg/Pr.
- Frhr. von Gaisberg**, Schödingen, Oberamt Leonberg (Württemberg).
- Landesökonomierat **Mittermeier**, Präsident des Bayer. Landwirtschaftsrats, Haunersdorf in Niederbayern.

- | | |
|--|--|
| 7. Kämmerer Hubert von Schilder ,
Dietramszell in Oberbayern. | Graf Lörring , München. |
| 8. Durchlaucht Prinz Lippe , Baruth,
Sachsen. | Mittergutsbesitzer Wagenscheer , Stein-
bach, Amtsh. Borna. |
| 9. Alfred Prinz zu Löwenstein , Durch-
laucht, Vorsitzender der Badischen
Landwirtschaftskammer, Schloß
Langenzell bei Bammenthal in
Baden. | Bürgermeister Schwinn , Schöllnbach,
Kreis Erbach in Hessen. |

B. 3 Vertreter des Gemeindevorstandes (Preußen).

- | | |
|---|---|
| 1. Forstrat Ludwig , Landwirtschafts-
kammer für die Rheinprovinz, Bonn
a. Rh., Eidenicherallee 60. | Oberförster Rünster , Treis an der Mosel. |
| 2. Forstrat Dr. Bertog , Landwirtschafts-
kammer für die Provinz Branden-
burg, Berlin, Kronprinzenufer 5/6. | Oberförster Gebbers , Lauenburg in
Pommern, Vorsitzender des Vereins
der Kommunalforstbeamten Preu-
ßens. |
| 3. Forstrat Herz , Breslau, Landwirt-
schaftskammer, Matthiasplatz 6. | Oberförster Reuwinger , Wittlich (Reg.-
Bez. Trier). |

3. An die landwirtschaftlichen Körperschaften sind seit der 46. Plenarver-
sammlung folgende Rundschreiben gesandt worden:

1918.

1. 16. Februar: Überreichung des Beschlusses der 46. Plenarversammlung.
2. 12. Februar: Aufforderung zur beschleunigten Ablieferung von Heu und
Stroh an die Heeresverwaltung.
3. 23. Februar: Aufforderung zur Beitragszahlung für das Etatsjahr 1918.
4. 23. Februar: Überreichung einer Antwort des Reichswirtschaftsamts auf
eine Eingabe des Kriegsaussschusses betr. Schwierigkeiten der
Papierbeschaffung bei landwirtschaftlichen Fachzeitschriften.
5. 5. März: Überreichung verschiedener Drucksachen betr. Beschäftigung der
Jungmänner in der Landwirtschaft und Leitfäden für die Aufgaben
des freiwilligen Schülerhilfsdienstes.
6. 13. März: Anfrage an die Körperschaften betr. Unterstützung der Kriegs-
gefangenen Landwirte mit Lese- und Lernstoff.
7. 27. März: Überreichung einer Antwort des Kriegsernährungsamtes auf eine
Eingabe betr. Anerkennung der Landsorten bei Hülsenfrüchten.
8. 8. April: Aufforderung für die Zeichnung der 8. Kriegsanleihe zu werben.
9. 8. Mai: Überreichung eines Schreibens der Überwachungsstelle für Ammo-
niakdünger betr. Aufhebung des Mißverbotes von schwefelsaurem
Ammoniak mit Superphosphat.
10. 4. Juni: Aufforderung zur Einreichung von Wünschen zum Entwurf einer
Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918.
11. 18. Juni: Mitteilung an die nichtpreussischen Körperschaften betr. Zusammen-
schluß der auf dem Lande arbeitenden Frauenverbände und Ver-
einigungen zu einer Zentrale der deutschen Landfrauen.
12. 22. Juni: Rundfrage betr. Heulieferungen an das Heer.
13. 23. September: Rundfrage betr. Versicherungspflicht der Gutsvolontäre
und Gutseleben.

14. 24. September: Überreichung des Beschlusses des Ständigen Ausschusses vom 10. Juli betr. Organisation der forstwirtschaftlichen Vertretung im Deutschen Landwirtschaftsrat.
 15. 8. Oktober: Mitteilung einer Eingabe des D. L. R. betr. Entschädigung für die durch die Heeresverwaltung ausgehobenen Pferde sowie ein Antwortschreiben des Kriegsministeriums hierzu.
 16. 8. Oktober: Überreichung einer Eingabe betr. Stidstoffversorgung der Landwirtschaft sowie der Antworten des Reichskommissars für Stidstoffwirtschaft und des Landwirtschaftsministeriums.
 17. 11. Oktober: Übersendung des Antwortschreibens vom Reichswirtschaftsministerium betr. den Ausbau des Forstwirtschaftsrats neben dem D. L. R.
 18. 12. Oktober: Überreichung des Antwortschreibens vom Kriegsernährungsamt betr. Stidstoffversorgung der Landwirtschaft.
 19. 15. Oktober: Einforderung von Vorschlägen betr. Bezahlung von angemessenen Preisen für ausgehobene Pferde.
 20. 21. Oktober: Aufforderung zur Unterstützung der Technischen Hochschule Riga durch Übermittlung von Material für die landwirtschaftliche Abteilung.
 21. 24. Oktober: Übersendung eines Rundschreibens des Kriegsernährungsamtes betr. durchgreifende Bekämpfung der Spazienplage.
 22. 8. November: Mitteilung über Rechtsfriedensämter und Rechtsauskunftsstellenwesen mit der Bitte, den Gegenstand in den Verhandlungen der Körperschaften zu erörtern.
 23. 28. November: Überreichung des Entwurfes einer Landarbeitsordnung mit der Bitte um Stellungnahme.
 24. 25. November: Übermittlung eines Schreibens der Landwirtschaftskammer für Gotha betr. Preise für gefallene Tiere zur gutachtlichen Äußerung.
 25. 26. November: Mitteilung eines Rundschreibens des Kriegsernährungsamtes an die Bundesregierungen betr. Anerkennung von Hülsenfrüchten als Gemüsefaatgut.
 26. 3. Dezember: Mitteilung über die Errichtung eines Verwertungsamtes für freiverdenbes Heeresgut.
 27. 20. Dezember: Überreichung des Entwurfes eines Reichsgesetzes zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland zur vertraulichen Kenntnissnahme und mit der Bitte um baldige Stellungnahme zu demselben.
 28. 27. Dezember: Überreichung der vorläufigen Landarbeitsordnung, wie sie der Reichsbauern- und Landarbeiterrat in seiner Sitzung am 20. Dezember 1918 beschlossen hat.
- 1919
29. 2. Januar: Rundschreiben betr. Arbeitsvermittlungsamt des Landwirtschaftsministeriums und Beschäftigung der städtischen Arbeitslosen auf dem Lande.
 30. 3. Januar: Überreichung eines Schreibens der Landwirtschaftskammer für Braunschweig betr. Ersatz für ausländische landwirtschaftliche Arbeitskräfte durch inländische weibliche Arbeitskräfte.
 31. 8. Januar: Aufforderung zur Teilnahme an einer Rundgebung der deutschen Wirtschaftsverbände, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer am 13. Januar 1919 in Berlin.

32. 15. Januar: Übermittlung einer Eingabe der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen betr. Freigabe notwendiger Chemikalien mit der Bitte um Unterstützung.
33. 21. Januar: Überreichung einer Beilage des Reichsanzeigers enthaltend den Entwurf der Reichsverfassung.
34. 5. Februar: Überreichung eines Schreibens des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reich betr. Bekanntmachung über die gewerbsmäßige Herstellung von Mischdünger zur Kenntnisnahme und Stellungnahme.
35. 6. Februar: Die landwirtschaftlichen Körperschaften werden um Übermittlung der etwaigen Antwort an das Reichsernährungsamt gebeten betr. Preisfestsetzung für die landwirtschaftlichen Produkte.
36. 24. Februar: Überreichung eines Schreibens der Landwirtschaftskammer für Sachsen betr. Musterfahrungen für land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverbände mit der Bitte um Mitteilung, ob im Bereiche der betreffenden Körperschaft Arbeitgeberverbände zwecks Verhandlung mit Arbeitnehmerverbänden errichtet worden sind.
37. 26. Februar: Überreichung eines Schreibens des Aufsichtsamtes für Privatversicherung betr. Besprechung über allgemeine Versicherungsbedingungen für die Einzelunfallversicherung mit der Bitte um eingehende Prüfung.
38. 22. März: Mitteilung über die neuen Steuerpläne der Reichsregierung mit der Bitte, den D. L. R. mit Material hierzu zu versehen.
39. 4. April: Weitere Übersendung von Gesetzentwürfen zu den neuen Steuern.
40. 12. April: Bitte um Übermittlung von etwaigen von den Körperschaften herausgegebenen kurzen regelmäßigen Berichten über die Landwirtschaft.
41. 12. April: Aufforderung an die landwirtschaftlichen Körperschaften, die Mitglieder und Stellvertreter zum Deutschen Landwirtschaftsrat für die Wahlperiode 1920/22 vorzunehmen.
42. 23. April: Zwecks Feststellung der neuen Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, besonders für Getreide, ist es erforderlich, die Arbeitslöhne auf dem Lande von 1913—1918, sowie die Handwerkerlöhne in der gleichen Zeit festzustellen. Die Körperschaften werden um baldige Auskunft darüber gebeten.
43. 23. April: Übersendung eines Schreibens des Reichsernährungsministeriums betr. Bildung eines ausreichenden Land- und Flutschuzes.
44. 6. Mai: Übersendung des Entwurfes eines Tarifvertrages des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands mit der Bitte um Angabe, ob derartige Tarifverträge dort schon abgeschlossen sind oder ob darüber verhandelt wird.
45. 10. Mai: Überreichung verschiedener Drucksachen zur Beurteilung des Räteystems und seiner Eingliederung in die Reichsverfassung.
46. 14. Mai: Überreichung von weiterem Material zur Beurteilung des Räteystems.
47. 21. Mai: Überreichung eines Artikels betr. die Wichtigkeit der Provinz Ostpreußen in Bezug von Lieferung von Lebensmitteln.
48. 11. Juni: Überreichung der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die deutsche Gemeinwirtschaft mit der Bitte um eingehende Beratung und Stellungnahme.

49. 21. Juni: Mitteilung über die Verhältnisse der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse mit der Bitte um Unterstützung.
50. 27. Juni: Überreichung des Entwurfs der Satzungen des Reichsforstwirtschaftsrats mit der Bitte um Stellungnahme zu dem Entwurf.
51. 28. Juni: Übersendung einer Denkschrift betr. Lichtspielgesellschaft Land mit der Bitte, diese zum Gegenstand einer Verhandlung und Entschließung zu machen.
52. 28. Juni: Überreichung eines Aufsatzes von Ingenieur Krohne betr. Aufgaben für Technik und Landwirtschaft zur Hebung der Erwerbsmöglichkeit auf dem Lande mit der Bitte um Prüfung und Mitteilung der Entschließung.
53. 1. Juli: Überreichung der Niederschrift über die Besprechung im Reichsarbeitsministerium betr. reichsgesetzliche Neuordnung des Arbeitsrechts mit einer Übersicht über die Arbeitsgebiete, die hierfür in Aussicht genommen sind.
54. 10. Juli: Mitteilung eines Schreibens des Reichsarbeitsministeriums betr. Entwurf von Vorschriften über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter einschließlich der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben mit der Bitte um Stellungnahme.
55. 11. Juli: Mitteilung über die erschienenen Steuergesetzentwürfe mit Preisangabe.
56. 26. Juli: Überreichung einer Denkschrift über den veterinären Auslandsdienst mit der Bitte, die in der Denkschrift enthaltenen Anregungen einer eingehenden Beratung zu unterziehen.
57. 28. Juli: Überreichung der Satzung der Kreis-Bauernschaft im Reg.-Bez. Wiesbaden mit der Bitte, die Errichtung derartiger Kreisbauernschaften auch in anderen Bezirken in Erwägung zu ziehen.
58. 2. August: Überreichung eines Berichtes der Sitzung der forstwirtschaftlichen Kommission im Reichswirtschaftsministerium und der Satzungen des Reichsforstwirtschaftsrats zur Prüfung und Stellungnahme.
59. 20. August: Mitteilung eines Schreibens des Kalisynbikats betr. Ausnahmetarif für Düngemittel, 20% Ermäßigung für Kalisalze mit der Bitte um gutachtliche Äußerung.
60. 20. August: Mitteilung über Monopolisierung der Hagelversicherung mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme dazu.
61. 28. August: Überreichung eines Artikels über die Leistungen von Klein- und Großgrundbesitz für die Kriegswirtschaft im Kreis Braunsberg.
62. 30. August: Überreichung eines Aufsatzes zur Frage der Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands.
63. 1. September: Überreichung eines Aufsatzes betr. die Leistungen von Klein- und Großgrundbesitz für die Kriegswirtschaft im Kreis Osterode.
64. 5. September: Mitteilung über den Entwurf eines Modells für den Abschluß von Tarifverträgen im Molkereigewerbe.
65. 9. September: Überreichung eines Aufsatzes des Geschäftsführers Professor Dr. Dade über „Sozialisierung der Landwirtschaft“.
66. 13. September: Mitteilung über die Gründung der Landlichtspiel-Gesellschaft m. b. H.
67. 13. September: Überreichung einer Antwort des Reichsarbeitsministers auf die Anfrage, was unter „landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art“ zu verstehen ist.

68. 24. September: Mitteilung eines Schreibens der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen betr. das landwirtschaftliche Krankenversicherungswesen zur Kenntnisnahme und Äußerung.
69. 18. September: Überreichung einer Eingabe der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg betr. Einspruchsfrist bei Düngedieferungen, sowie eine gutachtliche Äußerung des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reich.
70. 15. Oktober: Überreichung der Tagesordnung der 47. Plenarversammlung mit der Bitte, Anträge und Wünsche zu den einzelnen Punkten mitzuteilen.
71. 25. Oktober: Überreichung eines Rundschreibens der Reichszentrale der Arbeitsnachweise „Abteilung für ausscheidende Militärpersonen“ betr. Unterbringung ehemaliger Marineangehöriger in der Landwirtschaft zur Kenntnisnahme und Berücksichtigung.
72. 28. Oktober: Mitteilung betr. Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter.

Veränderungen im Mitgliederbestande des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Als Mitglieder sind neu in den Deutschen Landwirtschaftsrat eingetreten:

1. **Balduhn**, Rittergutsbesitzer, Caporn bei Gr. Gehdekrug, Kreis Fischhausen, an Stelle von **von Sauten**, Tarpuschen.
2. **Friedrichs**, Oekonomierat, Stralsund, an Stelle von **Graf von Schwerin-Löwisch**.
3. **Westermann**, Ehrenamtmann, Lütgendortmund, an Stelle von **Fhr. von und zu Brenken-Expernburg**.
4. **Fhr. von Twidel-Stovern**.
5. **Dr. Fhr. von Schorlemer**, Staatsminister, Wieser a. d. Mosel, an Stelle von **von Groote**, Rheinbach.
6. **Hinde**, Oekonomierat, Ditzfelde bei Ebstorf i. H., an Stelle von **Amtsrat Sommer**, Hornsen.
7. **von Reudell**, Kammerherr und Landrat, Schloß Wolfsbrunnen bei Eschwege an Stelle von **Maertens**, Sieberhausen.
8. **Steininger**, Landesökonomierat, Westerham bei Bad Nibling, an Stelle von **Fhr. von Cetto-Reichertshausen**.
9. **Doederlein**, Oekonomierat und Gutsbesitzer in Nördlingen, an Stelle von **Fhr. von Welfer**, Reunhof.
10. **Reichel**, Oekonomierat, Seitzchen in Sachsen, an Stelle von **Geh. Rat Dr. Hähnel**, Kupprich.
11. **Kuoff**, Oekonomierat, Lübingen, an Stelle von **Landerer**, Lübingen.
12. **Fhr. von Malzan**, Landrat, Molkow, an Stelle von **Kettich-Rostod**.
13. **Feldhus**, Geh. Oekonomierat, Zwischenahn in Oldenburg, an Stelle von **Geh. Rat Funck**, Loh.
14. **Diedmann**, Amtsrat, Heimbürg bei Blankenburg am Harz, an Stelle von **Mackensen von Astfeld**.
15. **Allmer**, Amtsrat, Domäne Jchstedt bei Frankenhäusen, an Stelle von **Kirsten**, Gutsbesitzer, Zeigerheim bei Rudolfsstadt.
16. **Welle**, Oekonomierat, Elleringhausen bei Mengerlinghausen, an Stelle von **Emde**, Oekonomierat, Mühlhausen (Walbed).
17. **Dr. Ebersbach**, Hofkammerrat, Gera, Untermhaus, an Stelle von **Direktor Prof. Dr. Settegast**, Köstlich.

18. **Bardhausen**, Amtsrat, Domäne Brandenburg bei Stadthagen, an Stelle von Erzellenz Wirl. Geh. Rat von Frese, Hannover.
19. **Depten**, Gutsbesitzer, Bremen-Schwachhausen, an Stelle von Johne-Habenhäusen.

Als stellvertretende Mitglieder sind neu in den Deutschen Landwirtschaftsrat eingetreten:

1. **Papendieck**, Gutsbesitzer, Chelchen bei Dunehlen, an Stelle von Rittergutsbesitzer von Regenborn, Alonau bei Marwalde.
2. **von Freier**, Kammerherr, Ritterschafsdirektor, Hoppenrade bei Garz, an Stelle von Schrader, Allandsberg.
3. **Braune**, Amtsrat, Wunningen Bez. Magdeburg, an Stelle von Wefche, Rautz.
4. **Fhr. von Kerterink zur Borg**, Haus Borg bei Rinderode, an Stelle von Westermann, Ehrenamtmann, Lütgendortmund.
5. **Graf von Westphalen**, Haus Laer bei Meschede, an Stelle von Freiherrn von und zu Brenken-Expernburg.
6. **Degen**, Ökonomierat, Plantforth bei Bawinkel (Hannover), an Stelle von Hinde, Ditzfelde.
7. **Reichmann**, Fideikommißbesitzer, Lembach bei Vorken, an Stelle von von Reudell, Wolfesbrunnen.
8. **Hemmerle**, Landesökonomierat, Grönenbach (Schwaben), an Stelle von Döberlein, Nördlingen.
9. **H. Schanz**, Domänenpächter, Triftsfing Post Aufhausen, an Stelle von Ökonomierat Gößwein, Neumarkt in der Oberpfalz.
10. **Froebel**, Ökonomierat, Leipzig, an Stelle von Stahl, Witgensdorf.
11. **Rühne**, Ökonomierat, St. Michaelis bei Brand in Sachsen, an Stelle von Reibler, Oberlosa.
12. **Dr. von Hübel**, Domdechant, Dresden, an Stelle von Ökonomierat Reichel, Seitzchen.
13. **Dr. Fhr. von Stözingen**, Steißlingen, an Stelle von Pierneisel, Lauda.
14. **Ökonomierat Ohloff**, Rostock, an Stelle von Fhr. von Maltzan, Moskow.
15. **Prof. Dr. von Wendstern**, Oldenburg, an Stelle von Geh. Ökonomierat Feldhüs, Zwischenahn.
16. **Höfer**, Gutsbesitzer, Meiningen.
17. **von Krosigt**, Kammerherr, Hohenergleben, an Stelle von Wagner-Giersleben.
18. **Reißig**, Ökonomierat, Domäne Allmenhausen bei Ebeleben, an Stelle von Ökonomierat Hornung, Naumburg.
19. **Oskar Renger**, Gutsbesitzer, Paulinzella i. Thür., an Stelle von Kommerzienrat Hornung, Frankenhäusen.
20. **Hermann Walschmidt**, Gutsbesitzer, Wega bei Bad Wildungen, an Stelle von Welle-Elleringhausen.
21. **Otto Homuth**, Rittergutsbesitzer, Herrmannsgrün (Neuß a. L.), an Stelle von Georg Gneist, Rittergutsbesitzer, Schönsfeld b. Greiz.
22. **Frank**, Rittergutspächter, Remeringhausen bei Lindhorst, an Stelle von Hofammerrat von Wersebe, Bückeburg.
23. **B. Behrs**, Döse bei Cuxhaven, an Stelle von Benöhr, Arnhäusen.
24. **Humund**, Gemeindevorsteher, Osterholz (Bremer Gebiet), an Stelle von Depten, Bremen.

Beschlüsse der Plenarversammlungen

des

Deutschen Landwirtschaftsrats von 1915—1919.

Einmündiger Beschluß der 43. Plenarversammlung am 14. Mai 1915.

Aufstellung eines Kriegs-Wirtschaftsplanes für das Erntejahr 1915/16.

Durch die Kriegslage sind nacheinander den jeweilig dringendsten Bedürfnissen entsprechend eine Reihe von Verordnungen und wirtschaftlichen Einrichtungen entstanden, die des wünschenswerten organischen Zusammenhangs entbehren und durch eine einheitliche Regelung unserer gesamten Versorgung und Vorratseinteilung — auch bei voller Sicherung unseres Auskommens — entbehrlich erscheinen. Ihre Beseitigung oder durchgreifende Änderung ist um so notwendiger, als sie, besonders durch ihre zu starke Zentralisation, vielfach eine nachteilige, d. h. erschwerende und hemmende Wirkung auf die Volks- und Heeresversorgung und unser gesamtes Erwerbsleben ausgeübt haben.

Für die Neuordnung müssen folgende Grundsätze maßgebend sein:

1. Organisation.

Die Vorratsverteilung wird bewirkt durch:

- a) die Kommunalverbände,
- b) die Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen,
- c) die Zentralausgleichsstelle.

2. Ermittlung der neuen Ernte.

- a) Die auf Grund der Anbauermittelung bisher in Preußen und einigen Bundesstaaten vorgenommene vorläufige Ernteschätzung ist auf das ganze Deutsche Reich auszuweiten.
- b) Die endgültige Ermittlung der Ernte hat nach ihrer Einbringung möglichst bis zum 1. September zu erfolgen.

Die Ergebnisse der Aufnahmen unter a und b sind dem zuständigen Kommunalverband einzureichen. Dieser stellt sie für seinen Bezirk zusammen und gibt sie an die Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstelle weiter, die sie wiederum, für ihre Bezirke tabellarisch geordnet, der Zentralausgleichsstelle einreicht.

3. Zentralausgleichsstelle.

- a) Die Reichsverteilungsstelle,
- b) die Kriegsgetreide-Gesellschaft und
- c) die Reichsstelle für Kartoffelversorgung

sind nach Einrichtung der Zentralausgleichsstelle entbehrlich und werden aufgelöst. (Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung und Zentral-Einkaufs-Gesellschaft bleiben bestehen.)

Die Verwaltung der Zentralausgleichsstelle soll unter einem landwirtschaftlich sachverständigen Vorsitzenden möglichst selbständig geordnet sein. Der Zentralausgleichsstelle steht ein Beirat zur Seite, der aus 6 vom Deutschen Landwirtschaftsrat zu ernennenden landwirtschaftlichen Vertretern und 6 Vertretern der übrigen Erwerbsstände und der Städte gebildet wird.

Auch den Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen sollen Beiräte mit ähnlicher Zusammensetzung beigegeben werden.

4. Feststellung des Bedarfs.

Der Bedarf des Heeres und der Marine ist vorweg zu berücksichtigen. Die Beschaffung des Bedarfs ist Aufgabe der „Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung“. Sie meldet ihren Bedarf bei der Zentralausgleichsstelle an, die ihn durch Vermittelung der Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen von den Kommunalverbänden abfordert.

Die Zentralausgleichsstelle bestimmt sodann den Maßstab für die Verteilung des Brotgetreides und Mehles unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung von Stadt und Land und vermittelt als oberste Instanz den Ausgleich der Überschußverbände und der Bedarfsverbände, soweit dieser Ausgleich nicht bereits von den Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen durchgeführt ist.

5. Verteilung der Vorräte.

Die Kommunalverbände verteilen die Vorräte innerhalb ihrer Bezirke selbständig auf Grund des festgestellten Bedarfs. Die Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen haben, soweit erforderlich, den Ausgleich innerhalb ihrer Bezirke zu übernehmen.

6. Anforderungsrecht.

Die Kommunalverbände haben zum Ausgleich innerhalb ihrer Bezirke ein Anforderungsrecht gegenüber dem einzelnen Besitzer und die Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen innerhalb ihrer Bezirke gegenüber den einzelnen Kommunalverbänden.

Bei Ausübung des Anforderungsrechtes zum Zwecke des Ausgleichs für das Reich hat sich die Zentralausgleichsstelle der Vermittelung der Landes-(Provinzial-)Ausgleichsstellen zu bedienen.

7. Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme ist auf die zu erntenden Mengen an Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mengtorn (zwei oder mehr dieser Getreidearten) und Mißfrucht (Getreide und Hülsenfrüchte) zu erstrecken.

Die Beschlagnahme erfolgt für den Kommunalverband, in dessen Bezirk sich die zu beschlagnahmende Menge befindet.

Landwirtschaftlichen Betrieben sind bestimmte Höchstmengen ihrer selbst erzeugten Vorräte an Getreide zu belassen, soweit es ihre Betriebsführung einschließlich der Erfordernisse für die Angehörigen ihrer Wirtschaft und für das Ge-

sinde verlangt. Den Angehörigen der Wirtschaft stehen gleich Naturalberechtigte, insbesondere Altenteiler, und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Brotgetreide oder Mehl zu beanspruchen haben. Die Höchstmengen werden durch die Zentralausgleichsstelle festgesetzt.

Der Verkauf von Saatgetreide ist zu gestatten. Die Verwendung zur Saat ist dem Kommunalverband nachzuweisen.

Die einem Besitzer für seine Einhufer freizulassende Menge an Hafer kann derselbe nach seinem Ermessen auch für andere Tiere verwenden.

Die bisherige Beschlagnahme der Futtermittel ist auch für das neue Erntejahr aufrecht zu erhalten.

8. Höchstpreise.

Höchstpreise sind festzusetzen:

- a) für Mehl (einschließlich sonstiger zur menschlichen Ernährung bestimmter Erzeugnisse der Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenmüllerei), Malz, Kleie und Brotgetreide mit der Maßgabe, daß für Kleie und Brotgetreide von einem angemessenen Mehlpreise unter Ansat eines auskömmlichen Mahllohnes ausgegangen wird,
- b) für Hafer, Gerste, Mengtorn und Mischfrucht in einem angemessenen Verhältnis zu den Preisen der Futtermittel,
- c) für alle übrigen Futtermittel,
- d) für künstliche Düngemittel.

9. Streckung des Brotgetreides.

Die Verordnungen über die stärkere Ausmahlung des Getreides, über das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und über den Zusatz von Kartoffeln bei der Brotbereitung sind vorläufig aufrecht zu erhalten.

Die Zentralausgleichsstelle hat nach Ermittlung der Ernte den Grad der Ausmahlung des Getreides zu bestimmen.

10. Beschäftigung der Mühlen.

Die kleinen und mittleren Mühlen sind von den Kommunalverbänden mit der Ausmahlung des Getreides möglichst ausgiebig zu beschäftigen.

11. Verteilung der Kleie.

Eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kleie für das ganze Reich ist anzustreben.

Kleie- und Mehlmischungen sind zu verbieten.

12. Verbot des Vorverkaufes.

Vorverkäufe von Getreide der Ernte 1915 mit Ausnahme von Saatgut sind ungültig.

13. Hintertorn.

Bei der Anzeige der Getreidevorräte ist das Hintertorn mit anzugeben. Das freizugebende Hintertorn darf höchstens bis zu 5% der Menge betragen. Über die Frage, ob Getreide als Hintertorn anzusehen ist, entscheiden von den Kommunalverbänden ernannte Sachverständige.

14. Geldausgleich und Vorschugerteilung.

Soweit erforderlich, haben die Landeszentralbehörden Einrichtungen zu treffen, um den Kommunalverbänden zum Zweck der Erwerbung der benötigten

Bedarfsmengen oder zum Zweck der Lombardierung von Getreide Vorschüsse zu verschaffen.

15. Zentral-Einkaufs-Gesellschaft.

Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft bleibt bestehen. Sie hat u. a. die Aufgabe, aus dem Auslande Getreide, Futtermittel und Kunstdünger einzuführen und an die Verkäufer in der bisherigen Weise zu den geltenden Höchstpreisen abzugeben. Etwaige Verluste sind aus der Reichskasse zu decken. Die Bezahlung solcher Einführungen darf nur bei der Ablieferung im Zollinlande erfolgen.

16. Verbot der Ausfuhr.

Die Ausfuhr der unter 7 genannten Getreidearten, sowie von Hülsenfrüchten, Mehl, Malz, Kleie, Kartoffeln und deren Fabrikate, Heu und Futtermitteln ist zu verbieten.

17. Ansammlung von Vorräten.

Eine angemessene Ansammlung von Getreidevorräten, Kartoffelfabrikaten und Futtermitteln zur Sicherung der Volksernährung und der Versorgung von Heer und Marine ist erforderlich. Diese Aufgabe ist der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zu übertragen. Die nötigen Einrichtungen sind alsbald zu schaffen.

18. Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen.

Da die Volks- und Heeresversorgung in der Hauptsache aus den Erzeugnissen der heimischen Landwirtschaft erfolgt, können die Interessen derselben nur dadurch genügend gewahrt werden, daß bei allen die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreffenden Bestimmungen die Entscheidung in die Hand der bei den Landeszentralbehörden bestehenden landwirtschaftlichen Verwaltungen gelegt wird.

Beschlüsse der 44. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 21. September 1916.

Stellungnahme zu den amtlichen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung.

I. Allgemeines zur Lage der Produktion, im Hinblick auf die Verordnungen für das bevorstehende Bewirtschaftungsjahr.

1. Es muß erklärt werden, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen des zurückliegenden zweiten Kriegsjahres den Aufgaben der Volksernährung nicht in allen Teilen gerecht geworden sind, und daß eine Besserung in denselben einzutreten hätte, wenn noch für eine längere Frist die Volksernährung aus den allein maßgebenden Quellen inländischer Produktionskraft sichergestellt werden soll.

2. Wenn auch in Einzelfragen eine wesentliche Besserung neuerdings anerkannt werden muß, so erfüllt es dennoch mit den größten Sorgen für den weiteren Verlauf der Beschaffung von Nahrungsmitteln, daß mehr denn je gegen das naturgemäße allgemein verständliche Gebot verstoßen wird, die Produktionskraft und Produktionsfreudigkeit der allein zuverlässigen inländischen Nahrungsmittelerzeugung zu erhalten und daß in der großen Zahl der neuen Verordnungen

kein Wort der Fürsorge für die unerläßliche, allen übrigen Maßnahmen voranzustellende Produktion hervorheht.

3. Die Gefahren für die Zukunft haben sich insbesondere nach zwei Richtungen zugespitzt; fortgesetzter Entzug mühsam erarbeiteter landwirtschaftlicher Betriebsmittel, ohne dabei die produktions einschränkenden Folgen anzuerkennen oder zu fürchten. Belästigung und Verärgerung gerade auf denjenigen Produktionsgebieten, die von dem Konsum selbst als die ausschlaggebenden anerkannt worden sind. Hierzu gesellt sich noch eine unrationelle Verfügung über die Erntemengen.

4. Wesentliche Anordnungen über die Verwendungsart der noch vorhandenen Betriebsmittel sind nicht sachgemäß. Dementsprechend kann mit denselben nicht ein Maximum an Leistung hervorgebracht werden.

5. Mit der ernstesten Sorge verknüpft sich für die Führer der Landwirtschaft die peinliche Beobachtung, daß die Autorität der regierungsseitigen Verordnungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge zusehends schwindet, und daß die Unmöglichkeit einer gewissenhaften Befolgung aller neu erlassenen Verfügungen Übertretungen in großer Zahl geradezu erzwingen wird.

II. Förderung der Schweinemast und Sicherung der Heeresbelieferung.

1. Es ist anzuerkennen, daß die Sicherung der Heeresbelieferung mit Mastschweinen auf die Dauer nicht allein durch Sondermastverträge erreicht werden kann, da der Bedarf ein zu großer ist, um die benötigte Gesamtzahl in derartigen Verträgen sicherzustellen. Nur bei gleichzeitigen Maßnahmen, welche die Schweinehaltung im ganzen zu beleben geeignet sind, kann eine Beruhigung der Heeresverwaltung hinsichtlich einer ausreichenden Belieferung eintreten.

2. Nachdem eine endgültige Regelung zwischen den Pflichten und Rechten des Zentralviehhandelsverbandes einerseits und der Landesfuttermittelstelle andererseits betreffs Anlieferung von Futtermitteln an die Schweinemäster und einheitliche Abnahme sowie Verteilung der Schlachtschweine an die Konsumenten stattgefunden, empfiehlt es sich, dem Zentralviehhandelsverband die vorzugsweise Belieferung des Armeebedarfs unter allen Umständen zur Pflicht zu machen, selbst dann, wenn die Ansprüche der Zivilbevölkerung zeitweise wenigstens mit Schweinefleisch nicht voll befriedigt werden können. Soweit notwendig treten anstelle des Zentralviehhandelsverbandes gleichgeartete Landesinstitutionen. Der Heeresverwaltung steht zur Erlangung einer Gewissheit über die Zuverlässigkeit der getroffenen Maßnahmen Einblick in dieselben an den zuständigen Stellen zu.

Trotz des Anwachsens der Schweinebestände in Preußen seit ihrem größten Tiefstand vom 15. April bis zum 1. September 1916 sind die Aussichten für eine reichere Zufuhr schlachtreifer Schweine in absehbarer Zeit durchaus keine günstigen. Die starke Vermehrung erstreckt sich entsprechend der erst im Sommer gegebenen Anregung hoher Fertelpreise im wesentlichen nur auf die Altersklassen bis zu 8 Wochen und von 8 Wochen bis zu einem halben Jahre. Aber auch die höheren Altersklassen weisen insoweit knapper Futterzufuhr und des Kartoffelfütterungsverbotcs auffallend wenig schlachtreife Tiere auf. Dies ergibt sich aus den Berichten der Viehhandelsverbände und zuverlässiger Händler aller preußischen Provinzen.

3. Die Belebung der Schweinemast ist nur mit nachfolgenden Mitteln zu erzielen:

- a) Zuweisung allen erreichbaren Futters,
- b) Heraussetzung der Höchstpreise, um der vermehrten Arbeitsleistung, zumal der kleinen Mäster, ein Entgelt zu gewähren.

- c) Gewährung einer Sonderprämie für hohe Ausnutzung des angelieferten Mastfutters bei Mastverträgen, indem für je über die ausbedungene Zentnerzahl Lebendgewicht angelieferte weitere 50 Pfund ein steigender Aufschlag auf den Höchstpreis bezahlt wird. Die Sonderprämien sind unter Heranziehung der aufgesparten Provisionen der Viehhandelsverbände aus Reichs- und kommunalen Mitteln zu gewähren.
- d) Gewährung von Zuchtprämien an Schweinezüchter.
- e) Freieste Gestaltung der Hauschlachtungserlaubnis gegenüber selbstmästenden Schweinehaltern. Sofortige Herausgabe einheitlicher und klar verständlicher diesbezüglicher Verfügungen unter Aushebung aller vorhergehenden, einschränkenden Bekanntmachungen der Kommunalverwaltungen. Kontrolle der Verfügungen durch das Landesfleischamt.

III. Sicherung des Bedarfs an Speisefetten.

1. Es ist anzunehmen, daß aus mehreren Gründen die Erzeugung und die Heranziehung von Butterfett sich nicht auf derjenigen Höhe erhalten läßt, welche die Befriedigung des Fettbedarfs der Bevölkerung herbeiführen könnte. Nur eine wesentliche Förderung der Schweinemast wird es verhindern, daß man schließlich dem Bedarf zuliebe zu Maßnahmen gegen die Butter- bzw. Milcherzeugung schreitet, welche eine sehr ernste Gefahr für die Erhaltung der jetzigen Milchviehbestände bedeuten würde.

2. Eine Kontingentierung des Milchverbrauches für die landwirtschaftliche Bevölkerung ist unter allen Umständen zu vermeiden. Eine solche würde die Seßhaftigkeit auf dem Lande bedrohen, ferner die Erhaltung der Kuhbestände und die unbedingt erforderliche Aufzucht von Kälbern.

3. Zweck Gewinnung von Milch, Butter, Käse für die städtische Bevölkerung werden allerorts in geeigneter Weise eingerichtete freiwillige Ablieferungsstellen sich ganz besonders bewähren, umso mehr, wenn seitens der Kommunalverwaltung denselben besondere Berücksichtigung erwiesen wird. Dagegen wird die Durchführung eines Ablieferungszwanges in den kleinen Kuhhaltungen einen erschreckenden Rückgang der Milcherzeugung und letzten Endes der Kuhhaltung selbst herbeiführen.

4. Ein Schematisieren ist hinsichtlich der Maßnahmen der einzelnen Kommunalverwaltungen betreffs der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 unbedingt zu vermeiden. Es müssen vielmehr die verschiedenartigen Besitz- und Verkehrsverhältnisse, auch die Art der Viehhaltung, sachverständige Berücksichtigung erfahren.

5. Die großen Kosten der Beschaffung frischmilchender Kühe für die Abmelkwirtschaften müssen durch ansehnliche Zuschüsse bei Neuankäufen ermäßigt werden, umso mehr, falls eine im allgemeinen schon bedenkliche noch so geringfügige Herabsetzung der Schlachtviehpreise von maßgebender Stelle in Aussicht genommen werden sollte. Auch in diesem Falle haben die Viehhandelsverbände, das Reich und die großstädtischen Kommunen die Mittel zu gewähren.

6. Die Fleischrationen sind auf einer solchen Höhe zu halten, daß keine wesentlich gesteigerten Eingriffe in die Milchviehbestände nötig werden noch auch in die weiblichen Nachzuchten. Die bereits eingetretene beträchtliche Abnahme des Bestandes an Rügen und Färsen gebietet äußerste Vorsicht.

IV. Sicherung der Kartoffelversorgung.

1. Die Bestimmungen über den frühzeitigen Massentransport der Speisekartoffel in die Konsumzentren, die Lagerung der beschlagnahmten Kartoffeln

und die überreiche Aufstapelung von Vorräten veranlassen um so größere Bedenken betreffs eines guten Haltens der Kartoffel, als die Kartoffel infolge ungünstiger Witterung einem schnellen Fortschritt der Fäulnis äußerst zugänglich ist. Nach Möglichkeit ist daher die Lagerung bei dem sachkundigen Produzenten beizubehalten oder in geeigneten Räumen des einzelnen Konsumenten. Zu diesem Zweck ist die Deckung des Bedarfs der einzelnen Konsumenten durch direkten Bezug vom Produzenten mit oder ohne Vermittelung des Handels zu fördern.

2. Es ist anzuerkennen, daß eine zu weitgehende Zurückstellung der Kartoffeln zum direkten menschlichen Genuß neben der Gefahr vermehrten Verderbens auch eine ausreichende Schweinemast in Frage stellt, ebenso eine hinlängliche Ernährung der Gespannpferde, und somit die Durchführung der notwendigen Wirtschaftsarbeiten.

3. Die genügende Versorgung der Spiritusbrennereien mit Kartoffeln ist unumgänglich. Schon die Speereßverwaltung bedarf großer Mengen Spiritus zu technischen Zwecken.

4. Nachdem eine gleichmäßige und wirtschaftliche Belieferung der Konsumenten sich mit den Anordnungen der Reichskartoffelstelle und einer noch so willfährigen Betätigung der Kommunalverbände nicht hat erzielen lassen, ist zur Vermeidung weiterer bedenklicher Störungen im Verkehr mit Kartoffeln und zur Herabminderung der unerträglich hohen Verluste an Kartoffeln auf den Transportwegen der sachkundige und bewährte Kartoffelhandel wiederum sofort in geeigneter Weise einzugliedern.

V. Frühbruschprämien.

Die Frühbruschprämien sind geeignet, unberechtigte Bevorzugungen zu schaffen, je nachdem die klimatischen und geologischen Verhältnisse aber auch unabänderliche wirtschaftliche Vorgänge die Ernte und den Ausbruch zu einem früheren oder späteren Zeitpunkt ermöglichen. Ein Ausgleich hat, auch mit Rücksicht auf die Herbstbestellung durch eine längere Gültigkeitsdauer statzufinden. In dieser Hinsicht ist das Vorgehen der Reichsgetreidestelle anzuerkennen.

VI. Preisfestsetzung für ausgehobene Militärpferde.

1. Die durch Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 30. August d. J. bestimmte Erhöhung der Friedenspreise für auszuhebende Pferde, welche nur 50% der Friedenspreise betragen soll, entspricht nicht im mindesten der tatsächlichen Preisbewegung der von der Landwirtschaft zwecks Durchführung der Wirtschaftsbetriebe in großer Zahl angekauften Pferde. Der Preis der Arbeitspferde beträgt schon seit geraumer Zeit das 2½ bis 3 fache der Friedenspreise. Eine dementsprechende Abänderung der Bekanntmachung vom 30. August ist somit dringend geboten.

2. Die Militärverwaltung wolle von der Aushebung von Pferden Abstand nehmen und durch freihändigen Ankauf den Bedarf decken.

VII. Futtermittelversorgung.

1. Der Futtermittelbezug kann im wesentlichen nur auf inländische Quellen zurückgeführt werden. Dieselben sind daher nach Kräften heranzuziehen und durch geeignete Verteilung und Zuweisung der Vorräte bestmöglichst auszunutzen.

2. Weiterhin ist bei der sehr guten Haferernte Deutschlands eine höhere Belassung von Hafer den landwirtschaftlichen Betrieben gegenüber unbedingt geboten, da sonst die Nachzucht allen Jungviehs gefährdet erscheint.

3. Die Herstellung von Erbsenfutter ist weiterhin mit allen benötigten Mitteln zu betreiben, doch muß nach den bisherigen Erfahrungen gefordert werden, daß die Melasse ausschließlich zur direkten Verfütterung Verwendung findet.

4. Eine bessere Ausnutzung der sowohl in den landwirtschaftlichen Betrieben wie auch in den städtischen Konsumzentren zu gewinnenden Futtermengen ist durch eine besondere Stelle bei den einzelnen Landesregierungen unverzüglich durch systematische Organisation zu fördern.

VIII. Kunstdünger.

1. Es ist dringend notwendig, daß für die Sicherung der nächstjährigen Ernte wesentlich mehr Stickstoffdünger als bisher der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird. Zu diesem Zweck sind so schnell wie möglich die bestehenden Stickstoffwerke zu vergrößern und erforderlichenfalls neue zu errichten.

2. Die Anwendung des künstlichen Düngers ist nach Boden, Anbau und Betriebsweise eine derart verschiedene in den einzelnen Betrieben und von so mannigfachen Umständen abhängig, daß ein Schlüssel für eine zweckmäßige Zuteilung unauffindbar erscheint.

3. Eine gleichmäßige Zuteilung an alle Betriebe würde zu einem wilden Handel oder Tauschgeschäft sowie vielfach zu einer Verschwendung mit künstlichem Dünger führen.

4. Ein Verwendungszwang, der mit einer mechanischen Zuweisung verbunden wäre, würde in verhängnisvollster Weise in die Produktion eingreifen.

5. Zweckmäßig bleibt, die Bemühung der einzelnen Betriebsleiter, der einzelnen Genossenschaften, Gesellschaften, Vereinigungen und Kommunalverbände bestehen zu lassen, für sich bzw. ihre Mitglieder soviel von den mit Höchstpreisen belegten Düngemitteln zu beschaffen, als dies angängig und erwünscht ist.

Beschlüsse der 45. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 17. Februar 1917.

I. Aufstellung eines Kriegswirtschaftsplanes für das Erntejahr 1917/18.

Die 45. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats erklärt:

1. Für die einheimische Landwirtschaft ist es die erste und wichtigste Aufgabe und Pflicht in diesem schweren Kampfe, in dem es sich um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes handelt, unverzagt und unverdrossen bis zum endgültigen Siege durchzuhalten und durch eine aufs höchste gesteigerte Erzeugung dafür Sorge zu tragen, daß dieses Ziel erreicht wird.

2. Der Deutsche Landwirtschaftsrat steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Zwangsregelung der Erzeugung unter allen Umständen zu verwerfen ist, da sie ohne jeden Zweifel nicht fördernd, sondern hemmend wirken würde.

3. Die Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse von einer Zentrale aus, wie sie jetzt von den Kriegsgesellschaften in Berlin in ausgedehntem Maße stattfindet, hat sich vielfach nicht bewährt. Sie führt zu einer sachlich nicht begründeten Verteuerung der Erzeugnisse und läßt häufig die Ware vom Markte verschwinden, ohne die Zuweisung bestimmt zugesicherter Mengen zu gewährleisten.

Gewalttame Eingriffe in die Einzelwirtschaft haben oft auch im Interesse der Verbraucher schädigend gewirkt.

Es ist dahin zu streben, daß die Bewirtschaftung mehr den einzelnen Gemeinden und ihren wirtschaftlichen Organisationen überlassen wird, die am besten in der Lage sind, einerseits die auf die Gemeinde entfallende Gesamtmenge auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit umzulegen, andererseits die Ware billiger zu erfassen. Zu diesem Zweck ist in jeder Gemeinde ein Ausschuß aus landwirtschaftlichen Besitzern zu bilden.

4. Es ist dringend zu fordern, daß sobald wie möglich, spätestens Ende Februar oder Anfang März, der Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1917/18 bekanntgegeben wird. In diesem sind, um unter allen Umständen den ausreichenden Anbau der notwendigsten Erzeugnisse zu sichern, zunächst diejenigen Preise festzusetzen, welche im Laufe des Wirtschaftsjahres keinesfalls unterschritten werden dürfen. Die endgültigen Preise sind später je nach dem Ausfall der Ernte festzusetzen.

5. Die bisherige Höchstpreispolitik hat vielfach versagt, weil sie im Gegensatz zu der Preispolitik unserer Feinde häufig nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit Rücksicht auf die Erzeugung, sondern lediglich nach sozialen Rücksichten auf eine möglichst billige Ernährung der Bevölkerung eingestellt war. Vor allem trifft dies für Brotgetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben zu.

Es würde deshalb für die Getreideerzeugung geradezu verhängnisvoll sein, wenn die Preise für Futtergetreide auf die jetzigen Höchstpreise für Roggen gesenkt werden sollten. Nur eine angemessene Erhöhung des Roggenpreises kann zu dem Ziele führen, daß der Anbau dieser im Kriege wichtigsten und für die Volksernährung ausschlaggebendsten Brotfrucht die im vaterländischen Interesse unbedingt notwendige Ausdehnung behält.

Der Preis für Kartoffeln ist erheblich höher und so zu bemessen, daß eine Differenzierung zwischen den verschiedenen Erzeugungsgebieten möglich bleibt. Um den Kartoffelanbau nicht zu gefährden, muß der Höchstpreis für Rohrüben entsprechend bemessen werden.

Als Zuckerrübenpreis ist mindestens 2,50 M für den Zentner festzusetzen. Bei Feststellung des Zuckerrübenpreises ist besonders darauf zu achten, daß die Rohzuckerpreise im richtigen Verhältnis zu den Rübenpreisen stehen.

An den bisherigen Höchstpreisen für Schlachtvieh ist festzuhalten, um die Mästung der für die Ernährung der Bevölkerung unbedingt erforderlichen Tiere sicherzustellen.

6. Der Deutsche Landwirtschaftsrat erblickt nicht nur für die Gegenwart, sondern ebenso sehr auch für die Übergangs- und Friedenszeit in dem Abschluß von Anbau- und Lieferungsverträgen ein geeignetes Mittel zur Förderung der Erzeugung und zur Sicherstellung der Ernährung größerer Verbrauchsbezirke. Im einzelnen ist zu fordern:

- a) In die Lieferungsverträge sind vor allem Frühkartoffeln und Weißbrot einzubeziehen, wenn die Verträge eine Bedeutung für die Volksernährung haben sollen. Mit den Lieferungsverträgen müssen gleichzeitig auch Anbauverträge geschlossen werden.
- b) Es ist notwendig, daß die Bedarfsgemeinden bezüglich der Erzeugnisse, über die Lieferungsverträge abgeschlossen werden sollen, kontingentiert werden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, eine Überschätzung des Bedarfs seitens der Städte zu verhindern und besonders bei Frühkar-

toffeln und bei den grünen Früchten die Gefahr des Verberbens dieser wertvollen Nahrungsmittel zu vermeiden.

- c) Im Zusammenhange mit der Kontingentierung muß eine Zuweisung bestimmter Lieferungsgebiete an die Bedarfsgemeinden erfolgen, damit sich der Abschluß geordnet vollzieht und kein preistreibender Wettbewerb der Bedarfsgemeinden in den Erzeugungsgebieten eintritt.
- d) Von der Zentralstelle sind nur allgemeine Grundsätze aufzustellen, im übrigen aber ist den örtlichen Organisationen möglichst freie Hand bei der Ausführung zu lassen.
- e) Wenn Höchstpreise festgesetzt werden sollen, so müssen sie im Verhältnis zu den anderen Erzeugnissen stehen und einen Anreiz zum Anbau und zum Abschluß von Verträgen bieten.
- f) Bei nachträglicher Festsetzung von Höchstpreisen unter den Vertragspreisen bleiben diese bestehen. Übersteigen die Höchstpreise die Vertragspreise, so gelten die Höchstpreise.

7. Von der Arbeiterbeschaffung hängt im Wirtschaftsjahre 1917/18 Bestellung und Ernte, Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes ab. Es müssen daher:

- a) durch die Kriegswirtschaftsämter die Beurlaubungen aller zur Erhaltung und Fortführung der Wirtschaft notwendigen Betriebsleiter und Arbeiter, besonders der Facharbeiter, bewirkt und für Notfälle besondere militärische Arbeitskommandos zur Verfügung gestellt werden,
- b) der Landwirtschaft die bisherigen Gefangenen belassen und nach Bedarf noch mehr gestellt werden,
- c) die Maßnahmen zur Erhaltung der ausländischen Arbeitskräfte im Inlande streng durchgeführt, auf der anderen Seite aber für die Ernährung dieser Arbeiter besser als bisher gesorgt werden,
- d) soviel wie möglich ausländische Arbeiter aus den besetzten Gebieten, besonders aus Polen, rechtzeitig beschafft, insbesondere die Zwangsbeschaffungen Arbeitsloser von dort beibehalten werden,
- e) die Fortbildungsschüler und die älteren Jahrgänge der Volksschulen grundsätzlich vom Unterricht befreit werden, soweit sie sich in der Landwirtschaft, ihren Kräften entsprechend, betätigen,
- f) die auf dem Lande befindlichen weiblichen Arbeitskräfte noch mehr als bisher der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden.

8. Soll die Feldbestellung wenigstens einigermaßen bewirkt werden, so sind der Landwirtschaft tunlichst mehr Gespannkräfte als bisher zu beschaffen und die noch vorhandenen Pferde nach aller Möglichkeit unvermindert zu belassen. Wo Aushebungen unvermeidlich werden und dadurch ersichtliche Notstände entstehen, ist für ausgehobene Pferde Ersatz zu stellen; wo dies nicht möglich, sollten für die drängendsten Bestellzeiten von der Heeresverwaltung leihweise Pferde überwiesen werden.

Falls eine Steigerung der Hafermenge für Zugpferde irgend möglich ist, ist sie zu gewähren. Unter allen Umständen ist aber Zugochsen und Zugtühlen für Bestellung und Ernte eine ihre volle Leistungsfähigkeit erhaltende Hafermenge zu geben.

Ganz besonders muß aber eine Einstellung oder äußerste Beschränkung der Heuanforderungen für das Heer mit Rücksicht auf die Frühjahrsbestellung und die Durchhaltung der Viehbestände aufs entschiedenste gefordert

werden. In den besetzten Gebieten und auch in deutschen Niederungsgegenden harren große Heuvorräte der Abnahme; trotz deren schwierigeren Herbeischaffung muß es Pflicht der anfordernden Behörden bleiben, auf diese zurückzugreifen, ehe sie heimischen Wirtschaften das letzte Futter entziehen und dadurch deren Fortführung aufs schwerste gefährden.

9. Für die Steigerung der heimatischen Bodenerträge bleibt nach wie vor die Überlassung größerer Mengen von Stickstoff- und Phosphatdünger das dringendste Erfordernis.

Für die Bemessung der Höchstpreise für Düngemittel und für die Herstellung von Mischdünger schließt sich der Deutsche Landwirtschaftsrat den vom Ausschuß für Handelsgebräuche aufgestellten Grundsätzen an. Dieselben lauten:

- a) Düngemittel und Mischungen von Düngemitteln, für welche Höchstpreise nicht bestehen, dürfen erst nach Genehmigung des Kriegsernährungsamtes unter Festsetzung von Höchstpreisen in den Verkehr gebracht werden.

Sofern für den Verkehr mit Düngemitteln nicht schon allgemeine Handelsgebräuche (gesetzliche Bestimmungen oder Vereinbarungen zwischen Industrie und Landwirtschaft) bestehen, sind die Düngemittel genau nach Herkunft, Gehalt, Art der Löslichkeit und Beschaffenheit zu bezeichnen.

Mischungen von Düngemitteln, die in der Bundesratsverordnung nicht angegeben werden, sind verboten.

- b) Es soll in Zukunft bei der Festsetzung von Höchstpreisen der Grundsatz verlassen werden, den Preis für die wasserlösliche Phosphorsäure niedrig zu halten auf Kosten des Stickstoffs in den Mischungen.
- c) Die Herstellung von kalihaltigen Mischdüngern ist grundsätzlich zu verbieten. Sie ist nur denjenigen Fabriken zu gestatten, die schon vor dem 1. August 1914 solche Mischungen hergestellt haben, und zwar verhältnismäßig im Umfange ihrer Friedenserstellung. Sie dürfen nur nach denselben Gegenden wie im Frieden angeboten, verkauft und geliefert werden. Der Preis des Kalis ist dem der Rohsalze und die Preise der anderen Nährstoffe sind den für die zugemischten Stoffe festgesetzten Höchstpreisen anzupassen.

- d) Das Dämpfen des Lebermehles kann nicht als Aufschluß gelten.

Der Preis des Gesamtstickstoffes des aufgeschlossenen Düngers soll dem wirtschaftlichen Wert angepaßt werden.

- e) Der Preis für Stickstoff im aufgeschlossenen stickstoffhaltigen aus dem Auslande eingeführten Guano ist dem Stickstoffpreis im Ammoniak gleichzusetzen. Der Preis für die wasserlösliche Phosphorsäure im Guano ist dem Preise im Superphosphat anzupassen, wobei der Umstand, daß es sich bei dem Rohmaterial um Friedensbestände handelt, Berücksichtigung finden muß. Für Kali ist kein höherer Preis als in Kalirohsalzen festzusetzen.

Poubrette ist nicht als Guano anzusehen.

- f) Organische Mischdünger, mit Schwefelsäure aufgeschlossen, dürfen nur mit einem Mindestgehalt von 4% Stickstoff in den Verkehr gebracht werden.

Organische Düngemittel mit weniger als 4% Stickstoff dürfen nur durch eine vom Reichskanzler ernannte Stelle in den Verkehr gebracht werden.

g) Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Herstellung von Knochenmehl zum größten Teil auf die Einfuhr aus den besetzten Gebieten angewiesen ist, soll von Abänderungsanträgen zu den Höchstpreisen für Knochenmehl Abstand genommen werden.

h) Es ist dringend erwünscht, daß vor der Festsetzung der Höchstpreise durch den Bundesrat der Ausschuß für Handelsgebräuche gemeinsam mit dem Verbands landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reich und dem Verein Deutscher Düngerefabrikanten gehört wird.

10. Unter der Abgabe von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen (Dampf- und Motorpflüge) und sonstiger Betriebsmittel an die besetzten Gebiete und verbündeten Staaten hat die heimische Landwirtschaft bereits im höchsten Grade gelitten. Da die Bewirtschaftung besetzter und fremder Länder niemals auch nur annähernd für Volks- und Heeresernährung die gleichen Erträge liefern kann wie der heimatische Kulturboden, darf die Überweisung landwirtschaftlicher Betriebsmittel aller Art nach auswärts unbedingt erst dann einsetzen, wenn dem dringenden heimischen Bedürfnis genügt ist.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die in den besetzten Gebieten durch die militärischen Instanzen in anerkannter Weise erzeugten Getreide- und Futtermengen baldmöglichst dem heimischen Verbrauch zugeführt werden, soweit sie nicht für die Verpflegung des Heeres unbedingt nötig sind.

II. Maßnahmen für die Landwirtschaft in der Übergangswirtschaft nach dem Kriege.

Die 45. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats erklärt:

Nachdem der Krieg dem deutschen Volke unerbittlich gezeigt hat, daß es zu seiner Ernährung auf die eigene Scholle angewiesen ist, muß es als unbedingt notwendig anerkannt werden, alle Maßnahmen für die Übergangswirtschaft auf dieses erste und wichtigste Ziel einzustellen. Vor allem ist der Schutz der gesamten nationalen Arbeit — sowohl von Industrie als auch von Landwirtschaft — aufrecht zu erhalten.

Es ist aber nicht zu verkennen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands durch die Kriegswirtschaft nachteilig beeinflusst worden ist. Außerdem werden ihr für die nächste Zeit nach dem Frieden gänzlich neue, überaus schwierige Aufgaben hinsichtlich der Beschaffung von Betriebsmitteln, insbesondere auch von menschlichen Arbeitskräften, entgegnet. Gleichzeitig aber gilt es, eine dauernde Sicherung und Hebung der Erzeugung für die kommenden Zeiten des Friedenszustandes unter Ausnutzung aller Erfahrungen und Lehren der Kriegszeit durch betriebstechnische, wirtschaftspolitische und zollpolitische Maßnahmen zu schaffen. Auch eine größere Widerstandskraft bei etwaigen Kriegsausfällen ist durch hinlängliche Vorratsbildung herbeizuführen.

Im Hinblick auf diese Aufgaben ist unverzüglich vom Deutschen Landwirtschaftsrat eine mit den erforderlichen Arbeitskräften ausgerüstete ständige Kommission einzusetzen, die ein abgeschlossenes Bewirtschaftungssystem auszuarbeiten hat, auf Grund dessen ein baldiger Ausbau, bezw. eine Abänderung der jetzigen, nicht in allen Teilen bewährten Kriegswirtschaft bewirkt werden kann, ebenso nach Kriegsende eine gefahrlose Überführung in eine vorläufige Übergangswirtschaft und schließlich in eine dauernde Friedenswirtschaft. Nur so werden bedenkliche Erschütterungen der Volksernährung für die Zukunft zu vermeiden sein, und eine für die kommenden Zeiten ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft erzielt werden können.

Die bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen der praktischen Arbeit sind hierbei heranzuziehen und im Bedürfnisfalle auszubauen.

Die von der Kommission ausgearbeiteten Beschlüsse sind, nach Genehmigung durch den Ständigen Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrats, bei den gegebenen Dienststellen unter eingehender Begründung zu vertreten

Beschluß der 46. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats zum Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1918/19

am 15. Februar 1918.

Die 46. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats erklärt:

Die deutsche Landwirtschaft ist sich des Ernstes der Stunde voll bewußt und wird dem Vaterlande geben, was sie ihm schuldig ist. Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse wird die deutsche Landwirtschaft unverzagt und unverbrossen weiterarbeiten und den tapferen Männern im Heere und in der Marine bis zum Endsiege über unsere Feinde treu zur Seite stehen. In diesem Sinne richtet der Deutsche Landwirtschaftsrat an alle Landwirte die dringende Mahnung, in dem uns noch bevorstehenden Entscheidungskampfe alle Kraft aufzubieten, um dem Boden die zur Ernährung unseres Volkes nötigen Lebensmittel abzurufen und ihr Restes für die Ernährung des Volkes herzugeben.

I. Allgemeine Gesichtspunkte.

1. Das Kriegsernährungsamt ist zwar bei dem im Frühjahr 1917 aufgestellten Wirtschaftsplan bestrebt gewesen, den Anforderungen der landwirtschaftlichen Erzeugung in höherem Grade Rechnung zu tragen, als es vorher geschehen ist. Doch enthielt der Wirtschaftsplan noch eine Reihe unglücklicher Bestimmungen, welche die Landwirtschaft in der Erzeugung mehr oder weniger behindert haben. Diese Behinderung würde sich in diesem Jahre unter den immer weiter erschwerten Betriebsverhältnissen in noch verstärktem Grade geltend machen. Nur ein Wirtschaftsplan, der vorwiegend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt ist und einen Anreiz zur gesteigerten Erzeugung gibt, kann zu dem Ziele führen, auch im Kriege die für die Ernährung notwendigen Lebensmittel in genügender Menge hervorzubringen.

2. Nachdem die Zwangswirtschaft in der bisherigen Form sich vielfach nicht bewährt hat, ist im neuen Wirtschaftsjahr 1918/19 der Schwerpunkt auf eine bessere Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse am Orte der Erzeugung zu legen. Zu diesem Zweck sind den einzelnen Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Erfassung und Vermittelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse seitens der Kommunalverbände möglichst ländliche Organisationen als geschäftsführende Träger, unter tunlichster Hinzuziehung des beruflich zuständigen Handels, beizugeben.

3. Für solche Erzeugnisse, wie für Eier, Obst und andere leicht verderbliche Garten- und Feldfrüchte, bei denen die Zwangsbewirtschaftung einen unverkennbaren Mißerfolg gezeitigt hat, ist der freie Verkehr wieder einzuführen.

4. Die enorme Preissteigerung für alle Betriebsmittel der Landwirtschaft sowie die allgemeine Entwertung des Geldes erfordern zwar eine Erhöhung der Preise auch für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, wenn nicht ein weiterer verderblicher Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung eintreten soll; bei Bemessung dieser Preise gebührt aber

neben ihrer absoluten Höhe ihrem Verhältnis zueinander die sorgfältigste Beobachtung. Es muß vermieden werden, daß für Waren, die für die Ernährung weniger wichtig sind, die Preise so bemessen werden, daß der Landwirt es vorzieht, vornehmlich diese zu erzeugen und abzugeben, an Stelle von Lebensmitteln, welche, wie Brotgetreide und Kartoffeln, die Grundlage unserer Volksernährung im Kriege bilden.

Es ist dringend erforderlich, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das Erntejahr 1918/19 schleunigst festgesetzt werden.

5. Da von der Lebensmittelerzeugung im kommenden Jahre nicht nur der Ausgang des Krieges, sondern unsere weitere Ernährungsmöglichkeit, also das Schicksal des deutschen Volkes, bedingt sind, ist dieselbe nicht minder wichtig, wie die Erzeugung von Munition und Waffen. Jeder landwirtschaftliche Betrieb ist deshalb als eine Kriegswerkstätte ersten Grades zu betrachten und verdient demgemäß dieselbe Rücksichtnahme wie die Rüstungsindustrie. Aus diesem Grunde müssen auch der Landwirtschaft in noch höherem Grade als bisher Arbeitskräfte und Rohstoffe, wie namentlich Düngemittel, zugeführt werden. Geschieht dies nicht, so muß eine Erhaltung oder gar Steigerung der Erzeugung auf einer unseren Bedarf auch nur annähernd deckenden Höhe für ausgeschlossen gelten.

Im einzelnen ist zu fordern für:

II. Getreide und Hülsenfrüchte.

Die Feststellung der Preise für die Ernte 1918 muß dergestalt erfolgen, daß der Erhöhung der allgemeinen Wirtschaftskosten gegenüber dem Jahre 1917 Rechnung getragen wird, und daß sie für den Anbau von Sommerfrüchten einen genügenden Anreiz bieten.

III. Kartoffeln.

Nachdem sich der parlamentarische Beirat des Kriegsernährungsamtes unter Zustimmung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes dahin ausgesprochen hat, daß eine Herabsetzung des Preises für Kartoffeln aus der Ernte 1918 gegenüber den Preisen von 1917 nicht angängig sei, ist nunmehr eine schleunigste amtliche Festsetzung und Bekanntmachung in diesem Sinne erforderlich, aus der unzweideutig hervorgeht, daß es sich um Mindestpreise handelt, welche unter allen Umständen gewährt werden sollen.

Während des Krieges hat sich gezeigt, daß die Kartoffel für unsere Volksernährung mindestens ein ebenso wichtiges Lebensmittel bildet, wie das Brotgetreide. Eine Steigerung der Kartoffelerträge gehört deshalb zu den wichtigsten Kriegsmassnahmen dieses Jahres. Ihr Gelingen würde allein schon das Durchhalten des deutschen Volkes sicher und fest verbürgen. Es ist deshalb dankbar zu begrüßen, daß der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Preußen für den kleineren und mittleren Besitz eine Prämie von 3,50 M je Zentner Pflanzkartoffeln, soweit sie für Mehranbau bezogen werden, bewilligt hat. Wenn diese Maßnahme aber zum Ziele führen soll, so ist dringend erforderlich, die Prämie nicht auf „anerkanntes“ Saatgut zu beschränken, sondern sie daneben auch für jedes einwandfreie Saatgut zugelassener Sorten, deren Vermehrung wünschenswert ist, zu gewähren. Darüber, ob das zu prämiierende Saatgut den zu stellenden Anforderungen entspricht, müßten die Kommunalverbände unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern entscheiden.

Da eine Steigerung der Kartoffelerträge das einzige und letzte Mittel bildet, um die Ernährung von Menschen und Tieren auch im nächsten Erntejahre sicherzustellen, sollten die Kriegswirtschaftsämter mit allen Mitteln — wie durch Stellung von Arbeitskräften, Dampfpflügen usw. — eine Vermehrung der Anbaufläche unterstützen.

IV. Zuckerrüben.

Der Zuckerrübenbau bildet in weiten Gebieten Deutschlands die wichtigste Grundlage für die Erzielung höchster Ernteerträge bei allen Feldfrüchten. Eine weitere Verminderung der Anbaufläche wäre deshalb auch für den Ertrag anderer Feldfrüchte verhängnisvoll. Es erscheint deshalb unabweisbar, daß der Zuckerrübenpreis — den enorm gestiegenen Anbaukosten entsprechend — auf mindestens 3,50 M für den Zentner erhöht wird.

V. Lieferungsverträge.

Auch in diesem Jahre ist der Abschluß von Lieferungsverträgen zwischen Verbraucher- und Erzeugertreibern tunlichst zu fördern. Sollen indes dahingehende Bestrebungen zum Ziele führen, so ist vor allem Sicherheit dafür zu schaffen, daß etwa festgesetzte Höchstpreise auch außerhalb eines Vertragsverhältnisses eingehalten werden. Ferner ist dafür zu sorgen, daß diejenigen Landwirte, welche keine Lieferungsverträge abgeschlossen haben, nicht, wie in diesem Jahre, hinterher in Gestalt von Großhandels- oder gar Kleinhandelspreisen weit höhere Preise erzielen, als diejenigen, die sich durch solche Verträge an die viel niedrigeren Erzeugerpreise gebunden haben. Es empfiehlt sich daher, in den Lieferungsverträgen den Erzeugern mindestens das Recht vorzubehalten, für ihre Lieferungen auch die später etwa zugestandenen Großhandelspreise unter Abzug der Transportkosten zu berechnen.

VI. Vieh.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß infolge des Futtermangels eine Verminderung des Viehbestandes, vor allem des Schweinebestandes, unvermeidlich ist, so erscheint doch eine so radikale Abschachtung, wie sie zurzeit unter den Schweinebeständen erfolgt, als viel zu weitgehend. Vor allen Dingen müßte deshalb Klarheit geschaffen werden, daß die Höchstpreise für Ferkel nur für Schlachtvieh gelten und daß der Ferkelhandel möglichst von der Mitwirkung der Viehhandelsverbände befreit wird.

Als noch unheilvoller wird sich aber die jetzt viel zu weitgehende Enteignung des Rindviehbestandes erweisen.

Die Senkung der Schlachtviehpreise für Rindvieh nach der B. D. vom 12. März 1917 war eine sehr verhängnisvolle Maßnahme, da die heutige Preisbemessung angesichts der Preissteigerung für Nutzvieh, der vielfach bezahlten Anschaffungskosten und der erhöhten Gefestungskosten für weite Teile der Landwirtschaft mit den größten finanziellen Opfern verknüpft ist.

Eine Festsetzung von Nutzvieh Höchstpreisen läßt eine dauernde Besserung nicht erhoffen, ganz abgesehen davon, daß dieselbe wegen der räumlichen Begrenztheit der einzelnen Zuchtgebiete praktisch überhaupt nicht durchführbar ist. Es bleibt demgemäß nur eine Heraussetzung der gegenwärtig gültigen Höchstpreise für Schlachtrinder mindestens auf den Stand der früheren Höchstpreise übrig. Insbesondere hat unverzüglich eine wesentliche Heraussetzung der Schlachtviehpreise für Junggrinder zu erfolgen, da das jetzige Preisverhältnis zu einem

übermäßigen Abschachten von Milchkuhen geführt hat und die geltenden Preise für Jungvieh weit unter den Gesehungskosten liegen.

Die Preise für Milch und Molkereiprodukte haben zwar in den meisten Preisgebieten eine erhebliche Erhöhung erfahren, sind aber im Verhältnis zu den Erzeugerkosten immer noch zu niedrig.

VII. Pferde.

Die Pferdepreise sind, entsprechend den höheren Preisen im freien Verkehr, bei Aushebungen zu erhöhen.

VIII. Arbeiterverhältnisse.

Die in der Landwirtschaft befindlichen russischen Kriegsgefangenen bilden einen so großen Teil der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, daß ihre plötzliche Rückführung im Wege des Austausches Tausende von landwirtschaftlichen Betrieben völlig lahmlegen würde. Aus diesem Grunde müssen die Kriegsgefangenen der Landwirtschaft bis zur Erzielung des allgemeinen Friedens erhalten werden. Soweit dies nicht erreichbar sein sollte, muß jedem Betriebe möglichst eine gleiche Zahl von Ersatzkräften überwiesen werden. Der Verpflegungsbeschluß ist beizubehalten.

Außerdem sind die älteren Jahrgänge in der Steppe, die nach ihrem Berufe landwirtschaftliche Leiter oder gelernte Arbeiter sind, tunlichst zu beurlauben, da die Erhaltung und Steigerung der Bodenrerträge in der Heimat für die Volksernährung wichtiger und entscheidender sind, als die Produktion in den besetzten Gebieten.

IX. Düngemittel.

In Erwägung, daß die Höchstpreise für die Erzeugnisse, welche der Landwirt an die Verbraucher abzugeben hat, in vielen Fällen mehr nach sozialen als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgesetzt sind, und der Kalibünger für die Erhaltung und Steigerung der Bodenrerträge der einzige Kunstdünger ist, welcher auch den mittleren und kleineren Landwirten, insbesondere den ärmeren Böden, in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden kann, ist seine weitere Preissteigerung möglichst zu vermeiden. Es liegt sonst die Gefahr vor, daß die bäuerlichen Betriebe auf den Bezug von Kalibünger mehr oder weniger verzichten und damit die Produktion eine weitere erhebliche Verminderung erfährt. Sollte sich bei sachmännischer Prüfung des Antrages des Kalishnditates tatsächlich die Notwendigkeit einer Preissteigerung ergeben, so könnte im landwirtschaftlichen wie im allgemeinen Interesse lediglich einer mäßigen Erhöhung zugestimmt werden.

Beschlüsse der 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats am 28. und 29. November 1919.

(Nach der Reihenfolge der Beratung.)

1. Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.

1. Die Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands die erste und wichtigste Aufgabe des Staates, da von ihr das Leben des Volkes und die Möglichkeit des wirtschaftlichen

Wiederaufstieges abhängt. Dieser Aufgabe müssen alle anderen politischen und wirtschaftlichen Rücksichten nachgeordnet werden.

2. Wir fordern deshalb von der Regierung, daß sie die materiellen und ideellen Voraussetzungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sofort wieder herstellt und zwar vor allem dadurch, daß sie

- a) alle Hindernisse beseitigt, die der Gewinnung von ausreichenden Arbeitskräften für die Landwirtschaft entgegenstehen und jede Störung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermeidet,
- b) durch ausreichende Belieferung der Düngemittelindustrie mit Kohlen, und durch die Förderung der Einfuhr von Phosphaten eine reichliche Beschaffung von künstlichem Dünger ermöglicht,
- c) der Landwirtschaft die freie Verfügung über die im Inland erzeugten Futtermittel gibt und durch Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland den Wiederaufbau des Viehstandes und die Wiederaufnahme der Mast ermöglicht,
- d) alle den wirtschaftlichen Betrieb einengenden Vorschriften der Zwangswirtschaft einschließlich der Höchstpreise so rasch als möglich beseitigt,
- e) die volle Sicherheit des Besitzes, des Eigentums und der Vererbung von landwirtschaftlichem Grundeigentum und Betriebsmitteln garantiert,
- f) dem landwirtschaftlichen Berufsstand die volle Freiheit der Selbstverwaltung und den gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung gewährleistet.

3. Alle landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungskörper einschließlich der Arbeitnehmerverbände sollen sich zu machtvoller Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zusammenschließen.

4. Die Vereinigung aller Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften zu einem Nationalverband ist anzustreben.

2. Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes.

1. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält den baldigen Erlaß des Reichsrahmengesetzes über die landwirtschaftliche Berufsvertretung und der entsprechenden Landesgesetze im Interesse der gesicherten Fortführung der Arbeiten der Landwirtschaftskammern für dringend erforderlich.

2. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wählt eine Kommission von 8 Mitgliedern zur weiteren Behandlung dieser Angelegenheit und bittet das Reichswirtschaftsministerium, die Mitglieder dieser Kommission zur Vorbereitung des Reichsgesetzentwurfes über die Landwirtschaftskammern hinzuziehen.

3. Die Kommission besteht aus den Herren:

Dr. Andrä, Geheimer Oekonomierat, Dresden,

Dr. Asmis, Direktor der Landwirtschaftskammer, Kiel,

von Alßing, Geheimer Regierungsrat, Niederzauhe,

Frhr. von Ledebur, Kammerherr, Erolage,

Dr. Müller, Oekonomierat, Direktor der Landwirtschaftskammer, Karlsruhe,

Dr. Rabe, Landesökonomierat, Direktor der Landwirtschaftskammer,

Halle a. S.,

von Schilcher, Kammerer, Dietramszell, D./B.

von Strebel, Professor, Direktor a. D., Stuttgart.

4. Der Antrag des Referenten mit dem Abänderungsantrage von Klizing und der Antrag Dr. Müller-Karlsruhe, werden der Kommission als Material überwiesen.

Antrag des Referenten Dr. A s m i s - Kiel:

I. Der gesetzliche Ausbau der öffentlich-rechtlichen Vertretung der Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern) ist vor allem erforderlich:

1. im Interesse der besseren Einwirkung auf die landwirtschaftliche Erzeugung sowie die volkswirtschaftlich zweckmäßige Verwertung der Erzeugnisse,
2. zur Schaffung einer wirkungsvolleren Vertretung der landwirtschaftlichen Berufsinteressen.

II. Parteipolitische Rücksichten dürfen auf den Ausbau der Landwirtschaftskammern und ihre Tätigkeit keinen Einfluß haben.

III. In organisatorischer Hinsicht ist beim Ausbau der Landwirtschaftskammern vor allem wichtig:

1. Schaffung einer aus Wahlen hervorgehenden lückenlosen Stufenreihe von Vertretungskörpern, die von der breiten Grundlage der Einzelgemeinden ausgehend in den höheren Verwaltungsbezirken die notwendige Zusammenfassung bringt und schließlich im Staat und Reich in einheitlicher Spitze endet.

(Gemeindeabteilung } der Landwirtschaftskammern,
Kreisabteilung }
Provinzial- oder Bezirks-Landwirtschaftskammer,
Hauptlandwirtschaftskammer für den Staat,
Reichslandwirtschaftskammer);

2. Einführung eines Wahlverfahrens, welches allen im Hauptberufe in der Landwirtschaft tätigen über 25 Jahre alten Personen einschließlich der ständigen landwirtschaftlichen Arbeiterchaft und der Frauen die Teilnahme an den Wahlen ermöglicht.

IV. Den untersten Vertretungskörpern (Gemeindeabteilungen) müssen alle in ihrem Bereich ansässigen Berufszugehörigen angehören. Von diesen aus erfolgt die Wahl zu den nächsthöheren Vertretungskörpern auf Grund einer Gruppeneinteilung, die der wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Gruppen (nach Maßgabe von Fläche, Grundsteuerreinertrag und Arbeitsleistung) unter den jeweiligen besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen hat.

V. Die landwirtschaftliche Berufsvertretung muß die Landwirtschaft in weitestem Sinne umfassen, einschließlich Milchwirtschaft, Gärtnerei, Obst- und Weinbau, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei in Binnengewässern, Imkerei und landwirtschaftliche Nebenbetriebe.

Den Sonderbedürfnissen der einzelnen Gewerbszweige ist durch Ausbau der Fachausschüsse Rechnung zu tragen.

VI. Die Umlage zu den Landwirtschaftskammern ist nach Größe und wirtschaftlicher Kraft der Betriebe, sowie nach der Arbeitsleistung (Fläche, Grundsteuerreinertrag, ständige Arbeitskräfte) zu bemessen und von allen wahlberechtigten Zugehörigen zu erheben.

VII. Die mit der Stellung der Landwirtschaftskammern als öffentlich-rechtlicher Körperschaften verbundene Staatsaufsicht darf zu keiner sachlichen Eingengung der Tätigkeit der Kammern auf dem ihnen zugewiesenen Arbeitsgebiete führen.

VIII. Das freie Vereinswesen und die Bildung besonderer freier Interessen- und Fachverbände innerhalb der Landwirtschaft wird durch den Ausbau der Landwirtschaftskammern nicht berührt.

Antrag von Klinging-Niederzauche:

In Ziffer III unter 2 einzufügen hinter „einschließlich“ die Worte: „der landwirtschaftlichen Beamten“.

Bei Ziffer V zu Absatz 1 einen Satz wie folgt anzufügen: „Auch die Interessen der landwirtschaftlichen Beamten und Arbeiter sind angemessen zu vertreten.“

Antrag Dr. Müller-Karlsruhe:

1. Die Aufgaben der Landwirtschaftskammern sind wie folgt zu bezeichnen:

Die Landwirtschaftskammern haben die Aufgabe, die Interessen des gesamten Berufsstandes der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Gärtnerei und Fischerei wahrzunehmen. Sie haben ferner die gesamte Förderung dieser Wirtschaftsgebiete selbständig oder in Verbindung mit anderen sachlichen Körperschaften auszuüben. Im Interesse einer einheitlichen Förderung der Landwirtschaft und einer zweckmäßigen Mittel- und Kräfteverwendung überlassen auch die Reichsregierung und die Landesregierungen die Ausübung der gesamten technischen Förderung der Landwirtschaft, des niederen landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und der Landeskultur, den Landwirtschaftskammern.

2. Die Landwirtschaftskammern erhalten folgende Mitgliederzusammensetzung:

- a) Drei Viertel der Mitglieder sind in unmittelbarer Wahl aller Wahlberechtigten nach Unterbezirken (Kreise, Amtsbezirke) der Landwirtschaftskammergebiete zu wählen.
- b) Von dem verbleibenden Viertel wird ein Drittel durch die nach a) gewählten Mitglieder zugewählt. Die übrigen zwei Drittel werden durch größere land- und forstwirtschaftliche Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über das ganze Kammergebiet erstreckt, durch diese in die Landwirtschaftskammern gewählt.

Erstmal bestimmt die zuständige Landesregierung, welche land- und forstwirtschaftlichen Vereinigungen hiernach Wahlberechtigung erhalten. — Für die späteren Wahlen wird dies durch die Satzungen der Landwirtschaftskammern bestimmt.

3. Steuergesetzgebung und die Landwirtschaft.

Die ungeheueren Lasten, welche die finanzielle Notlage des Reiches dem deutschen Volke auferlegt, können nur getragen werden, wenn durch eine aufbauende Wirtschaftspolitik die wirtschaftlichen Kräfte zur höchsten Entfaltung gebracht werden. Die Landwirtschaft ist bereit ihren Teil an den allgemeinen Opfern zu übernehmen. Dies wird, aber nur dann ohne schweren Schaden für ihr Gedeihen und damit für die Volkswohlfahrt möglich sein, wenn bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf ihre notwendigen Lebensbedingungen die erforderliche Rücksicht genommen wird. Eine gesunde Landwirtschaft ist die unerlässliche Vorbedingung für die Wiederaufrichtung unseres aufs äußerste geschwächten Wirtschaftslebens. Bei allen steuerlichen Maßnahmen muß daher als leitender Grundsatz voranstehen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung nicht nur bis auf den Stand vor dem Kriege, sondern wesentlich darüber hinaus gesteigert wird.

Bei der bisherigen Behandlung der Steuerpolitik ist dieser Forderung in keiner Weise Rechnung getragen worden. Ohne Aufstellung eines einheitlichen Systems der zukünftigen Besteuerung sind eine Reihe von Steuervorlagen eingebracht und durchberaten worden, zu denen infolge ihrer späten Veröffentlichung die sachverständigen Vertretungen des Erwerbslebens nicht in genügender Weise Stellung zu nehmen Gelegenheit erhalten haben. Es besteht daher die große Gefahr, daß durch eine unzumutbare, den technischen Fortschritt hemmende Besteuerung der Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt oder unmöglich gemacht wird.

Die bereits verabschiedeten Kriegsaufgabengesetze haben den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in wesentlichen Punkten nicht Rechnung getragen. Zur Vermeidung größter Unbilligkeiten ist bei ihrer Durchführung eine weitgehende Anwendung des Härteparagraphen erforderlich. Vor allem ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich während des Krieges die Einnahmen der Landwirtschaft vielfach lediglich infolge unwirtschaftlicher Ausgaben von Betriebsmitteln vermehrt, die Ausgaben aber infolge unwirtschaftlicher Ersparnisse an Arbeitslohn, Futter- und Düngemitteln, Aufwendungen zur Erhaltung und Verbesserung des toten und lebenden Inventars und der Gebäude vermindert haben.

Es ist daher zu fordern, daß

- a) Kapitalbeträge, welche an die Stelle veräußerter, zum normalen Betriebsinventar gehöriger Betriebsmittel getreten sind, nicht als Zugang zum Einkommen oder Vermögen, sondern als Verschiebung der Vermögenswerte zu behandeln sind,
- b) wegen der unterbliebenen Instandhaltung des Inventars Abnutzungsbeträge in einer Höhe nötig sind, welche unter Berücksichtigung der derzeitigen Preisverhältnisse die Wiederherstellung des früheren Zustandes ermöglichen.

Gegen das Reichsnotopfer in der von der Regierung vorgeschlagenen und vom Ausschuß der Nationalversammlung im wesentlichen angenommenen Form hegt die Landwirtschaft nach wie vor die schwersten Bedenken. Die Entziehung eines großen Teils des unentbehrlichen Betriebskapitals würde die Wiederaufrichtung unseres nahezu vernichteten Wirtschaftslebens aufs äußerste erschweren. Der Zweck des Reichsnotopfers wäre aber ohne eine solche ungeheure Schädigung der wirtschaftlichen Kräfte viel besser durch die von wirklich sachverständiger Seite vorgeschlagene Zwangsanleihe zu erreichen.

Besonders verhängnisvoll wäre das Reichsnotopfer für den Weinbau, indem es gemeinsam mit dem neuen Erbschaftsteuergesetz die Vernichtung der großen Weingüter und damit des Qualitätsweinbaus, auf dem der Weltruf des deutschen Weinbaues und die ganze deutsche Weinausfuhr beruht, herbeiführen würde.

Von den Einzelbestimmungen ist völlig unannehmbar, daß dem Reichsnotzins der Vorrang vor allen anderen Forderungen eingeräumt werden soll. Eine solche Bevorzugung der oft sehr hohen staatlichen Forderungen würde nicht nur wohlerrworbene Rechte verletzen, sondern vor allem eine schwere Erschütterung des landwirtschaftlichen Bodenkredits zur Folge haben, die Sicherheit und die Kurse der bisher als mündelsicher anerkannten Pfandbriefe der ländlichen Bodentreditinstitute (Landchaften) gefährden und vielen Landwirten die Kreditaufnahme erheblich erschweren oder ganz unmöglich machen.

In Anbetracht der Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung ist auch eine Anpassung des Reichsnotzinses an das zukünftige Vermögen und den zukünftigen

Ertrag erforderlich, vielleicht durch Festsetzung bestimmter Sätze, die der Reichsnotzins in den einzelnen Einkommensstufen nicht überschreiten darf. Dies würde auch die Sicherheitsleistung für die Vermögensabgabe entbehrlich machen.

Bei der *Umsatzsteuer* ist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des landwirtschaftlichen Familienbetriebs der Verbrauch eigener Erzeugnisse in der Landwirtschaft von der Steuerpflicht freizulassen. Ferner ist zur Schonung der Zwergwirtschaften und zur Förderung der Eigenwirtschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter die völlige Befreiung der kleinen Betriebe wie im Umsatzsteuergesetz von 1918 beizubehalten.

Für die weiter zu erwartenden Steuervorlagen und für die Ausführungsbestimmungen zu den Steuergesetzen wird die bringende Forderung ausgesprochen, daß den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, die Interessen ihres Berufsstandes zur Geltung zu bringen, da eine dauernde Ausschließung der sachverständigen Organe des Wirtschaftslebens von der Mitwirkung an diesen für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft grundlegenden Gesetzen die größten Nachteile zur Folge haben muß.

4. Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch die Einführung von Betriebsräten.

Die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats lehnt den Gesetzentwurf über die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit ab, weil durch ihn die landwirtschaftliche Produktion und damit die Ernährung des deutschen Volkes auf das schwerste gefährdet werden würde.

5. Der Siedlungsplan der Reichsregierung.

1. Die heute sehr beschränkten Siedlungsmöglichkeiten müssen klar erkannt werden. Wo sie gegeben sind, muß in praktischer Arbeit tatkräftig vorgegangen werden, überhaupt mehr Praxis, weniger Theorie.

2. Die Siedlung muß viel mehr auf Kultivierung und Besiedlung von Obland, als auf die Zerschlagung alten Kulturlandes eingestellt werden; denn jeder Morgen kultivierten Oblandes ist positiver, die Zerschlagung alten Kulturlandes besten Falles relativer Gewinn.

3. Die Zahl der für ländliche Siedlung geeigneten Bewerber ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, viel geringer, als allgemein angenommen wird, sie können mit Sicherheit auf kultiviertem Obland angesetzt werden. Bei der heutigen Lage der Volksernährung ist deshalb jede Störung gut produzierenden Kulturlandes durch übertriebene Siedlungspläne eine große Gefahr und zu verwerfen.

4. Siedlungsunternehmer muß in erster Linie die mit Land und Leuten vertraute Selbstverwaltung, nicht ein landfremdes, oft wechselndes Beamtentum werden.

6. Stellungnahme gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Das privattkapitalistische Wirtschaftssystem in der Landwirtschaft ist besonders mit Rücksicht auf die Produktion und Volksernährung dem sozialistischen vorzuziehen; deshalb ist die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu verwerfen.

7. Landarbeitsordnung und Tarifvertrag für Forstarbeiter.

1. Die vorläufige Landarbeitsordnung hat sich in wichtigen Bestimmungen als gefahrbringend für die Volksernährung erwiesen. Sie bedarf deshalb einer grundsätzlichen Abänderung.

2. Der Tarifvertrag zwischen der Forstverwaltung des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einerseits, dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter Deutschlands andererseits vom 20. September 1919 stellt eine einseitige Begünstigung der freien Gewerkschaften dar und muß zu einer erneuten, nicht mehr erträglichen Lohnsteigerung nicht nur in den Privatforsten, sondern in den gesamten landwirtschaftlichen Betrieben führen. *

Es muß gefordert werden, daß:

1. die Tarifverträge für die Landwirtschaft und alle ihre Nebenbetriebe gleichmäßig aufgestellt werden,
 2. Ausnahmen für besonders ungünstige Boden- und Wirtschaftsverhältnisse möglich sind,
 3. eine Bevorzugung einzelner Verbände unterbleibt.
-

47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Geschäftlicher Teil.

Verhandelt im „Meisteraal“ zu Berlin.

Erster Sitzungstag.

Freitag, den 28. November 1919.

Der II. stellvertretende Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. Mehnert eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Meine Herren, ich eröffne hiermit die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

In tieferster, schwerer Zeit tritt der Deutsche Landwirtschaftsrat zusammen. Welche Fülle unzähliger tragischer Ereignisse seit unserer letzten Tagung! Des Deutschen Reiches stolze Macht, unsere einstmals so glänzende Wehr, die wir für unbesiegbar hielten, ist jämmerlich zusammengebrochen. Die Throne unseres Kaisers und unserer Landesfürsten sind gestürzt, der verheerende Sturm der Revolution ist mit allen seinen Schrecknissen und Verwüstungen durch die Lande gebraust. Tage unsagbarer, unauslöschlicher Schmach liegen hinter uns, und vor uns eine Zukunft unerforschlich, unergründlich, ohne Hoffnung, ohne Trost! Und dabei — unendlich schmerzlich ist es zu sagen — Millionen unserer Volksgenossen ohne einen Begriff davon, wie elend und traurig unsere Lage ist. In einem wilden Taumel der Vergnügungssucht und Leichtlebigkeit tanzen sie in des Wortes wahrster Bedeutung dem Abgrunde entgegen.

(Sehr richtig!)

Auch den Mutigen möchte oft Verzweiflung und Verzagtheit erfassen, und selbst der Starke droht zusammenzubrechen unter der Last all der tiefstschmerzlichen Geschehnisse, unter der Last der eigenen Verantwortung! Und dennoch: um des Vaterlandes willen dürfen wir nicht verzagen und verzweifeln!

Darf nicht, meine verehrten Herren, mit berechtigtem Stolz insonderheit die deutsche Landwirtschaft auf die vergangenen 5 Jahre zurückblicken, in denen sie Übermenschliches geleistet hat unter dem denkbar schwersten Druck oft unerträglichen Zwanges und tränkender Fesseln? Wenn unverständige und kurzsichtige Leute während der Kriegsjahre und heute noch oft genug die Landwirtschaft geschmäht und verdächtigt haben: wir wenigstens wollen hier bei unserm Wiederauftritt nicht vergessen, welche Fülle aufrichtigsten und innigsten Dankes das deutsche Volk ihr schuldet,

daß sie unter unsäglichen Opfern in zähem Festhalten an der von den Vätern erbten Pflichttreue dem heimischen Boden zur Ernährung des Volkes abgerungen hat, was menschlicher Fleiß und menschliche Kraft nur zu schaffen vermochten. Wir wollen hier vor allem auch nicht vergessen, welche tiefste Dankeschuld das deutsche Volk der deutschen Bauernfrau, die in den Kriegsjahren meist auf sich allein und ihre jungen Kinder angewiesen, vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht in harter Arbeit stand, abzutragen hat.

(Bravo!)

Wir wissen andrerseits wohl, daß auch viele unserer Berufsgenossen der Versuchung unterlagen, in Verfehlungen gefallen sind und an unserem Volke sich arg versündigt haben. Wir wissen auch, daß die Zahl der zunächst wenigen, die gewissenlos und untreu handelten, im Laufe der Zeit bedeutend gestiegen ist. Wir sind die letzten, die solches widerrechtliche Tun entschuldigen wollen, wenn es auch oft begreiflich war, daß in der unglaublichen Fülle von Anordnungen sich niemand mehr zurechtfindet, selbst der Gelehrteste nicht — und daß die oft verkehrte Preispolitik so manches Mal geradezu Unrebllichkeiten herausforderte. Wie wurde doch wiederholt der Ehrliche, Fleißige, Gewissenhafte, der mit der Ablieferung seiner Produkte an die Gesamtheit sich aufs äußerste abmühte, in der Preisgewährung geradezu bestraft gegenüber dem Langsamen, dem Berechnenden, dem Launen, der so lange wartete, bis die Preise durch die Not der Zeit nach und nach erhöht werden mußten!

Wie aber immer, meine Herren, die Verhältnisse sich gestaltet haben mögen, wir dürfen nicht murrend und grollend bei Seite stehen, wir dürfen dem Mißmut und der Verärgerung nicht allzu großen Raum gewähren, wir dürfen nur den einen Gedanken haben, der in festem, unabänderlichem Entschluß uns und unser ganzes Sein erfassen soll: an die Arbeit für des Vaterlandes Zukunft!

Nur durch die Landwirtschaft kann jetzt unser zerbrochenes Reich wieder ausgerichtet werden. Die Landwirtschaft ist die Grundlage des Wiederaufbaues unseres Volkes, seiner Gesundung, seiner ganzen Existenz! Und wenn wir auch oft bis zum Überdruß unsern Rat angeboten haben und abgewiesen oder nicht berücksichtigt worden sind, so wollen wir doch nicht müde werden, immer nur das eine vor Augen und im Herzen zu haben: ohne deine Hilfe, du deutsche Landwirtschaft, ist das Vaterland verloren, verloren für immer!

(Sehr richtig!)

So lassen Sie uns bei Beginn unserer Tagung das Gelöbniß erneuern, ohne Rücksicht auf Stimmungen und Verärgerungen, ohne Rücksicht auf die Not, in der viele von uns selbst stehen, alle Kräfte restlos einzusetzen für die Erhaltung und Sicherung unseres deutschen Volkes, unseres Deutschen Reiches. In solcher Gesinnung, meine Herren, lassen Sie uns auch hier ans Werk gehen; und weil wir wissen, daß ohne des Allmächtigen Hilfe alles umsonst ist und an Gottes Segen alles gelegen ist, lassen Sie meine kurzen Eingangsworte ausklingen in den Mahnruf, der uns zugleich Gelöbniß für all unser Tun und Handeln sein soll, in den Ruf: Vorwärts mit Gott!

(Lebhafter Beifall.)

Es liegt mir jetzt ob, die in den Landwirtschaftsrat neu eingetretenen Mitglieder zu begrüßen. An erster Stelle richte ich den Willkommengruß an den hoch-

verehrten Mann, der durch eine lange Reihe von Jahren als preußischer Staatsminister seine ganze Tätigkeit der Landwirtschaft gewidmet hat: wir begrüßen Herrn Freiherrn von Schorlemer nunmehr in unserer Mitte als einen der Unseren, der er ja im Grunde genommen allzeit seines Lebens schon gewesen ist

(bravo!)

und wünschen und hoffen, daß uns eine lange gemeinsame Tätigkeit mit ihm zum Segen der deutschen Landwirtschaft beschieden sein möge.

Wir gedenken aber auch derjenigen, die von uns gegangen sind und nicht mehr unter uns weilen,

(die Versammlung erhebt sich)

in erster Linie unseres hochverehrten ersten Präsidenten des Grafen von Schwerin-Löwitz, der bei unserer letzten Tagung noch den Vorsitz führte. Vom Jahre 1881 an, als er das väterliche Stammgut Löwitz übernahm, bis zu seinem Hinscheiden ist er in hervorragender und vorbildlicher Weise für die deutsche Landwirtschaft tätig gewesen. Neben der Erfüllung der praktischen Aufgaben, die seiner harrten und deren glänzender Lösung in seinem arbeitsreichen Leben er sich widmete, stellte er sich frühzeitig in den Dienst der Öffentlichkeit. In einen weiteren politischen Wirkungskreis trat Graf Schwerin, als er 1893 in den Reichstag und 1897 in das Preussische Abgeordnetenhaus einzog. Bei Begründung der preussischen Landwirtschaftskammern im Jahre 1896 wurde Graf Schwerin Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Pommern, im Jahre 1899 ständiger Vorsitzender der Konferenzen der Rammervorstände und der Zentralfstelle der preussischen Landwirtschaftskammern, im Jahre 1901 nach dem Tode des Landeshauptmanns von Roeder Vorsitzender des Preussischen Landesökonomikollegiums und Vorsitzender unseres Deutschen Landwirtschaftsrats. Erwähnt sei auch noch, daß Graf Schwerin nach dem Tode des Grafen Stolberg-Wernigerode zum Präsidenten des Reichstags gewählt worden war.

Ich habe nicht nötig, hier eingehend auszuführen und darzulegen, was Graf Schwerin-Löwitz uns und der deutschen Landwirtschaft gewesen ist. Das Andenken an diesen wahrhaft vornehmen und wahrhaft edlen Mann, an diesen nimmermüden Kämpfer für des Vaterlandes Wohl, an diesen hervorragenden und glänzenden Führer der deutschen Landwirtschaft wird in unserer Mitte niemals vergehen.

Ich gedenke ferner noch des Heimganges weiterer Mitglieder unseres Kollegiums, des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Delbrück, des Domänenrats Rettich, des Kommerzienrats August Hornung, des Ökonomierats Stahl. Ich hebe besonders die beiden ersten hervor, die dem Ständigen Ausschuss angehörten und in einer ganzen Anzahl besonderer Funktionen durch Jahrzehnte hindurch der deutschen Landwirtschaft in wahrhafter Treue gedient haben. Wir danken ihnen allen für das, was sie hervorragendes und glänzendes für die deutsche Landwirtschaft getan haben, und werden ihr Gedächtnis jederzeit in hohen Ehren halten. — Sie haben sich zu dessen Befundung, wie ich hiermit feststelle, von Ihren Plätzen erhoben.

Ich bitte nunmehr, zunächst die Präsenzliste zu verlesen.

Hauptgeschäftsführer Professor Dr. Dade (Berlin):

Ich bitte die Herren, die ich aufrufe, mit Ja zu antworten. Ich werde aufrufen die stimmberechtigten Mitglieder, die zu der heutigen Plenarversammlung angemeldet worden sind.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Herren, von 68 stimmberechtigten Mitgliedern sind 58 anwesend. *)

II. Stellvertretender Präsident: Ich berufe nunmehr zu Schriftführern die beiden Herren, die wohl seit über einem Jahrzehnt oder Jahrzehnten dieses Amt versehen haben, Herrn Freiherrn von Feilisch und Herrn Wieber. Herr Wieber hat bereits heute das Amt übernommen.

Zu der heutigen Tagung sind Einladungen ergangen an den Herrn Reichszanzler, an das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium der Finanzen, das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, das Preussische Ministerium des Innern, das Preussische Finanzministerium und das Reichswirtschaftsamt, außerdem an die Ministerien der einzelnen Bundesstaaten. Überdies sind Einladungen ergangen an die großen landwirtschaftlichen Körperschaften. Soweit die Herren unseren Einladungen gefolgt sind, heiße ich sie hiermit herzlich willkommen.

Im Laufe der Verhandlungen haben als Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen folgende Herren an den Verhandlungen teilgenommen: Der Reichsminister des Innern Koch; als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Abteilungsdirigent Dr. Hermes, Regierungsrat Wittong, Regierungsrat von Heimbürg, Dr. Augustin, Dr. Lange, Faas; als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Geh. Reg. Rat Dr. Pönisch, Geh. Reg. Rat Dr. Feig; als Vertreter des Reichsministeriums für Wiederaufbau Ministerialdirektor Dr. Müller; als Vertreter des Preuß. Staatsministeriums Geh. Reg. Rat Valentiner, Reg. Rat von Kameke, als Vertreter des Ministeriums

*) Es haben an den Verhandlungen teilgenommen (in bezug auf die Titel verweisen wir auf das Mitgliederverzeichnis):

Preußen: Ostpreußen: Dr. Brandes-Althof, Balduin-Rodmannshöfen; Westpreußen: von Oldenburg-Januschau, Meyer-Rottmannsdorf, Brandenburg: Graf von der Schulenburg-Grünthal; Pommern: Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel, von Oppenfeld-Reinfeld; Schlesien: von Alising-Niebergauche; Sachsen: Graf von der Schulenburg-Heßler-Wittenburg, Wesche-Kauniz; Schleswig-Holstein: Graf zu Ranhan-Breitenburg, Dr. Engelbrecht-Obendeich; Hannover: Feldmann-Frankensfeld, Degen-Plantorff; Westfalen: Frhr. von Ledebur-Trollage, Graf von Westphalen-Haus Laer; Reg.-Bez. Kassel: von Reudell-Wolfbrunnen; Reg.-Bez. Wiesbaden:— Rheinprovinz: Frhr. von Schorlemer-Lieser; Hohenzollern: Dietlen-Sigmaringen; Bayern: Münsterer-Altheim, Rebbel-Fronberg, Frhr. von Feilisch-Trogn, Frhr. von Thüngen-Thüngen, Döderlein-Nördlingen; Sachsen: Mehnert-Mödingen, Schöne-Dresden, Steiger-Dresden, Schabe-Blasewitz, Andrá-Dresden; Württemberg: von Strebel-Stuttgart, Mayer-Heilbronn, Röstlin-Ochsenhausen; Baden: Müller-Karlsruhe; Hessen: Walter-Lengfeld, Bähr-Darmstadt; Mecklenburg-Schwerin: Frhr. von Malphan-Wolgow, Brödermann-Negendorf; Sachsen-Weimar: Refardt-Bachstedt; Mecklenburg-Strelitz: Graf Schwanenfeld-Schwerin; Oldenburg: Feldhus-Zwischenahn; Braunschweig: Dr. Pommer-Braunschweig, Deede-Evessen, Reiningen: Höfer-Reiningen; Sachsen-Altenburg: von Oldbau-Priefel; Sachsen-Coburg-Gotha: Frenzel-Gamrath, Dietrich-Coburg; Anhalt: Säuberlich-Gröbzig; Schwarzburg-Sondershausen: —, Schwarzburg-Rudolstadt: —, Waldeck: —, Neuf ä. L.: —, Neuf j. L.: —, Lippe: —, Schaumburg-Lippe: von Frese-Hannover; Lübeck: —, Hamburg: Wieber-Latenberg; Bremen: Deplen-Bremen-Schwachhausen. Außerordentliche Mitglieder: Lade-Bremen.

für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Ministerialdirektor Dr. Abicht, Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Oldenburg, Geh. Reg. Rat v. Nischoff; als Vertreter des Ministeriums des Innern Geh. Reg. Rat Fehr. v. Schüb; als Vertreter des Preuß. Finanzministeriums Geh. Oberfinanzrat Banc, Geh. Finanzrat Semper; Bayer. Ministerium des Innern Ministerialdirektor Dr. Huber; als Vertreter des Sächsl. Wirtschaftsministeriums Abteilung für Landwirtschaft Ministerialdirektor Dr. v. Hübner, Ministerialdirektor Graf Hohenborff, Geh. Reg. Rat Prof. Dr. Falke; als Vertreter des Württ. Ernährungsministeriums Ministerialdirektor Schäffer; Medl. Ministerialdirektor Tischbein; Thüringischer Bevollmächtigter zum Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Münzel; Obenburgischer Staatsminister a. D. Erzellenz Scherer; Braunschweigischer Gesandter Wirtl. Geh. Rat Erzellenz Boden; Schaumburg-Lippesche Landesregierung Wirtl. Geh. Rat Erzellenz v. Euden-Abdenhausen; Hanseatischer Gesandter Erzellenz Dr. Sieveking.

Herr Reichsminister Koch hat das Wort:

Reichsminister des Innern Koch: Meine Herren, im Namen der Regierung heiße ich Sie herzlich zu Ihrer heutigen Tagung willkommen und begrüße insbesondere mit Freude die Worte Ihres Herrn Präsidenten, daß Sie ohne Murren und Grollen bereit sind, an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, daß die Landwirtschaft nicht müde werde, mitzuarbeiten. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch unseres Vaterlandes hat wohl mancher Stand, und darunter auch die Landwirtschaft, Grund dazu, müde zu sein. Dieser Zusammenbruch, der uns aus den großen Hoffnungen heraus zu Boden gerissen hat, hat so lähmend auf weite Kreise unserer Bevölkerung gewirkt, daß infolge dieser Lähmung fast noch mehr als durch den äußeren Zusammenbruch selbst die Gefahr eines Endes Deutschlands bevorzustehen schien; und wenn wir heute auf das Trümmerfeld blicken, innerhalb dessen wir uns befinden, dann will uns allen oft ein Verzagten kommen, ein Verzagten auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Durch das Loch im Westen verströmt die beste Wirtschaftskraft unseres Volkes. Es fehlt an Kohle, es fehlt an Kali, die Eisenbahnen drohen zu erliegen, kurz und gut, auf allen Ecken und Enden sieht man die furchtbaren Folgen des Krieges und der Revolution. Trotzdem, meine Herren, dürfen und wollen wir nicht erlahmen, auch diejenigen nicht, die Grund haben, müde zu sein! Die Landwirtschaft hat in vier furchtbaren Kriegsjahren über ihre Kräfte gearbeitet. Wir denken mit Anerkennung der Greise und Kinder, die Bauernhöfe in Ordnung gehalten haben, wir denken in Anerkennung der Gutsfrauen, die oft ganz allein mit einer großen Schar fremder und unzuverlässiger Arbeiter große Güter bewirtschaften mußten, alle dem noch beeinträchtigt in ihrem Schaffen durch einen weitgehenden Eingriff des Staates in ihr Schaffen. Nun hatten wir gehofft, daß nach dem Kriege diese Zeiten vorüber sein würden und es für jeden Landwirt wieder möglich sein würde, in der üblichen Weise hinter seinem Pfluge zu gehen. Es ist anders gekommen. Wir haben zunächst durch die unglückliche Lage, in der wir uns noch befinden, nicht die Möglichkeit gehabt, so rasch und radikal mit den Resten der Kriegswirtschaft aufzuräumen, wie es erwünscht gewesen wäre. Die Kriegswirtschaft läßt sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten; denn sie ließ sich nur ertragen, als es galt, das Vaterland über den Krieg hinwegzubringen.

(Sehr richtig!)

Sie läßt sich aber auch nicht radikal und plötzlich abbauen. Man kann sagen, daß es für die Zwangswirtschaft zu spät und für die freie Wirtschaft zu früh ist. Daraus ergeben sich unerfreuliche und manchmal schwierige Reibungen und Unstimmigkeiten, die überwunden werden müssen und die hoffentlich um so besser über-

wunden werden, je näher die Zeit der freien Wirtschaft heranrückt. Wenn wir über diese Schwierigkeiten hinweg sind, dann erst beginnt die eigentliche Arbeit für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Daß bei den Aufgaben, die dann bevorstehen, keine so wichtig ist wie die des Wiederaufbaus unserer Landwirtschaft, ist eine Lehre, die man aus den Zeiten des Krieges übernommen haben sollte. Ich bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, bei verständnisvollem Zusammenarbeiten die Intensität der deutschen Landwirtschaft zu steigern und in einer Zeit, wo infolge des Darniederliegens unserer Valuta die Einfuhr aus dem Ausland mit besonderen Schwierigkeiten und mit besonderer Teuerung verbunden ist, die deutsche Landwirtschaft mehr denn je in den Stand zu setzen, auch für den verkleinerten und verringerten Rahmen des Reiches landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen.

Meine Herren, ich hoffe, daß wir über die Unebenheiten und Schwierigkeiten der jetzigen Zeit hinweg zu einem guten Verständnis gelangen. Denn mögen politische und wirtschaftliche Unterschiede im deutschen Volke vorhanden sein, innerhalb des Krieges sollte sich die eine Auffassung geltend gemacht haben, daß alle Stände zum Gedeihen des deutschen Vaterlandes erforderlich sind und daß nichts so schädlich sein kann, als daß wir uns im Interessentkampf der Stände zerfleischen. Ich weiß, daß ich bei dieser Auffassung auf die Mitwirkung des Deutschen Landwirtschaftsrats stets zählen kann, und wünsche deshalb Ihren heutigen Beratungen den besten Erfolg.

(Bravo!)

II. Stellvertretender Präsident: Ich spreche namens der Versammlung dem Herrn Reichsminister des Innern den Dank für seine Worte aus, insonderheit für die Anerkennung der Leistungen der Landwirtschaft in der Vergangenheit und für das Anerkenntnis, daß in der Zukunft die Hauptsache sein werde der Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft. An uns soll es gewiß nicht fehlen.

Neuwahl des Vorsitzenden.

Meine hochverehrten Herren, wir kommen nunmehr zur Wahl des Vorsitzenden. Wohl noch niemals ist dem Deutschen Landwirtschaftsrat die Wahl des Vorsitzenden so leicht geworden, noch niemals war der Deutsche Landwirtschaftsrat so einig, und ich bin überzeugt, daß ich Ihnen allen aus dem Herzen spreche, wenn ich Ihnen vorschlage, zu unserem ersten Präsidenten den bisherigen Herrn Landwirtschaftsminister, Seine Excellenz Herrn Freiherrn von Schorlemer zu wählen.

(Bravo!)

Ich frage Seine Excellenz, ob er die Wahl annehmen will.

Staatsminister Dr. Freiherr von Schorlemer-Dieser: Meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich zunächst unserem verehrten Vorsitzenden Excellenz Mehnert und Ihnen allen meinen herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und vor allem für das Vertrauen ausspreche, das Sie mir durch die einstimmige Wahl zum Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrats erweisen. Gewiß kann ich mich der Befürchtung nicht entziehen, daß meine schwachen Kräfte der großen Aufgabe nicht gewachsen sein werden, die mir durch Ihre Wahl gestellt ist in einer Zeit, wo auch die deutsche Landwirtschaft unter Führung des Landwirtschaftsrats ebenso wie unser Vaterland den Kampf um Sein oder Nichtsein auszufechten hat. Aber dessen ungeachtet erkläre ich mich gern bereit, die auf mich gefallene Wahl anzunehmen, weil ich mich der Verpflichtung nicht entziehen will, die in diesem Augenblicke jeder Staatsbürger empfinden muß; den Posten einzunehmen, der ihm

zugewiesen wird. Ich rechne dabei auch in Zukunft auf Ihre treue Mitarbeit und Unterstützung, die mir in meiner früheren amtlichen Stellung, wie ich auch hier dankbar feststellen möchte, in so reichlichem Maße zuteil geworden ist und die ich auch in Zukunft nicht entbehren kann, wenn ich Ihr Vertrauen rechtfertigen und mein Amt in dem Geiste und mit dem Erfolge weiterführen soll, wie es unser verstorbener Vorsitzender Graf von Schwerin-Döwiß getan hat.

(Bravo!)

II. stellvertretender Präsident: Ich danke Seiner Exzellenz namens des Landwirtschaftsrats für die Annahme der Wahl und wünsche ihm und uns aufrichtig Glück dazu, daß er künftig unser Präsident sein wird.

(Bravo!)

Ich bitte ihn nunmehr, seinen Platz einzunehmen.

Staatsminister Dr. Freiherr von Schorlemer-Lieser: Meine verehrten Herren! Indem ich den Vorsitz hiermit übernehme, ist es mir eine angenehme Pflicht, an erster Stelle auch in Ihrem Namen den stellvertretenden Vorsitzenden, Ihren Exzellenzen dem Freiherrn von Cetto und Herrn Mehnert unseren herzlichsten und tief empfundenen Dank auszusprechen für die Führung der Geschäfte des Deutschen Landwirtschaftsrats seit dem Ableben unseres unvergeßlichen Grafen von Schwerin-Döwiß. Wir alle bedauern gewiß, daß hohes Alter und die gegenwärtigen Reiseschwierigkeiten Herrn Freiherrn von Cetto verhindert haben, heute in unserer Mitte zu erscheinen. Freiherr von Cetto hat seit dem Jahre 1912 das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden geführt, und er ist in den langen Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Landwirtschaftsrat dessen Mitgliedern und der ganzen deutschen Landwirtschaft ein treuer Freund und Berater geworden. Unsere besten Wünsche sollen ihn auch fern von uns in der Heimat erreichen, und ich bitte, diesen Wünschen Ausdruck geben zu dürfen in einem Telegramm an Freiherrn von Cetto, dessen Absendung ich Ihnen vorschlage. Das Telegramm lautet:

Die zur 47. Plenarversammlung versammelten Mitglieder des Deutschen Landwirtschaftsrats senden in alter Treue ihrem allverehrten Vizepräsidenten die herzlichsten Grüße in der Hoffnung, den wackeren und hochverdienten Senior, der dem Deutschen Landwirtschaftsrat 40 Jahre angehört, auf der nächsten Versammlung in alter Frische und Gesundheit begrüßen zu dürfen.

(Bravo!)

Meine Herren, zur alten Garde des Deutschen Landwirtschaftsrats gehört auch der noch immer jugendfrische Wirkliche Geheime Rat Dr. Mehnert, der uns soeben noch durch seine herrlichen und zu Herzen gehenden Worte tief bewegt hat. Nicht allein der Landwirtschaftsrat, sondern ebenso der Reichsaussschuß der deutschen Landwirtschaft sind ihm zum größten Dank verpflichtet! Wir ist es eine ganz besondere Freude, daß ich heute in Ihrem Namen Exzellenz Mehnert den Dank für die großen und langjährigen Opfer an Zeit und Arbeit, die er der deutschen Landwirtschaft gebracht hat, persönlich abstatten kann mit dem von uns allen geteilten Wunsche, daß seine Geistesfrische, seine unschätzbare Arbeitskraft der deutschen Landwirtschaft noch lange Jahre und auch dann erhalten bleiben möge, wenn die Wogen des Umsturzes auch die bisher friedlichen Gestade des Deutschen Landwirtschaftsrats erreichen sollten.

Meine Herren, in vergangenen Jahren konnte der Vorsitzende des Deutschen Landwirtschaftsrats mit Dank und Anerkennung auf die friedliche und fortschreitende Entwicklung hinweisen, die der deutschen Landwirtschaft unter dem Schutze und der Förderung der Bundesfürsten und ihrer Regierungen beschieden war. Exzellenz

Mehnert war dazu soeben nicht mehr im Stande, und ebenso wenig ich. Ich widerstehe der Versuchung, in dieser traurigen und trostlosen Gegenwart uns durch einen Blick in die Vergangenheit zu stärken, obwohl der Gedanke an dahingeschiedene glückliche Zeiten, der Schmerz über das, was uns genommen ist, sicher dazu anreizen könnte. Aber das Bild der Gegenwart wird auch nicht besser durch einen Ausblick in die Zukunft, die dunkel und hoffnungslos vor uns liegt.

Meine Herren, ich glaube, nichts wäre fehlerhafter, als in diesem Augenblicke Schönfärberei zu treiben. Wir müssen es uns offen eingestehen, daß von den so vielfach erwarteten sogenannten Segnungen der Revolution keine einzige eingetroffen, daß der Zustand der Knechtschaft für uns für lange Jahre durch den Waffenstillstands- und durch den Friedensvertrag besiegelt worden ist. Auch der Herr Reichsminister Koch mußte soeben zugeben, daß unser Wirtschaftsleben zerrüttet ist. Handel und Wandel liegen darnieder, die Ernährung unseres Volkes, für die wir in erster Linie mit verantwortlich sind, ist in gefährlichster Weise bedroht, an den Türen der großen Städte und Industriebezirke pochen Hunger und Kälte. Der Mißmut und die Verzweiflung nehmen überhand, und die Vertreter der Reichsregierung werden es mir nicht verübeln, wenn ich es hier offen ausspreche: weite Kreise in Stadt und Land sind von der Befürchtung durchdrungen, daß die gegenwärtige Reichsleitung entweder nicht gewillt oder nicht im Stande ist, mit der nötigen Tatkraft in die Speichen der Räder des in den Abgrund rollenden deutschen Staatswagens rechtzeitig einzugreifen.

(Sehr richtig!)

Dieser Mißerfolg, diese zur Verzweiflung treibende Hilflosigkeit haben meines Erachtens nicht in letzter Linie ihren Grund darin, daß die irdischen Lenker unserer Geschichte sich verpflichtet fühlen, ihre wirtschaftlichen Maßnahmen nicht von wirtschaftlichen, sondern von parteipolitischen Erwägungen leiten zu lassen!

(sehr richtig!)

Wenn dies richtig ist, dann ist es um so mehr die Pflicht der Vertreter der im Vaterlande tätigen Erwerbsstände, um so mehr die Pflicht des Deutschen Landwirtschaftsrats, warnend und beratend seine Stimme zu erheben, in dem Sinne des § 1 unseres Statuts, der schon Mißgriffe der Regierung zu einer Zeit vorsah, wo man dieselben doch nur selten erwarten konnte.

Meine Herren, wenn wir in Vertretung unserer und des Vaterlandes Interessen zuweilen den engeren Spielraum des wirtschaftlichen Gebietes verlassen, wenn wir auch hinüberschweifen müssen in politische Erwägungen, so zwingt uns dazu die Notwendigkeit, die aus dem 9. November 1918 geboren ist, es zwingt uns dazu der mit diesem Tage beginnende Wirtschaftskampf, der, wie ich eben schon bemerkte, sich nicht allein auf dem Gebiete widerstrebender und auszugleichender wirtschaftlicher Interessen abspielt, sondern wesentlich durch politische Gesichtspunkte beeinflusst wird. Wenn wir, auch in Zukunft die uns anvertrauten Interessen der deutschen Landwirtschaft wirksam vertreten wollen, wenn wir das Vertrauen der deutschen Landwirte behalten, und das erreichen wollen, was auch unser höchstes Ziel sein muß: einen friedlichen und befriedigenden Ausgleich der augenblicklich sich widerstrebenden Wirtschaftsprobleme, dann können wir nicht umhin, neben unseren eigenen Interessen selbstverständlich auch die Wünsche der anderen Berufsstände zu würdigen und zu berücksichtigen, wir können nicht umhin, in den Kreis unserer Erörterungen neben den wirtschaftlichen auch politische Erwägungen zu ziehen! Wir kommen nicht daran vorbei, da, wo es not tut, auch in eine scharfe Kritik der Regierungsmaßnahme einzutreten. Die Nachwelt wird uns dafür dankbar sein, wenn wir gerade in gegenwärtiger Zeit unbeirrt durch die

augenblickliche Tagesströmung für diejenigen Grundsätze unentwegt und mutig eintreten, deren Beachtung unseres Erachtens allein den Wiederaufbau des Vaterlandes und unserer Landwirtschaft ermöglichen kann!

(Bravo!)

In Beachtung solcher Grundsätze werden wir auch das Erbe des verewigten Grafen Schwerin am besten bewahren, der als Führer der Landwirtschaft es niemals unterlassen hat, in der Vertretung ihrer Interessen auch die Interessen anderer Berufsstände und stets das Wohl des Vaterlandes zu berücksichtigen.

Meine Herren, wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort und kommen zunächst zu

Neuwahl von drei Mitgliedern zum Ständigen Ausschuß.

Ich gebe Herrn Freiherrn von Thüngen das Wort.

Berichterstatter Reichsrat Freiherr von Thüngen: Der Ständige Ausschuß hat gestern in seiner Sitzung an Stelle des Herrn von Groote Herrn **F r e i h e r r n v o n W a n g e n h e i m** gewählt. Die Plenarversammlung wird gebeten, diese Wahl zu bestätigen.

Präsident: Widerspruch erhebt sich nicht. Ich darf feststellen, daß die Plenarversammlung die Wahl des Freiherrn von Wangenheim bestätigt hat.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Ferner hat der Ständige Ausschuß gestern beschlossen, der Plenarversammlung vorzuschlagen, an Stelle des Barons von Lürdheim Herrn Dr **B r a n d e s**, Präsidenten der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, zu wählen.

Präsident: Die Wahl durch Ruf ist zulässig. Ich nehme an, da sich kein Widerspruch erhebt, daß die Plenarversammlung hiermit Herrn Dr **B r a n d e s** zum Mitgliede gewählt hat. Ich frage Herrn Dr Brandes, ob er die Wahl annimmt.

Rittergutsbesitzer Dr Brandes-Althof: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Ferner hat der Ständige Ausschuß beschlossen, der Plenarversammlung vorzuschlagen, die Neuwahl eines Mitgliedes an Stelle von Prinz zu Löwenstein zu vertagen, bis der neue Präsident der bairischen Landwirtschaftskammer gewählt ist.

Präsident: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so stelle ich fest, daß die Plenarversammlung damit einverstanden ist, die Neuwahl eines Mitgliedes anstelle von Prinz zu Löwenstein so lange zu vertagen, bis der neue Präsident der bairischen Landwirtschaftskammer gewählt ist.

Wir kämen nunmehr zu

Neuwahl von zwei außerordentlichen Mitgliedern.

Auch hierzu hat Herr Freiherr von Thüngen das Wort.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Ebenso schlägt der Ständige Ausschuß der Plenarversammlung vor, die Wahl eines außerordentlichen Mitgliedes an Stelle des verstorbenen Geheimrats Delbrück zu vertagen, bis sein Nachfolger ernannt ist.

Präsident: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, konstatiere ich die Zustimmung der Plenarversammlung.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Ferner schlägt der Ständige Ausschuß der Plenarversammlung vor, an Stelle des verstorbenen Geheimen Justizrats Schneider Herrn Justizrat Dr **Weidinger** zu wählen.

Präsident: Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß die Plenarversammlung mit Affirmationswahl einverstanden ist, und daß Herr Justizrat

Meidinger an Stelle des verstorbenen Geheimen Justizrats Schneider zum Mitgliede gewählt ist.

Wir kommen jetzt zu

Wahl von einem Mitglied und von zwei Stellvertretern zum Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft.

Herr Reichsrat Freiherr von Thüngen!

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Der Ständige Ausschuß hat an Stelle des verstorbenen Grafen Schwerin Herrn Dr. Brandes gewählt. Die Plenarversammlung wird gebeten, diese Wahl zu bestätigen.

Präsident: Hier handelt es sich um die Mitglieder und Stellvertreter für den Reichsausschuß. — Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle das Einverständnis der Plenarversammlung fest.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Ferner schlägt der Ständige Ausschuß der Plenarversammlung vor, an Stelle des bisherigen stellvertretenden Mitgliedes Dr. Brandes Herrn Grafen von der Schulenburg, Präsidenten der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, zu wählen.

Präsident: Widerspruch erhebt sich nicht. Ich darf feststellen, daß die Plenarversammlung per Akklamation Herrn Grafen von der Schulenburg an Stelle des bisherigen stellvertretenden Mitgliedes Dr. Brandes gewählt hat. Ich frage Herrn Grafen von der Schulenburg, ob er die Wahl annimmt.

Fideikommißbesitzer Graf von der Schulenburg-Grünthal: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Zu 3!

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Der Ständige Ausschuß schlägt der Plenarversammlung vor, an Stelle des bisherigen Stellvertreters Prinz zu Löwenstein Herrn Oekonomierat S ä n g e r zu wählen.

Präsident: Meine Herren, Sie haben diesen Vorschlag gehört. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich darf feststellen, daß Herr Oekonomierat S ä n g e r an Stelle des Prinzen zu Löwenstein durch Zuvor gewählt ist. Herr Oekonomierat S ä n g e r ist nicht hier anwesend; wir werden also schriftlich bei ihm anfragen, ob er die Wahl annimmt.

Wir kommen jetzt zu

Wahl eines Stellvertreters in das Kuratorium der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Hier handelt es sich um die Wahl von zwei Stellvertretern in das Kuratorium der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse. Der Ständige Ausschuß schlägt der Plenarversammlung vor, an Stelle des ausgeschiedenen Landrats von Trestow Herrn Grafen zu R a n z a u zu wählen.

Zweitens schlägt der Ständige Ausschuß der Plenarversammlung vor, an Stelle des ausgeschiedenen Prinzen zu Löwenstein Herrn Oekonomierat Dr. M ü l l e r, Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, zu wählen.

Präsident: Meine Herren, Sie haben beide Vorschläge gehört. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß die genannten Herren, Graf Ranzau und Herr Dr. Müller, durch Zuvor gewählt sind. Ich frage zunächst Herrn Grafen Ranzau, ob er die Wahl annimmt.

(Ist im Augenblick nicht anwesend.)

Ich frage Herrn Dr. Müller, ob er die Wahl annimmt. Oekonomierat Direktor Dr. Müller, Karlsruhe: Ich nehme die Wahl an.

Reichsrat Freiherr von Thüngen: Ich darf noch bemerken, daß die Plenar-

versammlung gebeten wird, zu beschließen, daß sämtliche Wahlen bis zur nächsten Plenarversammlung gelten sollen.

Präsident: Meine Herren, ich nehme an, daß Sie auch mit diesem Vorschlage einverstanden sind. Wir werden voraussichtlich in der Lage sein, im Frühjahr nächsten Jahres unsere nächste Plenarversammlung zu halten. Bis dahin müßten also die bisherigen Wahlen in Gültigkeit bleiben. Ich darf annehmen, daß dieser Vorschlag Ihre Zustimmung gefunden hat.

Wir kommen nunmehr zu

Rechnungslegung für 1918 und Etatsfestsetzung für 1919.

Dazu gebe ich Herrn Freiherrn von Feilisch das Wort.

Kammerherr Freiherr von Feilisch: Herr Direktor Ehermann und ich hatten die Aufgabe, die Rechnung für 1918 zu prüfen. Wir haben uns dieser Aufgabe unterzogen, und ich beehre mich, das Resultat dieser Prüfung bekanntzugeben.

Es haben zur Revision uns vorgelegen ein Kassabuch, 2 Portobücher, Jahresrechnung für 1918, Abrechnungen der Kur- und Neumärktischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse, sämtliche Einnahme- und Ausgabebelege für 1918, Verzeichnis über die Effekten des Deutschen Landwirtschaftsrats. Die Einnahmen betrugen 102 196,37 M, die Ausgaben betrugen 95 866,20 M, so daß ein Kassenbestand von 6330,17 M am 31. Dezember 1918 vorhanden war. Der Vergleich der Belege mit dem Kassabuch und mit den Bankauszügen, sowie mit der Jahresrechnung ergab die Übereinstimmung derselben. Wir haben sie in bester Ordnung gefunden, und wir beantragen, dem Geschäftsführer Entlastung zu erteilen.

Jahresrechnung 1918.

Gegenstand der Einnahme und Ausgabe		Soll		Haben	
		ℳ	h	ℳ	h
Einnahme.					
Bestand aus dem Jahre 1917		8 433	57	8 433	57
Zit. I. Zinsen		500	—	781	90
" II. Jahresbeiträge		87 800	—	87 900	—
" III. Sonstige Einnahmen		10 000	—	5 130	90
Summa		106 233	57	102 196	37
Ausgabe.					
Zit. I. Befoldungen und Unterhaltung des Büros		31 000	—	30 118	44
" II. Besondere Bürobedürfnisse		3 000	—	8 297	—
" III. Druckkosten		14 000	—	12 538	40
" IV. Kosten bei den Versammlungen		500	—	405	—
" V. Reise- und Tagegelder		3 000	—	3 574	45
" VI. Honorar für literarische Arbeiten		1 000	—	605	—
" VII. Bibliothek und Zeitschriften		800	—	676	91
" VIII. Insgesamt		4 000	—	2 656	—
" IX. Ansammlung eines Pensionsfonds		2 000	—	2 000	—
" X. Zum Ausgleich		6 983	57	—	—
" XI. Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft		40 000	—	40 000	—
Kassenbestand 31. Dezember 1918		—	—	6 330	17
Summa		106 233	57	102 196	37

Etatvoranschlag für 1919.

Gegenstand der Einnahme und Ausgabe		Soll		Haben	
		ℳ	h	ℳ	h
Einnahme.					
Übertrag vom Jahre 1918				6 330	17
Zit. I. Zinsen				500	—
" II. Jahresbeiträge				75 600	—*)
" III. Sonstige Einnahmen				2 500	—
Summa				84 930	17
Ausgabe.					
Zit. I. Befoldungen und Unterhaltung des Büros				31 000	—
" II. Besondere Bürobedürfnisse				3 500	—
" III. Druckkosten				15 000	—
" IV. Kosten bei den Versammlungen				500	—
" V. Reise- und Tagegelder				3 000	—
" VI. Honorar für literarische Arbeiten				1 000	—
" VII. Bibliothek und Zeitschriften				800	—
" VIII. Insgesamt				2 500	—
" IX. Ansammlung eines Pensionsfonds				2 000	—
" X. Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft				40 000	—
" XI. Zum Ausgleich				—	—
Summa				99 800	—
Einnahme				84 930	17
Defizitbetrag:				14 869	88

*) Für 128 Einheiten zu je 600 ℳ = 76 800 ℳ; davon sind in Abrechnung zu bringen 1200 ℳ für 2 Einheiten, welche bereits im Jahre 1918 von der Landwirtschaftskammer Dessau für das Jahr 1919 eingekauft worden sind.

Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.**Jahresrechnung für 1. April 1917/18.****A. Einnahmen.**

	A
Bestand am 1. April 1917	16 514,13
Preussische Landwirtschaftskammern	15 000,—
Übrige dem D. L. R. angeschlossene Körperschaften	7 087,—
Bund der Landwirte	1 000,—
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft	2 000,—
Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften	1 000,—
Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland	1 000,—
Vereinigung der deutschen Bauernvereine	700,—
Berein der Spiritusfabrikanten und der Stärkeinteressenten in Deutschland	300,—
Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei	300,—
Sonstige Einnahmen	25 415,45
	70 816,58

B. Ausgaben.

Tit.		A
I.	Gehälter	25 459,20
II.	Nachrichtendienst	3 533,95
III.	Druckkosten und Papier	23 212,37
IV.	Porto	2 589,40
V.	Miete	2 850,—
VI.	Reisegelder und Diäten	1 095,10
VII.	Bibliothek und Zeitschriften	3 004,—
VIII.	Sonstige Ausgaben	739,25
IX.	Betriebsfonds	—
X.	Dispositionsfonds	11 017,17
		70 316,58

Jahresrechnung für 1. April 1918/19.**A. Einnahmen.**

	A
Bestand am 1. April 1918	11 017,17
Preussische Landwirtschaftskammern	15 000,—
Übrige dem D. L. R. angeschlossene Körperschaften	7 149,—
Bund der Landwirte	1 000,—
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft	2 000,—
Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften	1 000,—
Wirtschaftsverband der Raiffeisenischen Warenanstalten	1 000,—
Vereinigung der deutschen Bauernvereine	700,—
Berein der Spiritusfabrikanten und der Stärkeinteressenten in Deutschland	300,—
Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei	300,—
Sonstige Einnahmen	34 940,28
	74 406,45

B. Ausgaben.

Tit.		A
I.	Gehälter	25 654,48
II.	Nachrichtendienst	3 295,90
III.	Druckkosten und Papier	31 208,39
IV.	Porto	2 447,18
V.	Miete	2 500,—
VI.	Reisegelder und Diäten	1 012,20
VII.	Bibliothek und Zeitschriften	458,94
VIII.	Sonstige Ausgaben	1 278,02
IX.	Betriebsfonds	6 551,34
		74 406,45

Präsident: Wird zu dem Bericht des Herrn Freiherrn von Feilich das Wort verlangt? — Das geschieht nicht. Dann frage ich die Plenarversammlung, ob sie bereit ist, dem Geschäftsführer Entlastung zu erteilen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle also fest, daß die nachgesuchte Entlastung erteilt ist.

Wir kommen dann zum Etatvoranschlag für 1919. Ich gebe Herrn Professor Dr. Dade das Wort.

Hauptgeschäftsführer Professor Dr. Dade (Berlin): Meine Herren, der Hauptvoranschlag befindet sich in Ihren Händen. Darf ich bitten, die Vorlage zur Hand zu nehmen. Der Etatsvoranschlag ist vom Ständigen Ausschuß bereits im Februar dieses Jahres festgestellt worden, und es ist wohl das erste Mal seit dem Bestehen des Deutschen Landwirtschaftsrats, daß der Etatvoranschlag, der der Plenarversammlung vorgelegt wird, mit einem Fehlbetrag abschließt. Wie die Herren aus der Vorlage ersehen, beträgt dieser Fehlbetrag 14 369,83 *M.* Meine Herren, dieser Fehlbetrag ist bereits im Februar dieses Jahres geschätzt und veranschlagt worden. Inzwischen haben sich aber die Finanzen des Landwirtschaftsrats leider noch weiter verschlimmert, und nach dem heutigen Stande der Bilanz müssen wir damit rechnen, daß dieser Jahresetat für 1919 wahrscheinlich nicht nur einen Fehlbetrag von 14 369 *M.*, sondern voraussichtlich von mindestens etwa 40 000 *M.* haben wird. Meine Herren, wollen Sie nicht überrascht sein! Sie alle wissen von Ihren eigenen Körperchaften, daß die Verhältnisse sich leider so verschlimmert haben, daß jeder Voranschlag eben nicht mehr stimmt, wenn einige Monate ins Land gegangen sind. Nicht nur die Druckkosten haben sich in einer nie dagewesenen Weise vermehrt. Die Lage ist, was die Drucksachen anbetrifft, so ungünstig gewesen, daß der Ständige Ausschuß bereits in seiner Februaritzung dieses Jahres den Beschluß hat fassen müssen, mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage unserer Körperchaft selbst die Drucklegung unseres Archivs nicht gestatten zu können. Meine Herren, wenn die Drucklegung von dieser Tagung, was doch jedenfalls notwendig ist, durchgeführt werden soll, so wird allein das Archiv voraussichtlich etwa 15—20 000 *M.* beanspruchen.

Dazu kommt weiter, meine Herren, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat für den Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft jährlich einen Beitrag von 40 000 *M.* leisten muß und sich dazu verpflichtet hat. Sie wissen alle, welche hohe Bedeutung der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat, und um diesen Beitrag auch in Zukunft und selbst für das laufende Jahr leisten zu können, wird es notwendig sein, Mittel und Wege zu finden, um den Fehlbetrag für dieses Jahr decken zu können.

Bei den Einnahmen in der vorliegenden Vorlage habe ich noch zu bemerken, daß bei den Jahresbeiträgen der landwirtschaftlichen Körperchaften bereits in dieser Vorlage angenommen ist, daß für Sachsen-Altenburg die bisherige Beitragseinheit von 2 auf 1 herabgesetzt wird. Der Ständige Ausschuß schlägt der Plenarversammlung vor, diesen Antrag der Landwirtschaftskammer für Sachsen-Altenburg zu genehmigen. Der Ständige Ausschuß hat den Antrag geprüft und mußte feststellen, daß er tatsächlich berechtigt ist und daß es Sachsen-Altenburg zugebilligt werden muß, daß es nur eine Beitragseinheit in Zukunft zu zahlen hat.

Dann schlägt der Ständige Ausschuß Ihnen vor, die Beitragseinheit, die bisher 600 *M.* betragen hat, auf 1000 *M.*, also um 400 *M.*, zu erhöhen. Dadurch würde für den Landwirtschaftsrat für das laufende Jahr eine Mehreinnahme erzielt werden von 128 Beitragseinheiten mal 400 gleich 51 200 *M.* Wenn die Plenarversammlung diesen Antrag genehmigen würde, würden wir aus der Notlage herauskommen und voraussichtlich in diesem Jahre glatt abschneiden können.

Dann schließlich schlägt der Ständige Ausschuß Ihnen noch vor, daß diese Erhöhung um 400 *M* allen Körperschaften auf ihren Beitrag zur einmaligen Spende angerechnet werden möge. Die Anrechnung der Erhöhung des Beitrags um 400 *M* auf diese Spende, die die landwirtschaftlichen Körperschaften zusammengebracht haben, würde für diejenigen Körperschaften, die diese Spende geleistet haben — und es sind ja dankenswerterweise fast alle landwirtschaftlichen Körperschaften in Deutschland gewesen, welche dem Notruf des Deutschen Landwirtschaftsrats im vorigen Herbst gefolgt sind und durch eine einmalige Spende die Summe von etwa 160 000 *M* zusammengebracht haben — zur Folge haben, daß sie auf Jahre hinaus von dieser Erhöhung des Beitrags keine Belastung empfinden würden.

Präsident: Meine Herren, ich stelle die Ausführungen des Herrn Professor Dr Dade zur Diskussion. Wird zu dem Etatvoranschlag das Wort verlangt? — Das Wort wird nicht verlangt. Ich bringe den Etatvoranschlag nunmehr zur Abstimmung und darf wohl, wenn sich kein Widerspruch erhebt, feststellen, daß der Etatvoranschlag und die mit demselben verbundenen Vorschläge des Ständigen Ausschusses die Genehmigung der Plenarversammlung gefunden haben.

Dann können wir übergehen zu

Geschäftliche Mitteilungen.

Ich gebe auch hierzu Herrn Professor Dr Dade das Wort.

Hauptgeschäftsführer Professor Dr Dade (Berlin): Meine Herren, der Ständige Ausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Plenarversammlung den Vorschlag zu machen, heute, am ersten Tage, durchzuberaten und keine Frühstückspause eintreten zu lassen, und es ist deshalb in Aussicht genommen, ein gemeinschaftliches Mittagessen um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr im Rheingold abzuhalten. Die Herren werden gebeten, sich in die Listen einzutragen, die bereits im Vorraum ausgelegt haben und auch hier im Saale herumgehen.

Dann, meine Herren, hat der Herr Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Seine Erzellenz Herr Staatsminister Dr Freiherr von Schorlemer alle Herren Teilnehmer an der diesjährigen Tagung des Landwirtschaftsrats zu einem Empfang heute Abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr zum Glase Wein und Bier in den Räumen des Klubs der Landwirte, Dessauer Straße 14, eingeladen. Die Herren, die teilnehmen, werden gebeten, sich in die Liste einzutragen, die gleichfalls herumgehen wird oder schon herumgegangen ist.

Ich habe dann noch kurz mitzuteilen, daß das Büro der Plenarversammlung sich draußen im Pressezimmer befindet. Die Herren also, die irgend ein Anliegen haben, die vielleicht Briefpapier oder sonstige Wünsche haben, werden gebeten, sich dort zu melden.

Präsident: Wenn zu den geschäftlichen Mitteilungen nichts mehr zu bemerken ist, — ich konstatiere, daß das Wort nicht verlangt wird —, dann können wir übergehen zum letzten Punkt des geschäftlichen Teils unserer Tagesordnung: **Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Landwirtschaftsrats seit der letzten Plenarversammlung.**

Das Wort hat Herr Professor Dr Dade.

Hauptgeschäftsführer Professor Dr Dade (Berlin): Meine Herren, auch hier habe ich mitzuteilen, daß der Ständige Ausschuß Ihnen vorschlägt, einen mündlichen Bericht über die Geschäftsführung nicht anzuhören, sondern vielmehr den Vorschlag macht, daß die Plenarversammlung damit einverstanden sein möchte, daß Ihnen der Bericht später schriftlich übermittelt wird. Das wäre schon geschehen, meine Herren, aber wie ich Ihnen schon vorhin mitgeteilt habe, reichten die Mittel

nicht aus, um solche Druckkosten zu bewältigen. Nachdem Sie indes jetzt liebenswürdigerweise die Erhöhung des Beitrags beschlossen haben, wird der Bericht im Archiv abgedruckt werden (Seite 36).

Präsident: Meine Herren, wird zu dem Geschäftsbericht das Wort verlangt? — Das geschieht nicht.

Dann gehen wir über zum zweiten Teil unserer Tagesordnung:

II. Materieller Teil.

Und zwar zunächst:

- A. **Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.** Referent: Wirtl. Geh. Rat E d l e r v o n B r a u n, Berlin.
- B. **Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes.** Referent: Dr. A s m i s - K i e l, Direktor der Landwirtschaftskammer.
- F. **Steuergesetzgebung und die Landwirtschaft.** Referent: Dr. O b e r - s o h r e n - K i e l, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.
- C. **Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch die Einführung von Betriebsräten.** Referent: Hofbesitzer D u s c h e - H e r n h a g e n, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Zweiter Sitzungstag.

S o n n a b e n d, d e n 29. N o v e m b e r 1919.

- G. **Der Siedlungsplan der Reichsregierung.** Referent: Landrat R o t - b e r g - F a l l i n g b o s t e l.
- E. **Stellungnahme gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft.** Referenten: Geh. Reg.-Rat. Prof. Dr. S e m m l e r - B r e s l a u, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung; Domänenrat B r ö d e r m a n n - K n e g e n d o r f.
- D. **Landarbeitsordnung und Tarifvertrag für Forstarbeiter.** Referent: Rittergutsbesitzer Freiherr v o n W a n g e n h e i m - K l e i n - S p i e g e l, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für Pommern.

Reichsrat Freiherr von Thüngen-Thüngen: Meine Herren, wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen, und ich glaube, wir dürfen nicht auseinandergehen, ohne unserem verehrten Herrn Vorsitzenden den wärmsten Dank auszusprechen (bravo!)

nicht nur für die vornehme und sachliche Weise, wie er unsere Verhandlungen geleitet hat, sondern auch noch einmal den Dank dafür, daß er die Güte hatte, das Präsidium zu übernehmen. Wir sehen darin wohl eine Garantie dafür, daß der Landwirtschaftsrat im selben Geiste weiter geleitet werden wird wie bisher, und wir dürfen dadurch hoffen, daß er auch in dieser schwersten Zeit, die die Landwirtschaft je erlebt hat, zum Heile der deutschen Landwirtschaft weiter wirken wird. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Herren, ich danke dem Freiherrn von Thüngen für seine mit Ihrer Zustimmung ausgesprochenen so freundlichen Worte. Die schwere Arbeit wird mir auch in Zukunft leicht bleiben, wenn ich Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung behalte. Um diese bitte ich auch am Schlusse dieser unserer Tagung; und vor allen Dingen bitte ich auch darum, daß der verehrte hier anwesende Stellvertretende Vorsitzende Eggelsen Mehnert mir auch fernerhin mit Rat und Tat zur Seite stehen wird.

Meine Herren, wir sind am Schlusse einer wichtigen Tagung. Wir haben in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Reihe von Fragen in den Kreis unserer Erörterung gezogen, deren Entscheidung von größter Wichtigkeit nicht allein für die

Landwirtschaft, sondern auch für das ganze Vaterland sein wird. Die von uns gebilligten Leitsätze zeigen einen gangbaren Weg, aber nur für eine Regierung, die sich auf wirtschaftlichem Gebiete nicht durch den Druck der Volksmassen, sondern durch die als richtig erkannten wirtschaftlichen Grundsätze und in erster Linie durch die Sorge um das Wohl des Vaterlandes und nicht die Sorge um die Zukunft der Partei in ihren Entschlüssen leiten läßt. Das Vertrauen zur gegnerartigen Regierung, ist zweifellos kein sehr großes. Aber, meine Herren, für uns, für die Landwirte und für das ganze Vaterland handelt es sich um das Ganze. Es handelt sich nicht darum, daß wir dieser Regierung das Vertrauen stärken, sondern darum, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken suchen, daß Pläne und Gesetzentwürfe nicht zu stande kommen, welche zweifellos auch das letzte Fundament, das dem zerrütteten deutschen Vaterlande geblieben ist, die Landwirtschaft, zugrunde richten müßten. Wenn wir am Beginn unserer Tagung und ebenso auch jetzt gewiß die Versicherung nochmals bekräftigen wollen, daß wir bereit sind, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, daß wir vor allem auch bereit sind, die Volksernährung, soweit wie es in unsere Hand gegeben ist, nach Möglichkeit zu sichern, so müssen wir doch auf der anderen Seite mit vollem Nachdruck und mit vollem Ernst betonen und dem Volke sowohl wie der Regierung gegenüber hervorheben, daß wir, wie Herr von Oldenburg richtig sagte, vor dem Ende stehen, daß wir die Verantwortung für die Zukunft nur dann übernehmen können, wenn noch in letzter Stunde unseren Warnungen und unseren Ratsschlüssen Folge gegeben wird. Geschieht das nicht, dann müssen wir jede Verantwortung ablehnen, und wir werden mit Bedauern dann das Endergebnis erleben, daß unser teures Vaterland endgültig zugrunde gerichtet wird, daß es nicht mehr möglich sein wird, wenn Elend und Hunger die Massen peitschen, diese vor dem Äußersten zurückzuhalten.

Meine Herren, was uns in dieser schweren Stunde noch halten kann, das hat Erzellenz Mehnert richtig hervorgehoben, das ist das Vertrauen zum Allhöchsten, das Vertrauen zu Gott, mit dem wir von dieser Stätte aus in die Heimat zurückkehren wollen.

Nun, meine Herren, schließe ich die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, aber nicht ohne Ihnen allen für die rege Teilnahme an unserer Sitzung den herzlichsten Dank auszusprechen, den ich aber ganz besonders nochmals den Herren Berichterstattern und Mitberichterstattern wiederholen möchte.

Meine Herren, wann wir uns wiedersehen werden, ist noch ungewiß. Es hatte die Absicht bestanden, wie in früheren Jahren, so auch im nächsten die große landwirtschaftliche Februar-Woche mit der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats beginnen zu lassen. Aber ich glaube, der Zwischenraum zwischen dieser Plenarversammlung und der nächsten würde etwas kurz sein, und die schwierigen Verkehrsverhältnisse und der Umstand, daß die landwirtschaftliche Woche schon eine ganze Reihe von Besuchern nach Berlin führt, sprechen eigentlich dafür, daß wir unsere Tagung noch etwas weiter hinausschieben, jedenfalls so weit, wie es die Beschlußfassung und die Vorlage des Etats ermöglicht. Ich darf um die Ermächtigung bitten, daß der Ständige Ausschuß Ihnen in dieser Beziehung demnächst seine Vorschläge unterbreitet, und hoffe, daß Sie sich mit diesen einverstanden erklären.

Nun schließe ich die Sitzung.

(Schluß 2 Uhr 10 Minuten.)

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1919.

Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.

Antrag des Referenten: Wirklicher Geheimer Rat **Ebler von Braun.**

1. Die Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands die erste und wichtigste Aufgabe des Staates, da von ihr das Leben des Volkes und die Möglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufstieges abhängt. Dieser Aufgabe müssen alle anderen politischen und wirtschaftlichen Rücksichten nachgeordnet werden.
2. Wir fordern deshalb von der Regierung, daß sie die materiellen und ideellen Voraussetzungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sofort wieder herstellt und zwar vor allem dadurch, daß sie
 - a) alle Hindernisse beseitigt, die der Gewinnung von ausreichenden Arbeitskräften für die Landwirtschaft entgegenstehen und jede Störung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermeidet,
 - b) durch ausreichende Belieferung der Düngemittelindustrie mit Kohlen, und durch die Förderung der Einfuhr von Phosphaten eine reichliche Beschaffung von künstlichem Dünger ermöglicht,
 - c) der Landwirtschaft die freie Verfügung über die im Inland erzeugten Futtermittel gibt und durch Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland den Wiederaufbau des Viehstandes und die Wiederaufnahme der Mast ermöglicht,
 - d) alle den landwirtschaftlichen Betrieb einengenden Vorschriften der Zwangswirtschaft einschließlich der Höchstpreise so rasch als möglich beseitigt,

- e) die volle Sicherheit des Besizes, des Eigentums und der Vererbung von landwirtschaftlichem Grundeigentum und Betriebsmitteln garantiert,
 - f) dem landwirtschaftlichen Berufsstand die volle Freiheit der Selbstverwaltung und den gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung gewährleistet.
3. Alle landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungskörper einschließlich der Arbeitnehmerverbände sollen sich zur machtvollen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zusammenschließen.
 4. Die Vereinigung aller Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften zu einem Nationalverband ist anzustreben.

Berichterstatter Wirtl. Geheimer Rat **Edler von Braun-Berlin**:

Meine verehrten Herren! Der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats hat mich gebeten, über das Thema zu sprechen, das Sie auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung finden. Ich bin ja der Mehrzahl der Herren nicht fremd, da ich schon seit langen Jahren mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat in Beziehungen stand, zuerst als Vertreter der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung und dann seit 3 1/2 Jahren als Vertreter des Reichsernährungsamts. Aber heute weile ich zum ersten Male nicht als amtlicher Vertreter in Ihrer Mitte, und ich freue mich dessen, denn ich bin dadurch in der wahrhaft beglückenden Lage, nun ohne dienstliche und politische Rücksichten das zu vertreten, was mir für das Wohl der Landwirtschaft und für das Wohl des Vaterlandes notwendig erscheint. Ich bin mir allerdings bewußt, daß ich die Interessen der Landwirtschaft auch in meiner Stellung als Unterstaatssekretär des Reichsernährungsamts nach Möglichkeit vertreten habe. Nicht um einem einzelnen Berufsstand zu dienen, sondern im Interesse unserer Volksernährung, die ohne Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft aufs schwerste geschädigt werden mußte. Ich weiß, daß es mir in diesem Bestreben nicht gelungen ist, positiv zur Förderung der Landwirtschaft beizutragen; aber ich habe vielleicht doch, ohne daß es in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, manche Schädigungen und manche Mißgriffe verhindert, die ohne mein Dazwischentreten für die Landwirtschaft noch verhängnisvoller geworden wären, als die Flut von Verordnungen, die sie im übrigen über sich hat ergehen lassen müssen.

Aber, m. H., diese energische Vertretung der Landwirtschaft ist mir nicht gut bekommen, obwohl sie in völlig loyaler und objektiver Weise erfolgt ist. Wie ich Herrn von Batocki schon im Mai 1916 gesagt habe, als wir unseren Laden in der Mohrenstraße aufmachten: „man wird uns eines schönen Tages sagen, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“, so ist es mir ebenso wie auch ihm passiert; bei mir hat es allerdings zwei Jahre länger gedauert, bis mich das Schicksal erreicht hat. Ich bin niemandem gram darüber, weil ich das innere Bewußtsein habe, meine Schuldigkeit nach bestem Wissen und Können getan zu haben, und weil ich auf Dank für diese Tätigkeit nie gerechnet habe.

Aber, m. H., in den Winkel stellen lasse ich mich nicht. Wenn ich auch amtlich ausgeschaltet bin und nichts mehr dabei tun kann, so will ich doch das, was mir an Kraft und Arbeitsfähigkeit nach diesen 5 schweren, die menschliche Leistungsfähigkeit fast übersteigenden Jahren noch geblieben ist, nun ganz in den Dienst der Landwirtschaft stellen. (Bravo!)

Nicht weil ich einseitig einem Berufsstand nützen will, sondern weil von der Förderung der Landwirtschaft die ganze Zukunft unseres Vaterlandes abhängt,

und ich will Ihnen das Versprechen geben, daß ich stets ein unerschrockener und mutiger Streiter für die Landwirtschaft sein will. (Bravo!)

Meine verehrten Herren! verzeihen Sie diese lange persönliche Einleitung und legen Sie sie mir nicht als Eitelkeit aus, denn sie gehört zum Thema oder führt wenigstens unmittelbar darauf hin.

Ich soll über die Lage und über die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft sprechen. Was ich Ihnen hier vortragen will, soll aber kein nüchternes Referat sein, wie Sie es nach der Tagesordnung vielleicht erwarten, sondern entsprechend dem, was der Herr Präsident vorhin auch zum Ausdruck gebracht hat, soll es ein lauter Bedruf sein für alle, denen das Wohl unserer Landwirtschaft am Herzen liegt, das die Voraussetzung für die Rettung unseres Vaterlandes ist. Es soll ein Notschrei sein in der Stunde der höchsten Gefahr, ein flammender Ausruf zur Sammlung und Einigung, zum geschlossenen und entschlossenen Widerstand der gesamten deutschen Landwirtschaft gegen schädliche Einwirkungen, mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen. Es soll ein Mahnruf sein, der mir aus tiefstem Herzen kommt und weit über die Wände dieses Saales hinausdringen möchte bis ins fernste Dorf, bis in das kleinste Bauernhaus, um die Gewissen wachzurütteln und die Säumigen und Lauen herauszureißen aus der Lethargie, mit der sie die furchtbaren Ereignisse des letzten Jahres über sich haben ergehen lassen.

Wie ist die Lage der Landwirtschaft? Es bringt keinen Nutzen, sie lediglich als trostlos oder unbefriedigend zu bezeichnen und die Hände resigniert in den Schoß zu legen, sondern man muß versuchen, im einzelnen die Schäden klarzulegen, die wir bei dem Zusammenbruch infolge der Revolution und der Friedensbedingungen erlitten haben, um die Bausteine wieder frei zu machen und aus den Trümmern das zum Wiederaufbau Taugliche herauszusuchen.

Erzellenz Mehnert hat schon darauf hingewiesen, daß die Anforderungen, die während des Krieges an die Landwirtschaft gestellt werden mußten, weit über das hinausgingen, was im Beharrungszustand geleistet werden kann, und es blieb nichts übrig, als vom Kapital selbst zu zehren, da wir in dem Verzweiflungskampf gegen die ganze Welt auch die letzten Reserven einsetzen mußten.

Hätten wir jetzt geordnete Verhältnisse, so würde der Wiederausgleich dieser Schäden nicht allzu schwer fallen. Denn alles, was durch Vernachlässigung der Gebäude und des toten Inventars, durch ungenügende Düngung und mangelhafte Bodenpflege während des Krieges gesündigt werden mußte, läßt sich bei angestrengter Arbeit und bei allerdings gegenwärtig hohem Kostenaufwand in wenigen Jahren wieder nachholen. Und auch die schweren Wunden, die wir unserer Viehhaltung im Kriege schlagen mußten, können durch schonende und sparsame Verwendung des Viehfutters und durch Steigerung der züchterischen Tätigkeit in absehbarer Zeit wieder geheilt werden.

Aber die Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeitsbedingungen der Landwirtschaft nicht durch Fehler der übrigen Volkswirtschaft oder durch staatliche Eingriffe gestört werden und daß der Landwirt Herr in seinem Betriebe bleibt.

Diese Voraussetzungen liegen zurzeit leider nicht vor.

Wodurch wird der landwirtschaftliche Betrieb und die landwirtschaftliche Erzeugung am meisten gestört? Durch den Mangel an Arbeitskräften, an Düngemitteln, an Futtermitteln und durch den Mangel an Bewegungsfreiheit infolge der staatlichen Zwangsvorschriften.

Der Mangel an Arbeitskräften bezieht sich sowohl auf menschliche als tierische und maschinelle Kräfte. Daß Mangel an menschlichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft besteht, wäre in den gegenwärtigen Verhältnissen an sich nicht begründet. Wenn auch viele Hunderttausende unserer besten Kräfte aus der Landwirtschaft, von Betriebsleitern und landwirtschaftlichen Arbeitern aus dem Krieg nicht mehr heimgekehrt sind, weil sie der grüne Rasen in Feindesland deckt, und wenn auch in vielen Betrieben die ausländischen Wanderarbeiter fehlen, die früher vor allem aus dem Osten regelmäßig zu uns kamen und deren Zahl gleichfalls 400 000—700 000 Seelen betrug, so würden doch Arbeitskräfte in Deutschland gegenwärtig genügend vorhanden sein, um den Bedürfnissen der Landwirtschaft voll zu genügen. Aber statt daß die Regierung Maßregeln ergreift, um das zu erreichen, geschieht leider alles, um die Möglichkeit der Deckung des Bedarfs zu erschweren. Denn mit der Schaffung von Arbeitsnachweifen allein ist dem Übel nicht abgeholfen. In den Städten und in den Industriegegenden liegen Hunderttausende von Arbeitskräften brach, weil es dort an Arbeitsgelegenheit fehlt und auf Jahre hinaus fehlen wird. Statt Maßregeln zu ergreifen, um diese, soweit sie dazu tauglich sind, für die Landwirtschaft nutzbar zu machen, werden sie durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung und durch die Verkürzung der Arbeitszeit künstlich in den Städten zurückgehalten, und selbst die Arbeitskräfte, die auf dem Lande sind, werden durch staatliche Vorschriften an der vollen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft gehindert. Auch hier hat man durch eine schematische Übertragung der Vorschriften, die höchstens für die industrielle Bevölkerung einen Sinn haben können, es erreicht, daß mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften entfernt nicht mehr der Arbeitserfolg erzielt werden kann wie vor der Revolution. Denn die Einführung einer gesetzlich festgesetzten Arbeitszeit in der Landwirtschaft widerspricht so den natürlichen Bedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebes (sehr richtig!), daß sie nur zu einer Schädigung des Arbeitserfolges oder zu einer enormen Verteuerung führen kann. Zu alledem kommt die verbrecherische Agitation, die unter den landwirtschaftlichen Arbeitern mit dem Ziel getrieben worden ist, auch hier den Streik einzuführen. Den gewissenlosen Hebern ist es dabei völlig gleichgültig, ob durch diese Machinationen unsere Nahrungsmittelversorgung aufs schwerste geschädigt wird, wenn sie nur den Erfolg damit erzielen, auch die Landarbeiter zur Sozialdemokratie hinüberzuziehen. Auch gegen diese Treibereien sind seitens der Regierung wirksame Maßregeln nicht ergriffen worden. Ja man hat eher den Eindruck gewinnen können, als ob sie ihre stille Unterstützung finden, denn die vom preussischen Landwirtschaftsminister erlassenen Verordnungen waren alles andere als geeignet, die Landarbeiter vom Streiken abzuhalten. (Sehr richtig!)

Eine der schwersten Schädigungen unserer Volkswirtschaft liegt in der behördlichen Festsetzung von Lohnstarifen für die Walbarbeiter. Nach dem, was darüber bekannt geworden ist, sollen sie für größere Gebiete und mit der Tendenz festgesetzt werden, daß die Löhne des Walbarbeiters *s t e t s h ö h e r* sein sollen als die der landwirtschaftlichen Arbeiter. Da eine strenge Grenzlinie zwischen Walbarbeiter und landwirtschaftlichem Arbeiter in den meisten Gegenden überhaupt nicht zu ziehen ist, vielmehr die gleichen Personen, die im Winter Walbarbeiten verrichten, während des übrigen Teils des Jahres landwirtschaftliche Arbeiter sind, ist ohne weiteres klar, daß damit eine Schraube ohne Ende geschaffen ist, die zu einer fortgesetzten Steigerung der Löhne in der Landwirtschaft führen muß. Schon nach den jetzigen Festsetzungen ist es so, daß ein Walbarbeiter bei Akkordarbeit es auf einen Tageslohn von 30 Mark bringen kann; das ist mir von verschiedenen zuverlässigen Seiten bestätigt worden. Nun wird gewiß kein Betriebsleiter und

kein Arbeitgeber seinen Arbeitern eine gute Entlöhnung mißgönnen, wenn die Betriebsergebnisse diese Lohnhöhe gestatten; denn jeder Betriebsleiter beschäftigt lieber zufriedene Arbeitskräfte als Leute, die durch Entbehrungen und häusliche Sorgen geschwächt und arbeitsunwillig gemacht sind. Aber daß bei einer solchen Lohnhöhe, wie sie sich aus diesen neuen Festsetzungen ergibt, unsere ganze Volkswirtschaft über den Haufen geworfen wird, müßte eigentlich jedermann einsehen, da das naturgemäß zu einer stets fortschreitenden Entwertung unserer Währung und zur Steigerung aller Preise führen muß, während die Regierung doch selbst vorgibt, einen Abbau der Preise anzustreben. Man kann sich bei solchen Maßregeln wirklich des Eindrucks nicht erwehren, als ob Kinder das Portemonnaie in die Hand bekommen hätten, die noch nicht mit Geld umzugehen verstehen. (Heiterkeit.)

Aber abgesehen von diesen volkswirtschaftlichen Erwägungen führt eine solche Lohnhöhe zwangsläufig auch zu einer Verringerung der Arbeitsleistung; denn es liegt einmal in der menschlichen Natur, daß dauernd nicht mehr geleistet wird, als zur Deckung der Lebensbedürfnisse notwendig ist. Wer schon bei fünfstündiger Arbeitszeit so viel verdient, wie er zum Lebensunterhalt braucht, wird der Regel nach keine zehn Stunden arbeiten.

Aus den bisherigen Maßnahmen der Regierung ist also eine Abhilfe des jetzigen Mangels an Arbeitskräften und des Rückganges der Arbeitsleistung nicht zu erhoffen.

Der Mangel an tierischen Arbeitskräften ist eine Folge des Krieges, die erst in einer Reihe von Jahren ausgeglichen werden kann. Durch die Rückgabe der Heerespferde ist zwar dem schwersten Notstand abgeholfen; aber noch fehlen Hunderttausende von Pferden und vor allem von Ochsen, um den Betrieb der Landwirtschaft wieder so intensiv zu gestalten wie vor dem Kriege.

Besonders störend wirkt der Mangel an maschinellen Kräften. Hier ist es weniger der Mangel an Maschinen selbst, der sich fühlbar macht, als das Fehlen der Betriebsstoffe, wie Kohlen, Benzin und Elektrizität, das zu einem großen Teil durch die allgemeine Arbeitsunlust und durch die Streiks hervorgerufen ist.

Der Mangel an Düngemitteln hat verschiedene Ursachen. Die eine ist gleichfalls der Rückgang der Leistungen in der industriellen Erzeugung, vor allem im Kohlenbergbau, der die Stickstoffindustrie und die Kaliindustrie aufs schwerste schädigt. Es liegt mir ein Bericht des Kalisyndikats vor, wonach zurzeit 125 Kaliwerke still liegen wegen Mangels an Kohle. Was das für die landwirtschaftliche Erzeugung bedeutet, das brauche ich Ihnen, m. H., nicht zu sagen. Ganz ähnlich liegt es bezüglich der Stickstoffindustrie. Nach den Verhandlungen, die in den letzten Tagen im Reichswirtschaftsamt gepflogen worden sind, ist auch hier ein enormer Rückgang der Erzeugung von Stickstoff wegen Mangels an Kohle festzustellen. Wenn hier nicht wirksame Maßregeln getroffen werden, so ist nicht entfernt daran zu denken, daß für das nächste Erntejahr der Bedarf an künstlichem Dünger auch nur einigermaßen gedeckt wird. Das ist um so bedauerlicher, als es uns bei normaler Arbeitsleistung weder an Stickstoff noch an Kali fehlen könnte, da die Stickstofffabriken während des Krieges so ausgebaut worden sind, daß sie bei Vollbetrieb das Zweieinhalbfache dessen an Stickstoff produzieren können, was die Landwirtschaft vor dem Kriege verbraucht hat; und mit Kali hat Deutschland früher nicht nur die eigene Landwirtschaft, sondern die ganze Welt versorgt, und es würde trotz des Verlustes der elsfassischen Gruben auch jetzt noch weit über den eigenen Bedarf produzieren können. Anders liegen die Verhältnisse bei den phosphorhaltigen Düngemitteln. Hier sind uns durch die Friedensbedingungen die Quellen der Erzeugung zu einem großen Teil abgeschnitten, und es muß alles versucht werden, durch Einfuhr von Knochenschädeln dem unsere Landwirtschaft

aufs schwerste bedrohenden Mangel abzuhelpen. Wenn es uns nicht gelingt, den Bedarf an künstlichen Düngemitteln zu decken, der infolge der Ausshungerung unserer Böden viel höher ist als vor dem Kriege, so kann nicht daran gedacht werden, unsere landwirtschaftliche Erzeugung auf die Höhe zu bringen, die es ermöglicht, das deutsche Volk zu ernähren.

Der Mangel an Futtermitteln war schon während der letzten Kriegsjahre die schwerste Sorge, die auf der Landwirtschaft lastete. Wir litten aber hier unter einer höheren Gewalt, und man mußte suchen, sich damit abzufinden, so gut oder so schlecht es ging. Einigermassen haben sich in der Beziehung die Verhältnisse nun gebessert, weil der enorme Bedarf des Heeres an Futtermitteln weggefallen ist, so daß die Landwirtschaft jetzt wenigstens wieder über das Raufutter und über den Hafer nach eigenen Bedürfnissen verfügen kann. Aber das langt freilich nicht viel weiter, als um die landwirtschaftlichen Zugtiere leistungsfähig zu erhalten und das Zuchtvieh zu ernähren. Zum Wiederaufbau unseres Rindviehstapels und unseres Schweinebestandes und zu einer ausreichenden Mast fehlen uns vorerst die Mittel, und es muß trotz der ungünstigen Valutaverhältnisse alles daran gesetzt werden, um Futtermittel aus dem Ausland, vor allem Mais und Osluchen, hereinzubringen, die uns in den Stand setzen, in der Fleisch- und Fettversorgung nach und nach wieder selbständig zu werden. Denn der Weg ist trotz der hohen Futtermittelpreise auf dem Weltmarkt immer noch erheblich billiger, als wenn wir gezwungen sind, Fleisch und Fett dauernd aus dem Auslande zu beziehen.

Die Zwangswirtschaft hat den landwirtschaftlichen Betrieb während des Krieges zweifellos aufs schwerste gestört und hindert ihn jetzt noch auf Schritt und Tritt. Es hat keinen Sinn, jetzt in eine rückschauende Untersuchung darüber einzutreten, ob die Zwangswirtschaft während des Krieges notwendig und richtig war oder nicht. Aber ein paar Worte müssen Sie mir darüber gestatten, nachdem ich Jahre hindurch die Verantwortung für die Zwangswirtschaft mitgetragen habe. Ich bin wegen eines Artikels, den ich vor einiger Zeit unter dem Titel „Totentanz“ im Tag veröffentlicht habe, von zwei Seiten sehr heftig angegriffen worden. Herr Richard Calver hat in seinem wirtschaftlichen Tagesbericht geschrieben, „ich sei während der 5 Kriegsjahre ein absoluter Verfechter der Zwangswirtschaft gewesen und hätte deshalb nicht das Recht, nun als deren Kritiker aufzutreten.“

Diese Voraussetzung trifft nicht zu. Ich habe schon in einer ausführlichen Denkschrift vom 16. Dezember 1916, — also ein halbes Jahr, nachdem ich in das Kriegsernährungsamt eingetreten bin — darzulegen versucht, daß eine Systemänderung notwendig sei. „Wir müssen uns darüber klar werden“, lauten die entscheidenden Sätze der Denkschrift, „daß das bisherige System der Ordnung unserer Kriegswirtschaft verfaßt. Es war von Anfang an nicht auf lange Dauer berechnet. Als wir die ersten Verordnungen über Brotgetreide und Mehl entwarfen, waren wir uns bewußt, daß das kein Präzisionsinstrument sei, das ohne Reibungen und Klappern geht, sondern eine Behelfsmaschine, wie man sich deren im Krieg zu bedienen pflegt, um ohne Rücksicht auf Kraftaufwand und Abnutzung einen momentanen Erfolg zu erreichen. Dann haben die Verhältnisse immer neue Verordnungen über den Verkehr mit Nahrungsmitteln notwendig gemacht, und es entsprang weniger der Logik als dem Gesehe der Trägheit, daß man sie nach dem bewährten Muster der ersten aufgebaut hat. So wurden an die an sich schwer gehende Welle immer neue Apparate angehängt, die sie auf die Dauer nicht mehr treiben kann. Nun ist die Maschine zusammengebrochen, und alles Herumbottern ist verlorene Liebesmüh. Sie gehört zum alten Eisen.“

Meine Vorschläge gingen auf Grund dieser Erkenntnis dahin, das System der Beschlagnahmen aufzugeben und lediglich den Gemeinden auf Grund genauer Ernte- und Produktionsermittelungen eine Umlage aufzuerlegen, im übrigen aber dem Landwirt die freie Verfügung über seine Erzeugnisse zu belassen. Nur so werde es möglich sein, die Erzeugung wieder zu heben, vorausgesetzt, daß auch die Festsetzung der Preise in einer den landwirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Höhe erfolge.

Das war also im wesentlichen schon das, was später durch den „Antrag Roefide“ vergeblich zu erreichen gesucht wurde.

Über diese Denkschrift wurde im R. E. A. monatelang beraten, aber ich konnte die Widerstände, die gegen meine Vorschläge besonders vom Preussischen Staatskommissar geltend gemacht wurden, nicht überwinden, und es blieb schließlich alles beim alten.

Ein absoluter Verfechter der Zwangswirtschaft bin ich also nicht gewesen, sondern ich habe sie schon im Dezember 1916, ein halbes Jahr nachdem ich in das R. E. A. berufen worden war, in ihrer geltenden Form für verfehlt erklärt und nur deshalb nicht ändern können, weil ich nicht der entscheidende Faktor war.

Der zweite Angriff ging von dem Abg. Hoch in der Nationalversammlung aus, der mir vorwarf, ich versuche die Landwirte aufzuputtschen, und meine Kampfesweise sei unehrlich und beruhe auf Lüge. Seine Beweisführung stützt sich auf Behauptungen, von denen in dem Artikel mit keinem Worte geredet wird; denn in meinen Ausführungen wird die Preisfrage gar nicht berührt, während der Abg. Hoch seine Vorwürfe ausschließlich auf ein angebliches Entgegenkommen der Regierung in den Höchstpreisen stützt. Ich habe mit keinem Wort die Landwirte aufzuputtschen versucht, sondern nur offen und ungeschminkt die Wahrheit gesagt. Und das können diese Kreise nicht mehr vertragen. Mich berühren solche Angriffe nicht. Wer wie ich 5 schwere Jahre lang sein ganzes Leben und Wirken der Sorge um die Ernährung des deutschen Volkes gewidmet und in diesem Dienst ohne jede Rücksicht auf persönliche Stimmungen und politische Anschauungen unter den schwersten Umständen ausgehalten hat, bis man ihn gehen hieß, kann nicht in den Verdacht kommen, aus herostratischen Gelüsten die Volksernährung zu sabotieren, weil er nicht mehr an verantwortlicher Stelle steht. Solche Angriffe, daß man meine Beweisführung als unehrlich und Lüge bezeichnet, reichen überhaupt nicht an mich heran. (Bravo!)

Der Kampf um die Aufhebung der Zwangswirtschaft tobt nun auf der ganzen Linie. Wenn wir das Für und Wider hier ausführlich erörtern wollten, könnten wir allein damit mehrere Tage zubringen. Die landwirtschaftlichen Körperschaften haben zu der Frage ja auch schon einmütig in der Weise Stellung genommen, daß sie die Zwangswirtschaft nur noch für Brotgetreide und Kartoffeln als bedingt notwendig anerkannt haben.

Wem das nicht weit genug zu gehen scheint, der möge folgendes berücksichtigen:

Der freie Handel hat uns im Frieden ohne Zweifel viel besser und billiger versorgt, als das der Zwangswirtschaft je gelingen konnte. Er konnte das aber nur, weil damals uns der Zugriff auf die Vorräte der ganzen Welt offenstand und weil bei uns im Land die Reserven so groß waren, daß ein wirklicher Mangel nie entstehen konnte. Wie groß diese Reserven waren, ergibt sich bei Getreide aus der Aufnahme der Getreidebestände Deutschlands am 1. Juli 1914 auf Grund des im Frühjahr 1914 erlassenen Gesetzes, die also noch unbeeinflusst von der Kriegspolchose vorgenommen wurde und als ungefärbt angenommen werden kann.

Danach war am 1. Juli 1914, also 6 Wochen vor Schluß des Erntejahres in Deutschland ein Vorrat von rund 9 Millionen Tonnen Getreide und Mehlerzeugnissen, und zwar rund $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Brotgetreide und Mehl, 300 000 Tonnen Nährmittel (Graupen, Grieß, Floeden), 3 Millionen Tonnen Hafer, Gerste und Mais und 1,6 Millionen Tonnen Futterschrot, Futtermehl und Kleie vorhanden.

Wenn man berücksichtigt, daß nach dem Wirtschaftsplan der Reichsgetreidestelle unser Gesamtjahresbedarf an Brotgetreide und Nährmitteln nur auf 9,9 Millionen Tonnen bemessen ist und daß die Inlandsernte an Brotgetreide nur auf 9,6 Millionen Tonnen geschätzt wird, so bedarf es keines weiteren Beweises, daß bei den jetzigen geringen Einfuhrmöglichkeiten es dem freien Handel nie gelingen könnte, eine ausreichende und über das ganze Erntejahr sich erstreckende Brotgetreideversorgung sicherzustellen, weil ihm jede Möglichkeit der Bildung von Reserven fehlt. Es würde also tatsächlich — und darin stimme ich dem Herrn Reichsminister noch zu — ein unverantwortliches Experiment sein, ohne weitere Vorbereitung den freien Verkehr in Brotgetreide einzuführen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Kartoffelversorgung.

Aber die Notwendigkeit, auf diesen Gebieten den freien Verkehr noch auszusparen, bedeutet nicht, daß die Zwangswirtschaft in der jetzigen Form der allgemeinen Beschlagnahme und der Festsetzung bestimmter Verbrauchs- und Fütterungsmengen aufrecht erhalten werden muß. Diese Vorschriften sind unter den jetzigen Verhältnissen unkontrollierbar und versagen. Man muß zu einem Verfahren kommen, das zwar die Ablieferung der festgesetzten Umlagen sicherstellt, aber im übrigen dem landwirtschaftlichen Betrieb die notwendige Bewegungsfreiheit läßt, um sich wieder ganz seiner Aufgabe der Produktionssteigerung widmen zu können.

Das ist bis jetzt nicht erreicht. Die Zwangswirtschaft ist zwar auf verschiedenen Gebieten, so bei den Futtermitteln, abgebaut worden, ohne daß sich daraus besondere Störungen für die Allgemeinheit ergeben hätten. Aber sie wird nicht nur bei Brotgetreide und Kartoffeln, sondern auch bei Fleisch, Milch, Fett und Zucker in der alten Form aufrecht erhalten, obwohl sich auch die Konsumenten an diese Vorschriften in keiner Weise mehr halten.

Meine Herren, zu der Kundgebung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft hat sich auch der Deutsche Städtetag geäußert und dabei erfreulicherweise zu erkennen gegeben, daß er gern bereit ist, in Verhandlungen mit der Landwirtschaft wegen Änderung des Systems einzutreten. Aber auf eine Bemerkung dieser Kundgebung muß ich doch zurückkommen. Es wird darin gesagt:

Wenn, wie es schon jetzt und auch in der neuesten Kundgebung für die Viehlieferungen geschieht, von den Erzeugern rückhaltslos und ohne Besorgnis vor einer Gegenwirkung erklärt werden darf, daß die Zwangswirtschaft nur noch auf dem Papiere stehe, während im freien Handel Lebensmittel ohne Marken überall zu haben seien, so müssen die Stadtverwaltungen ihrerseits erklären, daß sie unter solchen Voraussetzungen die Ernährung ihrer Bürger nicht mehr würden durchzuführen vermögen.

Meine Herren, diese Bemerkung schmeckt sehr nach der Unschuld des Pharisäers. Wodurch wird denn die Zwangswirtschaft durchbrochen? Doch nicht in erster Linie durch die Landwirtschaft und weil die Landwirte sich an die Vorschriften nicht gehalten haben, sondern weil die Konsumenten und die Kommunalverbände sich alle längst nicht mehr an die Vorschriften gehalten haben, (sehr richtig!) und weil sie nichts wirksames unternommen haben, dem Samstertum, dem Schiebertum

und dem Wucherertum entgegenzutreten. Wenn also nun der Vorsitzende des Deutschen Städtetages die Verantwortung für den Zusammenbruch der Zwangswirtschaft auf die Landwirtschaft abwälzen will, so ist das nach meiner Auffassung ein völlig verfehlter Versuch. Es hat gar keinen Sinn, sich jetzt über die Schuldfrage zu streiten, sondern wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die Zwangswirtschaft zusammengebrochen ist und daß man mit diesem Mittel, das während des Krieges wohl seine Vorzüge und seine Wirkung gehabt hat, jetzt nach Friedensschluß nicht mehr weiterarbeiten kann.

Von seiten der Reichsregierung ist auf die Rundgebung der Landwirtschaft bisher eine Antwort nicht erfolgt, obwohl der dringende Antrag gestellt worden ist, sofort Verhandlungen mit der Vertretung der Landwirtschaft herbeizuführen. Im Gegenteil, meine Herren, nach den Verhandlungen, die über die Zuderbewirtschaftung im Reichswirtschaftsministerium gepflogen worden sind, steht das Reichswirtschaftsministerium auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß die Zwangswirtschaft für Zuder auch für das nächste Erntejahr unbedingt und uneingeschränkt aufrechterhalten werden soll. (Hört, hört!)

Ich erwähne das nur als Symptom dafür, von welcher Einsichtslosigkeit und Unbelehrbarkeit die Regierung gegenwärtig besangen ist. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wir sehen also, daß die Landwirtschaft in den vier grundlegenden Punkten, die ich hervorgehoben habe — Arbeiterfrage, Kunstbünner, Futtermittel und Zwangswirtschaft —, von der jetzigen Regierung noch nicht die Unterstützung erfahren hat, deren sie bedarf, um ihre Aufgabe zu erfüllen.

Wenn ich damit kurz die Lage der Landwirtschaft zu schildern versucht habe, so möchte ich jetzt zu dem zweiten Punkt übergehen, nämlich zu den Aufgaben der Landwirtschaft.

Worin bestehen die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft unter den neuen Verhältnissen? Das läßt sich in einem Satz sagen oder man kann ein Buch darüber schreiben.

Der eine Satz lautet: Die Ernährung des deutschen Volkes aus der eigenen Erzeugung sicherzustellen. Das Buch ist unter dem Titel: „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege“ geschrieben und in 10 000 Exemplaren verbreitet worden. Ich will aber hier den Versuch machen, den Mittelweg zwischen einem Satz und einem Buch zu finden, der an Ihre Geduld nicht allzu hohe Anforderungen stellt.

Die Ziele, die ich im Verein mit den ersten Männern aus Wissenschaft und Praxis in dem erwähnten Werke für die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft zu stecken versucht habe, setzen noch einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges voraus. Seitdem sind die Revolution und der militärische Zusammenbruch über uns gekommen und ein Friedensschluß, der den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes fast unmöglich erscheinen läßt.

Daß die Revolution das größte Verbrechen und was schlimmer ist, die größte Dummheit war, (Heiterkeit und Zustimmung) die, seit die Welt steht, ein Volk gegen sich selbst begangen hat, ist der großen Mehrheit unserer Mitbürger inzwischen klar geworden und dämmert jetzt schon weit in die Reihen der Sozialdemokraten hinein. (Sehr richtig!) Aber Geschehenes ist nicht ungeschehen zu machen. Wir müssen uns damit abfinden, daß das deutsche Volk wieder einmal in seiner ein- und einhalbtausendjährigen Geschichte nicht seines Glückes Schmied gewesen ist, und versuchen, aus dem Zusammenbruch zu retten, was zu retten ist.

Betrachtet man von diesem Standpunkt die Aufgaben der deutschen Landwirtschaft, so haben sie sich gegenüber der ursprünglichen Zielsetzung nicht wesentlich verändert, aber freilich ungemindert. Ich habe das in einer

ausführlichen Besprechung darzulegen versucht, die vor kurzem in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und in den Nachrichten für Bauern- und Landarbeiter-
räte erschienen ist, und auf die ich hier Bezug nehmen darf.

Ich bin auch deswegen von verschiedenen Seiten angegriffen worden und man hat meine Vorschläge teils als schädlich für die Landwirtschaft, teils als undurchführbar bezeichnet. Ich will darauf aber erst in einem späteren Zusammenhang eingehen.

Aus den Darlegungen über die Lage der Landwirtschaft hat sich ergeben, daß verschiedene Voraussetzungen für die Steigerung der Produktion nur durch das Eingreifen der Regierung geschaffen werden können. Das trifft vor allem zu für die Schaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft und für die Regelung des Arbeitsverhältnisses, dann für die Bereitstellung von Dünger- und Futtermitteln und für den Abbau der Zwangswirtschaft.

Können wir von der jetzigen Regierung hoffen, daß sie hier wirksam eingreift? Ich will hier gar nicht von ihrer Zusammensetzung sprechen, — ich habe das in anderem Zusammenhang getan, — sondern nur auf die Programmrede hinweisen, mit der der Reichskanzler Bauer vor 8 Wochen das neue Kabinett in der Nationalversammlung vorgestellt hat. Mit keinem Wort ist in dieser ganzen Rede der Landwirtschaft gedacht, (hört, hört!) obwohl von ihrem Gedeihen Leben und Zukunft unseres Volkes abhängt.

„Auch die parlamentarische Arbeit dieses Winters wird in großem Umfange in der Feststellung der Rechte der wirtschaftlich Schwächeren, vor allem der Arbeiter bestehen,“ wird verkündet. Und dann kommen die verschiedenen Forderungen wie Betriebsräte, Wirtschaftsrat, daß das Streikrecht nicht angetastet werden darf, und zwanzig andere Forderungen der inneren und äußeren Politik; aber mit keinem Wort berührt dieser verantwortliche Staatsmann die allein entscheidende Frage: Wie können wir unsere landwirtschaftliche Produktion so heben, daß das deutsche Volk nicht verhungern muß? (Sehr richtig!) Kann man da eine zielbewußte Förderung der Landwirtschaft von der Regierung erwarten, wenn sich so in ihren Köpfen die Welt malt?

Der Ernährungsminister Schmidt ferner hat erst vor wenigen Tagen in der Nationalversammlung Ausführungen gemacht, die eine völlige Verkennung der Lage und eine erschreckende Unkenntnis von den Voraussetzungen der Landwirtschaft beweisen. Er hat bezüglich der Befürchtung, daß unsere Produktion wegen der Verhältnisse, die ich erwähnt habe, dauernd zurückgehen müsse, erklärt, das sei nicht so schlimm, (Lachen) es trete nur eine Verschiebung in der Erzeugung ein, und man müsse dann eben einmal den einen Zügel der Nahrungsmittelbedeutung stärker anziehen, und dann den anderen. Meine Herren, wenn der verantwortliche Minister jetzt noch nicht eingesehen hat, daß wir ohne ein energisches Eingreifen rettungslos dem Zusammenbruch entgegenreiben, dann muß man alle Hoffnung verlieren; und wenn er zum Schluß seiner Rede der Landwirtschaft mit einem neuen 9. November droht, wenn sie ihre Ablieferungspflichten nicht erfülle, meine Herren, dann ist die Klaviatur, die er spielt, allerdings völlig verstümmelt.

Aber leider beschränkt sich die Feststellung nicht auf dieses negative Ergebnis, daß die Regierung nichts zur Förderung der Landwirtschaft tut. Eine ganze Reihe von Maßregeln, die schon durchgeführt oder geplant sind, sind in ihrer Wirkung direkt landwirtschaftsfeindlich und müssen zu einem Rückgang der Erzeugung führen. Ich habe sie zum Teil schon berührt, wie die Beschränkung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft, die Einführung des Streikrechtes landwirtschaftlicher

Arbeiter, den Tarifierlaß des preussischen Landwirtschaftsministers, zum Teil werden sie in den noch auf der Tagesordnung stehenden Referaten ausführlich behandelt werden.

Wenn man sich dieses Gesamtbild vor Augen hält, muß man leider feststellen, daß die jetzige Regierung nicht die *salus publica*, das Gesamtwohl des deutschen Volkes als die Richtschnur ihres Handelns gewählt hat, sondern trotz der schreienden Notlage des Landes in erster Linie ihre Parteiinteressen durchzusetzen versucht. Wie durch die Revolution unser Heer von rückwärts erdolcht worden ist, im entscheidendsten Moment, wo es darauf ankam, noch auszuhalten, bis den anderen der Atem ausging, so soll jetzt die Landwirtschaft erdolcht werden, die noch den stärksten Schutzwall gegen den Sozialismus bildet, ohne Rücksicht darauf, daß das den Hungertod für Millionen unserer Volksgenossen bedeutet. Man raubt und stiehlt im brennenden Haus, statt löschen zu helfen, ohne zu bedenken, daß auch diese Beute ein Raub der Flammen werden wird.

Freilich ganz ohne Rezepte für die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist auch die sozialistische Lehre nicht. Eines derselben ist die Einführung der Betriebsräte, über die an anderer Stelle zu sprechen ist, ein weiteres die Sozialisierung, über die Professor Dr. Dabe in der Deutschen Landwirtschaftlichen Rundschau eine lesenswerte Zusammenstellung gegeben hat.

Ich habe kürzlich in Bayern in einer Versammlung in einem ländlichen Kreise, bei der auch Vertreter der verschiedenen politischen Parteien anwesend waren, unter anderem auch die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft berührt und die Bauern darauf aufmerksam gemacht, sie sollten sich nicht durch das Schlagwort von der Aufteilung des Großgrundbesitzes verführen lassen. Denn das Ziel der Sozialdemokratie beschränke sich nicht darauf, sondern gehe auf die Verstaatlichung der gesamten Betriebsmittel, also auch des bäuerlichen Besitzes, wenn man diese Forderung des Erfurter Programmes aus tatsächlichen Gründen jetzt in der Versenkung verschwinden lasse. (Sehr richtig!)

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter Hirsch — nicht zu verwechseln mit dem preussischen Ministerpräsidenten oder dem neuen Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamte, — hat darauf erwidert, man müsse an die Verstaatlichung der großen Güter, die nicht rationell bewirtschaftet werden, im Interesse der Volksernährung unbedingt herangehen, aber wer eine Sozialisierung des bäuerlichen Besitzes verlange, sei ein ausgemachtes Rindvieh. (Heiterkeit.)

Diese Konstatierung des sozialdemokratischen Vertreters kann man gewiß dankbar akzeptieren, — wie er sich mit den Verfassern des Erfurter Programms abfindet, ist seine Sache — aber sie ändert nichts an der Tatsache, daß die Forderung auf dem offiziellen Programm der zurzeit in Deutschland herrschenden Partei steht und von ihr verantwortet werden muß.

In diesem Sinne hat sich auch Professor Dr. Ballod in einem Artikel „Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft“ in der „Freiheit“ geäußert, der sich allerdings in einem merkwürdigen Kreislauf bewegt. Er sucht zu beweisen, daß eine Steigerung der Erträge um 100 oder wenigstens 50 % sehr wohl möglich sei, daß die Voraussetzungen dazu aber nur im Großbetriebe gegeben seien. „Denn“, so führt er aus, „dazu gehören ein bedeutendes landwirtschaftliches Wissen, außerdem Intelligenz, endlich eine große Sorgfalt und endlich Kapital und abermals Kapital. Am wenigsten sind diese Bedingungen für eine Ernte- und Ertragssteigerung beim kleinen Landwirt vorhanden.“ Und deshalb verlangt er zum Schluß „eine zielbewusste Sozialisierung des landwirtschaftlichen Großbetriebes“. (Heiterkeit.)

Einen Sinn kann das nur haben, wenn man annimmt, daß er auf diesem Weg den Kleinbetrieb durch die übermächtige Konkurrenz des Staats zu Grunde richten will, wie das von Karl Marx in seinem Werk „Kapital“ als der „ökonomische“ Entwicklungsgang der Landwirtschaft vorausgesagt wurde. Also eine Sozialisierung auf „kaltem Wege“.

Jedenfalls tut nicht nur der Großgrundbesitzer, sondern auch der Bauer und Kötter gut, die Augen offen zu halten. Die Pläne der Sozialdemokratie gehen aufs Ganze, und wenn es nicht gelingt, ihnen in der Landwirtschaft einen haltbaren Damm entgegenzusetzen, werden die Zeiten bald verschwundene Vergangenheit sein, wo ein deutscher Bauer auf eigener Scholle saß.

Aber noch ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Was jetzt die Sozialdemokratie als reife Frucht der Revolution in eiliger Hast in ihre Scheunen bergen will, wird nicht das Gesetz für unsere künftige wirtschaftliche Verfassung sein. Auch die politischen Entwicklungen unterstehen dem Gesetz des Pendels, der, in Bewegung gesetzt, erst weite Ausschläge nach links und rechts macht, ehe er die Gleichgewichtslage wieder erreicht. Darum ist es politisch und wirtschaftlich verkehrt, sich auf die extremste Entwicklung einzustellen, weil das immer zu Enttäuschungen führt, mag auch vorübergehend der Erfolg den Radikalsten zufallen, weil sie im politischen Kampf meist die stärkste Position haben. Aber schließlich muß doch die Vernunft und die Logik der Entwicklung wieder zum Durchbruch kommen. Das ist der wahre Sinn der mittleren Linie, die man nicht aus Laune oder Unentschlossenheit wählen, sondern zum Zielpunkt einer Politik von etwas weiterem Gesichtskreis machen muß.

Die Landwirtschaft muß daher alles daran setzen, ihre Position zu halten, und muß unverrückt ihr altes, nur jetzt viel schwerer gewordenen Ziel verfolgen, die Ernährung Deutschlands aus der eigenen Erzeugung sicherzustellen. Denn darüber müssen wir uns klar sein: Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Staatswesens kann unter den heutigen Verhältnissen, wie sie durch die Revolution und den Frieden von Versailles geschaffen worden sind, nur vom Lande aus erfolgen, und es ist von höchster Wichtigkeit, daß die Landwirtschaft die große geschichtliche Mission, die ihr damit zufällt, in ihrer ganzen Tragweite und Verantwortung richtig erfäßt. In den Großstädten fehlen alle Voraussetzungen für eine Gesundung aus eigener Kraft, schon weil deren Finanzlage, die bereits durch die Lasten des Krieges aufs schwerste geschwächt war, sich durch die maßlose Verschwendung und Vergeudung öffentlicher Gelder während der Revolution und durch die unsinnigen Lohnsteigerungen so trostlos gestaltet hat, daß sie sich bei manchen von dem Bankrott nur dem Namen nach unterscheidet. Die öffentlichen Lasten in den Städten werden also so hoch sein, daß ein Wiedererstarken der Industrie schon aus dem Grunde aufs äußerste erschwert wäre, selbst wenn uns durch den Friedensvertrag nicht die Hauptquellen unseres industriellen Aufschwunges, Kohle und Eisen, aufs äußerste beschränkt wären. Aber das ist nicht das Entscheidende. Der Mittelstand in den Städten hängt wie ein welkes Blatt am Baum unseres Volkskörpers (sehr richtig!) und kann sich aus der Lethargie, in die er durch den Umsturz geschleudert wurde, ohne fremde Hilfe nicht aufraffen. Die Arbeiterschaft, die durch die unerwarteten Erfolge der Revolution schon alle ihre Ziele erreicht zu haben wähnte, fängt mit Enttäuschung an zu erkennen, daß alle die Versprechungen von goldenen Tagen des Glücks und der Zufriedenheit im sozialdemokratischen Zukunftsstaat eine Fata morgana waren, die im harten Lichte der Tatsachen erbarmungslos verblaßt, und viele unter ihnen wünschen sich eingestandener- oder uneingestandener-

weise die alte Ordnung des monarchischen Staates zurück, unter der es sich viel besser lebte. Das Vertrauen in ihre Führer beginnt mehr und mehr zu schwinden; sie haben sich zwar als erfolgreiche Agitatoren bewiesen, als Organisatoren und Staatslenker aber völlig versagt. Statt Ruhe und Ordnung, statt wirtschaftlichen Fortschritts und gleichmäßiger Beglückung aller Staatsbürger sehen sie ein Chaos vor sich, in dessen trüben Strudel kein Hoffnungsstrahl eines kommenden Wiederaufstieges bringt.

Kann es da wundernehmen, wenn der einsichtslose Teil der sozialdemokratischen Wählermassen sich enttäuscht von den falschen Propheten abwendet und immer weiter nach links rückt in die Arme des Kommunismus und Spartakismus, deren verschwommene Zukunftspantastien für die Masse um so anziehender wirken, als sie mit der völligen Zerstörung aller staatlichen Ordnung und gesellschaftlichen Schichtung beginnen sollen? Wohl wird ein Teil der ruhiger denkenden Arbeiter sich den bürgerlichen Parteien zuwenden, weil sie von Revolution und Umsturz genug haben und wieder zum inneren Frieden kommen möchten. Aber auch hier handelt es sich nicht um aufbauende Kräfte mit starkem Willen zum Aufstieg, sondern mehr um ermattete und ruhebedürftige Geister, die nicht führen, sondern geführt sein wollen.

Von den **G r o ß ä d t e n**, die sich aus diesen Bevölkerungsschichten zusammensetzen, kann die Gesundung unseres Vaterlandes aus seiner schweren Krisis nicht kommen. Das platte Land ist von der Infektion, der unser geschwächter Volkskörper während der Revolution erlegen ist, nicht unberührt geblieben, aber in vielen Teilen des Reiches zeigt sich, daß sie dort wieder überwunden ist und daß die gesunden Kräfte der Krankheit Herr werden. Vor allem wird auf dem Lande noch gearbeitet, wenn auch da und dort durch eine verbrecherische Agitation der Wahnsinn des Streiks auch unter die landwirtschaftlichen Arbeiter getragen worden ist. Aber damit wird man fertig werden, weil in keinem Beruf die Notwendigkeit unverbrossener stetiger Arbeit von der Natur selbst so eindringlich eingeprägt wird, wie in der Landwirtschaft, und weil auch in den gesellschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen und im öffentlichen Leben auf dem Lande sich dieser Krieg aller gegen alle nicht so aufrecht erhalten läßt wie in der Stadt. Das gemeindliche Leben und der Einfluß der Kirche haben sich wieder gehoben. Und die **G e n o s s e n s c h a f t e n**, diese Grundpfeiler des Aufstieges der bäuerlichen Bevölkerung, haben alle Stürme des Krieges und der Revolution siegreich überwunden und bilden immer noch die feste Verankerung der wirtschaftlichen Gemeinschaft der Landbevölkerung. Und vor allem: die staatliche Gesinnung der Landbevölkerung ist nicht gestört. Im Landwirt und Bauern, der nicht nur durch Geburt, sondern auch durch seinen Besitz mit dem Heimatboden seit Generationen verwachsen ist, sitzt die Überzeugung, daß er nur unter einer starken, nach festen Zielen stetig geleiteten Staatsgewalt gedeihen kann, viel tiefer als im Arbeiter, der je nach den wechselnden Gelegenheiten zu besserem Verdienste nicht nur die Arbeitsstätte, sondern auch Wohngemeinde und Heimatland zu wechseln gewohnt ist.

Das gesunde Blut der Landbevölkerung, das schon von jeher immer wieder der Jungbrunnen der städtischen Bevölkerung war, muß also auch in dieser Katastrophe unsere Rettung sein. Aber freilich: es muß sich durchsetzen. Nicht dadurch, daß man grollend beiseite steht oder daß man sich an die Wand brühen läßt, nützt man sich und dem Staat, sondern nur durch unverbrossene Erfüllung seiner **P f l i c h t e n** und durch entschlossene Geltendmachung seiner **R e c h t e**. (Sehr richtig!) Zuerst kommen bei uns die Pflichten, nicht wie im Parlament die Rechte; (bravo!) und die Pflichten liegen bei der Landwirtschaft klar. Sie muß trotz aller Erschwerungen und trotz aller Hindernisse, die ihr absichtlich oder unabsichtlich in

den Weg gelegt werden, ihre Aufgabe, das deutsche Volk ausreichend zu ernähren, zu erfüllen trachten, wie das Exzellenz Mehnert in seinen einleitenden Worten so schön und warm zum Ausdruck gebracht hat.

Daß das nur bei einer zielbewußten allgemeinen Steigerung der Erträge in den Großbetrieben und in den bäuerlichen Betrieben möglich ist, bedarf keines Beweises. Denn wir hatten vor dem Krieg das Ziel der Autarkie noch nicht erreicht und sind jetzt durch die Schäden des Krieges und den Verlust unserer ertragreichsten landwirtschaftlichen Überschußprovinzen noch viel weiter davon entfernt.

Ich habe in dem erwähnten Werke und in der in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft kürzlich erschienenen Abhandlung Vorschläge zu einer raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge gemacht, auf die ich hier im einzelnen nicht eingehen kann, da es den Rahmen meines Referats überschreiten würde. Aber ich bitte, kurz auf zwei Einwendungen eingehen zu dürfen, die gegen die Vorschläge von verschiedenen Seiten erhoben worden sind.

Gegen meine Anregung, eine ausreichende Anwendung künstlichen Düngers und die Verwendung des bestgeeigneten Saatgutes auch in den rückständigen Betrieben durch Zwangs Vorschriften zu erreichen, weil der Weg der Belehrung und Ausbildung aller Landwirte, der natürlich der bessere und wünschenswertere wäre, uns erst nach Jahrzehnten zu dem erstrebten Ziele führen würde, worauf wir in unserer Notlage nicht warten können, hat man das Bedenken erhoben, daß das theoretisch sich ganz schön anhöre, aber praktisch unausführbar sei. Denn es sei nicht möglich, die Sachverständigen aufzubringen, um die notwendigen Feststellungen über Düngungsbedürfnisse und Saatguttüchtigkeit zu machen, und es würden dabei Mißgriffe vorkommen, die die Landwirte erbittern würden. Natürlich lassen sich gegen einen solchen Vorschlag eine Reihe von Bedenken vorbringen. Wäre das nicht der Fall, so hätte man ihn vermutlich längst ausgeführt und hätte nicht auf meine Weisheit gewartet. Aber in unserer furchtbaren Not, die von vielen offenbar noch gar nicht begriffen wird, muß man zu Mitteln greifen, die man in friedlicher Entwicklung mit großer Vorsicht betrachtet hätte. In solcher Lage ist aber auch das Wort „unmöglich“ für die Zielsetzung die falscheste Erwägung. Denn sie bedeutet den Verzicht auf jeden Fortschritt. Man muß sich nur die Entwicklung des Flugwesens vor Augen halten, um ein naheliegendes Beispiel zu wählen. Vor 20 Jahren hielten noch mindestens 99 % der Menschen die Lösung des Flugproblems für unmöglich. Und was ist durch zielbewußte Forschung und unter dem Zwang der Kriegsnotwendigkeiten in der kurzen Zeit schon erreicht worden! Die Schwierigkeiten, die da zu überwinden waren, waren sicher größer als die Bedenken gegen meine Vorschläge. Ein anderer Einwand ist, daß mein Vorschlag ein erster Schritt zum Produktionszwang ist, der die Initiative des Landwirtes lähmen und mehr schaden als nützen würde. Ich habe dazu schon in dem lehterwähnten Aufsatz Stellung genommen und darf darauf verweisen. Nur eines möchte ich hier noch hervorheben.

Wir haben in der Landwirtschaft wie in jedem Berufsstande von jeher neben einer überwiegenden Zahl tüchtiger, berufstreuer und unermüdlisch tätiger Wirtschaftler auch lässige Elemente gehabt, denen es an der nötigen Ausbildung und am Streben nach Fortschritt fehlte oder die sich aus erbter Gewohnheit damit begnügten, dem Boden nur das zu ihres Leibes Notdurft und Nahrung Erforderliche abzugewinnen. Während des Krieges und seit der Revolution sind aber noch viele Tausende von Elementen in die Landwirtschaft eingebracht, zunächst aus den Reihen der Kriegsgewinnler, dann aber auch aus anderen städtischen und industriellen Kreisen, die den land-

wirtschaftlichen Besitz nur als Spekulationsobjekt und zur Verschleierung von Kriegsgewinnen oder zum Zweck der Erlangung der Rechte als Selbstverfolger erwerben, ohne eine landwirtschaftliche Vorbildung zu besitzen. Glaubt man wirklich, daß man in unserer jetzigen Lage, wo alles auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ankommt, es ruhig mitansehen kann, wenn wir durch solche Amateurlandwirte rückwärts statt vorwärts kommen? Gerade die berufsmäßige Landwirtschaft hat alles Interesse daran, daß die Wirtschaft solcher Eindringlinge beaufsichtigt und erforderlichenfalls durch Zwang auf die im Interesse der Volkswirtschaft notwendige Höhe gebracht wird.

Aber auch die Befürchtungen über die Wirkungen solchen Zwanges sind unbegründet. Die ganze Aufgabe kann in den Gegenden mit ausgebautem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen den Genossenschaften übertragen und im Wege der Selbstverwaltung gelöst werden. Sie läßt sich in den Rahmen der genossenschaftlichen Tätigkeit leicht einpassen, die sich jetzt schon auf die Versorgung der Mitglieder mit Saatgut und Düngemitteln erstreckt und nur durch die Prüfung und Feststellung des Bedarfs erweitert würde. Dann kommt der Zwang in Wirklichkeit nur gegen die Außenseiter in Anwendung, die auf anderem Wege nicht zu belehren sind. Von der Forderung, daß die deutsche Landwirtschaft alle gangbaren Wege einschlägt, die eine Steigerung der Erzeugung verbürgen, dürfen wir uns jedenfalls durch keinerlei Bedenken und Schwierigkeiten abdrängen lassen.

Denn ein Volk, das seine Landwirtschaft vernachlässigt, gräbt sich selbst sein Grab, und in der Lage, in der sich Deutschland jetzt befindet, bedeutet diese Prophezeiung keine Drohung für eine ferne Zukunft, sondern die nächsten Ereignisse der kommenden Tage.

Und was sind die Rechte, die die Landwirtschaft im neuen Staat für sich in Anspruch nehmen muß?

Im monarchischen Deutschland betrachteten die Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten die Förderung der Landwirtschaft als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Es hat zwar auch da Schwankungen gegeben, die zu schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens führten, aber in der großen Linie blieb der Grundsatz doch anerkannt. Im republikanischen Deutschland hat das aufgehört. Die neue Regierung hat für die Landwirtschaft noch keinen Finger gerührt, sie hat in ihren Reihen keinen Mann, der von der Landwirtschaft irgendwelches Verständnis hat oder ihr Vertrauen besitzt.

Die Landwirtschaft darf sich also nicht mehr auf das Wohlwollen der Regierung verlassen, sondern muß sich ihren Platz an der Sonne, soweit man davon im neuen Deutschland noch wird sprechen können, selbst erkämpfen. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, wie das jedes anderen Berufsstandes, sondern ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, weil sie mehr denn je die Grundlage des Staates bildet, und keine Rücksicht darf sie abhalten, von ihrem Recht den ausgedehntesten Gebrauch zu machen.

Zu den betriebstechnischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft treten damit auch politische von höchster Bedeutung, und gerade, um das zu unterstreichen, habe ich mich entschlossen, hier eine so ganz auf Politik eingestellte Rede zu halten, die aus dem Rahmen der sonst im Landwirtschaftsrat üblichen Referate herausfällt. Mit der Zurückhaltung und Objektivität, die bisher geübt wurde, kommen wir unter den jetzigen Verhältnissen nicht durch, meine Herren. (Sehr richtig!) Wir werden vor allem das nicht erreichen, was die erste Voraussetzung für jeden Erfolg ist, die ganze Landwirtschaft in allen ihren Gliedern zu einem festen einheitlichen Block zusammenzuschweißen, der entschlossen ist,

seine Interessen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und sich, koste es was es wolle, im Staate zur Geltung zu bringen.

Landwirtschaftliche Organisationen und Neubildungen wachsen seit der Revolution aus dem Boden heraus, wie Pilze nach einem warmen Sommerregen. Ich will nicht den Versuch machen, sie aufzuzählen, um niemand zu beleidigen, den ich übersehe. Die Absicht dieser Neubildungen ist sicher meist eine gute. Jeder will in dieser schrecklichen Zeit sein Bestes zum Wiederaufbau tun und gründet flugs einen neuen Verein oder „Nat“, wie man sich neuzeitlich im Revolutionsjargon ausdrückt — allerdings ist auch diese Erfindung, wie die ganze Revolution, nicht auf deutschem, sondern auf russischem Boden gewachsen.

Aber das führt nicht zu einer Organisation, sondern zur Desorganisation der Landwirtschaft, weil auf diese Weise die Kräfte zersplittert und verzettelt werden und sich in persönlichen Eitelkeiten und Reibereien aufzehren. Das Landvolk versteht diesen ganzen Kram nicht mehr, und man wird es bald so weit gebracht haben, daß es sich überhaupt um nichts mehr kümmert. Wir müssen mit dem Organisieren aufhören und zu praktischer politischer Arbeit übergehen. (Sehr richtig!) Man kann natürlich nicht alle die alten landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungskörper, wie Landwirtschaftsrat, Landwirtschaftskammern, Landwirtschaftsgesellschaft, Bund der Landwirte, Bauernvereine, Bauernbund, auflösen und in einen Topf werfen, da sie alle ihre besonderen Einrichtungen und Aufgabentreise haben, die man auch in Zukunft nicht missen kann. Aber es muß der im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft bereits unternommene Versuch, sie zu einer Gemeinsamkeit der Interessenvertretung in der großen Linie zu vereinigen, auch im Unterbau durchgeführt werden, damit das Gegeneinanderarbeiten aufhört. Nur wenn alles, was in der Landwirtschaft arbeitet, sei es Großgrundbesitzer oder Bauer, Verwalter oder Pächter, Tagelöhner oder Knecht, Mann oder Frau, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen einsehen und sich zu ihrer gemeinsamen Wahrung unter Zurückstellung aller sonstigen Verschiedenheiten zusammenschließen, nur wenn auch die Bewohner der Landstädte, die im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Landwirtschaft und von der Landwirtschaft leben, gleichfalls für diesen Block gewonnen werden, können wir hoffen, die Stokkraft zu bekommen, um der Landwirtschaft die Stellung im deutschen Staatsleben und in der deutschen Volkswirtschaft zu erkämpfen, die sie zu ihrer Entfaltung braucht.

Es ist ja traurig, daß es erst notwendig ist, diese Stellung zu erkämpfen, daß das deutsche Volk und seine jetzigen Staatslenker — ich will nicht sagen, nichts aus der Geschichte gelernt haben, das kann man bei ihnen nicht voraussetzen und verlangen — (Geiterkeit) aber aus den Nöten der letzten fünf Jahre und der Gegenwart nicht begriffen haben, daß ein Volk, das seine Landwirtschaft vernachlässigt, sich selbst sein Grab gräbt.

Aber wir müssen uns mit dieser Notwendigkeit des Kampfes nicht um des eigenen Berufsstandes, sondern um des ganzen Vaterlandes und aller Volksklassen willen vertraut machen und begreifen, daß es gilt, alles Trennende und Gegensätzliche zurückzustellen hinter das eine große Ziel.

Es darf in der Landwirtschaft nicht mehr heißen: die Preuße, die Bayer, die protestantisch, die katholisch, die Herr, die Knecht, wir müssen eine Zeitlang vergessen, daß uns politische Anschauungen bisher getrennt haben, bis der große Kampf um die Zukunft der deutschen Landwirtschaft entschieden ist; denn wenn wir jetzt, wo trotz des Völkerfriedens die ganze Welt uns noch feindlich und haßerfüllt gegenübersteht, es nicht fertigbringen, unter uns einig zu sein, dann haben wir das Recht verwirkt, als Volk weiterzubestehen. (Sehr richtig!) Über alle

diese Gegensätze können wir uns später wieder streiten und die Köpfe blutig schlagen, wenn wir einmal den Karren durch den Dreck gezogen haben. Bis dahin sind es erbärmliche Nebensächlichkeiten, die den einigen festen Willen zum Sieg nicht stören dürfen.

Dieser Auffassung in allen landwirtschaftlichen Kreisen zum Durchbruch zu verhelfen, ist vor den wirtschaftlichen und technischen Aufgaben jetzt das Wichtigste. Denn aller Fleiß und alle Tüchtigkeit des einzelnen im eigenen Betrieb ist nutzlos für ihn und für die Allgemeinheit, wenn es nicht gelingt durch unerschütterliche Einigkeit und Festigkeit die Gefahr zu beschwören, die dem ganzen Berufsstand und damit dem ganzen deutschen Volke droht. Denn, meine Herren, darüber müssen wir uns klar sein: es geht um Kopf und Kragen! (Sehr richtig!)

Aber neben dieser Einheitsfront auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist uns die Einigkeit auch bitter not auf dem genossenschaftlichen Gebiet.

Gewiß, die Gegensätze zwischen den verschiedenen Organisationen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sind während des Krieges stark verbläßt, und der Konkurrenzkampf unter ihnen hatte auch seine guten Seiten. Aber in der gegenwärtigen Lage bedeutet er eine Zersplitterung der Kräfte, die wir uns nicht leisten können. Und vor allem die Bevölkerung auf dem Lande versteht sie nicht mehr. Ich bin in der letzten Zeit viel im Land herumgekommen, und überall, wo ich von der Notwendigkeit der Einigung im Genossenschaftswesen sprach, fand ich stürmische Zustimmung. Das Genossenschaftswesen bedeutet eine große wirtschaftliche Macht, die größte, die die Bauernschaft unter Mitwirkung uneigennütziger Förderer sich geschaffen hat. Sie hat allen Stürmen des Krieges und der Revolution siegreich getrotzt und steht unter ihrem Wahlspruch „Einer für Alle, Alle für Einen“ in dem allgemeinen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens unerschüttert und fest als Sinnbild des Segens der Einigkeit.

Aber wie viel größer wird die Macht sein, die sich dadurch die Landwirtschaft schaffen kann, wenn es gelingt, alle genossenschaftlichen Organisationen, nicht nur im Haupt, sondern auch in den Gliedern zu einem Einheitsblock zusammenzuschweißen! Das muß uns gelingen, und es wird gelingen, denn alle historischen und persönlichen Schwierigkeiten, die dem Gedanken entgegenstehen können, bedeuten nichts gegenüber dem ideellen und materiellen Gewinn, der daraus der Genossenschaftssache und der Landwirtschaft erwächst.

Und wir brauchen diese wirtschaftliche Macht so dringend wie noch nie. Denn darüber muß man sich klar sein: die Landwirtschaft kann nicht länger der Kostgänger dieser Regierung sein. Das verbieten Ehre und Stolz des Berufsstandes, der im Volksstaat sich ebenso unabhängig machen muß, wie andere.

Mit freiwilligen Zuschüssen des Staates zu landwirtschaftlichen Zwecken wird es so bald zu Ende sein, weil bei der jetzigen Geldwirtschaft es trotz aller Bewilligungsfreudigkeit des Parlaments nicht einmal gelingen wird, die Mittel für die Pflichtleistungen aufzubringen. Hier kann das Genossenschaftswesen, wenn es einig ist, in die Bresche springen, und es wird das, so bin ich überzeugt, als *nobile officium* gern in den Kreis seiner Aufgaben aufnehmen.

Aber freilich zur Einigung im Genossenschaftswesen ist noch etwas anderes notwendig. In manchen Gegenden steht der Großgrundbesitz dem Genossenschaftswesen noch fern, nicht aus Gegensätzlichkeit, sondern weil er daraus wirtschaftlich keine Vorteile erkennt. Diese Auffassung muß verschwinden, und jeder Großgrundbesitzer muß es als eine Ehrenpflicht betrachten, der örtlichen Genossenschaft anzugehören, auch wenn ihm das keinen Gewinn bringt und er die Haftung störend empfindet. (Sehr richtig!) Auch der Großgrundbesitzer muß fühlen, daß er durch

die jetzige Lage mit der Bauernschaft auf Gedeih und Verderb verbunden ist und auch die wirtschaftlichen Sorgen mit ihr teilen muß.

An dem Ziel, alle Landwirte in den Genossenschaften zu vereinigen muß der größere Besitz in erster Reihe und durch die Tat mitarbeiten, und ich möchte diesen Sammlungsruf aufs dringlichste und wärmste an alle Kreise richten. Es geht um die Zukunft des ganzen Berufsstandes. Einer für Alle, Alle für Einen!

Den Niederschlag dessen, was ich Ihnen in kurzen Strichen als die dringlichsten Bedürfnisse und Forderungen der Landwirtschaft zu zeichnen versucht habe, um ihr die Erfüllung ihrer vaterländischen Aufgabe zu ermöglichen, finden Sie in den Ihnen gedruckt vorliegenden Anträgen, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte, damit Sie als machtvolle Kundgebung gegenüber der Regierung und Volksvertretung und als Ruf zur Sammlung unter der ganzen Landbevölkerung wirken. Es ist ein Ruf nach höchster Gefahr. Sorgen Sie dafür, daß er nicht wirkungslos verhallt!

Mein Antrag lautet:

1. Die Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands die erste und wichtigste Aufgabe des Staates, da von ihr das Leben des Volkes und die Möglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufstieges abhängt. Dieser Aufgabe müssen alle anderen politischen und wirtschaftlichen Rücksichten nachgeordnet werden.
2. Wir fordern deshalb von der Regierung, daß sie die materiellen und ideellen Voraussetzungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sofort wieder herstellt und zwar vor allem dadurch, daß sie
 - a) alle Hindernisse beseitigt, die der Gewinnung von ausreichenden Arbeitskräften für die Landwirtschaft entgegenstehen und jede Störung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermeidet,
 - b) durch ausreichende Belieferung der Düngemittelindustrie mit Kohlen und durch die Förderung der Einfuhr von Phosphaten eine reichliche Beschaffung von künstlichem Dünger ermöglicht,
 - c) der Landwirtschaft die freie Verfügung über die im Inland erzeugten Futtermittel gibt und durch Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland den Wiederaufbau des Viehstandes und die Wiederaufnahme der Mast ermöglicht,
 - d) alle den landwirtschaftlichen Betrieb einengenden Vorschriften der Zwangswirtschaft einschließlich der Höchstpreise so rasch als möglich beseitigt,
 - e) die volle Sicherheit des Besitzes, des Eigentums und der Vererbung von landwirtschaftlichem Grundeigentum und Betriebsmitteln garantiert,
 - f) dem landwirtschaftlichen Berufsstand die volle Freiheit der Selbstverwaltung und den gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung gewährleistet.
3. Alle landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungskörper einschließlich der Arbeitnehmerverbände sollen sich zur machtvollen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zusammenschließen.
4. Die Vereinigung aller Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften zu einem Nationalverband ist anzustreben.

Meine Herren! Ich bin kein Stürmer und Dränger mehr, ich habe in einer langen Schule gelernt, meine Gefühle dem Verstande unterzuordnen und habe auch unter den Stürmen der Revolution und bei den demütigenden Verhandlungen, die ich mit unseren Gegnern in Spa, in Brüssel und in Versailles zu führen hatte, meine Ruhe und meinen Gleichmut nicht verloren. Aber mein Herz schlägt für unser

unglückliches Vaterland noch eben so heiß wie in glücklichen Tagen, und ich kann meine Empörung nicht unterdrücken, wenn ich sehe, wie eine unfähige Regierung uns in ihrer unglaublichen Verblendung völlig in den Abgrund stößt. Das so laut und deutlich zu sagen, daß es selbst taube Ohren hören, will ich nicht müde werden und was in meinen schwachen Kräften steht, will ich dafür einsetzen, daß Deutschland sich aus seiner Schmach und seinem Elend doch wieder zu Ehr und Gedeihen durchringt. (Bravo!) Das ist das Gefühl, aus dem heraus ich gesprochen habe, und so bitte ich Sie, es aufzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Herren, Ihr Beifall wird dem verehrten Herrn Referenten der beste Beweis dafür sein, daß Sie seinen interessanten Ausführungen, die sich stützen auf eine mehrjährige Erfahrung an leitender Stelle, nicht allein mit voller Aufmerksamkeit, sondern ebenso mit voller Zustimmung gefolgt sind. Ich danke Excellenz von Braun dafür, daß er sich uns heute hier für dieses so wichtige und uns alle bewegende Thema zur Verfügung gestellt hat. Seine Resolution liegt gedruckt vor; ich brauche sie wohl nicht noch einmal zu verlesen.

Ich eröffne nunmehr über die Ausführungen des Herrn Referenten und den von ihm gestellten Antrag die Diskussion. Ich bitte, sich zum Wort zu melden.

Rittergutsbesitzer Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel: Meine Herren! Excellenz von Braun hat es hier heute gewissermaßen für nötig gehalten, sich uns noch einmal vorzuführen als der Mann, der er in Wirklichkeit ist. Wer von uns die zweifelhafte Ehre gehabt hat, in den letzten Jahren des Krieges in den großen kriegswirtschaftlichen Organisationen mitzuarbeiten, namentlich in dem Kriegs-ernährungsamt, wie es früher hieß, später Reichsernährungsministerium, der weiß ganz genau, daß wir in Excellenz von Braun so ziemlich den einzigen sachverständigen Herrn dort vor uns sahen, dessen Herz stets für die Landwirtschaft geschlagen hat und der stets bereit war, unsere berechtigten Wünsche und Forderungen zu unterstützen; so ist er für uns der Alte geblieben, und wir begrüßen es mit großer Freude, daß wir ihn heute hier in erster Reihe unter unseren Mitkämpfern sehen.

In einem Punkte muß ich seinen Ausführungen widersprechen. Er hat gesagt, daß die jetzige Regierung noch keinen Finger für die Landwirtschaft gerührt hat. Meine Herren, ich habe den Eindruck, sie rührt alle zehn Finger, um die Landwirtschaft so weit auszubeuten, wie es irgend möglich ist, um sie zu vernichten, ihren parteipolitischen Tendenzen zuliebe; und dagegen werden wir uns zu richten haben.

Ich habe mich aber hauptsächlich zum Worte gemeldet, um hier noch kurz auf etwas hinzuweisen. Excellenz von Braun hat in Wort und Schrift schon vielfach für die Hebung der Landwirtschaft gearbeitet, und ich glaube, wir alle wissen vom praktischen Standpunkt aus, daß es für uns heute kein besseres Mittel zur Hebung der Produktion gibt als verbessertes Saatgut bei Getreide und Hackfrüchten. Meine Herren, der Zwang, der uns auf diesem Gebiet auferlegt ist und der in unsachverständiger Form ausgeübt wird, macht es größenteils unmöglich, von diesem Hilfsmittel, das automatisch die Erzeugung steigern kann, überhaupt Gebrauch zu machen.

(Sehr richtig!)

Es kommt hinzu der heutige Zustand in unseren Eisenbahnverhältnissen. Ich habe in diesem Jahre zum erstenmal Saatroggen für Herrn von Lohow geliefert. Ich habe am 18. September einen Waggon, 200 Zentner Saatroggen nach der Gegend von Hamburg zu schicken gehabt. Er wurde als verschoben, wahrscheinlich gestohlen, gesucht. Am 11. November ist dieser Waggon an seinem Bestimmungsort angekommen! Meine Herren, wer die vielen Ratten erst einholen

soll, die für die Benutzung von brauchbarem Saatgut notwendig sind, der wird in der Regel den richtigen Zeitpunkt verpassen, und die meisten Leute sind schon viel zu verärgert, um überhaupt die Sache noch mitzumachen.

Dann aber möchte ich die Herren noch auf etwas anderes hinweisen. Wir wiegen uns heute in dem schönen Traum, daß wenigstens in absehbarer Zeit die Zwangswirtschaft aufhören wird. Meine Herren, auf einem Gebiet wenigstens, ganz abgesehen von vielen anderen, stehen wir, wie es scheint, vor einer Neuaufgabe der Zwangswirtschaft, die, wie ich glaube, geradezu zu einer Katastrophe in der Milchversorgung der großen Städte und Industriezentren führen wird. Wir erfahren ja solche Sachen heute nicht dadurch, daß die landwirtschaftlichen Kreise gefragt und die Sachverständigen zugezogen werden,
(Rufe: Leider!)

Sondern meist bekommen wir diese Mitteilungen aus irgend einem sozialdemokratischen Moniteur, der heute das Organ irgend einer der Verbündeten Regierungen ist. So stammt in diesem Falle die Nachricht aus einem sächsischen Regierungsblatte. Danach sind wir sehr stark in den Vorbereitungen für ein Reichsmilchgesetz begriffen. Es soll ein Reichsmilchamt gegründet werden mit Milchämtern in sämtlichen Landesteilen oder einzelnen Bezirken.

(Sachen.)

Diese Milchämter werden nun die Aufgabe haben, den Stall zu kontrollieren, daß die Mädchen sich die Finger waschen, daß die Kühe gewaschen werden. Es sind auch einige verständige Sachen darunter, z. B. daß die Kühe auf Tuberkulose untersucht werden usw. Meine Herren, ich möchte auf das allerernsteste davor warnen, gerade auf diesem Gebiete noch neue Zwangsmaßnahmen einzuführen.
(Sehr richtig!)

Unsere Milchträge sind heute so reduziert, jetzt auch durch die unglückseligen Witterungsverhältnisse, wo wir plötzlich die Tiere auf den Stall nehmen mußten von guter Weide, ohne daß wir Brennereirückstände, Rübenschnitzel hatten, ohne daß wir eine Kübe geerntet hatten, und sämtliche Landwirte, die heute noch Milchvieh halten, sind so verärgert, daß es nur noch eines Anstoßes bedarf, und der größte Teil unserer Milchviehhaltungen verschwindet überhaupt von der Bildfläche.

(Sehr richtig!)

Ich möchte im wohlverstandenen Interesse, nicht der Landwirtschaft, sondern der städtischen Bevölkerung, dringend davor warnen, auf diesem Gebiete noch neue unverständige Zwangsmaßnahmen einzuführen.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Kammerherr von Oldenburg-Januschau: Die Ausführungen Seiner Excellenz des Herrn von Braun hat man ja ohne innere Bewegung nicht hören können; sie waren ausgezeichnet. Ich möchte ihm auch meinerseits meinen Dank aussprechen für seine Worte, die er uns allen aus dem Herzen gesprochen hat.

Ich möchte an dieser Stelle nur kurz auf eins zurückkommen: auf die Mitteilung, die er machte, daß für Brotgetreide und Kartoffeln die Zwangswirtschaft in diesem Jahre noch nicht aufgehoben werden würde. Was das Brotgetreide anlangt, so mag das sein. Ich habe auch nichts dagegen, wenn sie sich auf die Kartoffeln noch weiter erstreckt; denn die Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln wird in diesem Jahre ihren vollen Zusammenbruch erleben, und ich möchte nicht gern, wenn jetzt die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben wird und nun die Resultate, vor denen wir stehen, zutage treten, dieses Odium der Landwirtschaft aufgeladen sehen, wenn es heißt: Na ja, nun hört die Zwangswirtschaft auf, nun ist gar nichts

da. Denn, meine Herren, in Folge der Zwangsbewirtschaftung der Kartoffeln stehen wir vor der Hungersnot.

(Sehr richtig!)

Das ist meine Überzeugung. Die Zwangswirtschaft der Kartoffeln habe ich während des ganzen Krieges bekämpft. Aber wir Deutschen sind ja so unglücklich veranlagt: wenn ein Mann politischer Gegner ist — ob er von der Sache etwas versteht oder nicht, das ist ganz gleichgültig —, so sind eben seine Anschauungen falsch. Ich habe auf dem Standpunkt gestanden, daß die Kartoffeln sich überhaupt zwangsweise gar nicht bewirtschaften lassen, weil sie dem Verderben ausgesetzt sind, und weil man, wenn man sie zwangsweise bewirtschaftet, gar nicht in der Lage ist, zu beurteilen, wie die Preisfestsetzung schließlich wirkt. Wenn die Preise zu niedrig gesetzt werden, wonach ja aus politischen Rücksichten der Wunsch dauernd bestanden hat, dann werden sie eben verfüttert oder sie verkommen, und außerdem braucht man eine solche Detailkenntnis, die nur der Kartoffelhandel allein besaß und die eine Zwangswirtschaft nie besitzen kann, um diese verderbliche Ware dem Publikum zugänglich zu machen. Wir haben im Frieden nie gewußt, wo wir eigentlich mit allen Kartoffeln hin sollten. Jetzt haben die Brennereien aufgehört so gut wie die Stärkefabriken wie die Trodnereien; wo bleiben denn nun die Kartoffeln? Nun, in diesem Jahre ist es uns allen klar: die Kartoffeln liegen im Osten zum großen Teil noch in der Erde und sind zum großen Teil in der Erde verfault. Ich habe, wie der Frost jetzt nachließ, bei mir in größerem Umfange Proben gemacht: es ist wunderbar, ein Teil der Stauden ist noch einigermaßen erhalten, so daß er für Brennzwede noch benutzt werden kann, ein Teil der Stauden ist überhaupt gänzlich verloren; da ist gar nichts mehr; und das danken wir dem Achtkundentag.

(Sehr richtig!)

Das muß hier von uns heute in das Land gerufen werden, daß dieses Hineintragen der Politik in die Landwirtschaft zum Verhungern des deutschen Volkes führt, bereits in diesem Jahre!

(Sehr richtig!)

Der liebe Gott hat bei uns und in der ganzen Welt für die Landwirtschaft seine Bedingungen vorgeschrieben: „Solange die Erde besteht, wird nicht aufhören Saat und Ernte“; aber wenn der Mensch ihm in seine Maßnahmen hinein fährt in der Art und Weise, wie das bei uns geschieht, daß die Arbeitswilligen daran verhindert werden, solange die Sonne scheint, zu arbeiten, was bei uns im Osten doch die erste Bedingung irgend welcher ländlichen Produktion ist, während wir im Winter ja überhaupt wenig tun können infolge unseres Klimas und der früh eintretenden Dunkelheit, — dann darf man sich über den Mißerfolg nicht wundern. Wir sind darauf angewiesen, daß Mensch und Tier im Sommer arbeiten, solange die Sonne scheint. Wir gehen nicht zugrunde an den erhöhten Löhnen. Die erhöhten Löhne müssen selbstverständlich sein — in vernünftigen Umfang natürlich —; denn wenn die Leute alles, was sie kaufen, zu exorbitanten Preisen erwerben müssen, müssen sie natürlich höhere Löhne haben; das ist berechtigt. Die Abkürzung der Arbeitszeit ist unberechtigt, und sie muß zum Verhungern des Vaterlandes führen. Der Grund, der angegeben wird, daß in den kürzeren Stunden nun die Arbeit eine intensivere ist, ist falsch;

(Zustimmung)

im Gegenteil, wenn einmal die Disziplin gelockert ist, so führt es dazu, daß auch in den abgekürzten Stunden die Arbeit sich nicht mehr in dem Maße vollzieht, wie wir es früher gewöhnt waren.

(Sehr wahr!)

Auf einen Punkt noch möchte ich mir erlauben aufmerksam zu machen. Der Achtstundentag oder die abgekürzte Arbeitszeit gilt ja nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Anspannung. Die Anspannung kann man allenfalls ersetzen und durch Mehrbeschaffung erweitern. Ich habe beispielsweise bei mir auf meinem Gut meine Anspannung um 28 Maultiere verstärkt. Das bedeutet eine große Kapitalsaufwendung, es bedeutet 7 Gespannführer mehr, und es bedeutet doch, daß diese 28 Tiere fressen, daß das also nun doch der Allgemeinheit verloren geht und die ganze Sache dadurch unendlich verteuert wird. Die menschliche Arbeitskraft zu ersetzen ist mir nicht gelungen, das Maß der Arbeit ist zurückgegangen, polnische Arbeiter waren nicht erhältlich, und die, die aus den Städten zu uns kamen, habe ich Gott gedankt, in 24 Stunden wieder los zu werden; denn sie aßen mehr Kartoffeln, als sie ausnahmen.

(Seiterkeit.)

Diese Idee der verkürzten Arbeitszeit führt schon in diesem Jahre zu den furchtbarsten Schäden unseres Vaterlandes, und diese sind um so mehr zu beklagen, als weite Gebiete des Ostens, die Provinz Posen uns nicht mehr zur Verfügung gestanden hat. Wenn nun Westpreußen auch noch aufhört, so wird die Ernährung des deutschen Volkes um so schwieriger werden; und was Ostpreußen dann noch geben kann, das wird auch zum großen Teil nicht mehr von den Bestimmungen der deutschen Regierung abhängen, sondern es wird davon abhängen, wie denn nachher die Polen diesen Korridor zu handhaben gedenken, der geschaffen worden ist. Da können noch so viel Sicherheiten auf dem Papier stehen, wir wissen, wie das nachher in Wirklichkeit aussieht. Um so mehr und um so dringender muß der Ruf laut werden: Stört auf dem Lande nicht das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer! Wer das tut, begeht ein Verbrechen. Hindert die Leute nicht, zu arbeiten, solange die Sonne scheint im Sommer! Nur die Arbeit allein ist es, die uns wieder aufrichten kann. Was nützt denn künstlicher Dünger und alles andere, was wir zuwege bringen können! Herr von Wangenheim hat sehr richtig gesagt, daß die Auswahl des Saatgutes, die ja jetzt auch erschwert ist, automatisch die Ernteerträge steigert. Die Hauptsache ist doch aber, daß wir unsere Ernte in die Scheuern bringen. Ohne Arbeit in den Bergwerken muß das deutsche Volk erfrieren, und ohne Arbeit auf dem Lande muß es verhungern. Ich habe vor vielen Jahren — das fällt mir eben ein — auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte gesagt: diesem Ruf „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, der ja jetzt mit der Diktatur des Proletariats neu in die Erscheinung getreten ist, steht eine andere Tatsache gegenüber: nicht nur alle Räder stehen still, sondern alle Herzen hören auf zu schlagen, wenn die Landwirtschaft Feiertag macht.

(Sehr richtig!)

Hüte man sich davor, daran zu rühren. Wir stehen am Ende!

(Bravo!)

Geh. Reg. Rat von **Alting** (Nieder-Gauhe): Herr von Oldenburg hat mir das, was ich sagen wollte, vorweg genommen, ich brauche deshalb darauf nicht weiter einzugehen. Erzellenz von Braun hat gesagt, die Einführung einer gesetzlichen Arbeitszeit entspricht nicht den Bedürfnissen des landwirtschaftlichen Betriebs. Wenn je dies Wort richtig war, so hat sich dies in letztem Jahre erwiesen. Darüber hat einer quittiert, der über uns allen droben im Himmel waltet. Er hat gezeigt, wie falsch es ist, widersinnig in die Räder des Betriebs einzugreifen und sie wider-natürlich aufhalten zu wollen, indem er uns einen außergewöhnlich zeitigen Winter schickte, und wenn die Milliardenwerte, die noch als Saatfrucht in der Erde ruhen, jetzt verloren gehen, so werden es die Herren sich zuzuschreiben haben, die dazu

beigetragen haben, die Arbeitskraft auf dem Lande zu mindern und die Arbeitsunlust zu stärken. Alle die zahllosen Verordnungen, durch die man jetzt im letzten Moment die Arbeiter zur Hadsfruchtente aufs Land führen will, werden daran nichts ändern; das Unglück ist geschehen.

Im weiteren hat der Herr Referent die schönfärberische Erklärung erwähnt, die der Reichswirtschaftsminister Schmidt vor einigen Tagen über unsere Lage abgegeben hat. Man hat es für recht und richtig gehalten, der früheren Regierung und auch der Obersten Heeresleitung immer den Vorwurf zu machen, daß sie uns durch Schönfärberei irre geführt hätten. Die Schönfärberei, die hier getrieben worden ist, ist weit schlimmer. Sie kann sehr schwere Folgen haben; denn die Ernährungslage ist viel schlimmer, als sie vielleicht in irgendeinem Moment des Krieges gewesen ist.

Reichsrat Freiherr von Thüngen, Thüngen: Meine Herren, der starke Beifall, den Sie den Ausführungen des Herrn Referenten gezollt haben, und die Darlegungen der Herren Vorredner beweisen, daß er uns allen aus dem Herzen gesprochen hat. Er hat mit unerbittlicher Schärfe die Schwierigkeiten, in denen sich die Landwirtschaft befindet, geschildert, und er hat mit unerbittlicher Logik nachgewiesen, was daran zum großen Teile Schuld ist, abgesehen vom Kriege. Er hat uns damit eigentlich nicht viel Neues gesagt, wir haben das alle am eigenen Leibe reichlich erfahren und erfahren es noch jeden Tag. Aber ich würde es bedauern, wenn diese durchschlagenden Ausführungen nur in diesem Kreise blieben; ich bin der Ansicht, daß sie die weiteste Verbreitung verdienen, und daß, wenn sie richtig wirken sollen, wir dafür sorgen müssen, daß sie überall an die Adressen hinkommen, wo sie eigentlich hin müssen. Deshalb möchte ich anheim geben, das Referat von Exzellenz von Braun in Sonderabdrücken in möglichst zahlreichen Exemplaren herstellen zu lassen und überall dahin zu versenden, wo es hin gehört, namentlich auch an die politischen Zeitungen, an die Regierungen der Einzelstaaten und an alle die Adressen, die das zu beherzigen haben. Ich möchte namentlich auch wünschen, daß die Rede in den Städten weite Verbreitung findet, weil doch gerade da eine unglaubliche Unkenntnis heute vielfach über die Frage herrscht. Ich wollte also bitten, daß diese Rede nicht nur im Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats zu finden ist, sondern daß sie in möglichst zahlreichen Exemplaren überall verbreitet wird.

(Bravo!)

2. stellv. Präsident Birkf. Geh. Rat Dr. Mehnert, Meiningen bei Dresden: Ich darf wohl ohne weiteres Ihre Zustimmung dazu annehmen, daß wir den Wünschen des Antragstellers entsprechend für weitere Verbreitung der Ausführungen des Referenten Exzellenz von Braun sorgen.

Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet. Wir kämen dann zur Abstimmung über die Resolution, deren Verlesung wohl nicht erforderlich ist.

Meine Herren, wenn Sie nicht den Antrag stellen sollten, daß über die einzelnen Punkte dieser Resolution gesondert abgestimmt wird, möchte ich vorschlagen, daß wir über die Resolution en bloc abstimmen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Resolution nicht annehmen wollen, die Hand zu erheben. — Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Beschluß:

1. Lage und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft.

1. Die Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands die erste und wichtigste Aufgabe des

Staates, da von ihr das Leben des Volkes und die Möglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufstieges abhängt. Dieser Aufgabe müssen alle anderen politischen und wirtschaftlichen Rücksichten nachgeordnet werden.

2. Wir fordern deshalb von der Regierung, daß sie die materiellen und ideellen Voraussetzungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sofort wieder herstellt und zwar vor allem dadurch, daß sie

- a) alle Hindernisse beseitigt, die der Gewinnung von ausreichenden Arbeitskräften für die Landwirtschaft entgegenstehen und jede Störung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermeidet,
- b) durch ausreichende Belieferung der Düngemittelindustrie mit Kohlen, und durch die Förderung der Einfuhr von Phosphaten eine reichliche Beschaffung von künstlichem Dünger ermöglicht,
- c) der Landwirtschaft die freie Verfügung über die im Inland erzeugten Futtermittel gibt und durch Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland den Wiederaufbau des Viehstandes und die Wiederaufnahme der Mast ermöglicht,
- d) alle den wirtschaftlichen Betrieb einengenden Vorschriften der Zwangswirtschaft einschließlich der Höchstpreise so rasch als möglich beseitigt,
- e) die volle Sicherheit des Besitzes, des Eigentums und der Vererbung von landwirtschaftlichem Grundeigentum und Betriebsmitteln garantiert,
- f) dem landwirtschaftlichen Berufsstand die volle Freiheit der Selbstverwaltung und den gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung gewährleistet.

3. Alle landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungskörper einschließlich der Arbeitnehmerverbände sollen sich zu machtvoller Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zusammenschließen.

4. Die Vereinigung aller Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften zu einem Nationalverband ist anzustreben.

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1919.

Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes.

Vorbereitet von dem Berichterstatter Dr. Adami, Direktor der Landwirtschaftskammer, Kiel.

- I. Der gesetzliche Ausbau der öffentlich-rechtlichen Vertretung der Landwirtschaft (Landwirtschaftskammern) ist vor allem erforderlich:
 1. im Interesse der besseren Einwirkung auf die landwirtschaftliche Erzeugung sowie die volkswirtschaftlich zweckmäßige Verwertung der Erzeugnisse,
 2. zur Schaffung einer wirkungsvolleren Vertretung der landwirtschaftlichen Berufsinteressen.
- II. Parteipolitische Rücksichten dürfen auf den Ausbau der Landwirtschaftskammern und ihre Tätigkeit keinen Einfluß haben.
- III. In organisatorischer Hinsicht ist beim Ausbau der Landwirtschaftskammern vor allem wichtig:
 1. Schaffung einer aus Wahlen hervorgehenden lückenlosen Stufenreihe von Vertretungskörpern, die von der breiten Grundlage der Einzelgemeinden ausgehend in den höheren Verwaltungsbezirken die notwendige Zusammenfassung bringt und schließlich im Staat und im Reich in einheitlicher Spitze endet.
(Gemeinbeabteilung | Kreisabteilung | der Landwirtschaftskammern,
Provinzial- oder Bezirkslandwirtschaftskammern,
Hauptlandwirtschaftskammer für den Staat,
Reichslandwirtschaftskammer);
 2. Einführung eines Wahlverfahrens, welches allen im Hauptberufe in der Landwirtschaft tätigen über 25 Jahre alten Personen einschließlich der ständigen landwirtschaftlichen Arbeiterschaft und der Frauen die Teilnahme an den Wahlen ermöglicht.
- IV. Den untersten Vertretungskörpern (Gemeinbeabteilungen) müssen alle in ihrem Bereich ansässigen Berufszugehörigen angehören. Von diesen

aus erfolgt die Wahl zu den nächsthöheren Vertretungskörpern auf Grund einer Gruppeneinteilung, die der wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Gruppen (nach Maßgabe von Fläche, Grundsteuerreinertrag und Arbeitsleistung) unter den jeweiligen besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen hat.

- V. Die landwirtschaftliche Berufsvertretung muß die Landwirtschaft im weitesten Sinne umfassen, einschließlich Milchwirtschaft, Gärtnerei, Obst- und Weinbau, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei in Binnengewässern, Imkerei und landwirtschaftliche Nebenbetriebe.

Den Sonderbedürfnissen der einzelnen Gewerbszweige ist durch Ausbau der Sachausschüsse Rechnung zu tragen.

- VI. Die Umlage zu den Landwirtschaftskammern ist nach Größe und wirtschaftlicher Kraft der Betriebe, sowie nach der Arbeitsleistung (Fläche, Grundsteuerreinertrag, ständige Arbeitskräfte) zu bemessen und von allen wahlberechtigten Zugehörigen zu erheben.

- VII. Die mit der Stellung der Landwirtschaftskammern als öffentlich-rechtlicher Körperschaften verbundene Staatsaufsicht darf zu keiner sachlichen Einengung der Tätigkeit der Kammern auf dem ihnen zugewiesenen Arbeitsgebiete führen.

- VIII. Das freie Vereinswesen und die Bildung besonderer freier Interessen- und Fachverbände innerhalb der Landwirtschaft wird durch den Ausbau der Landwirtschaftskammern nicht berührt.

Berichterstatter Direktor Dr. A s m i s (Kiel): Meine sehr geehrten Herren, der preußische Landwirtschaftsminister hat vor kurzem in der Landesversammlung mitgeteilt, daß das Reichswirtschaftsministerium augenblicklich damit beschäftigt sei, für das Reich ein einheitliches Gesetz über die landwirtschaftliche Berufsvertretung vorzubereiten. Dieses Reichsgesetz soll allerdings nur ein Rahmengesetz sein, innerhalb dessen den einzelnen Landesregierungen weitgehende Freiheit bleiben soll. Sobald das Reichsgesetz vorliegt, will auch der preußische Landwirtschaftsminister für Preußen ein entsprechendes Gesetz vorlegen.

Die Absichten des Reichswirtschaftsministeriums über die Ausgestaltung des Rahmengesetzes kennen wir im Augenblick noch nicht. Für Preußen liegt bereits ein im Landesökonomikollegium bearbeiteter Entwurf eines Gesetzes über die landwirtschaftliche Berufsvertretung vor, der Ihnen auch allen bekannt sein wird.

Demnach ist die Lage heute also so, daß wir zu dem Reichsrahmengesetz mangels entsprechender Unterlagen noch keine bestimmte Stellung nehmen können und daß in Preußen von den dort zuständigen Stellen bereits bestimmte Vorschläge für das zu erlassende Landesgesetz gemacht worden sind.

Wenn wir uns hier nun heute erneut mit der Frage der Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes zu befassen haben, so glaube ich, kann es sich für uns nur darum handeln, in ganz großen Zügen die Hauptgesichtspunkte zusammenzufassen, die für den Ausbau der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung maßgebend sein müssen. Auf die freien Organisationen einzugehen, also das Vereinswesen, das Genossenschaftswesen, die D. L. G. und vor allen Dingen auf die wirtschaftlich-politischen Bünde, liegt wohl nicht in meiner Aufgabe. Ebenso wenig möchte ich auf die Entstehung und die bisherige Entwicklung der preußischen Landwirtschaftskammern eingehen und ebenso wenig auf die derzeitige Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen in den außerpreußischen Bundesstaaten. Alle diese Einzelfragen sind ja im letzten Jahre schon eingehend in der Presse und in Beratungen behandelt worden.

Es handelt sich also heute nur um die Stellungnahme zu der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung, d. h. derjenigen durch Gesetz geschaffenen und mit Besteuerungsrecht ausgestatteten Berufsvertretung, die gesetzlich als die Berufsvertretung anerkannt ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß es nur eine solche öffentlich-rechtliche Berufsorganisation geben kann. Deshalb möchte ich auf die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, noch andere Organisationen als öffentlich-rechtlich anzuerkennen, speziell die verschiedenen Provinzialbauern- und Landarbeiterräte, nicht eingehen und sie als öffentlich-rechtliche Berufsorganisationen der Landwirtschaft zurückweisen. Es kann nur eine öffentlich-rechtliche Vertretung geben, und das sind bei uns die Landwirtschaftskammern.

Die Überzeugung von der Notwendigkeit des Ausbaues der Landwirtschaftskammern wird heute wohl innerhalb und außerhalb der Kammern überall geteilt. Wenn aber hierfür von gewissen politischen Kreisen vor allem angeführt wird, daß die bisherige Zusammensetzung der Kammern in der heutigen demokratischen Epoche nicht mehr zeitgemäß sei und deshalb der Ausbau notwendig sei, so kann ich das als eine sachliche Begründung nicht anerkennen. Alle Stellen, denen das Wohl der Landwirtschaft ernstlich am Herzen liegt, sollten vielmehr solche parteipolitischen Erwägungen bei der Reform der Landwirtschaftskammern gänzlich ausschalten. Die Kammern selber haben bisher jede Parteipolitik von sich fern gehalten. Wir können auch nur dringend wünschen, daß ebenso in Zukunft bei dem Neuaufbau der Kammern als einer rein wirtschaftlichen Berufsvertretung an diesem Grundsatz festgehalten wird. Gerade jetzt in der schwierigen Zeit des Wiederaufbaus der Landwirtschaft könnten parteipolitische Strömungen und Kämpfe die so dringend notwendige ruhige aufbauende Arbeit in unserem Gewerbe nur aufs Äußerste stören zum Schaden der Landwirtschaft und zum Schaden der gesamten Volksernährung.

Was verlangen wir von der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung? Ihre Hauptaufgaben waren bisher und werden es auch in Zukunft sein:

Erstens die Interessenvertretung der gesamten Landwirtschaft, also des Gewerbes in seiner Allgemeinheit,

sowie zweitens die größtmögliche Förderung der Technik des Gewerbes,

d. h. also Produktionssteigerung einschließlich der volkswirtschaftlich besten Verwertung der Erzeugnisse.

Das sind die beiden Kernpunkte für die Aufgaben jeder öffentlich-rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretung, an die sich alle übrigen Aufgaben anlehnen.

Diesen beiden Aufgaben haben aber die Landwirtschaftskammern — das, glaube ich, müssen wir offen zugeben — in ihrer bisherigen Zusammensetzung nicht mehr genügend entsprechen können. Das haben uns die Erfahrungen des Krieges und die Ereignisse während und nach der Revolution klar erwiesen. Während des Krieges vermochten die Landwirtschaftskammern in ihrer alten Form den plötzlich neu auftauchenden Aufgaben auf dem Gebiete der Volksernährung nicht zu entsprechen. Deshalb wurden diese Aufgaben von anderen Organen — in der Hauptsache von den Kommunalverbänden und der großen Zahl der neugegründeten Kriegsgesellschaften, also sachmännisch nicht genügend vorgebildeten Stellen — übernommen.

Es ist wohl kein Zweifel, daß sich die ganze Aufbringung der Lebensmittel viel reibungsloser und mit viel weniger Erbitterung hätte durchführen lassen, wenn eine mit den notwendigen Organen versehene Berufsvertretung der Landwirtschaft diese Arbeit selber hätte übernehmen können. Den bisherigen Landwirtschaftskammern fehlte aber der hierzu unerläßliche bis in jede einzelne Gemeinde

hinreichende Ausbau nach unten, sowie auch die nötige handlungsfähige Zusammenfassung in der Spitze.

Während und nach der Revolution zeigte sich der Mangel vor allem in der völlig unzureichenden Vertretung des landwirtschaftlichen Berufes im öffentlichen wirtschaftlichen Leben. Schon früher hatte die Landwirtschaft bei dem starken Zurückbleiben der Zahl ihrer Berufszugehörigen gegenüber den übrigen Erwerbsständen schwer zu kämpfen, um die ihr gebührende Anerkennung im öffentlichen Leben durchzusetzen. Jedoch hatten wir in der königlichen Staatsregierung eine im Prinzip unparteiische, über den Parteien stehende Regierung, die sich ehrlich bemühte, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Berufsstände herbeizuführen. Die heutige parlamentarische Parteiregierung ist ja nach der neuen Verfassung lediglich ein Ausschuß der jeweils sich zu einer Mehrheit zusammenschließenden Parteien. In ihr bilden notwendigerweise parteipolitische Anschauungen und Rücksichten die oberste Richtschnur des Handelns. Für eine sorgfältige Prüfung und Berücksichtigung der Berufsinteressen der verschiedenen Erwerbsstände bleibt wenig Platz. Um so mehr müssen sich die Angehörigen der einzelnen Berufe ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Stellung in Berufsvertretungen zusammenfinden, um durch diese den Interessen des einzelnen Berufsstandes in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen. Nur dadurch wird der Parteiregierung die notwendige Ergänzung und ein gewisses Gegengewicht gegen das Überwuchern der Parteiinteressen gegeben.

Will man diesem doppelten Mangel der unzureichenden Interessenvertretung und der ungenügenden unmittelbaren Einwirkung auf die Produktionsmöglichkeiten abhelfen, so kann das nur geschehen durch eine sorgfältige Gliederung der ganzen Berufsvertretung und eine unmittelbare Interessierung und Mitarbeit der breiten Masse der Berufsangehörigen an den Arbeiten der Berufsvertretung, um dadurch zugleich den nötigen Rasonnanzboden im Lande zu schaffen. Es ist also im wesentlichen dasselbe Ziel, was schon das alte Kammergesetz mit den Worten „korporative Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes“ ausdrückte, was aber doch durch das alte Gesetz praktisch nicht erreicht worden ist.

Aus diesen Gründen ist also die Ausgestaltung der Kammern erforderlich, und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkt, daß den bisherigen Landwirtschaftskammern ein organischer Unterbau sowie eine handlungsfähige Spitze gegeben wird und daß der breiten Masse der Berufszugehörigen die Mitarbeit in diesen Organen durch ein zweckmäßig ausgearbeitetes Wahlverfahren ermöglicht wird.

Beide Forderungen stehen im engsten Zusammenhang miteinander. Denn wenn nicht etwa die Mitarbeit der breiten Massen des Berufsstandes eine bloße Fiktion sein soll, dann brauchen wir auch für die einzelnen Angehörigen des Berufsstandes die ihnen räumlich erreichbaren Stellen, an denen sie sich wirklich Rat in ihrem Gewerbe holen und wo sie selber ihre Meinung zum Ausdruck bringen können.

Deshalb empfiehlt sich ein Aufbau der ganzen Berufsvertretung in der Weise, daß in der untersten Stufe der Berufsvertretung, also der einzelnen Gemeinde, sämtliche Berufsangehörige der örtlichen Berufsorganisation angehören.

Die nächst höhere Stufe würde die „Kreisabteilung der Landwirtschaftskammer“ sein, die, für einen oder mehrere Kreise gebildet, aus Wahlen der Berufszugehörigen des Kreises in bestimmten Gruppen hervorgeht. Auf diese Bezeichnungen — Gemeindeabteilung und Kreisabteilung der Landwirtschaftskammer — ist großes Gewicht zu legen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß diese örtlichen Stellen Organe der Landwirtschaftskammer sein sollen. Denn wenn etwa lauter

selbständige Kreiskammern entstehen sollten, so käme es zu einer ungeheuren Zersplitterung. Die einheitliche Spitze muß in der Provinz oder in den Bundesstaaten liegen. Die Kreisabteilungen würden zugleich die Wahlkörper für die Provinzial- oder Bezirkslandwirtschaftskammern sein, die dann ihrerseits wieder die Wahl zu der Hauptlandwirtschaftskammer des Staates und schließlich zur Reichslandwirtschaftskammer vorzunehmen hätten. Dieser Aufbau von unten auf ist in der Theorie leicht konstruiert, in Praxis aber nicht ohne Schwierigkeiten durchzuführen. Denn durch die Wahlvorschrift muß zugleich gewährleistet werden, daß die einzelnen wirtschaftlichen Gruppen des Berufes auch in den verschiedenen Gliedern der Berufsvertretung entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung vertreten sind. In der Ausgestaltung der Einzelheiten der Wahlvorschriften müßte den Landwirtschaftskammern selbst weitgehende Freiheit belassen werden, um die Vertretungskörper den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen jeweils anpassen zu können. Diese einzelnen Vertretungskörper in der Gemeinde, im Kreise, in der Provinz, im Staate und im Reiche würden zugleich der Mittelpunkt und das feste Gerippe für die gesamten landwirtschaftlichen Bestrebungen des betreffenden Bezirks abzugeben haben. An sie können sich die neben dieser öffentlich-rechtlichen Organisation bestehenden freien Organisationen anschließen, dergestalt, daß an die einzelne Kreisabteilung sich sämtliche landwirtschaftlichen Vereinigungen des betreffenden Kreises anschließen und dadurch auch die unmittelbare Verbindung mit der Landwirtschaftskammer als dem Hauptträger der Berufsvertretung und zugleich Förderung und Rückhalt in ihren Sonderaufgaben erhalten.

Allerdings denke ich mir einen derartigen Anschluß der einzelnen Fach- und Sonderorganisationen an die verschiedenen Stufen der Berufsvertretung lediglich in loser Form. Ich möchte davor warnen, etwa diese freien Organisationen zu einem organischen Gliede der öffentlich-rechtlichen Vertretung zu machen. Denn wo soll da die Grenze sein? Man wüßte nicht, wie weit man in der Heranziehung der freien Verbände gehen sollte. Wenn es auch in den unteren Stellen vielleicht noch zu ertragen wäre, so würde es doch namentlich in den oberen Spitzen zu einer unmöglichen Konstruktion führen, falls man etwa die oberen Spitzen nicht nur aus gewählten Mitgliedern zusammensetzen wollte, sondern auch aus Vertretern der verschiedenen freien, ganz anders gearteten Organisationen. Dieser Vorschlag ist ja vielfach gemacht worden. So bestehend er auch im ersten Augenblick erscheint, um eine Zusammenfassung aller Organisationen herbeizuführen, so wenig erscheint er in der Praxis als durchführbar. Es würden eine sehr große Anzahl von Einzelorganisationen zu dieser Vertretung in der Landwirtschaftskammer in Frage kommen, z. B. die verschiedenen Genossenschaftsverbände, der Verein für Wohlfahrtspflege, die große Zahl der Fachorganisationen, schließlich müßte man noch die verschiedenen Wirtschaftsverbände, Zuchtverbände, die D. L. G. und viele andere hineinnehmen. Man kann sich schwer ein Bild davon machen, auf welche Weise es möglich sein sollte, alle diese Organisationen als solche ausdrücklich in den Landwirtschaftskammern vertreten sein zu lassen. Die führenden Männer der einzelnen Organisationen werden doch auch sowieso persönlich in die öffentlich-rechtliche Vertretung vielfach hineingewählt werden; denn das sind ja doch schließlich die führenden Landwirte, die das Vertrauen ihrer Berufsgenossen genießen. Wollte man aber diese Herren als Vertreter der einzelnen Organisationen an der Landwirtschaftskammer teilnehmen lassen, so würden sie gezwungen sein, sich an die Instruktionen zu halten, welche sie von ihren Organisationen erhielten, und die Landwirtschaftskammer würde in ihrer Beschlussfähigkeit sehr gebunden sein. Es würden immer erst Sonderbeschlüsse der Organisationen notwendig sein, so daß ein außerordentlich schwerfälliges Verfahren dadurch entstehen würde, welches

mit einer kraftvollen Berufsvertretung unvereinbar ist. Eine Vertretung der Einzelorganisationen würde in viel besserer Form dadurch erzielt werden können, daß **Fachauschüsse** gebildet und dort die Vertreter der Einzelorganisationen hineingewählt werden. Dort könnte außerordentlich viel praktischere Arbeit geleistet werden. Was nützt es z. B., wenn in einer Vollversammlung von 100 Mitgliedern ein Vertreter der Genossenschaften sich 99 anderen Vertretern gegenübersteht? Er wird sich da doch nicht durchsetzen können, während in einem **Fachauschuß**, der ganz überwiegend aus Spezialisten zusammengesetzt ist, natürlich eine ganz andere Verfolgung der Sonderinteressen möglich ist. Es sei daran erinnert, daß z. B. beim preussischen Landesökonomikollegium auch schon dieser Weg beschritten ist, indem für die Forstwirtschaft ein **Forstausschuß** gebildet worden ist, der sich außerordentlich gut bewährt hat.

Nun noch einige Einzelheiten über die Bildung der Berufsvertretungen! Es erhebt sich zunächst die Frage: **welche Gewerbe** sollen durch das Gesetz erfasst werden? Ich glaube, es gibt hierauf nur eine Antwort: die Landwirtschaft im weitesten Sinne unter Einfügung alles dessen, was zu den Urgewerben gehört, also auch einschließlich der Milchwirtschaft, der Gärtnerei, des Obst- und Weinbaues, der Forst- und Jagdwirtschaft, der Fischerei in Binnengewässern, der Zimkerei sowie der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe.

Es sind ja in den letzten Jahren mancherlei Bestrebungen zutage getreten, die für den einen oder anderen Zweig, z. B. für die Forstwirtschaft, für die Gärtnerei eine Sondervertretung suchten. Gerade die neuere Entwicklung hat aber, wie es scheint, der Auffassung recht gegeben, daß die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit durch eine einheitliche öffentlich-rechtliche Organisation vertreten sein muß. Bei der in unserem öffentlichen Leben ungeheuer schwierigen Stellung der Landwirtschaft können wir gerade jetzt weniger als je eine Zersplitterung zwischen den verschiedenen Teilen des Gewerbes brauchen. Das liegt weder im Interesse der Gesamtlandwirtschaft, noch im Interesse der einzelnen Gewerbezweige, noch schließlich im gesamten staatlichen Interesse. Es kann für die landwirtschaftlichen Vertretungskörper und für das Gewicht ihrer Stellungnahme nur förderlich sein, wenn sie sich auf eine möglichst breite Unterlage stützen. Die einzelnen Gewerbezweige, die etwa eine Sondervertretung anstreben, müssen sich vergegenwärtigen, daß sie bei dem heutigen rücksichtslosen Interessentkampf einfach an die Wand gedrückt würden und zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wären, wenn sie sich nicht an eine umfassende Organisation von genügendem Schwergewicht anlehnen können. Wir müssen erwarten, daß die Sonderinteressen zwischen den einzelnen Zweigen des Gewerbes im Schoße der eigenen Organisation ausgekämpft werden. Weitgehende Arbeitsteilung und die Bildung besonderer **Fachauschüsse** in den Vertretungskörpern scheint einen Weg hierzu zu geben.

Aber auch für die Regierung dürfte es nur eine Erleichterung ihrer Arbeiten sein, wenn sie auf diese Weise einheitliche Gutachten erhält und nicht immer wieder von den aller verschiedensten Einzelstellen mit Sonderanträgen und Sonderwünschen bombardiert wird.

Es fragt sich dann weiter, **welche Personalkreise** in den landwirtschaftlichen Vertretungskörpern vertreten sein sollen. Hierauf dürfte die Antwort lauten: alle Personen, die die Landwirtschaft im Hauptberuf betreiben, die also ihren Erwerb aus dem landwirtschaftlichen Betriebe, und zwar ganz gleich in welcher Stellung, haben, seien es nun Unternehmer, Beamte oder Landarbeiter. Auch die **Frauen** wird man in Zukunft nicht von den Wahlen ausschließen können, nachdem ihnen sonst im öffentlichen Leben das Wahlrecht zugestanden ist. Dabei möchte ich aber scharf betonen, daß nicht etwa nur die

selbstwirtschaftende Frau und die Arbeiterin zum Wahlrecht zugelassen sein soll, sondern vor allem auch die Bauersfrau, die ja die Hauptlast der bäuerlichen Frauenarbeit trägt.

*(Sehr richtig!)

Es fragt sich weiter, von welchem *Alter* ab die Wahlberechtigung erfolgen soll. Es besteht da, soweit bekannt ist, eine starke Strömung, dieselbe Wahlberechtigung wie bei den politischen Wahlen zuzubilligen, nämlich das Alter auf 20 Jahre festzusetzen. Wir haben wohl alle Ursache, uns dagegen aufs Schärfste auszusprechen. Ein Mindestalter von 25 Jahren dürfte angebracht sein. Man darf nicht vergessen, daß es sich hier um eine Berufsvertretung handelt. Der junge Mann im Alter von 20 Jahren ist vielfach gerade eben zur Berufswahl gelangt oder er ist gerade erst aus der Lehre gekommen. Da kann man nicht verlangen, daß er da schon bei den großen entscheidenden Fragen des Gesamtgewerbes mitwirken soll. Deshalb müssen wir mit allem Nachdruck betonen, daß das Wahlrecht erst vom 25. Jahre ab gegeben werden darf.

Schwieriger ist hierbei noch die Frage zu beurteilen, wie denn nun die *juristischen Persönlichkeiten*, die landwirtschaftliche Betriebe unterhalten, zu behandeln sind, z. B. der Fiskus, die Städte, Universitäten, Klöster und andere Körperschaften, die ja zum Teil recht große Flächen in ihrer Hand haben und zum Teil auch für eigene Rechnung bewirtschaften. Zweifellos haben ja auch diese Grundbesitzer Anteil an dem Erfolg und deshalb größtes Interesse an den Arbeiten der Landwirtschaftskammern. Sie müssen also zweifellos nach Maßgabe ihrer Betriebe zu den Lasten herangezogen werden. Dann würde es aber auch nur der Billigkeit entsprechen, ihnen eine Vertretung bei Ausübung der Rechte, insbesondere des Wahlrechts, zu geben.

Noch ein Wort über die Beteiligung der *Gutsangestellten* und der *Landarbeiter* in den Landwirtschaftskammern. Wie schon vorhin ausgeführt, sollen auch diese, soweit sie hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betriebe tätig sind, mitwirken, aber wohlgemerkt, nach Maßgabe der wirtschaftlichen Bedeutung der betreffenden Personengruppe. Das bedeutet etwa folgendes: wir haben in der Landwirtschaft etwa $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl der Berufszugehörigen, die den Kreisen der Unternehmer nahestehen, und nur rund $\frac{1}{3}$, bei denen reine Arbeiterinteressen vorliegen. Es würde also vollkommen unlogisch sein, wollte man etwa den Arbeitern zahlenmäßig den gleichen Anteil einräumen, wie den Unternehmern. Aber es ist ferner zu berücksichtigen, daß doch bei einer Berufsvertretung nicht allein die Anzahl der Menschen, die in dem Beruf arbeiten, zu berücksichtigen ist, sondern auch die anderen Grundlagen des Berufs, also der Boden und das Betriebskapital. Aus diesen Erwägungen heraus sind alle Bestrebungen, die Bildung der Vertretungskörper etwa nach dem sogenannten Paritätsprinzip zu schaffen, grundsätzlich zu verwerfen. Denn diese „Parität“ würde die tiefste Ungerechtigkeit bedeuten, weil eben die schon der Zahl nach weit stärkere Gruppe der Unternehmer, d. h. der Bauern und ihrer Angehörigen, viel zu kurz dabei kommen würde. Die „Parität“ im Sinne der Besetzung von $\frac{1}{2}$ Arbeitgebern und $\frac{1}{2}$ Arbeitnehmern ist überhaupt für eine allgemeine Berufsvertretung ein völlig ungeeigneter Begriff. Hier handelt es sich ja gar nicht um Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerinteressen, sondern um allgemeines Berufsinteresse. Alle Vertreter in solcher Körperschaft müssen das eine gleiche oberste Ziel ihres Handelns haben: die Wohlfahrt und das Gedeihen der Gesamtwirtschaft. Nur dann, wenn die Arbeiter sich zu diesem gegenüber einer einseitigen Klassenpolitik höheren Standpunkt aufzuschwingen vermögen und sich zugleich die nötigen allgemeinen Kenntnisse aneignen, werden sie mit wirklichem Erfolge an der Gesamtarbeit des Berufes teilnehmen

können. Tun sie das aber, dann ist auch kein Grund vorhanden, etwa die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Vertreter von den allgemeinen Fragen des Berufsstandes, z. B. Fragen der Zollpolitik, Wirtschaftspolitik, Fachschulwesen und ähnliche Fragen, die mit dem Arbeitsverhältnis als solchem nichts zu tun haben, auszuschließen. Wer in eine allgemeine Berufsvertretung eintritt, hat eben die Interessen dieses Berufs in seiner Gesamtheit zu vertreten und nicht überall bei jeder Frage Sonderinteressen nachzulaufen, sonst ist er für solchen Posten ungeeignet. Für diejenigen Stellen, in denen die Fragen des Arbeitsverhältnisses behandelt und also die Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeglichen werden sollen, da ist natürlich eine paritätische Besetzung durchaus anzuerkennen, z. B. in besonderen Ausschüssen für Arbeiterfragen, Arbeitsgemeinschaften oder wie man sie sonst nennen will.

Die Arbeiter haben früher oft erklärt, daß ihr wichtigstes Ziel die Anerkennung völliger Gleichberechtigung ihres Standes im öffentlichen Leben sei. Diese Gleichberechtigung haben sie sich äußerlich durch die Revolution gesichert. Wollen sie auch innerlich von den übrigen Berufskreisen als wirklich gleichberechtigt anerkannt werden, so müssen sie auch lernen, sich nicht überall einseitig als Arbeiter, sondern als Teile des Gesamtberufs zu fühlen und dementsprechend für die Interessen des Gesamtberufes einzutreten.

Es ist aber klar, daß bei einer wirtschaftlichen Interessenvertretung auch die wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Zusammenfassung der einzelnen Vertretungskörper berücksichtigt werden müssen. Der Grundsatz völliger Gleichberechtigung aller Einzelpersonen läßt sich auf wirtschaftliche Vertretungskörper nicht übertragen. Deshalb müssen die einzelnen Vertretungskörper entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Berufsgruppen zusammengefaßt werden. Als Maßstab für eine solche Gruppenbildung bei den Wahlen zu den Landwirtschaftskammern erscheinen die landwirtschaftliche Fläche, der Grundsteuerreinertrag und die Arbeitsleistung geeignet. Bei gleichzeitiger Anwendung dieser verschiedenen Maßstäbe nebeneinander, wird wohl die gerechteste Grundlage für die Gruppenbildung zu finden sein.

Bei der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Provinzen und innerhalb dieser — namentlich auch nach der Verkehrs Lage zu den großen Städten — lassen sich aber allgemein gültige Grenzen für diese Gruppenbildung nicht geben. Die Einteilung wird deshalb den Landwirtschaftskammern selbst überlassen sein müssen.

Für die Kostenaufbringung der Kammern ist es sehr schwer, einen einheitlichen Maßstab zu gewinnen, wenn Unternehmer, Beamte und Arbeiter nebeneinander vertreten sein sollen. Durch eine Abstufung der Umlage nach Fläche, Grundsteuerreinertrag und Arbeitsleistung, also nach den gleichen Maßstäben, wie auch die Gruppenbildung bei den Wahlen geschehen soll, würde sich wohl eine gerechte Belastung herbeiführen lassen. Daneben wird aber vor allem auch dem Gebührenprinzip ein weiterer Ausbau zuzubilligen sein, damit jeder, der die Kammer in größerem Umfange in Anspruch nimmt, entsprechend der Belastung der Kammer, auch zu den Kosten herangezogen wird. Nähere Vorschläge über die Verteilung der Umlage sind für Preußen in der Denkschrift des Landesökonomikolegiums niedergelegt worden.

Über die Rechtsstellung der Landwirtschaftskammern und ihrer zukünftigen Organe als öffentlich-rechtliche Körperschaften ist kein Zweifel. Denn gerade diese Eigenschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft ist ja ein wesentlicher Begriffbestandteil der Kammern überhaupt. Umstritten dürfte allerdings das Maß der Staatsaufsicht sein, welches gegenüber den Landwirtschafts-

Kammern zur Anwendung kommen soll. Aus verschiedenen Vorgängen in der letzten Zeit scheint sich zu ergeben, daß zum Teil bei der Regierung die Neigung besteht, die Staatsaufsicht gegenüber dem früheren Brauche zu verschärfen. Das würde eine außerordentlich bedenkliche Entwicklung sein. Wenn die Landwirtschaftskammern wirklichen Wert als Interessenvertretung haben, und das Vertrauen der breiten Masse der Landwirte behalten sollen, dann müssen sie auch unbedingt ihre eigenen Angelegenheiten selbständig regeln und ihre Meinung frei vertreten können, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre Meinungen mit denen der regierenden Herren einmal in Widerspruch stehen. Während des Krieges haben die Kammern durch die aus allgemeinen Rücksichten gebotene Unterstützung der behördlichen Anordnungen, die in Widerspruch zu der Auffassung der Landwirte standen, leider viel von dem Vertrauen der breiten Masse der Landwirte eingebüßt. Gerade dadurch sind Neubildungen und neue Vertretungskörper in großer Zahl auf freier unabhängiger Grundlage entstanden.

Das sollte eine Warnung für die Regierung sein. Würde irgendwie versucht werden, durch eine den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht werdende Zusammenfassung der Kammern oder durch eine über das unbedingt gebotene Maß hinausgehende Staatsaufsicht Zusammenfassung und Tätigkeit der Kammern in Widerspruch mit der breiten Masse der Landwirte zu bringen, so würden die Kammern in ihrer Bedeutung außerordentlich verlieren. Die Regierung würde damit die Landwirte in die wirtschaftspolitischen freien Organisationen geradezu hineindrängen, und ganz zweifellos würden neue Zusammenschlüsse auf freier Grundlage entstehen. Für die Provinz, die ich zu vertreten die Ehre habe; für Schleswig-Holstein, — und ähnlich wird es überall liegen — kann ich jedenfalls erklären, daß an dem Tage, an dem eine Knebelung der Kammern einsetzen sollte, eine freie umfassende Organisation entstehen würde, die ihrer Meinung mit aller Schärfe Ausdruck geben würde, unbekümmert um die Meinung der Regierung. (Sehr richtig!)

Zum Schluß möchte ich noch dringend befürworten, bei der Neuorganisation an die bestehenden Körperschaften, also dort, wo sie schon vorhanden sind, an die Landwirtschaftskammern anzuknüpfen. An sich ist der Name ja gleichgültig, ob man z. B., wie es in Bayern vorgeschlagen war, den Namen Bauernkammern oder auch Bauernrat wählen will. Der „Rat“ hat ja einen üblen Klang in seiner allgemeinen Bedeutung in der letzten Zeit bekommen. Aber wir hatten ja auch schon vorher einen Landeskulturrat in Sachsen und ebenso den Deutschen Landwirtschaftsrat selber. Ist also der Name an sich gleichgültig, so soll man ihn doch nicht ohne Not ändern, und wenn man eine ruhige Fortentwicklung sichern will und nicht unnötig die bisherige praktische Arbeit der Kammern und deren Weiterführung stören will, so soll man an die bestehenden Einrichtungen anknüpfen und sie durch Ausbau der neuen Zeit anpassen, aber nicht das Alte reslos zerbrechen und dann Neues aufbauen wollen, von dem kein Mensch weiß, ob es besser oder auch nur ebenfogut wird, wie das Alte. Denn das müssen doch die alten Landwirtschaftskammern für sich in Anspruch nehmen, daß sie während des Vierteljahrhunderts ihres Bestehens die ihnen gestellten Aufgaben, so gut, wie es nun einmal im Rahmen der ihnen durch das Gesetz vorgeschriebenen Organisationen möglich war und wie es billigerweise verlangt werden konnte, erfüllt haben. Keine Kritik und keine Mißgunst kann darüber hinweg gehen, daß unsere deutsche Landwirtschaft während des Bestehens — und ich kann wohl sagen, auch gerade wegen des Bestehens — der alten Landwirtschaftskammern eine Blüte erreicht hat, wie noch nie zuvor. Wir standen in Deutschland vor dem Kriege obenan in der Landwirtschaft in der ganzen Welt. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten öffneten sich

in jeder Richtung. Wir durften hoffen, mit den uns bis dahin bekannten Hilfsmitteln die Produktion unserer Landwirtschaft noch einmal zu verdoppeln. Der Krieg und noch mehr die Revolution mit ihren Folgeerscheinungen haben uns weit, um viele Jahrzehnte zurückgeworfen. Unsere augenblickliche Wirtschaftspolitik zerstört in rasendem Tempo die Grundlagen der Blüte unseres Gewerbes. Noch sehen wir leider keinerlei Ansätze zu einem Wiederaufstehen der Landwirtschaft. Im Gegenteil müssen wir fürchten, daß wir immer schwereren Zeiten in der Landwirtschaft und damit auch in der Volksernährung entgegengehen.

Um so mehr bedürfen wir nun aber einer in jeder Hinsicht kraftvollen Berufsvertretung. Wir wollen hoffen, daß es den alten Landwirtschaftskammern in dem neuen Gewande, welches sie jetzt erhalten werden, gelingen möge, unsere Landwirtschaft einer neuen Blütezeit entgegenzuführen!

Der Antrag, den ich Ihnen vorzulegen habe, liegt gedruckt vor. Ich brauche ihn wohl nicht zu verlesen, ich glaube auch, daß ich ihn in den einzelnen Punkten nicht weiter auszuführen brauche und bitte nur, ihm zuzustimmen.

(Bravo!)

2. stellv. Präsident Wirtl. Geh. Rat Dr. Mehnert-Medingen bei Dresden: Ich spreche Herrn Direktor Asmis den aufrichtigen Dank für seine ausgezeichneten Ausführungen aus und eröffne nunmehr die Diskussion.

Geh. Oekonomierat Dr. Andra-Braunsdorf bei Tharandt: Gestatten Sie mir einige Ausführungen. Den Darlegungen des Herrn Referenten kann man wohl im allgemeinen zustimmen, aber ich muß ihm doch in einigen Punkten widersprechen. Ich möchte darauf zurückkommen, wie sich der Herr Referent zu der Frage der Angliederung der freien Verbände gestellt hat. Er hat da die Meinung ausgesprochen, daß die Verbände in den Landwirtschaftskammern nicht ohne weiteres Sitz und Stimme haben sollten, sondern er nahm vielmehr an, die führenden Personen in den freien Verbänden würden sich so wie so bei den Wahlen durchsetzen und dadurch in den Landwirtschaftskammern die freien Verbände und die Aufgaben, die sie fördern, vertreten. Ich wage das sehr zu bezweifeln. Wenn man die Stimmung in der Landwirtschaft seit der Revolution und auch schon in den Kriegsjahren beobachtet hat, so muß man ohne weiteres zugeben, daß die große Masse, die nicht aufgeklärte Masse, durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und anderer Verbände leider nicht zufrieden gestellt, sogar zu gegenteiliger Auffassung gekommen ist, und solange nicht im allgemeinen eine Aufklärung der großen Masse stattgefunden hat, fürchte ich, daß bei den Neuwahlen, die doch vielleicht im nächsten Jahre zu erwarten sind, diese Stimmung der landwirtschaftlichen Kreise zum Ausdruck kommen und eine ganz andere Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern zu bezeichnen sein wird. Mit Ihrem Vorschlage schalten Sie die freien Verbände, wenn Sie sie nicht irgendwie eingliedern, mit ihren reichen Erfahrungen aus und schaffen ein Gebilde, das nicht im Interesse der Landwirtschaft selbst liegt.

Ich möchte bloß mal auf mein engeres Vaterland Sachsen zurückkommen und schildern, wie bei uns die Verhältnisse liegen. Wir haben schon seit vielen Jahren ein ganz demokratisches Wahlverfahren zum Landesкултурrat. Bei uns ist jeder selbständige Landwirt, der über 120 Steuereinheiten bewirtschaftet, wahlberechtigt. Dadurch ist von vornherein die Möglichkeit gegeben, daß die Wahlberechtigten den Mann ihres Vertrauens in den Wahlkörper schicken können. Aber auf der Gegenseite haben wir ein sehr gut entwickeltes landwirtschaftliches Vereinswesen. Wir haben 5 Kreisvereine, und es ist von vornherein vorgesehen, daß die Vorsitzenden der 5 Kreisvereine Sitz und Stimme im Landesкултурrat haben. Was tun denn die landwirtschaftlichen Vereine in meinem engeren Vaterland?

Sie fördern in ihren Vereinen das, was der Landeskulturrat will, was die Landwirtschaftskammern wollen, sie fördern nach jeder Richtung hin die Technik, und wenn Sie durch ein falsches Wahlsystem diese führenden Personen den Landwirtschaftskammern nicht eingliedern, so zerreißen Sie den Bau, dann schließen Sie das aus, was bisher für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft fast ausschließlich förderlich gewesen ist. Ich bin deshalb der Meinung, daß diese Ausführungen des Berichterstatters nicht weiter verfolgt werden können, und ich möchte ihm anheim geben, ob er seine Veißäße nicht vielleicht noch ändern will. Ich möchte es für richtig halten, das hier zum Ausdruck zu bringen.

Was vom landwirtschaftlichen Vereinswesen gilt, gilt auch vom landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, von der Gärtnerei, von der Fischerei usw.

Wenn nun der Herr Berichterstatter von der Reichslandwirtschaftskammer gesprochen hat, so gebe ich ihm vollkommen darin recht, daß dahin die Vertreter der freien Verbände nicht gehören. Aber wenn die führenden Personen der freien Verbände in den einzelnen Landwirtschaftskammern Sitz und Stimme haben, können sie zum Teil als Vertreter der Landwirtschaftskammer in die Reichslandwirtschaftskammer gewählt werden, wenn sie sich das durchzusetzen verstehen, dann ist auch die Gewähr gegeben, daß ihre berechtigten Interessen berücksichtigt werden.

Der Herr Berichterstatter hat nun über die Wahlen gesprochen und sich gar nicht darüber ausgelassen, in welchen Gruppen eventuell gewählt werden könnte. Es muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob nicht verschiedene Wahlgruppen zu bilden sind. In aller erster Linie, vielleicht ausschließlich, müssen doch unbedingt die selbstständigen Unternehmer wählen. Es kann sich doch nicht darum handeln, daß vom 25. Jahre ab alle Landwirte und Landwirtschaftsfrauen, die noch nicht selbstständig wirtschaften, in der Vertretung ihrer Interessen, genau dieselben Rechte haben.

2. stellb. Präsident Wirtl. Geh. Rat Dr. **Rehnert**-Mebingen bei Dresden: Es sind zwei Anträge eingegangen, der Herr Hauptgeschäftsführer wird sie verlesen. Hauptgeschäftsführer Professor Dr. **Dade**: Zunächst ist ein Antrag von Herrn von **Klitzing** eingegangen:

Antrag von Klitzing-Niederzauhe:

In Ziffer III unter 2 einzufügen hinter „einschließlich“ die Worte: „der landwirtschaftlichen Beamten“.

Bei Ziffer V zu Absatz 1 einen Satz wie folgt anzufügen: „Auch die Interessen der landwirtschaftlichen Beamten und Arbeiter sind angemessen zu vertreten.“

Dann ist weiter ein Antrag von Herrn Oekonomierat Dr. **Müller** (Karlsruhe) eingegangen:

Antrag Dr. Müller-Karlsruhe:

1. Die Aufgaben der Landwirtschaftskammern sind wie folgt zu bezeichnen:

Die Landwirtschaftskammern haben die Aufgabe, die Interessen des gesamten Berufsstandes der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Gärtnerei und Fischerei wahrzunehmen. Sie haben ferner die gesamte Förderung dieser Wirtschaftsgebiete selbstständig oder in Verbindung mit anderen sachlichen Körperschaften auszuüben. Im Interesse einer einheitlichen Förderung der Landwirtschaft und einer zweckmäßigen Mittel- und Kräfteverwendung überlassen auch die Reichsregierung und die Landesregierungen die Ausübung der gesamten technischen Förderung der Landwirtschaft, des niederen landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und der Landeskultur, den Landwirtschaftskammern.

2. Die Landwirtschaftskammern erhalten folgende Mitgliederzusammensetzung

- a) Drei Viertel der Mitglieder sind in unmittelbarer Wahl aller Wahlberechtigten nach Unterbezirken (Kreise, Amtsbezirke) der Landwirtschaftskammergebiete zu wählen.
- b) Von dem verbleibenden Viertel wird ein Drittel durch die nach a) gewählten Mitglieder zugewählt. Die übrigen zwei Drittel werden durch größere land- und forstwirtschaftliche Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über das ganze Kammergebiet erstreckt, durch diese in die Landwirtschaftskammern gewählt.

Erstmals bestimmt die zuständige Landesregierung, welche land- und forstwirtschaftlichen Vereinigungen hiernach Wahlberechtigung erhalten. — Für die späteren Wahlen wird dies durch die Satzungen der Landwirtschaftskammern bestimmt.

2. stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. **Mehnert**: Wird der Antrag des Herrn von Ritzing unterstützt? Ich bitte diejenigen aufzustehen, die den Antrag unterstützen wollen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung genügt.

Dann der Antrag des Oekonomierats Dr. Müller. Ich bitte die Herren aufzustehen, die diesen Antrag unterstützen wollen.

(Geschieht.)

Die Unterstützung genügt nicht recht. Es müssen acht sein.

Nun stelle ich beide Anträge zur Diskussion.

Kammerherr Frhr. von **Leдебур-Cröllage** (zur Geschäftsordnung): Wir sind doch alle darüber einig, daß die Landwirtschaftskammern nur im Wege der Landesgesetzgebung gegründet und ausgestaltet werden können. Die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sind so verschieden, daß wir eingehend sachlich über die Ausgestaltung der Landwirtschaftskammern hier gar nicht beraten können.

(Sehr richtig!)

Deshalb bin ich der Ansicht, daß der Ihnen vorliegende Antrag des Herrn Oekonomierats Dr. Müller über den Rahmen dessen hinausgeht, was der Deutsche Landwirtschaftsrat beschließen kann, und demgemäß sollen die Richtlinien des Herrn Berichterstatters ja nur den Rahmen für das Ganze geben. Deshalb möchte ich anheim geben, ob der Antrag, der nicht einmal genügend unterstützt zu sein scheint, nicht zurückgezogen werden könnte.

2. stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. **Mehnert**: Der Antrag selbst kann ja zurückgezogen werden. Aber im allgemeinen haben Sie nicht zur Geschäftsordnung gesprochen.

(Heiterkeit!)

Da der Antrag nicht zurückgezogen ist, gebe ich nunmehr das Wort Herrn Dr. Müller.

Oekonomierat Dr. **Müller-Karlsruhe**: Der Antrag geht vielleicht über den Rahmen dessen hinaus, was der Antrag des Herrn Berichterstatters will. Aber wenn ein Gesetz geschaffen werden soll, wird dies für alle Staaten Geltung haben. Deshalb möchte ich bitten, zu prüfen, ob die Richtlinien, die in meinem Antrag niedergelegt sind, nicht auch für andere Länder, als bei uns in Baden, Berücksichtigung finden können.

Ich habe in dem ersten Antrag zum Ausdruck gebracht, daß wir Wert darauf legen, daß gesagt wird, daß den Landwirtschaftskammern die gesamte technische Förderung der Landwirtschaft übertragen wird. Sie in Norddeutschland und in Preußen halten das für selbstverständlich. Aber bei uns ist es ganz anders. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen, aber es könnte sein, daß auch bei Ihnen

sich die Verhältnisse sehr bald ändern. Bei uns in Süddeutschland, namentlich in Hessen und in Baden, ist das, wie gesagt, anders. Die hessische Landwirtschaftskammer hat die Ausübung der Förderung der Landwirtschaft fast ganz, Baden zu einem Teile, Württemberg, soviel ich weiß, fast gar nicht zugestanden bekommen. Dort muß sie erst erkämpft werden. Wie es in Bayern ist, weiß ich nicht. Da müssen wir doch dafür bei der Schaffung des Rahmengesetzes dafür sorgen, daß in Zukunft die Förderung der Landwirtschaft den Landwirtschaftskammern überlassen wird, und daß uns dieses Recht nicht genommen werden kann. Jetzt kommt es vor, daß Regierung und landwirtschaftliche Berufsvertretung nebeneinander her die Landwirtschaft fördern. Beide unterhalten Beamte und verwenden für sich ihre Mittel. Dadurch entsteht eine Kräfte- und Mittelzerpflitterung, die den Erfolg beeinträchtigt und schadet. Was soll daraus werden? Wir haben das größte Interesse daran, daß hier Ordnung geschaffen wird, daß das, was zur Förderung durch die Landwirtschaftskammern geeignet ist, auch in ihre Hände gelegt wird. Es gibt ja gewisse Gebiete, die der Staat sich vorbehalten kann. Die berühre ich hier aber nicht, die Scheidung wird man leicht vornehmen können.

Der zweite Punkt des Antrages bezieht sich auf die Zusammensetzung, und hier ist ein Teil bereits von Herrn Dr. Andra vorgebracht worden. Auch wir sind der Meinung, daß es zweckmäßig sein wird, die Kammern so zusammenzusetzen, daß auch die großen landwirtschaftlichen Vereinigungen in ihnen vertreten sind. Wir gehen dabei allerdings von der Grundlage aus, daß die Landwirtschaftskammern aus unmittelbaren Wahlen der wahlberechtigten Landwirte hervorgehen. Nach dem Vorschlag von Herrn Direktor Asmis werden aber erst die Gemeindeabteilungen, dann die Kreisabteilungen aus ihnen gewählt, und aus diesen sollen dann erst wieder die Landwirtschaftskammern gewählt werden. Das sind mehrere Wahlgänge hintereinander, es ist eine vollständig indirekte Wahl. Ich weiß, daß manche Gründe dafür sprechen und ich würdige sie, aber ich bin der Meinung, daß wir das in der heutigen Zeit nicht mehr durchsetzen, sondern daß da unbedingt eine direkte Wahl zur eigentlichen Landwirtschaftskammer, und darunter verstehe ich die Provinziallandwirtschaftskammer, verlangt wird. Wenn wir aber eine direkte Wahl unmittelbar aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung bekommen, dann ist es ganz zweckmäßig, ein Korrektiv in der indirekten Wahl durch die Vereinigungen zu haben. Die Vereinigungen haben nur tüchtige Leute an ihrer Spitze, die ihrem Ziele nachgehen, und sie haben Leute, die als landwirtschaftliche Sachverständige jedenfalls eine große Rolle in den Landwirtschaftskammern spielen werden. Außerdem stimmen wir gern zu, daß die Landwirtschaftskammern als solche das Recht haben, sich eine Anzahl von Leuten zu kooptieren, um Leute hineinzubringen, die vielleicht bei den Wahlen durchgefallen sind, aber als hervorragend tüchtige Sachkenner und wertvolle Mitglieder sein werden.

Wenn die landwirtschaftlichen Vereinigungen und die landwirtschaftlichen Fachvereine in den Landwirtschaftskammern keine Vertretung finden werden, so glaube ich, können Sie eine gegnerische Bewegung aus diesen Kreisen nicht aufhalten. In allen Staaten ist es zurzeit bemerktbar, daß die Genossenschaften, die Bauernvereine, die landwirtschaftlichen Vereine und schließlich auch die technischen Vereine sagen: die Landwirtschaftskammer vertritt uns ja gar nicht, wir haben gar keine Beziehung zu ihr, wir wollen auch was zu sagen haben, sie gehen dann zur Bildung eigener Organisationen über, und wenn diese auch keine gesetzliche Grundlage haben, so bedeutet es doch eine Zerspflitterung der Landwirtschaft. Deshalb sollte man größeren Verbänden das Recht geben, selbst Vertreter in die Landwirtschaftskammern zu wählen. Wir werden nicht schlecht dabei fahren, und wir werden verhindern, daß sich Überorganisationen über die Landwirt-

schafstammer bilden, die die Kraft der Landwirtschaftskammern als einheitliche Vertretung der Landwirtschaft schwächen.

Ganz besonders großen Wert lege ich aber auf die Forderung, daß eine Kommission gewählt werden möchte und daß die Reichsregierung gebeten werden solle, diese Kommission bei der Vorbereitung des Landwirtschaftskammergesetzes zu hören.

Ich würde auch damit einverstanden sein, wenn Sie meinen Antrag dieser Kommission als Material überweisen, so daß die Kommission, soweit sie es für zweckmäßig hält, den einen oder anderen Punkt herausgreifen und in den Antrag des Herrn Referenten hineinarbeiten könnte.

Geh. Reg. Rat **von Alizing**: Es hat wohl etwas für sich, die landwirtschaftlichen Vereine mit einzubeziehen, aber es kann dies doch auch uferlos werden. Unter Umständen könnten auch recht unbequeme Vereine aller Art das Recht für sich in Anspruch nehmen, vertreten zu sein.

Zu meinem Antrage möchte nur bemerken, wie ich es nicht für richtig halten kann, daß man den mit uns auf Gedeih und Verderb verbundenen Beamtenstand in der Resolution ganz ausschließt. Wir müssen uns auch seiner annehmen.

Kammerherr Freiherr **von Ledebur**: Ich bin ein großer Freund von landwirtschaftlichen Vereinen und doch muß ich den Ausführungen von Herrn Dr. Müller widersprechen. Wenn wir den Vereinen ein Wahlrecht geben, geben wir damit der Bevölkerung noch kein Wahlrecht; denn in ihnen ist immer nur der kleinste Teil der Bevölkerung drin. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt des Herrn von Alizing, daß wir uns da selbst eine große Rute binden; denn es ist nicht abzu sehen, welche Anzahl von Vereinen neuen und alten Kalibers den Anspruch erheben würden, als wahlberechtigt aufzutreten.

Gerade diese Ausführungen haben mir gezeigt, wie sehr verschieden die Interessen der Bundesstaaten bei aller sonstigen Einheitlichkeit doch sind. Die Verhältnisse auf diesem Gebiete sind zu verschieden, als daß wir sie im Deutschen Landwirtschaftsrat beraten könnten. Deshalb bin ich auch dagegen, daß wir aus unserer Mitte eine Kommission ernennen. Wir müssen uns darauf beschränken, die allgemeinsten Richtlinien aufzustellen, und dann müssen wir in den Bundesstaaten getrennt vorgehen.

Was die Ausführungen des Herrn Referenten betrifft, so kann ich nur bemerken, daß ich sie in vollem Umfange unterstütze, mit der Abänderung des Herrn von Alizing, der ich zustimme. Die Richtlinien entsprechen ja auch all den Forderungen, die wir in unseren Landwirtschaftskammern zu dieser Sache gestellt haben.

Das Einzige, was ich in der Resolution noch vermisse, ist vielleicht ein Appell an die Regierung, nunmehr endlich und schleunigst mit dem Gesetzentwurf vorzugehen. Nach meiner Ansicht muß dieses Gesetz baldigst gemacht werden, wir haben es bitter nötig. Gerade im Westen Preußens, in Westfalen, ist eine außerordentlich lebhafte Vereinstätigkeit vorhanden, und es zeigen sich da auch die Bestrebungen, daß man mit der Landwirtschaftskammer nicht recht zufrieden ist. Es hat ja alles „versagt“, und natürlich auch die Landwirtschaftskammer. Nun wollen wir die landwirtschaftlichen Vereine der Kammer möglichst eng angliedern. Da sagen die Leute: Wenn die Kammer so bliebe, wie sie jetzt ist, dann können wir mit ihr zusammen arbeiten; aber die Kammer wird ja radikalisiert. Sind erst andere Leute da, dann wollen wir von ihr nichts mehr wissen. Da bändige ich die Geister nur noch, indem ich sage: das wissen wir doch noch nicht, wenn es aber der Fall sein sollte, bin ich der Erste, der aussteigt, und dann lasse ich Kammer Kammer sein. Aber damit man erfährt, was los ist, müssen wir vorwärts kommen,

und deshalb möchte ich den Zusatz machen, nun mit der Gesetzgebung endlich vorzugehen.

Kammerherr von Reudell: Ich halte doch die Anregungen, die in dem Antrage des Herrn Dr. Müller gegeben sind, für außerordentlich beachtenswert und möchte mich daher für den Antrag aussprechen. Ich bin der Ansicht, daß man die Gefahr nicht unterschätzen soll, die darin liegt, daß wir durch das neue Wahlgesetz zu ganz anderen Kammern kommen können, als wir sie bisher hatten. Die Gefahr ist sehr groß, und es ist in keiner Weise die Gewähr vorhanden, daß durch Kooptation, wenn sie überhaupt zulässig sein sollte, gerade die verdienten Männer in die neuen Kammern hineingewählt werden, die vielleicht durch die Neuwahl nicht hineinkommen. Ich halte es deswegen für einen richtigen Gedanken, von vornherein dafür einzutreten, daß diejenigen Vertretungen, die sich heute schon insbesondere durch die technische Förderung der Landwirtschaft, verdient gemacht haben, in der neuen Kammer ex officio eine Vertretung finden. Es ist mir immer als eine Lücke in dem Aufbau des Entwurfes erschienen, daß man nicht so recht wußte, was man mit den landwirtschaftlichen Kreisvereinen machen sollte. Die Dinge liegen doch so, daß bisher in den meisten Kreisen der Schwerpunkt der Förderung der Landwirtschaft in den landwirtschaftlichen Kreisvereinen lag. Da kommen wirklich die führenden Landwirte zusammen und suchen durch Vorträge, durch Rede und Gegenrede sich und die Landwirtschaft zu fördern. Es ist nun zweifellos, daß, wenn ich der Kreisabteilung die Ausführung aller der Förderungsmaßnahmen, die von der Landwirtschaftskammer ressortieren, in die Hand lege, daß dann der landwirtschaftliche Kreisverein in seiner Bedeutung außerordentlich verlieren wird, zumal wenn er, was sehr wohl möglich ist, in der Kreisabteilung überhaupt nicht vertreten ist. Deshalb begrüße ich den Gedanken sehr sympathisch, daß die Möglichkeit gegeben werden muß, eine enge Verbindung zwischen dem Kreisverein und der Kreisabteilung herzustellen, und ich habe auch keine Bedenken dagegen, daß der Entwurf entsprechend geändert wird. Es ist dies eben ein neuer Gesichtspunkt. Der in den Grundsätzen, die uns gedruckt vorliegen, noch keine Aufnahme gefunden hat. Deshalb halte ich es für wichtig, daß die Dinge nochmals erörtert werden, und spreche mich für Einsetzung des Ausschusses aus.

Ich halte es für selbstverständlich, daß betont wird, daß die neuen Landwirtschaftskammern zur Förderung der gesamten landwirtschaftlichen Interessen dienen sollen. Das halten wir in Preußen ja für gegeben, aber da es in Süddeutschland noch nicht der Fall ist, werden wir dem Wunsche wohl Rechnung tragen müssen.

Ich möchte mich also dahin zusammenfassen, daß ich die Bedenken, die von den Herren Dr. Andrä und Dr. Müller geltend gemacht sind, teile und daß ich mich dem von ihnen gestellten Antrag anschließe.

Zum Schluß möchte ich noch auf eins hinweisen. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn durch das neue Gesetz der alte gute Name des Deutschen Landwirtschaftsrats verschwinden sollte. Ich kann mich wenigstens mit dem neuen Namen Reichslandwirtschaftskammer nicht befreunden; die ja nichts anderes sein soll als der Deutsche Landwirtschaftsrat, der sich auch heute schon aus den Wahlen der Landwirtschaftskammern zusammensetzt. Ich würde es daher begrüßen, daß wir unseren alten guten Namen auch in die neue Zeit mit hinübernehmen und dafür eintreten, daß wir nicht eine neue Reichslandwirtschaftskammer bekommen, sondern den Deutschen Landwirtschaftsrat behalten mit den Befugnissen der Reichslandwirtschaftskammer.

Rittergutbesitzer Walduhn: Ich möchte mich auch dafür aussprechen, daß den freien Vereinen die Möglichkeit gegeben wird, Vertreter in die Landwirt-

chaftskammer zu entsenden. Bei uns in Ostpreußen ist die Sache bis auf den heutigen Tag folgendermaßen geregelt: Wir haben nicht nur Zweigvereine und Kreisvereine, sondern auch die alten Zentralvereine, und zwar für jeden Regierungsbezirk einen, und als seinerzeit von dem Landwirtschaftsminister die Anregung kam, das Verhältnis der Zentralvereine zu der Landwirtschaftskammer zu ordnen, ist ein Abkommen getroffen dahingehend, daß die Hauptvorsteher der Zentralvereine Sitz und Stimme im Vorstand der Landwirtschaftskammer haben. Das ist bis jetzt stets durchgeführt worden, und wir fühlen uns sehr wohl dabei. Es würde vielleicht zu weit gehen, wenn wir sagen, daß jeder landwirtschaftliche Kreisverein einen Vertreter in der Landwirtschaftskammer haben soll; aber die Kreisvereine könnten sich im Rahmen der Regierungsbezirke zu Zentralvereinen zusammenschließen und dann von diesen aus einen Vertreter in die Landwirtschaftskammer entsenden.

Dann möchte ich zu der Frage Stellung nehmen, daß jeder Fünfundzwanzigjährige, in der Landwirtschaft Tätige — Mann oder Frau — das Wahlrecht haben soll. Es ist nichts davon gesagt, daß nun die Arbeiter, die kleineren, die mittleren und die größeren Besitzer besondere Gruppen bilden und dort wählen sollen. In dieser Beziehung müßten wir doch irgend etwas zum Ausdruck bringen. Wir können doch nicht in der Landwirtschaft lauter Arbeiter wählen lassen, sondern die Sache müßte nach den Besitzverhältnissen irgendwie abgegrenzt sein.

Rittergutsbesitzer Dr. Brandes: Ich halte es für richtig, daß eine Kommission gewählt wird, die sofort zusammentritt, wenn das Reichsmantelgesetz veröffentlicht wird. Der Gang ist doch so, daß das Gesetz in die Zeitungen kommt, und dann ist der Zeitpunkt gekommen, daß die Kommission zusammentreten muß. Diese Kommission hätte also das Reichsmantelgesetz zu beraten.

Im übrigen bin ich der Ansicht, daß es Sache der Vertreter der Einzelstaaten ist, das Gesetz für ihre Staaten passend zu gestalten. Damit hat der Landwirtschaftsrat dann nichts mehr zu tun.

Ich bin der Ansicht, daß die Anregungen der Kommission als Material überwiesen werden sollten.

Geh. Ökonomierat Walter: Ich möchte den Wunsch sehr unterstützen und möchte auch bitten, daß, wenn man die Kommission wählt, man ihr auch den Antrag des Herrn Dr. Müller überweist.

Herr von Ledebur hat gesagt, man dürfe sich hier nicht in Einzelheiten verlieren. Aber die Anträge des Herrn Referenten gehen soweit ins Einzelne, daß man gerade den Antrag von Herrn Dr. Müller als einen Antrag allgemeiner Natur bezeichnen muß. Ich glaube nämlich nicht, daß ein Rahmengesetz kommt, ich glaube auch nicht, daß in Deutschland überhaupt Gesetze kommen, die diese indirekte Wahl vorsehen, und dann ist die Gefahr vorhanden, daß nur die direkte Wahl kommt. Dann aber werden Sie den Anträgen des Herrn Dr. Müller Dank sagen, daß die Gewähr geschaffen ist, daß solche Vertreter der Landwirtschaft, die bis jetzt in den Landwirtschaftskammern tätig waren, auch in Zukunft tätig sein können.

Herr von Ledebur sagte: Wenn die Landwirtschaftskammer radikalisiert wird, bin ich der Erste, der austritt. Das würde ich gerade für einen Fehler halten. (Sehr richtig!)

Sich in den Schmollwinkel zu setzen, ist sehr einfach. Aber wenn man sein Leben lang für die Interessen seines Berufsstandes gekämpft hat, kann man sich nicht durch den Umstand, daß andere Ansichten und Anschauungen in diesen Interessenvertretungen die Oberhand gewinnen, abhalten lassen, weiter mitzumachen.

Wegen der Interessen des Gesamtberufsstandes der Landwirtschaft bitte ich Sie, den Antrag Dr. Müller anzunehmen.

2. stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. **Mehner**t: Es hat sich niemand weiter gemeldet. — Die Diskussion ist geschlossen. Die Abstimmung werden wir in der Weise vornehmen, daß wir zunächst über die Kommission abstimmen, deren Wahl einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleibt.

Dann würde ich vorschlagen, darüber abzustimmen, die Anträge sämtlich, wie sie vorliegen, mit Ausnahme der Anträge Leдебур-Asmis der Kommission als Material zu überweisen, womit sich die Kollegen einverstanden erklärt haben.

Dann würde ich den Antrag Leдебур-Asmis zur Abstimmung bringen, der lautet:

1. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält den baldigen Erlass des Reichsrahmengesetzes über die landwirtschaftliche Berufsvertretung und der entsprechenden Landesgesetze im Interesse der gesicherten Fortführung der Arbeiten der Landwirtschaftskammern für dringend erforderlich.

Direktor Dr. **Asmis**-Riel (Schlußwort): Die umstrittenste Frage scheint nach dem Ergebnis der Besprechung die zu sein, wieweit die freien Organisationen an den Kammern beteiligt werden sollen. Ich habe in dieser Hinsicht sehr eingehend die Verhältnisse auch in den außerpreussischen Bundesstaaten studiert und die Ergebnisse in der hier ausliegenden Zusammenstellung (Sonderabdruck aus der Zeitschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats) vereinigt. Es ist in der Tat so, daß in den außerpreussischen Bundesstaaten vielfach eine ganze Reihe von Sätzen in der Kammer den Vertretern der freien Organisationen eingeräumt ist, z. B. haben in Sachsen die Kreisvereine 5 Vertreter in den Landeskulturrat zu wählen. Ähnliche Verhältnisse liegen in Oldenburg, in Braunschweig vor. Ebenso sind in Alenburg die drei Vorsitzenden der anerkannten Vereine Mitglieder der Kammer. Trotzdem glaube ich nicht, daß wir eine solche Verbindung allgemein festlegen sollten. Das wird mehr Sache der Ausführungsbestimmungen für die einzelnen Länder oder Sache der Landesgesetzgebung sein müssen. Ich habe vor allen Dingen davor warnen wollen, etwa auf eine Reichslandwirtschaftskammer oder, wenn Sie den Namen Landwirtschaftsrat beibehalten wollen, auf diesen ähnliche Bestimmungen anzuwenden. Denn dann würde ein Wassertopf entstehen, der überhaupt nicht mehr zu einer klaren Beschlußfassung fähig ist. Wir haben in Schleswig-Holstein zwischen allen freien Organisationen der Provinz Fühlung herbeizuführen versucht und haben zu diesem Zweck in loser Form einen „Landverband“, wie wir es nennen, gebildet. In diesem Verband sind aber schon allein rund 50 Korporationen aus der Provinz vertreten. Im Reiche würde sich eine noch viel größere Zahl von Korporationen zusammenfinden, die Anspruch auf Vertretung in der Reichslandwirtschaftskammer erheben würden. Die Schwerfälligkeit einer solchen Organisation würde ja außerordentlich groß werden, weil sich die Vertreter der freien Organisationen in der Reichslandwirtschaftskammer auf die Beschlüsse ihrer Körperschaft stützen werden. Ferner würde es sehr schwer sein zu bestimmen, welche freien Körperschaften denn vertretungsberechtigt sein sollen. Wir haben doch z. B. jetzt die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitnehmervertreter rücksichtslos darin vorgehen, welche Arbeiterorganisationen sie überhaupt anerkennen wollen. Jedenfalls würde durch eine Festlegung auf eine bestimmte Vertretung der großen Körperschaften durch Gesetz doch eine große Schwerfälligkeit und eine Gefahr für das ruhige Arbeiten dieser zentralen Körperschaft entstehen. In der Kreisinstanz wird sich das Zusammenarbeiten viel leichter ermöglichen lassen; denn es ist doch anzunehmen, daß dort die Herren, die die führenden Leute in den freien Organisationen in ihrem Kreise sind, unter allen Umständen gewählt werden, da sie ja den Wahlberechtigten persönlich bekannt sind.

Dann ist noch erwähnt worden, daß in der Resolution die Einteilung in Wahlgruppen schärfer ausgesprochen werden müßte. Die Notwendigkeit, die Wahl nicht nach der allgemeinen gleichen Wahl vorzunehmen, ist in Ziffer IV der Resolution hervorgehoben. In meinen Ausführungen habe ich ja noch eingehender darauf hingewiesen.

Die Aufgaben der Kammern werden in dem Gesetz ja selbstverständlich erwähnt werden. Von einer Festlegung der Aufgaben in der Resolution glaube ich absehen zu können, weil die Aufgaben genau feststehen und auch in den preussischen Vorschlägen angeführt worden sind.

Der Auffassung, die Beamten in die Resolution mit hineinzunehmen, kann ich nur beipflichten. Ich habe es in meinen Ausführungen gesagt und ich gebe zu, es hätte vielleicht von vornherein aufgenommen werden können. Im übrigen kann ich mich den dazu gemachten Vorschlägen nur anschließen.

2. stellv. Präsident Wirkl. Geh. Rat Dr. **Wehnert**: Wir kommen zur Abstimmung. Ist der Landwirtschaftsrat damit einverstanden, daß eine Kommission eingesetzt wird, die die heute vorgetragene Materie zunächst näher bearbeitet? Diejenigen, die dagegen sind, bitte ich aufzustehen. — Einstimmig nimmt der Landwirtschaftsrat an.

Ist der Landwirtschaftsrat damit einverstanden, daß die vorgelegten Anträge mit Ausnahme der Anträge Ledebur-Asmis dieser Kommission als Material überwiesen werden? — Einstimmig.

Ist der Landwirtschaftsrat damit einverstanden, daß der Zusatzantrag Ledebur-Asmis, dessen Verlesung mir wohl erspart wird, angenommen wird? — Einstimmig.

Nun wird die Wahl der Kommission in Vorschlag gebracht. Da will ich vorschlagen, um die Sache schnell zu erledigen, daß drei Herren aus Norddeutschland, drei Herren aus Süddeutschland, ein Herr aus Sachsen und der Berichterstatter von heute diese Kommission bilden, und zwar bringe ich in Vorschlag aus Norddeutschland Herrn von Klitzing, Herrn von Ledebur und Herrn Dr. Rabe, aus Süddeutschland Herrn von Schülcher, Herrn Dr. Müller und Herrn von Strebel, aus Sachsen Herrn Dr. Andrä, und den Herrn Berichterstatter Dr. Asmis. Sind die Herren damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Die gewählten Herren nehmen auch die Wahl an.

Beschluß:

1. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält den baldigen Erlass des Reichsrahmengesetzes über die landwirtschaftliche Berufsvertretung und der entsprechenden Landesgesetze im Interesse der gesicherten Fortführung der Arbeiten der Landwirtschaftskammern für dringend erforderlich.

2. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wählt eine Kommission von 8 Mitgliedern zur weiteren Behandlung dieser Angelegenheit und bittet das Reichslandwirtschaftsministerium, die Mitglieder dieser Kommission zur Vorbereitung des Reichsgesetzentwurfes über die Landwirtschaftskammern hinzuziehen.

3. Die Kommission besteht aus den Herren:

Dr. Andrä, Geheimer Oekonomierat, Dresden,
Dr. Asmis, Direktor der Landwirtschaftskammer, Kiel,
von Klitzing, Geheimer Regierungsrat, Niederzauche,
Fhr. von Ledebur, Kammerherr, Erolage,
Dr. Müller, Oekonomierat, Direktor der Landwirtschaftskammer, Karlsruhe,

Dr K a b e, Landesökonomierat, Direktor der Landwirtschaftskammer, Halle a. S.,
 von Schilcher, Kämmerer, Dietramszell, O./B.,
 von Strebel, Professor, Direktor a. D., Stuttgart.

4. Der Antrag des Referenten mit dem Abänderungsantrage von Klitzing
 und der Antrag-Dr Müller-Karlsruhe werden der Kommission als Material über-
 wiesen.

Antrag des Referenten Dr A s m i s - Kiel:

I. Der gesetzliche Ausbau der öffentlich-rechtlichen Vertretung der Land-
 wirtschaft (Landwirtschaftskammern) ist vor allem erforderlich:

1. im Interesse der besseren Einwirkung auf die landwirtschaftliche Er-
 zeugung sowie die volkswirtschaftlich zweckmäßige Verwertung der Er-
 zeugnisse,
2. zur Schaffung einer wirkungsvolleren Vertretung der landwirtschaft-
 lichen Berufsinteressen.

II. Parteipolitische Rücksichten dürfen auf den Ausbau der Landwirtschafts-
 kammern und ihre Tätigkeit keinen Einfluß haben.

III. In organisatorischer Hinsicht ist beim Ausbau der Landwirtschafts-
 kammern vor allem wichtig:

1. Schaffung einer aus Wahlen hervorgehenden lückenlosen Stufenreihe
 von Vertretungskörpern, die von der breiten Grundlage der Einzel-
 gemeinden ausgehend in den höheren Verwaltungsbezirken die not-
 wendige Zusammenfassung bringt und schließlich im Staat und Reich in
 einheitlicher Spitze endet.

(Gemeinbeabteilung | der Landwirtschaftskammern,
 Kreisabteilung |
 Provinzial- oder Bezirks-Landwirtschaftskammer,
 Hauptlandwirtschaftskammer für den Staat,
 Reichslandwirtschaftskammer);

2. Einführung eines Wahlverfahrens, welches allen im Hauptberufe in
 der Landwirtschaft tätigen über 25 Jahre alten Personen einschließlich
 der ständigen landwirtschaftlichen Arbeiterchaft und der Frauen die
 Teilnahme an den Wahlen ermöglicht.

IV. Den untersten Vertretungskörpern (Gemeinbeabteilungen) müssen
 alle in ihrem Bereich ansässigen Berufszugehörigen angehören. Von diesen aus
 erfolgt die Wahl zu den nächsthöheren Vertretungskörpern auf Grund einer Gruppen-
 einteilung, die der wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Gruppen (nach
 Maßgabe von Fläche, Grundsteuerreintrag und Arbeitsleistung) unter den
 jeweiligen besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen hat.

V. Die landwirtschaftliche Berufsvertretung muß die Landwirtschaft in
 weitestem Sinne umfassen, einschließlich Milchwirtschaft, Gärtnerei, Obst- und
 Weinbau, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei in Binnenwässern, Imkereien und
 landwirtschaftliche Nebenbetriebe.

Den Sonderbedürfnissen der einzelnen Gewerbszweige ist durch Ausbau
 der Sachausschüsse Rechnung zu tragen.

VI. Die Umlage zu den Landwirtschaftskammern ist nach Größe und wirt-
 schaftlicher Kraft der Betriebe, sowie nach der Arbeitsleistung (Fläche, Grund-
 steuerreintrag, ständige Arbeitskräfte) zu bemessen und von allen wahlberech-
 tigten Zugehörigen zu erheben.

VII. Die mit der Stellung der Landwirtschaftskammern als öffentlich-
 rechtlicher Körperschaften verbundene Staatsaufsicht darf zu keiner sachlichen

Einengung der Tätigkeit der Kammern auf dem ihnen zugewiesenen Arbeitsgebiete führen.

VIII. Das freie Vereinswesen und die Bildung besonderer freier Interessen- und Fachverbände innerhalb der Landwirtschaft wird durch den Ausbau der Landwirtschaftskammern nicht berührt.

Antrag von Klitzing - Niederzauche:

In Ziffer III unter 2 einzufügen hinter „einschließlich“ die Worte: „der landwirtschaftlichen Beamten“.

Bei Ziffer V zu Absatz 1 einen Satz wie folgt anzufügen: „Auch die Interessen der landwirtschaftlichen Beamten und Arbeiter sind angemessen zu vertreten.“

Antrag Dr. Müller - Karlsruhe:

1. Die Aufgaben der Landwirtschaftskammern sind wie folgt zu bezeichnen:

Die Landwirtschaftskammern haben die Aufgabe, die Interessen des gesamten Berufsstandes der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Gärtnerei und Fischerei wahrzunehmen. Sie haben ferner die gesamte Förderung dieser Wirtschaftsgebiete selbständig oder in Verbindung mit anderen sachlichen Körperschaften auszuüben. Im Interesse einer einheitlichen Förderung der Landwirtschaft und einer zweckmäßigen Mittel- und Kräfteverwendung überlassen auch die Reichsregierung und die Landesregierungen die Ausübung der gesamten technischen Förderung der Landwirtschaft, des niederen landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und der Landeskultur, den Landwirtschaftskammern.

2. Die Landwirtschaftskammern erhalten folgende Mitgliederzusammensetzung:

- a) Drei Viertel der Mitglieder sind in unmittelbarer Wahl aller Wahlberechtigten nach Unterbezirken (Kreise, Amtsbezirke) der Landwirtschaftskammergebiete zu wählen.
- b) Von dem verbleibenden Viertel wird ein Drittel durch die nach a) gewählten Mitglieder ausgewählt. Die übrigen zwei Drittel werden durch größere land- und forstwirtschaftliche Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über das ganze Kammergebiet erstreckt, durch diese in die Landwirtschaftskammern gewählt.

Erstmal bestimmt die zuständige Landesregierung, welche land- und forstwirtschaftlichen Vereinigungen hiernach Wahlberechtigung erhalten. — Für die späteren Wahlen wird dies durch die Satzungen der Landwirtschaftskammern bestimmt.

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats
1919.

Steuergesetzgebung und die Landwirtschaft.

Antrag des Referenten Dr. **Oberfohren-Riel.**

Die ungeheuren Lasten, welche die finanzielle Notlage des Reiches dem deutschen Volke auferlegt, können nur getragen werden, wenn durch eine aufbauende Wirtschaftspolitik die wirtschaftlichen Kräfte zur höchsten Entfaltung gebracht werden. Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Teil an den allgemeinen Opfern zu übernehmen. Dies wird aber nur dann ohne schweren Schaden für ihr Gedeihen und damit für die Volkswohlfahrt möglich sein, wenn bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf ihre notwendigen Lebensbedingungen die erforderliche Rücksicht genommen wird. Eine gesunde Landwirtschaft ist die unerlässliche Vorbedingung für die Wiederaufrichtung unseres aufs äußerste geschwächten Wirtschaftslebens. Bei allen steuerlichen Maßnahmen muß daher als leitender Grundsatz voranstehen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung nicht nur bis auf den Stand vor dem Kriege, sondern wesentlich darüber hinaus gesteigert wird.

Bei der bisherigen Behandlung der Steuerpolitik ist dieser Forderung in keiner Weise Rechnung getragen worden. Ohne Aufstellung eines einheitlichen Systems der zukünftigen Besteuerung sind eine Reihe von Steuervorlagen eingebracht und durchberaten worden, zu denen infolge ihrer späten Veröffentlichung die sachverständigen Vertretungen des Erwerbslebens nicht in genügender Weise Stellung zu nehmen Gelegenheit erhalten haben. Es besteht daher die große Gefahr, daß durch eine unzumutbare, den technischen Fortschritt hemmende Besteuerung der Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt oder unmöglich gemacht wird.

Die bereits verabschiedeten **Kriegsabgabegesetze** haben den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in wesentlichen Punkten nicht Rechnung getragen. Zur Vermeidung größter Unbilligkeiten ist bei ihrer Durchführung eine weitgehende Anwendung des Härteparagraphen erforderlich. Vor allem ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich während des Krieges die Einnahmen der Landwirtschaft vielfach lediglich infolge unwirtschaftlicher Abgaben von Be-

triebsmitteln vermehrt, die Ausgaben aber infolge unwirtschaftlicher Ersparnisse an Arbeitslohn, Futter- und Düngemitteln, Aufwendungen zur Erhaltung und Verbesserung des toten und lebenden Inventars und der Gebäude vermindert haben.

Es ist daher zu fordern, daß

- a) Kapitalbeträge, welche an die Stelle veräußerter, zum normalen Betriebsinventar gehöriger Betriebsmittel getreten sind, nicht als Zugang zum Einkommen oder Vermögen, sondern als Verschiebung der Vermögenswerte zu behandeln sind,
- b) wegen der unterbliebenen Instandhaltung des Inventars Abnutzungsbeträge in einer Höhe nötig sind, welche unter Berücksichtigung der derzeitigen Preisverhältnisse die Wiederherstellung des früheren Zustandes ermöglichen.

Gegen das **Reichsnotopfer** in der von der Regierung vorgeschlagenen und vom Ausschuß der Nationalversammlung im wesentlichen angenommenen Form hegt die Landwirtschaft nach wie vor die schwersten Bedenken. Die Entziehung eines großen Teils des unentbehrlichen Betriebskapitals würde die Wiederaufrichtung unseres nahezu vernichteten Wirtschaftslebens aufs äußerste erschweren. Der Zweck des Reichsnotopfers wäre aber ohne eine solche ungeheure Schädigung der wirtschaftlichen Kräfte viel besser durch die von wirklich sachverständiger Seite vorgeschlagene **B w a n g s a n l e i h e** zu erreichen.

Besonders verhängnisvoll wäre das Reichsnotopfer für den **Weinbau**, indem es gemeinsam mit dem neuen Erbschaftsteuergesetz die Vernichtung der großen Weingüter und damit des **Qualitätsweinbaus**, auf dem der Weltruf des deutschen Weinbaus und die ganze deutsche Weinausfuhr beruht, herbeiführen würde.

Von den Einzelbestimmungen ist völlig unannehmbar, daß dem **Reichsnotzins** der Vorrang vor allen anderen Forderungen eingeräumt werden soll. Eine solche Bevorzugung der oft sehr hohen staatlichen Forderungen würde nicht nur wohlverworbene Rechte verletzen, sondern vor allem eine schwere **Erschütterung des landwirtschaftlichen Bodenkredits** zur Folge haben, die Sicherheit und die Kurze der bisher als mündelsicher anerkannten Pfandbriefe der ländlichen Bodenkreditinstitute (Landchaften) gefährden und vielen Landwirten die Kreditaufnahme erheblich erschweren oder ganz unmöglich machen.

In Anbetracht der Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung ist auch eine **Anpassung des Reichsnotzinses an das zukünftige Vermögen und den zukünftigen Ertrag** erforderlich, vielleicht durch Festsetzung bestimmter Sätze, die der Reichsnotzins in den einzelnen Einkommensstufen nicht überschreiten darf. Dies würde auch die Sicherheitsleistung für die Vermögensabgabe entbehrlich machen.

Bei der **Umsatzsteuer** ist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des landwirtschaftlichen Familienbetriebs der Verbrauch eigener Erzeugnisse in der Landwirtschaft von der Steuerpflicht freizulassen. Ferner ist zur Schonung der Zwergwirtschaften und zur Förderung der Eigenwirtschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter die völlige Befreiung der kleinen Betriebe wie im Umsatzsteuergesetz von 1918 beizubehalten.

Für die weiter zu erwartenden Steuervorlagen und für die Ausführung bestimmungen zu den Steuergesetzen wird die dringende Forderung ausgesprochen, daß den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen rechtzeitig Gelegenheit gegeben

wird, die Interellen ihres Berufsſtandes zur Geltung zu bringen, da eine dauernde Ausſchließung der fachverſtändigen Organe des Wirtschaftslebens von der Mitwirkung an dieſen für den Wiederaufbau der deutſchen Volkswirtschaft grundlegenden Geſetzen die größten Nachteile zur Folge haben muß.

Berichterſtatter Dr. Oberſohren-Riel, Mitglied der Deutſchen Nationalverſammlung: Darüber, daß in der ſchweren Not des Vaterlandes auch die Landwirtschaft bis an die Grenze der Leiſtungsfähigkeit zur Sanierung unſerer ſchwer am Boden liegenden Reichsfinanzen herangezogen werden muß, beſteht an keiner Stelle ein Zweifel. Dieſe Selbſtverſtändlichkeit ſtelle ich an die Spitze meiner Ausführungen. Allerdingſ muß ich hinzufügen, daß, wie bei anderen Wirtschaftszweigen, auch bei der Landwirtschaft die eben von mir angedeutete Grenze da erreicht wird, wo die Gefahr einer Desorganisation der Wiſchaft entſteht. Bei der Landwirtschaft kommt noch ein anderer wichtiger Geſichtspunkt in Frage, nämlich der, daß bei der Geſamtlage, in die unſere deutſche Volkswirtschaft nach dem ſchweren Wiſchaftſturz gekommen iſt, es für den Einſichtigen keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Wiederaufbau unſerer geſamten Volkswirtschaft ausgehen muß von der Landwirtschaft. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß die Pflege und die Wiederaufnahme der Weltwirtschaftsbeziehungen Deutſchlands nach dem Kriege eine Hauptaufgabe aller allgemeinen, Politik und aller Wiſchaftspolitik im beſonderen ſein muß. Auf der anderen Seite aber kann nicht zweifelhaft ſein, daß die Durchführung dieſer Aufgabe, ſowohl von außen wie von innen ganz außerordentlich ſtarken Hemmungen unterliegen wird. Um ſo mehr wird die Steigerung der nationalen Erzeugungskräfte bis an die Grenze der Möglichkeit in den Vordergrund geſchoben werden müſſen. Darum ſtelle ich als Theſe an die Spitze meiner Ausführungen, daß die Steuergeſetzgebung der Nachkriegszeit getragen werden müſſe von dem Grundſatz, daß die Intenſivierung der Landwirtschaft auf den Stand vor dem Kriege oder nach Möglichkeit darüber hinaus der fundamentale Geſichtspunkt ſein müßte, der auch dieſe Geſetzgebung durchzieht. Demgegenüber iſt feſtzuſtellen, daß die wiſchaftlichen und allgemeinpolitischen Maßnahmen und Unterlaſſungen der gegenwärtigen Regierung und der hinter ihr ſtehenden Mehrheitsparteien gegen dieſen ſelbſtverſtändlichen Grundſatz auf das allerſchwerſte verſtoßen haben, wie denn überhaupt dieſe Regierung und die hinter ihr ſtehenden Mehrheitsparteien ihre allgemeinen politischen Maßnahmen wie ihre Steuermaßnahmen im beſonderen durchweg haben tragen laſſen nicht von den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, ſondern von politischen Forderungen, die in durchaus unſachlichen Quellen ihren Urfprung gehabt haben.

(Sehr richtig!)

Das, was ich eben hervorgehoben habe als ſtärkſten Mangel der Steuergeſetzgebung der Nachkriegszeit, die mangelnde Einſicht in die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten des Wiederaufbaus, tritt zunächſt hervor bei der Beſiſtsteuergeſetzgebung, die wir auch in dieſem Jahre erlebt haben und die ſich im weſentlichen als Fortſetzung der Beſiſtsteuergeſetzgebung des Jahres 1916 darſtellt, alſo bei der außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919 und bei der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Es iſt bekannt, daß im Kriege immer wieder von unſachverſtändiger Seite darauf hingewieſen wurde, in den Händen der Landwirtschaft, in den Darlehnskaffen und ſonſtigen Kreditanſtalten, die mit der Landwirtschaft in Verbindung ſtünden, häuſe ſich das Geld bergehoch. Es ſoll auch von uns nicht verkannt werden, daß ein mehr oder weniger reichlicher, zum Teil erheblicher Vermögens- und Einkommenszuwachs in der Landwirtschaft erzielt worden iſt. Aber von unſachverſtändiger Seite

wird doch dabei verkannt, daß dieser Vermögens- und Einkommenszuwachs im letzten Grunde nichts anderes gewesen ist als liquidiertes Betriebskapital, das bei der Notwendigkeit des Wiederaufbaus, bei dem Versuche der Neuinszenierung unserer Wirtschaft, bei dem Versuche der Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft dem Landmann in der Hand zerrinnen muß. Diesen wichtigen Gesichtspunkt hat man bei dem ersten Besitzsteuergesetz, der außerordentlichen Kriegsabgabe von dem Mehreinkommen, vollständig verkannt. Man hat es abgelehnt, darauf einzugehen, was von den Seiten verlangt wurde, die der Landwirtschaft mit Verständnis für ihre Lebens- und Erzeugungsbedingungen gegenüberstehen, daß nämlich von dem sogenannten Mehreinkommen abgezogen werden müssen diejenigen Einnahmen, die nachweislich aus liquidierten Bestandteilen des Betriebes hervorgegangen sind, die an sich zur normalen Fortsetzung des Betriebes unbedingt erforderlich sind, und weiterhin hat man es abgelehnt, solche Einnahmen abzuziehen, die aus erzwungener Unterlassung notwendiger wirtschaftlicher Anschaffungen, Meliorationen usw. entstanden sind. In diesem Kreise von Sachverständigen brauche ich ja nicht ausführlich darüber zu sprechen, daß das Mehreinkommen das wir in der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr zu verzeichnen hatten, größtenteils aus mangelnder Bodenbewirtschaftung, mit steigender Verunkrautung des Bodens usw. erkaufte worden ist. Ich brauche nicht darauf zu verweisen, daß, wenn keine Meliorationen vorgenommen werden können, wenn keine Bauten ausgeführt werden können, ganz selbstverständlich Mehreinkommen entsteht. Diese Summen reichen aber in keiner Weise dazu aus, die unterlassenen Anschaffungen und Meliorationen im geeigneten Augenblick ausführen zu können. Ich erinnere nur daran, daß eine Arbeiterwohnung, die vor dem Kriege 5000 M kostete, heute unter 20 000 M nicht herzustellen ist; daß die Beträge, die aus den zwangsweise unterbliebenen Viehanschaffungen entstanden sind, auch nicht entfernt dazu ausreichen, den Viehbestand wieder auf die alte Höhe zu bringen, wenn es überhaupt möglich wäre. So muß dieser Steuergesetzgebung von vornherein der Vorwurf gemacht werden, daß sie die besonderen Lebens- und Erzeugungsbedingungen der Landwirtschaft, die besonderen volkswirtschaftlichen Voraussetzungen des Wiederaufbaus der Landwirtschaft, vollständig verkannt hat. Es muß ganz allgemein gesagt werden, daß die rechnerisch vorhandenen Mehrerträge aus der Landwirtschaft auch nicht entfernt unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausreichen, um die Landwirtschaft auf ihren Stand vor dem Kriege emporzuheben, geschweige denn, daß die vom allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus notwendige Förderung erfüllt werden könnte, den Stand der landwirtschaftlichen Betriebsform über den Stand der Vorkriegszeit hinaus zu intensivieren. Es handelt sich hier um einen Mangel der Gesetzgebung, der nicht nur die deutsche Landwirtschaft trifft, sondern darüber hinaus die gesamte deutsche Volkswirtschaft schwer schädigen muß.

Ähnliche Erwägungen wird man in bezug auf das zweite große Besitzsteuergesetz, nämlich auf die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die in ihren Sätzen geradezu konfiskatorisch wirkt, namentlich im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Landwirtschaft anstellen müssen. Ich will zunächst hervorheben, daß wir auch in diesem Kreise nicht entfernt daran denken können, den eigentlichen Kriegsgewinn, der ja ursprünglich durch diese Kriegsabgabe erfaßt werden sollte, irgendwie zu schützen; ja, ich glaube, daß Sie mit mir gern bereit sein werden, den eigentlichen Schiebergewinn, d. h. den Gewinn der Leute, die ursprünglich nichts anderes gehabt haben als einen Bleistift, ein Notizbuch und ein Telefon, über 100% hinaus wegzusteuern, wenn es möglich wäre. Auf der anderen Seite muß ich aber mit aller Schärfe betonen, daß es gerade, um die Schiebergewinne

zu erfaſſen, notwendig wäre, in eine Differenzierung des entſtandenen Vermögenszuwachſes einzutreten; daß man ſich fragt: wie ſind denn die einzelnen Teile des Vermögenszuwachſes zu beurteilen? Wiſſen denn die Leute, die eine ganz generelle Abſchöpfung des Vermögenszuwachſes jezt zum Geſez erhoben haben, nicht, daß es in breiten Kreiſen unſerer Wiſtſchaft eine Selbſtverſtändlichkeit iſt, daß Vermögenszuwachs in normalem Umfange entſteht? Sind nicht die Kreiſe unſerer Induſtrie, unſeres Handels, unſeres Gewerbes, vor allen Dingen der Landwirtschaft geradezu gezwungen, einen gewiſſen Vermögenszuwachs jedes Jahr zurückzulegen? Ich will ganz ſelbſtverſtändlich darüber keinen Zweifel aufkommen laſſen, daß man in der ſchweren Not des Vaterlandes ſehr wohl dazu übergehen könnte, auch einen ſolchen normalen Vermögenszuwachs zu beſteuern, aber ich wende mich gegen die absolute Gleichheit, die darin beſteht, daß man jeden Vermögenszuwachs, auch den normalen Vermögenszuwachs des redlichen Kaufmanns, des redlichen Induſtriellen, des redlichen Landwirts ſo beſteuert, wie den Vermögenszuwachs des Schiebers, deſſen Kriegsgewinn übrigens kein Menſch mehr erreichen kann, weil er längſt über die Grenze iſt.

(Sehr richtig!)

Die Folge dieſes Geſezes wird ſein, daß der normale Vermögenszuwachs des redlichen Induſtriellen, des redlichen Kaufmanns, des redlichen Landwirts allein getroffen wird, und es kann nichts ſo ſehr dem populären Gerechtigkeitsgefühl widerſprechen, als wenn man eine ſo generell eingeſtellte, konfiſkatoriſch wirkende Abſchöpfung der gesamten Vermögensvermehrung im Kriege vornimmt.

Nun habe ich mit dem Ausdruck „konfiſkatoriſche Sätze“ ſchon angedeutet, was ich jezt darlegen will. Ich bin nämlich der Meinung, daß die Sätze, die man für notwendig gehalten hat, um den Vermögenszuwachs abzuschöpfen, buchſtäblich über das Maß des volkswirtſchaftlich Erträglichen weit hinausgehen. Wir haben es erlebt, daß der damalige Staatenauſchuß als höchſte übrig bleibende Summe vom Vermögenszuwachs, der ſich über fünf Kriegsjahre erſtredte, 440 000 *M* vorgeſehen hatte, und daß die Reichsregierung dieſen Satz auf etwa 200 000 *M* im höchſten Falle herabgedrückt hatte. Ich meine, daß dieſer letztere Satz ſchon derartig niedrig war und dem Verlangen der breiten Maſſen auf Ribellierung des Beſizes ſchon derartig entgegenkam, daß es eine Ungeheuerlichkeit iſt, wenn die Mehrheitsparteien der Rationalverſammlung dieſen Satz noch auf 165 000 *M* herabdrückten, alſo eine Summe, die geradezu ein Wegſteuern des zum Wiederaufbau unſerer Betriebe volkswirtſchaftlich Notwendigen bedeutet. — Ich möchte an dieſer Stelle einſprechen, daß hier beſonders eine Taſache in die Erſcheinung getreten iſt, unter der die gesamte Steuergeſezgebung der Nachkriegszeit gelitten hat. Die jezt in der Macht Befindlichen können nämlich die Geiſter nicht los werden, die ſie gerufen haben. Sie haben ſechzig Jahre hindurch ihre Gefolgschaft mit einer unglaublichen Verhekung erfüllt gegen den Beſiz, niemals aber das in den Vordergrund geſchoben, was hervorragende Vertreter der Sozialdemokratie theoretiſch immer anerkannt haben, daß im letzten Grunde zwiſchen Beſiz und Proletariat eine enge Intereſſengemeinſchaft beſteht. Denn eine zu ſtarke Kapitalabſchöpfung muß ſchließlich dahin treiben, daß die Betriebe nicht mehr fähig bleiben, ſich zu erhalten und neue Arbeitsgelegenheit zu ſchaffen. Ich deutete vorhin ſchon an, ſie ſind gar nicht mehr imſtande, die Intenſivierung ſoweit vorzunehmen, daß wir auf den Standpunkt der Vorkriegszeit kommen. Stellt man dazu die kolofſale Herabdrückung des Kaufwertes des Geldes in Rechnung, wird man auch bei Beurteilung der volkswirtſchaftlichen

Wirkung der jetzt in Rede stehenden Steuer sagen müssen, daß es bei dem konfiskatorischen Charakter derselben undenkbar ist, die hohen Aufgaben zu erfüllen, die der Landwirtschaft im volkswirtschaftlichen Gesundungsprozeß in Zukunft gestellt werden müssen, und daß diese Maßnahmen durchaus nicht im Sinne des Proletariats liegen; im Gegenteil, wenn den Betriebsleitern die Möglichkeit entzogen wird, ihre Betriebe in Gang zu halten und zu intensivieren, muß notwendigerweise die Möglichkeit, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, weggeräumt werden. Die Folge solcher radikalen Kapitalabschöpfung kann nur sein, daß gerade der schlimmste der apokalyptischen Reiter, der Hunger, am erkalteten Herd der handarbeitenden Schichten zuerst einzieht.

Bei der Abgabe des Vermögenszuwachses trat zum erstenmal eine sehr wichtige Frage in den Vordergrund, die speziell die Landwirtschaft interessiert, die Frage nämlich wie die Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes gestaltet werden solle. Bekanntlich hat es in der Absicht der gegenwärtigen Nachhaber gelegen in die in Betracht kommenden Besitzsteuergesetze, d. h. also die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die Erbschaftsteuer und das Reichsnotopfer, als Grundlage der Wertermittelung für den landwirtschaftlichen Besitz den *gemeinen* oder *Verkaufswert* einzufügen. Es ist das ein Punkt, der weiteren Kreisen gar nicht genügend zum Bewußtsein gekommen ist, vor allem nicht in dem Sinne, daß diejenigen Parteien und diejenigen Parlamentarier, die besonderes Interesse für die Landwirtschaft immer gezeigt haben, alle Wachsamkeit und allen Nachdruck haben aufwenden müssen, um die eben angedeutete Bestimmung aus den Besitzsteuergesetzen wieder herauszubringen. Ich brauche in diesem Kreise nicht auszuführen, was es bedeutet hätte, wenn z. B. bei konfiskatorischen Sätzen der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs der unter der Kriegskonjunktur ins Phantastische und Riesenhafte gestiegene Verkaufswert der Wertermittelung zu Grunde gelegt worden wäre, selbst unter der Voraussetzung, daß dieser gemeine Wert um ein Viertel verringert werden sollte. Es ist in mühevoller Arbeit erreicht worden, und das darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß in allen diesen Gesetzen nicht der gemeine sondern der *Ertragswert* eingesetzt worden ist. Es ist in den Beratungen besonders darauf hingewiesen worden, daß eine wirkliche Feststellung des Unterschiedes zwischen den Vermögensbeständen von 1914 und 1918 nur denkbar sei, wenn die Methode der Wertermittelung dieselbe bleibe. Es ist Ihnen ja bekannt, daß bei dem Wehrbeitragsgesetz, auf dem bekanntlich die Besitzsteuergesetze von 1916 beruhen, als Grundlage der Wertermittelung auch die nachweisbaren Gesehungskosten zugestanden waren. Nachdem diese Grundlage anerkannt war, war die Ansetzung des Ertragswertes nicht mehr zu umgehen. Nachträglich ist ja dann in der *Reichsabgabenordnung* die Wertermittelung für land- und forstwirtschaftlichen Besitz auf der Grundlage des Ertragswertes allgemein geregelt worden.

Ich möchte noch hinzufügen, daß es auch gelungen ist, eine andere Angelegenheit zur Zufriedenheit der Interessenten zu regeln, die sich auf die Wertermittelung des landwirtschaftlichen Inventars, vor allen derjenigen des Inventars der Pächter, bezieht. Wir hatten in der Besitzsteuergesetzgebung schon früher die Tatsache, daß das landwirtschaftliche Inventar mit dem Grund und Boden als eine Bewertungseinheit angesehen wurde, die nach dem Gesichtspunkte des Ertragswertes behandelt wurde. Wir hatten aber gleichzeitig die Erscheinung, daß in vielen Gegenden das landwirtschaftliche Inventar der Pächter nach dem Verkaufswert eingeschätzt wurde. Jetzt ist der Standpunkt durchgesetzt, daß auch in diesen Fällen, wo es sich eigentlich um verschiedene Besitzer hinsichtlich des Grund und Bodens und des Inventars handelt, das landwirtschaftliche Inventar des Pächters un-

abhängig von den durch die Kriegskonpacten ins Miesenhafte geſteigerten Werthſätzen nach dem Ertragswert ermittelt werden ſoll.

Als weitere Beſitzſteuer kommt dann die Erbschaftsſteuer in Betracht. Selbſtverſtändlich ſind wir der Überzeugung, daß in der ſchweren Noth, in der wir uns befinden, auch auf dem Wege der Erbschaftsbeſteuerung der Beſitz bis an die Grenze der Leiſtungsfähigkeit herangezogen werden muß, auch hiſichtlich der Beſteuerung des Kinder- und Gattenerbes. Auf der anderen Seite wird man ſich ſchon fragen müſſen, ob die Sätze, die urſprünglich in Ausſicht genommen waren, nämlich für die nächſten Verwandtschaftsgrade bis auf 20% im Höchſtfalle und für die ferneren Verwandtschaftsgrade auf 65% volkswirtſchaftlich erträglich ſind. Zunächst möchte ich darauf hinweiſen, daß gerade bezüglich des landwirtſchaftlichen Erbgangs eine ganz beſondere Thatſache beſteht, inſofern, als es ſich hier auf keinen Fall, wie es in der Begründung des Erbschaftsſteuergeſetzes heißt, um einen unverdienten Vermögenszuwachs handelt, daß vielmehr in ſehr vielen Fällen das Hingeſcheiden des Betriebsinhabers für die Wiſtſchaft eine außerordentlich ſchwere Beſtaltung bedeutet. Das alles muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die Thatſache beurtheilen ſoll, daß die eben genannten Höchſtſätze von 20 und 65%, auf 35% in den näheren und auf 80% in den ferneren Verwandtschaftsgraden durch die Mehrheitſparteien der Nationalverſammlung erhöht worden ſind. Wenn ich auch die Selbſtverſtändlichkeit nochmals betone, daß wir uns grundſätzlich in keiner Weiſe gegen die Heranziehung des Beſitzes auch bei der Erbschaftsbeſteuerung wenden, ſo bin ich doch der Auffaſſung, daß eine ſolche Steuergeſetzgebung geradezu Schrittmacherei zum Kommunismus bedeutet.

(Sehr richtig!)

Denn man kann Volkſchewismus und Kommunismus auf verſchiedenen Wegen betreiben; wie in Rußland mit Terror und Zwang, oder aber auf dem Wege der Geſetzgebung inſbeſondere der Steuergeſetzgebung, indem man alles Privatinter-eſſe ausſchaltet und den Begriff des Eigentums direkt unterminiert. Das muß mit aller Entſchiedenheit hervorgehoben werden, und wir müſſen darauf immer wieder den Finger legen: die Steuer iſt am gefährlichſten für die Volkswirtſchaft, die jede Kapitalbildung unterbindet, den Sparſamkeitstrieb aufhebt; die Erbschaftsſteuer hat nicht nur dieſe Folgen, ſondern ſie reizt geradezu zur Verſchwendung an.

Das Erbschaftsſteuergeſetz hat auch den ſpeziellen Erforderniſſen der landwirtſchaftlichen Betriebsform in keiner Weiſe Rechnung getragen. Es hat zwar in dem urſprünglichen Entwurf des Steuergeſetzes geſtanden, daß die Steuer wegfallen ſollte bei Erb-gängen auf land- und forſtwirtſchaftlichem Gebiete, wenn innerhalb von 5 Jahren ein zweiter Erb-gang erfolgte, und die Hälfte ſollte gezahlt werden, wenn innerhalb 10 Jahren ein zweiter Erb-gang erfolgte. Man hat jezt den Weg eingeleitet, daß man ganz allgemein ſagt: die Steuer ſoll auf die Hälfte verringert werden, wenn innerhalb von 5 Jahren ein zweiter Erb-gang erfolgt. Man darf ſich darüber nicht im unklaren ſein, daß damit der urſprüngliche Sinn des in Rede ſtehenden Paragraphen vollſtändig verſhoben worden iſt. Denn es handelt ſich, da jezt eine Verallgemeinerung dieſer Beſtimmung eingetreten iſt, um eine völlige Verkennung des Unterſchiedes zwiſchen Grundkapital und ſonſtigem Kapital. An dieſem Mangel leidet überhaupt die ganze Steuergeſetzgebung. Sie verkennet inſbeſondere, daß die Lage eines Erben von Grundbeſitz eine vollſtändig andere iſt als die Lage eines Erben von ſonſtigem Kapital,

(ſehr richtig!)

daß es für den Erben von Grundbeſitz außerordentlich ſchwierig ſein muß, die kolloſale Erbschaftsſteuer zu bezahlen, wenn nicht ein großes Privatvermögen vor-

handen ist. Die Herrschaften, die unsere Steuergesetze machen, wissen offenbar nicht, daß ein Landgut in jedem Falle eine wirtschaftliche Einheit darstellt, die nicht auseinandergerissen werden kann. Wenn ich nun die Schwierigkeiten, die entstehen, dadurch lösen will, daß ich die Erbschaftsteuer in eine Grundschuld umwandle, die nach und nach abgetragen werden kann, dann ist die Wirtschaftslage des betreffenden Erben ganz außerordentlich verschlechtert und sie muß zur Katastrophe führen in Zeiten niedergehender landwirtschaftlicher Konjunktur. Sie muß aber insbesondere zur Katastrophe führen, wenn in verhältnismäßig kurzer Zeit mehrere Erbgänge eintreten.

Nun lassen Sie mich noch eingehen auf das wichtigste Besitzsteuergesetz, das gerade jetzt im Vordergrund des Interesses steht: das Reichsnotopfergesetz. Der Standpunkt, den wir auch vom landwirtschaftlichen Gesichtspunkte einnehmen müssen, muß ausgehen von der Frage: kann man von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus eine so ungeheure Kapitalabschöpfung, die größer ist als je eine in der Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten, ertragen? sowie weiter von der Frage: hat denn die Reichsregierung überhaupt eine Aufstellung über den Gesamtbedarf des Reiches vorgelegt? Antwort: Nein! Sie hat eine dahingehende Forderung sogar abgelehnt, indem der verantwortliche Reichsminister sich nicht geschaut hat, zu erklären: er lege gar keinen Wert darauf, eine solche genaue Bedarfsrechnung aufzustellen, denn es sei doch möglich, daß die finanziellen Anforderungen seitens unserer Feinde sich senkten, wenn wir die Höhe ihrer Forderungen erst in zwei oder drei Jahren erführen. Mit solchem verbrecherischen Optimismus wird im ersten Revolutionsjahr Finanzpolitik getrieben! Und wenn Stimmen laut werden, ob nicht die Gefahr besteht, daß die Feinde die Hand auf den Ertrag des Reichsnotopfers legen, dann wird uns nur die Antwort gegeben: das sei ausgeschlossen für den Fall, daß wir die uns auferlegten Bedingungen erfüllen. Einst hörten wir in der Aula der Universität in Berlin: diese Bedingungen sind von jedem Gesichtspunkte aus unerfüllbar und unannehmbar!

(Sehr richtig!)

Heute sagt man uns: die Feinde werden die Hand nicht auf das Reichsnotopfer legen, wenn wir die Bedingungen erfüllen. Ja, man hat uns auch Versprechungen gemacht, als unsere Handelsflotte auslief, ebenso macht man uns jetzt solche Versprechungen. Ich sage noch einmal: mit solchem leichtfertigen Optimismus wird im ersten Revolutionsjahr Finanzpolitik gemacht! Es ist versucht worden, diese schwere Gefahr zu beseitigen durch einen Vorschlag, der nicht etwa darauf ausging, den Gesamtertrag des allerseits für notwendig gehaltenen Besitzopfers herunterzubrüden, der vielmehr eine Verordnung seines organisatorischen Aufbaus bezweckte. Es handelt sich hier um die Forderung, das Reichsnotopfer durch eine sogenannte Zwangsanleihe zu ersetzen, die den Vorzug hat, daß sie keine Steuer im eigentlichen Sinne ist, und die weiterhin den Vorzug haben würde, daß sie gewisse Besitztitel in der Hand dessen, der die Anleihe übernehmen müßte, zurückläßt, die vielleicht in den Zeiten wieder aufblühender Wirtschaftslage realisiert werden könnten. Dieser Vorschlag ist abgelehnt worden, und zwar ohne Begründung. Doch liegt die Begründung auf der Hand: diese Mehrheit der Volksvertretung und die Regierung lassen sich treiben von den Rufen, die von der Straße her erhoben werden, und die darauf hinauslaufen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo der Besitz zu bluten habe, bis zum Weißbluten, ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft.

Es ist dann weiterhin die Forderung gestellt worden, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat oder eine Reihe von Sachverständigen darüber zu befragen, ob die Höhe der Sätze, die bekanntlich von 10–65% steigen, unter den genannten

Gesichtspunkten der Wiederaufbaumöglichkeit erträglich seien. Auch diese Forderung ist ohne weiteres abgelehnt worden.

Und nun lassen Sie mich eingehen auf einen Punkt, der hier und da von manchen Beurteilern als eine Erleichterung der Forderungen des Reichsnotopfers angesehen wird, nämlich daß man die Kapitalabschöpfung ja ersetzen könne durch eine Rentenzahlung, die im allgemeinen auf 30 Jahre, beim land- und forstwirtschaftlichen Besitz auf 50 Jahre verteilt werden könne. Ich habe häufig gefunden, daß über diese Möglichkeit doch sehr optimistische Auffassungen bestehen. Man verkennet vollständig, daß die auferlegte Rentenzahlung für 30 und für 50 Jahre eine Starrheit in sich trägt, die beim Niedergang der betreffenden Wirtschaft oder des betreffenden Betriebes unweigerlich zur Mobilisierung führen muß. Denn nach den Voraussetzungen des Gesetzes wird ja das Vermögen nach dem Stand vom 31. Dezember 1919 eingeschätzt, und dieses Vermögen bildet die Grundlage für die Gesamtauflage, die dem Besitz gemacht wird; ohne jede Rücksicht darauf, ob das Einkommen und Vermögen wächst oder abnimmt, bleibt die Höhe der Rente dieselbe. Das ist eine Starrheit von Vorbelastung von Einkommen und Vermögen, die in vielen Fällen zur Katastrophe führen und die Kreditfähigkeit des Betroffenen auf das allerschwerste einschränken muß.

Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die Grundrente, die auferlegt werden soll, den Bodentredit auf das Allerschwerste gefährden muß; und zwar nicht nur hinsichtlich der zweiten und folgenden Hypotheken, sondern auch hinsichtlich der ersten Hypotheken. Die Starrheit der Vorbelastung von Einkommen und Vermögen, die ich oben geschildert habe, ist der allerschwerste Mangel, der diesem Gesetze anhaftet.

Nun könnte man ja sagen, daß der Besitz abgeschöpft werden soll über jedes wirtschaftlich erträgliche Maß hinaus. Wer sich noch darüber im Zweifel sein sollte, wird eines Besseren belehrt werden durch die jetzt angekündigten neuen Steuergesetze, nach denen man eine Einkommensteuer einführen will, die bis zu 80% des Einkommens geht, und ich kann auch noch mitteilen, daß noch ganz andere Besitzsteuern vorgesehen sind, nämlich eine sogenannte Aufwandssteuer, indem den jetzt ja mit einer unglaublichen Machtfülle versehenen Finanzorganen des Reiches die Befugnis übertragen wird, für jeden einzelnen nach seinem bisherigen Einkommen und seiner gesamten Lebenshaltung und sozialen Lage im Voraus festzulegen, wieviel er im Jahre verbrauchen darf. Geht er in seinem Verbrauch über das ihm zugebilligte im Jahre hinaus, so hat er von dem Überschrittenen im nächsten Jahre eine Steuer zu zahlen, die bis zu 80% des Überschußbetrages gehen soll.

(Unruhe.)

Das bedeutet eine unerhörte Machtfülle der Steuerämter, eine Hineinzerren jeder einzelnen Persönlichkeit in die Fesseln einer Steuergesetzgebung, wie sie in der Steuergeschichte aller Zeiten bisher unerhört war, und wenn dann, was schon theoretisch eigentlich ausgeschlossen ist, es doch einem Menschen noch möglich sein sollte, einen Vermögenszuwachs zu erzielen, so soll er diesen Vermögenszuwachs mit einer sogenannten Anerkennungsgebühr von 10% dem Staate gegenüber versteuern.

So sehen also die Steuern aus, die uns noch bevorstehen. Aufs ganze gesehen, darf wohl gesagt werden, daß gerade die aufbauenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens, insbesondere die Landwirtschaft, einer solchen Besitzsteuergesetzgebung gegenüber den schärfsten Widerstand leisten müssen, nicht aus persönlichen Gründen, sondern von den allgemeinen volkswirtschaftlichen Einsichten aus,

die in Zukunft die Grundlage jeder Wirtschaftstheorie und jeder Wirtschaftspraxis sein müssen, und ich glaube auch sagen zu dürfen, daß die Kreise, die wir hier vertreten, alle Kräfte darauf einstellen müssen, daß das Steuer des Staates bald herumgeworfen wird, damit die Finanzpolitik, die Steuerpolitik und die allg. meine Politik nicht weiter, wie es jetzt der Fall ist, beherrscht wird von der Straße, sondern getragen wird von allgemeinen volkswirtschaftlichen Einsichten, insbesondere von Verständnis für die überragende Bedeutung der Landwirtschaft im volkswirtschaftlichen Gesundungsprozeß der Zukunft.

(Lebhafter Beifall.)

2. stellv. Präsident Wirtl. Geh. Rat Dr. **Mehnert**: Meine hochgeehrten Herren, Ihr lebhafter Beifall hat bewiesen, wie sehr Sie dem Herrn Vortragenden für seine Ausführungen danken. Ich möchte das noch besonders zum Ausdruck bringen. Die interessanten, überaus eingehenden und pädenden Darlegungen des Herrn Vortragenden haben in unserem Kreise die größte Dankbarkeit ausgelöst. Wir danken aber um so mehr dafür, daß Herr Dr. Oberfohren in seiner Tätigkeit als Mitglied der Nationalversammlung die Grundsätze, die er hier vertreten hat, auch in der Nationalversammlung mit Kraft und Energie vertreten hat. Wir bitten ihn, darin nicht nachzulassen, sondern auch in Zukunft in kräftiger Weise für uns tätig zu sein.

(Bravo!)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion.

Rittergutsbesitzer Freiherr von **Wangenheim**: Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Oberfohren über die Kriegsgewinnsteuer möchte ich auf eins hinweisen. Wir sind gerade im Kriege vielfach veranlaßt gewesen, Anlagen zu machen, welche wir nicht hergestellt hätten, wenn wir nicht durch die Maßnahmen der Regierung dazu gezwungen gewesen wären. Ich habe im ersten Kriegswinter eine Kartoffelfloßfabrik gebaut, weil ich mein Getreide abgeben mußte und nichts zum Füttern hatte. Ich habe dann später eine Rübenrothnungsanstalt bauen müssen, weil ich Kartoffeln wieder nicht mehr verfüttern durfte. Das sind wirtschaftliche Maßnahmen, die wir treffen mußten, gezwungen durch die Verhältnisse.

Dann wäre ich dankbar, wenn mir eine Frage noch gelöst werden könnte. Jetzt wird alles, was an Vermögen vorhanden ist, weggesteuert. Wer soll denn hinterher die steuerlichen großen Lasten im Deutschen Reich tragen?

(Sehr richtig!)

Das ist ein Punkt, den wir den Arbeitern immer klar machen müssen, daß, wenn die besitzenden Leute nichts mehr haben, dann sie es sind, die alle Lasten tragen müssen. Wenn unseren Arbeitern das klar geworden ist, werden sie sich vielleicht auch bei der Sozialdemokratie für diese Politik bedanken.

2. stellv. Präsident Wirtl. Geh. Rat Dr. **Mehnert**: Die Besprechung ist geschlossen. Das Schlußwort wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Ist der Landwirtschaftsrat bereit, die vorliegende Entschließung anzunehmen? — Einstimmig.

Beschluß:

3. Steuergesetzgebung und die Landwirtschaft.

Die ungeheueren Lasten, welche die finanzielle Notlage des Reiches dem deutschen Volke auferlegt, können nur getragen werden, wenn durch eine aufbauende Wirtschaftspolitik die wirtschaftlichen Kräfte zur höchsten Entfaltung

gebracht werden. Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Teil an den allgemeinen Opfern zu übernehmen. Dies wird aber nur dann ohne schweren Schaden für ihr Gedeihen und damit für die Volkswohlfahrt möglich sein, wenn bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf ihre notwendigen Lebensbedingungen die erforderliche Rücksicht genommen wird. Eine gesunde Landwirtschaft ist die unerläßliche Vorbedingung für die Wiederaufrichtung unseres aufs äußerste geschwächten Wirtschaftslebens. Bei allen steuerlichen Maßnahmen muß daher als leitender Grundsatz voranstehen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung nicht nur bis auf den Stand vor dem Kriege, sondern wesentlich darüber hinaus gesteigert wird.

Bei der bisherigen Behandlung der Steuerpolitik ist dieser Forderung in keiner Weise Rechnung getragen worden. Ohne Aufstellung eines einheitlichen Systems der zukünftigen Besteuerung sind eine Reihe von Steuervorlagen eingebracht und durchberaten worden, zu denen infolge ihrer späten Veröffentlichung die sachverständigen Vertretungen des Erwerbslebens nicht in genügender Weise Stellung zu nehmen Gelegenheit erhalten haben. Es besteht daher die große Gefahr, daß durch eine unzweckmäßige, den technischen Fortschritt hemmende Besteuerung der Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft beeinträchtigt oder unmöglich gemacht wird.

Die bereits verabschiedeten Kriegsausschüttungsgesetze haben den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in wesentlichen Punkten nicht Rechnung getragen. Zur Vermeidung größter Unbilligkeiten ist bei ihrer Durchführung eine weitgehende Anwendung des Härteparagraphen erforderlich. Vor allem ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich während des Krieges die Einnahmen der Landwirtschaft vielfach lediglich infolge unwirtschaftlicher Ausgaben von Betriebsmitteln vermehrt, die Ausgaben aber infolge wirtschaftlicher Ersparnisse an Arbeitslohn, Futter- und Düngemitteln, Aufwendungen zur Erhaltung und Verbesserung des toten und lebenden Inventars und der Gebäude vermindert haben.

Es ist daher zu fordern, daß

- a) Kapitalbeträge, welche an die Stelle veräußerter, zum normalen Betriebsinventar gehöriger Betriebsmittel getreten sind, nicht als Zugang zum Einkommen oder Vermögen, sondern als Verschiebung der Vermögenswerte zu behandeln sind,
- b) wegen der unterbliebenen Instandhaltung des Inventars Abnutzungsbeträge in einer Höhe nötig sind, welche unter Berücksichtigung der derzeitigen Preisverhältnisse die Wiederherstellung des früheren Zustandes ermöglichen.

Gegen das Reichsnotopfer in der von der Regierung vorgeschlagenen und vom Ausschuß der Nationalversammlung im wesentlichen angenommenen Form hegt die Landwirtschaft nach wie vor die schwersten Bedenken. Die Entziehung eines großen Teils des unentbehrlichen Betriebskapitals würde die Wiederaufrichtung unseres nahezu vernichteten Wirtschaftslebens aufs äußerste erschweren. Der Zweck des Reichsnotopfers wäre aber ohne eine solche ungeheure Schädigung der wirtschaftlichen Kräfte viel besser durch die von wirklich sachverständiger Seite vorgeschlagene Zwangsanleihe zu erreichen.

Besonders verhängnisvoll wäre das Reichsnotopfer für den Weinbau, indem es gemeinsam mit dem neuen Erbschaftssteuergesetz die Vernichtung der großen Weingüter und damit des Qualitätsweinbaus, auf dem der Weltruf des

deutschen Weinbaues und die ganze deutsche Weinausfuhr beruht, herbeiführen würde.

Von den Einzelbestimmungen ist völlig unannehmbar, daß dem Reichsnotzins der Vorrang vor allen anderen Forderungen eingeräumt werden soll. Eine solche Bevorzugung der oft sehr hohen staatlichen Forderungen würde nicht nur wohlverworbene Rechte verletzen, sondern vor allem eine schwere Erschütterung des landwirtschaftlichen Bodenkredits zur Folge haben, die Sicherheit und die Kurse der bisher als mündellicher anerkannten Pfandbriefe der ländlichen Bodenkreditinstitute (Landchaften) gefährden und vielen Landwirten die Kreditaufnahme erheblich erschweren oder ganz unmöglich machen.

In Anbetracht der Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung ist auch eine Anpassung des Reichsnotzinses an das zukünftige Vermögen und den zukünftigen Ertrag erforderlich, vielleicht durch Festsetzung bestimmter Sätze, die der Reichsnotzins in den einzelnen Einkommensstufen nicht überschreiten darf. Dies würde auch die Sicherheitsleistung für die Vermögensabgabe entbehrlich machen.

Bei der *Umsatzsteuer* ist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des landwirtschaftlichen Familienbetriebs der Verbrauch eigener Erzeugnisse in der Landwirtschaft von der Steuerpflicht freizulassen. Ferner ist zur Schonung der Zwergwirtschaften und zur Förderung der Eigenwirtschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter die völlige Befreiung der kleinen Betriebe wie im Umsatzsteuergesetz von 1918 beizubehalten.

Für die weiter zu erwartenden Steuervorlagen und für die Ausführungsbestimmungen zu den Steuergesetzen wird die dringende Forderung ausgesprochen, daß den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, die Interessen ihres Berufsstandes zur Geltung zu bringen, da eine dauernde Ausschließung der sachverständigen Organe des Wirtschaftslebens von der Mitwirkung an diesen für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft grundlegenden Gesetzen die größten Nachteile zur Folge haben muß.

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats 1919.

**Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch die
Einführung von Betriebsräten.**

Anträge des Referenten Hofbesitzer **D u s c h e - M e r n h a g e n .**

Die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats lehnt den Gesetzentwurf über die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit ab, weil durch ihn die landwirtschaftliche Produktion und damit die Ernährung des deutschen Volkes auf das schwerste gefährdet werden würde.

Berichterstatter Hofbesitzer **Dusché**, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung: Meine sehr verehrten Herren, wir Mitglieder der Nationalversammlung sind es gewöhnt, daß uns in großen Massen Gesetzentwürfe vorgelegt werden, die vom blutigen Dilettantismus eingegeben sind, wir sind es auch gewöhnt, daß man auch durch Gesetzentwürfe versucht, alles das, was aus der früheren Zeit gut war, möglichst schnell zu beseitigen. Ebenso sind wir gewöhnt, daß man ohne irgendwelchen richtigen Blick für die Praxis des Wirtschaftslebens Gesetzentwürfe macht, nur um Parteiinteressen zu dienen. Aber trotz alledem haben wir doch, seitdem wir den 9. November vorigen Jahres gehabt haben, keinen Gesetzentwurf bekommen, der so furchtbar eingreift, vernichtend, verheerend eingreift in alle Berufsclassen hinein als der Entwurf des Betriebsrätegesetzes. Wir Parlamentarier bedauern es unausgesetzt, daß über die verheerenden Wirkungen dieses Gesetzesentwurfs in den weitesten Volksschichten Gleichgültigkeit und Unklarheit herrscht. Ich glaube, behaupten zu dürfen, daß die weitesten Volksschichten sich nicht klar sind über die Wirkungen, die das Gesetz auslösen müßte, wenn es auch nur in abgemilderter Form verabschiedet wird. Auch die deutschen Arbeiter, vor allen Dingen auch die Arbeiter in der Landwirtschaft sind sich, weiß Gott, nicht klar über die Wirkungen dieses Gesetzes. Das Gesetz würde meiner Meinung nach, auch wenn es in abgemilderter Form angenommen wird, zweifellos eine neue Revolution herbeiführen, es würde den Terror der Straße verewigen, und dann muß ich doch auch sagen, das Gesetz wird nicht verlangt von dem tatsächlich Arbeitenden, sondern hauptsächlich von denen, die die Arbeit scheuen oder, um es etwas milder zu sagen, von den Arbeitsunlustigen, die die Verewigung der Arbeits-

losenunterstützung, die die Verewigung der Streiks herbeiführen wollen zum Ruin unseres ganzen Wirtschaftslebens, und es ist auch ein irrthümlicher Gedanke, wenn der geistige Vater dieses Gesetzes, wie ich vorgestern in der Rationalversammlung zu sagen Gelegenheit hatte, wenn der Abgeordnete Scheidemann glaubt, mit der Einführung dieses Gesetzes den Rätegedanken in Deutschland bannen oder aufhalten zu wollen. Nein, ich glaube im Gegenteil, daß durch die Verabschiedung dieses Gesetzes die Begehrlichkeit der Massen noch immer weiter gesteigert werden würde. Um Unternehmungen vor Störungen, vor dem Ruin zu bewahren, ist es der Hauptgedanke, der Hauptzweck, das Ziel jedes Unternehmers, daß er wegen des Konkurrenzkampfes, den er andauernd zu führen hat, Stunde für Stunde auf Verbesserungen seines Betriebes bedacht ist, und deshalb ist es nötig, daß die Initiative des Betriebsleiters, des Besitzers Stunde für Stunde in die Tat umgesetzt wird. Wenn das der Fall ist — und das ist der Fall bei der Privatwirtschaft —, dann wirkt dieses Bestreben nicht störend, sondern fördernd auf die Ware, die in den betreffenden Betrieben hergestellt wird, aber das ist nur möglich, wenn die persönliche Initiative ungehemmt bleibt. Die Betriebsräte, die ohne Verantwortung sein sollen, denen ein *verantwortungslos* Dreinreden gestattet ist, werden auf die Güte der Ware, die in den betreffenden Betrieben hergestellt wird, nicht fördernd wirken können. Man sagt, meiner Meinung nach mit Unrecht von linksstehender Seite — immer: in der privatwirtschaftlichen, in der kapitalistischen Wirtschaftsweise regiert das Gewinninteresse, der Erwerbsgeist, während, wie man von links gleichfalls sagt, in der anderen Welt das öffentliche Interesse, der Gemeingeist, das sittlich hochstehende Interesse herrsche. Ich bin anderer Auffassung, ich bin der Überzeugung, daß bei einer solchen Wirtschaftsordnung, in der alle dreinzureden haben, wo *alle* die Verantwortung tragen, mithin im letzten Grunde *niemand*, die Ware, weil eben niemand die Verantwortung hat, in den betreffenden Betrieben nicht besser, sondern schlechter wird. Die Folge wird auch sein, daß das Betriebskapital sich herabmindern wird, weil selbstverständlich auch die finanzielle Besserung der Unternehmung durch die Einführung der Betriebsräte leiden wird, da die Betriebsräte dafür sorgen werden, daß die notwendigen Rückstellungen, Abschreibungen usw. nicht gemacht werden, sondern alles, soweit irgend möglich, in höheren Löhnen und dergleichen angelegt wird. Auch die Einsicht der Bilanzen ist ja so ungeheuer gefährlich. Es wird dann weiter dahin kommen, daß, weil das inländische Kapital diese Bewirtschaftung der Betriebe meiden wird, ausländisches Kapital, wie wir es jetzt schon Tag für Tag erleben, in all diesen Werken mehr investiert wird. Das ausländische Kapital wird letzten Endes mit dahin wirken, daß der Weg zum Sklavenstaat, auf dem wir uns ja schon durch Annahme der Friedensbedingungen in erheblichem Maße befinden, immer weiter beschritten werden muß, und schließlich wird das ausländische Kapital, wenn es die Macht hat und es wird die Macht bekommen —, schon von selbst dafür sorgen, daß sein Gewinn sichergestellt wird und daß letzten Endes der deutsche Arbeiter den Schaden davon hat, weil das ausländische Kapital in dem Sklavenstaat, in den wir hineinkommen werden, die Löhne für unsere Arbeiter festsetzen wird. Es wird schließlich auch dahin führen, daß ganze Landesteile Deutschlands sich von dem Freistaat Deutschland losagen werden, weil sie mit einem Lande nichts mehr zu tun haben wollen, in dem eine derartig durch und durch verkehrte Wirtschaftsmethode eingeführt ist, und daß schließlich, was ich meiner politischen Überzeugung nach als einzig Gutes in der Revolution anerkenne, nämlich den Weg zum Einheitsstaate, daß dieser Weg zum Einheitsstaate durch die Annahme des Betriebsrätegesetzes nicht gefördert, sondern gesperrt wird.

So werden durch dieses Gesetz alle Kreise betroffen, vor allen Dingen aber auch die deutsche Landwirtschaft. Wenn ich mir nun gestatten darf, mit ein paar kurzen Worten auf die verheerenden Wirkungen, die dieses Gesetz für die ganze Wirtschaft haben wird, einzugehen, so darf ich mir wohl gestatten, insbesondere ganz kurz die verheerenden Wirkungen dieses Gesetzes auf die Landwirtschaft zu skizzieren.

Das Gesetz wird dahin führen, daß die Einführung neuer Technik, neuer Betriebs- und Arbeitsmethoden auch in der Landwirtschaft unmöglich wird. Das Gesetz ist verhängnisvoll in der Beziehung, daß die Mitwirkung der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern gefordert wird. Das Gesetz stellt sich überhaupt dar als ein Gesetz, das in Überstürzung und Hast gemacht worden ist, wie fast alle Gesetzentwürfe, die wir in der Nationalversammlung vorgelegt bekommen haben. Ich habe es erlebt, daß, als das Sozialisierungsgesetz uns vorgelegt wurde, der Minister die Tüchtigkeit unserer jetzigen Regierung damit begründete, daß er sagte: der Entwurf zum Sozialisierungsgesetz wäre innerhalb dreier Tage fertiggestellt worden, während die alte Regierung mindestens $\frac{3}{4}$ Jahre dazu gebraucht haben würde.

(Unruhe.)

Ich habe dann im Plenum darauf erwidert, daß ich die Eizigkeit anerkenne, daß ich aber als Norddeutscher meinen Fritz Reuter gelesen hätte und wüßte, daß Eizigkeit sich mit Richtigkeit nicht immer paart.

Das Gesetz macht auch, wenn Sie mir noch ein paar allgemeine Bemerkungen gestatten, ehe ich mich zur Landwirtschaft wende, keinen Unterschied zwischen klein- und großkaufmännischen Betrieben, keinen Unterschied zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben, zwischen Bergwerksbetrieben und Schreibstuben. Alles mißt es mit demselben Maße. Wir leben ja in der Zeit der obersten Gleichmacherei. Wie ein heißer Wüstenwind geht durch unser Leben jetzt das Bestreben der Mehrheitsparteien, alles gleichzumachen, und diese Gleichmacherei findet auch ihren Ausdruck in dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Der § 6 des Gesetzentwurfs behandelt Angestellte und Arbeiter vollständig gleich. Die Verfasser des Gesetzentwurfs scheinen gar nicht zu wissen, daß das Arbeiterrecht in der Gewerbeordnung festgelegt ist, während das Angestelltenrecht im Handelsgesetz geregelt ist. Hier werden Arbeiter und Angestellte — man bekommt ja tagtäglich Zuschriften von Angestelltenverbänden, die sich dagegen wehren — vollständig gleichgestellt. Trotzdem ist doch die Tätigkeit, das Interesse, das persönliche Verhältnis zum Unternehmer bei Arbeitern und Angestellten ein verschiedenes.

Das Einspruchsrecht der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassung von Angestellten verstößt juristisch gegen das Handelsgesetzbuch. Auch die Vorlage der Bilanzen ist nach dem Handelsgesetzbuch unzulässig. Das wirtschaftliche Chaos, in dem wir uns schon seit einem Jahre befinden, wird dadurch nur vergrößert werden. Ein Gericht wird in Straffällen so urteilen, das andere Gericht anders; das Ende wird sein: jeder wird tun, was er Lust hat.

Was die Landwirtschaft anbetrifft, meine geehrten Herren, so habe ich es — ich habe dies in Schrift und Wort bei meiner Tätigkeit als Parlamentarier zum Ausdruck gebracht — unendlich bedauert, daß so wenig Sachkenntnis über landwirtschaftliche Dinge in der Nationalversammlung vorhanden ist. Ich bedaure es, daß nur einige dreißig praktische Landwirte in der Nationalversammlung vorhanden sind, während Gott sei Dank der Deutsche Reichstag vor noch gar nicht langer Zeit 180 Landwirte in seiner Mitte zählte. Ich habe es unendlich bedauert, daß die größte Partei in der Nationalversammlung auch nicht einen Mann und

nicht eine Frau in ihrer Mitte zählt, die — ich spreche es offen aus — auch nur einen Funken landwirtschaftlicher Sachkenntnis besitzen. Ich habe es erleben müssen, daß neulich wieder eine Frau als Vertreterin der Mehrheitssozialdemokratie in der wichtigsten Frage der Gegenwart, bei Besprechung der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion — Frau Lobdahl — nur gegen die Landwirtschaft geheßt hat. Ich weiß, daß da 165 Abgeordnete sitzen — ich will gar nicht die 22, die noch weiter links sitzen, dazu zählen —, von denen keiner — ich habe es wiederholt bei Abstimmungen erlebt — bei irgendeiner Abstimmung der Landwirtschaft das geben will, was sie haben muß, um existieren zu können, um vorwärts zu kommen, um die Produktion zu heben, nicht im eigenen Interesse allein, nein, im Interesse des großstädtischen Konsums. Man muß es dem Ernährungsminister, dem Wirtschaftsminister Schmidt lassen, daß er einigermaßen, so gut er es kann, so gut sich das bei seiner sozialdemokratischen Voreingenommenheit erreichen läßt, der Landwirtschaft zu ihrem Rechte verhelfen will. Er hat auch schon falsche Äußerungen beispielsweise gegenüber den brandenburgischen Landwirten gebraucht, aber ich glaube, das ist wohl mehr aus Versehen geschehen.

(Weiterkeit.)

Jedoch der Minister Braun, den ich — und ich bin stolz darauf, das getan zu haben — Minister gegen die Landwirtschaft getauft habe, ist ein Landwirtschaftsminister so übler Art, wie ich ihn mir schlimmer nicht denken kann. Er hat zum Landarbeiterstreit heken lassen. Ich habe ihm das öffentlich vorgeworfen, er hat mir versprochen, ein Verfahren gegen den famosen Dr. Grimm einzuleiten, den er in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie alle Titel abschaffen will, zum Landesökonomierat gemacht hat. Er hat von einem Bolschewismus von rechts gesprochen und damit die ganze Landwirtschaft beleidigt. Die Landwirte verwahren sich dagegen, mit einer Gruppe von Menschen in einen Topf geworfen zu werden, die alles ruinieren wollen, um dann auf den Ruinen ein neues Deutschland aufzubauen. Es ist auch so unendlich bedauerlich und wirkt auf die Psyche jedes Landwirts so schädlich, wenn von Seiten der Minister und der Linksparteien niemals ein Wort der Anerkennung gefunden wird für die überaus schwierige Tätigkeit der Landwirtschaft während des Krieges und nach demselben und auch nicht ein Wort der Anerkennung über die Tätigkeit der Landwirtschaftsfrauen während des Krieges, die ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte bleiben wird, von der man noch singen und sagen wird in Hunderten von Jahren.

Der Minister Braun hat neulich wieder eine Verordnung hinausgehen lassen über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, die man nur als eine Verordnung zur Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiter bezeichnen kann, die von Haß diktiert, ungerecht, juristisch nicht haltbar ist. Solche Erlasse soll und darf ein Minister nicht hinausgehen lassen, und solche Erlasse waren wir unter dem alten Regime, bei dem ich meiner politischen Überzeugung nach auch dies oder das manchmal zu tadeln hatte, Gott sei Dank nicht gewohnt.

Die Erteilung von Ratschlägen des Obmanns, den ich Vizebauern nennen möchte, oder von Seiten des Betriebsrats wird in der Landwirtschaft zu verhängnisvollen Folgen führen. Ich brauche in diesem Kreise, in dem ja die ersten Kenner der deutschen Landwirtschaft versammelt sind, nicht auseinanderzusetzen, wie gefährlich die Raterteilung des Betriebsrats sein kann. Ich brauche nicht daran zu erinnern, daß die Verhältnisse jedes Betriebes, vom größten Gute bis zum kleinsten Bauernhofe, Sachkenntnis erfordern, die man nur durch jahrelange Bewirtschaftung des Betriebes erwerben kann. Ich brauche nicht daran zu erinnern, daß die Veränderlichkeit der Witterung manchmal von Stunde zu Stunde schnelle

Entschlüsse fordert, um nicht die Ernte und damit letzten Endes die Volksernährung zu gefährden. Ich brauche in diesem hohen Kreise auch nicht daran zu erinnern, daß manche landwirtschaftlichen Maßnahmen erst nach langen Jahren ihre Wirkung zeigen: denken wir nur an Moorkultivierungen und dergleichen mehr. Alles das wird der Rat eines unsachverständigen Obmanns nicht berücksichtigen, und es steht zu befürchten, daß überall, nicht nur in der Landwirtschaft, nicht ältere bewährte Leute in den Betriebsrat oder zum Obmann gewählt werden, sondern höchstwahrscheinlich die jüngsten Schreier, die kurz vorher erst in den Betrieb hineingekommen sind und die ihre Agitationsfähigkeit sich auf dem Asphalt der Großstadt erworben haben.

Das Einspruchsrecht bei der Entlassung und Einstellung von Arbeitern wird direkt verheerend wirken. Ich habe kürzlich in der Nationalversammlung, als die Interpellation Trimborn und Genossen auf der Tagesordnung stand und als in dieser Interpellation gefragt wurde: was soll man tun, um die weitere Ausdehnung der extensiven landwirtschaftlichen Betriebe zu verhindern, die Antwort gegeben, daß es dann vor allen Dingen nötig sei, das Betriebsrätegesetz abzulehnen. Denn die unausbleibliche Folge der Annahme des Betriebsrätegesetzes wird sein, daß jeder, der es irgend kann, zur extensiven Wirtschaft übergehen wird. (Sehr richtig!)

Das wird aus dem ganz einfachen Grunde geschehen, um weniger Arbeiter nötig zu haben. Die weitere Folge wird auch sein, daß die Landwirtschaft trotz der Arbeitslosennot in der Einstellung städtischer Arbeiter zurückhaltend sein wird, weil die Landwirte Gefahr laufen, daß, wenn diese städtischen Arbeiter sich als für die Landwirtschaft untauglich erweisen, sie sie nicht kündigen und wieder loswerden können. Es ist also damit die notwendige Entlastung des Arbeitermarktes, die die Landwirtschaft bringen kann und gern bringen will, wesentlich erschwert oder unmöglich gemacht. Letzten Endes wird auch die Sieblung, die wir alle gern fördern, darunter leiden.

Dieses Einspruchsrecht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern ist besonders auch bei den persönlichen Verhältnissen in kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben unerhört. In diesen handelt es sich bei den landwirtschaftlichen Arbeitern in fast allen Fällen um ein Vertrauensverhältnis, besonders in der Behandlung des Viehes. Wer will es mir zumuten, einen Knecht bei Pferden, von denen das Stüd vielleicht 8—10 000 M kostet, zu behalten, wenn ich weiß, daß er die Pferde nicht gut pflegt? Und da soll mir dann der Betriebsrat oder der Obmann dreinreden: nein, du darfst den Mann nicht entlassen, er bleibt!?

Wir Landwirte sind gern bereit — ich weiß auch, in Ihrem Sinne zu sprechen —, unsere Arbeiter als Menschen und auch als Brüder zu behandeln mit allen Kräften dazu beizutragen, daß der notwendige Aufstieg auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitern vorhanden ist, daß unsere Arbeiter emporkommen können, daß sie zu Häuslern und kleinen Besitzern emporsteigen können. Aber diese Bestimmungen, die im Betriebsrätegesetz in bezug auf Einstellung und Entlassung von Arbeitern und dergleichen mehr enthalten sind, die mache ich nicht mit, und ich bitte auch Sie, diese Bestimmungen abzulehnen.

Wohin das führen würde, dafür nur ein Beispiel, das mir zugegangen ist: auf einer Beche in Bottrop in Westfalen haben verschiedene Arbeiter Treibriemen gestohlen, sind mit Gefängnis bestraft und daraufhin von dem Werke entlassen worden. Da haben die Arbeiter nun durch Streit die Wiedereinstellung dieser wegen Diebstahls in der eigenen Fabrik bestraften und entlassenen Arbeiter erzwungen, und sie haben weiter sogar die Entlassung derjenigen Arbeiter durch-

gesetzt, die im Strafverfahren der Wahrheit die Ehre gaben und eidliches Zeugnis gegen die Diebe ablegten.

(Hört, hört!)

In einem andern Falle haben wir es erlebt, daß Arbeiter, die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörten, die Entlassung von Arbeitern, die der Mehrheitssozialdemokratie oder der Christlichen Gewerkschaft oder gar keiner Partei angehörten, gefordert und erreicht haben. Das zeigt, wohin der Terror der Straße führt.

Es müssen in das Gesetz meiner Meinung nach mindestens folgende Milderungen hinein: der Obmann darf nicht schon in einen Betrieb, in dem 5 Arbeiter beschäftigt sind, gewählt werden, sondern erst in Betrieben, in denen mindestens 15 Arbeiter beschäftigt sind. Die Ratserteilung ist nicht durchführbar, sie muß selbstverständlich aus diesem Gesetz heraus, die Familienangehörigen des Besitzers dürften als Arbeiter nicht mitgezählt werden, auch das Hauspersonal nicht, sofern es nicht ständig in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt ist. Die Mitwirkung des Betriebsrats darf niemals zu einer Beschränkung des Arbeitgebers in der selbständigen Leitung des Betriebes in technischer oder geschäftlicher Beziehung führen. Es muß ferner mindestens die Bestimmung hinein, daß die Wahl des Obmanns und des Betriebsrats und die Sprechstunden außerhalb der Arbeitszeit stattfinden sollen, damit nicht halbe und ganze Tage hingebracht werden, um etwa den Rat festzusetzen, den schließlich der Obmann oder der Betriebsrat dem Landwirt geben soll.

Ob bedeutende Milderungen erreicht werden oder nicht, entzieht sich der Macht meiner und vielleicht auch noch einer anderen Partei. Es scheint ja so, als ob ein Kompromiß zustande kommt. Ich habe noch Gelegenheit genommen, nachdem ein Mitglied der Deutschen demokratischen Fraktion, das seit Jahrzehnten mein persönlicher Freund, aber seit einem Jahre nicht mehr mein politischer Freund ist, der Abgeordnete Wachhorst de Wente, eine landwirtschaftliche Rede gehalten hatte, wie sie ein Mitglied meiner Fraktion nicht besser hätte halten können, darauf aufmerksam zu machen, daß es nun mal an der Zeit sei, der unnatürlichen Ehe dieser Fraktion mit einer Partei, die eine Frau Rodahl ausgerechnet vorschickt, um bei landwirtschaftlichen Fragen zu sprechen, ein Ende zu machen, und ich habe weiter Gelegenheit genommen, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn man mit Wissen und Willen einer Fraktion eine derartig landwirtschaftsfeundliche Rede hält, das Betriebsrätegesetz eigentlich schon gefallen sei; denn eine Fraktion, die einen Redner derartig landwirtschaftsfeundlich sprechen läßt, dürfte unter keinen Umständen das Betriebsrätegesetz annehmen. Ich hatte mir da erlaubt, ganz besonders auf Herrn Gothein hinzuweisen, er hat aber nichts dazu gesagt. Trotzdem ich das gesagt habe, besteht wohl kein Zweifel, daß das Gesetz, wenn auch mit einigen Milderungen angenommen wird. Wir Landwirte dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir das Gesetz unter allen Umständen, besonders aber in der jetzigen Form, für ungeheuer gefährlich, ja für katastrophal in bezug auf die Landwirtschaft halten. Wir Landwirte sind der Überzeugung, daß der soziale Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine sittliche Forderung ist, die wir als vollberechtigt anerkennen. Wir sind aber auch der Überzeugung, daß dieser Ausgleich eine politische Notwendigkeit ist, der von uns — und ich bin stolz darauf, auch von mir — immer gefordert wurde, und weil wir dieser Überzeugung sind, sind wir unter allen Umständen bereit, nach unserer Macht mitzuwirken, um eine Besserstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter, soweit es noch erforderlich und möglich ist, zu erreichen. Aber durch dieses Gesetz wird die Besserstellung der landwirt-

schaftlichen Arbeiter nicht gefördert, es wird nichts weiter damit erreicht, als eine Verschlechterung der Beziehungen weiter Volksschichten zueinander, sowie das Aufstellen weitgehendster schrankenloser Forderungen, deren Durchführung unser einstmaliges stolzes, jetzt darniederliegendes Wirtschaftsleben vollkommen zerfallen wird. Der Leitgedanke des Entwurfs ist Enteignung und Rechtslosmachung auch der deutschen Landwirte. Das mache ich nicht mit, und ich bitte auch Sie, das nicht mitzumachen. Wir sind der Überzeugung, daß bei dem Finanzelend der Gegenwart auch der deutsche Landwirt, wie jeder Besitzer, an Steuern zahlen muß, auch an direkten Steuern, was irgendwie möglich ist, um das Wirtschaftsleben und den landwirtschaftlichen Betrieb noch aufrechtzuerhalten, aber eine Entrechtung und Enteignung des Besitzes, wie es in dem Betriebsrätegesetz enthalten ist, mache ich nicht mit und bitte ich auch den Deutschen Landwirtschaftsrat, schlechthin abzulehnen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich darf wohl in Ihrer Namen dem Herrn Referenten für seine so interessanten und ausführlichen Darlegungen über das Betriebsrätegesetz danken. Wir werden gewiß alle seiner Auffassung sein, daß dieses Gesetz von ganz besonderer und gefährlicher Bedeutung für die Landwirtschaft sein wird.

Ich eröffne die Besprechung.

Behrens, Vorsitzender des Zentralverbandes der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter Deutschlands: Zu dem Betriebsrätegesetz möchte ich einiges sagen und zwar, weil ich in landwirtschaftlichen Kreisen dadurch Anstoß erregte, daß ich in der Kommission dagegen war und in der ersten Lesung verhinderte, die landwirtschaftlichen Arbeiter rechtlich schlechter zu stellen als die Industriearbeiter. Es handelte sich um die Wahl des Obmanns und zwar darum, ob ein solcher schon gewählt werden soll in landwirtschaftlichen Betrieben mit 5 Beschäftigten, wie die anderen Arbeiter, oder erst in Betrieben mit 10 Beschäftigten. Ich habe mich in einem meiner Anträge dahin ausgesprochen, daß nicht „3 Beschäftigte“, sondern „5 Wahlberechtigte“ vorhanden sein müssen, ehe ein Obmann zu wählen ist. Dadurch würde die Lage wesentlich verändert und meines Erachtens verbessert sein. Ich habe mich deshalb gegen Behn ausgesprochen, weil der Antrag nur für die Landarbeiter diese Ausnahme machen wollte. Es mag richtig sein, daß in einem bäuerlichen Betrieb, in welchem nur 5 Beschäftigte in Frage kommen, die Angelegenheiten, für die der Betriebsrat zuständig ist, beim Frühstück oder beim Abendessen erledigt werden können. In der Regel kann man sie auch bei der Arbeit erledigen, aber daselbe, was für den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zu sagen ist, gilt auch für den handwerksmäßigen Betrieb. Der Handwerker, der mit drei Gesellen und zwei Hilfsarbeitern arbeitet, hat einen Betrieb, in dem auch 5 Beschäftigte vorhanden sind, für ihn liegen die Dinge ebenso, wie in einem gleich großen bäuerlichen Betrieb. Die beschäftigten Familienangehörigen werden ja ausgeschaltet, was ich nicht für berechtigt halte. Wäre ich Arbeitgeber gewesen, wäre ich dafür gewesen, daß die Familienangehörigen mitgerechnet werden müßten. In den kleinen Fabriken, Büros usw., die nur 5 Leute beschäftigen, liegen die Dinge keineswegs anders, wie in den bäuerlichen Betrieben. Ich halte fünf also überhaupt für zu niedrig gegriffen, man sollte 10 Beschäftigte nehmen, aber nicht nur für die Landwirtschaft, sondern überhaupt. Ich fürchte, daß, wenn man einen Berufsstand herausnimmt, sich ein neuer Agitationsstoff entwickelt, der zur Beunruhigung der bäuerlichen Betriebe führt.

Dann habe ich an dem Betriebsrätegesetz noch Folgendes anzusetzen: als die Verhandlungen begannen, habe ich in meinen ersten Ausführungen gesagt,

daß die Überschrift des Gesetzentwurfs nichts wert sei, und was darunter stände taue ebenso wenig. Das war wohl die schärfste Beurteilung, die die Vorlage finden konnte. Aber andererseits müssen wir uns damit abfinden, daß es so, wie es jetzt mit der Vertretung der Arbeiter im Betrieb steht, nicht bleiben kann. Das würden weder die Arbeiter ertragen, noch würde es der Landwirtschaft dienlich sein. Die Landwirtschaft darf nicht jeden sozialen Fortschritt ablehnen. Daß Sie das nicht wollen, weiß ich ja, ich sage das nur der Klarheit wegen. Augenblicklich besteht folgende Rechtslage: auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 muß in jedem landwirtschaftlichen Betriebe mit 20 Beschäftigten ohne Altersunterschied ein Betriebsarbeiterratsausschuß vorhanden sein, jedoch sind seine Aufgaben und Befugnisse noch nicht befriedigend geregelt. Für die gewerblichen Ausschüsse könnte man die Gewerbeordnung oder das Hilfsdienstgesetz heranziehen. Da das Hilfsdienstgesetz aber für die Landwirtschaft in diesem Punkt nicht galt und eine andere gesetzliche Bestimmung nicht vorhanden ist, so haben die Arbeiterausschüsse eigentlich eine gewisse Blankovollmacht, sie können sich weitgehend einmischen, so daß es eine Frage der Macht ist, was sie tun und unterlassen wollen.

(Zuruf: Arbeitsordnung!)

— Ja, Arbeitsordnung, wo eine besteht. Der Zustand ist also heute ganz unbefriedigend, so daß eine gesetzliche Regelung platzgreifen muß. Es kommt also darauf an, daß man das Betriebsrätegesetz zweckentsprechend gestaltet. Den Titel „Betriebsrätegesetz“ muß man nehmen, weil es Mode ist; sonst halte ich ihn für sehr töricht.

Wenn man ein Betriebsrätegesetz macht, sollte man einen ostpreussischen Gutshof aber nicht so behandeln, wie die Firma Krupp, also die Weltfirma. Dennoch geht das Gesetz diesen Weg, und das halte ich für seinen allergrößten Mangel. Ich habe von Anfang an hervorgehoben, daß eine solche Schablonisierung bei unserem vielgestaltigen Wirtschaftsleben unmöglich ist. Ein solches Gesetz muß sich dem Wirtschaftsleben anpassen, wie ein richtiger Tornister dem Körper seines Trägers, er darf nicht drücken, sondern er muß sich ganz anpassen; dann läßt er sich gut tragen. Die Gesetze müssen der Eigenart des Berufslebens angepaßt sein, nur dann werden sie wohlätig und gut wirken. Darum hatte ich namens meiner Freunde vorgeschlagen, dieses Gesetz zu einem Rahmengesetz umzugestalten, also zu sagen: Betriebsräte sind einzurichten in den Betrieben, die so und soviel Arbeiter haben, und dazu einige andere wichtige als zwingende Bestimmungen aufzunehmen, z. B. wer wählbar ist und dergleichen. Alles andere sollte dann auf dem Wege der Verordnung unter Zustimmung der Berufsvertretungen geregelt werden. Dann würde das Gesetz in seiner Ausführung so gestaltet werden können, wie es für die Landwirtschaft zweckmäßig ist. Für die Eisenindustrie usw. hätte es eine andere Gestalt annehmen können. Diesen Weg hat aber die Mehrheit abgelehnt, und zwar auf Drängen der Sozialdemokraten, die alles Einzelne im Gesetz festgelegt haben wollten. Nun ergeben sich daraus außerordentliche Schwierigkeiten. Es mußten Bestimmungen für die Landarbeiter aufgenommen werden, die für sie gar keinen Zweck haben, zum Teil sogar sinnlos sind. Die Folge davon wird sein, daß zweifellos Verwirrung entsteht, daß Rechte aus den Bestimmungen hergeleitet werden, die praktisch undurchführbar oder unzweckmäßig sind. Ich habe das in einem Artikel näher ausgeführt, daß der Landarbeiter auf einem Gute, das isoliert liegt, ganz andere Interessen hat, als der Landarbeiter in einer Bauerngemeinde, daß die Befugnisse, die hier das Gesetz gegeben hat, den Landarbeiter zum Teil gar nicht interessieren. Er hat im allgemeinen herzlich wenig Interesse z. B. an der Bücher-

einsichtnahme. Wenn er überhaupt davon Gebrauch macht, so wird er unter Umständen unzutreffende Schlüsse daraus ziehen. Das ist das Bedenkliche: Aber andererseits werden vielleicht Aufgaben, die auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung liegen, zweckmäßig dem Arbeiterausschuß als Aufgaben überwiesen werden, z. B. Dinge, die aus der sozialen Fürsorge sich ergeben, die heute der Gutsbesitzer durch seinen Sekretär erledigen lassen muß. Vielleicht könnten auch noch andere Aufgaben hinzukommen. Diese Möglichkeit unterbindet dieses Gesetz. Es unterbindet also die wirkliche Anpassung, und darin sehe ich einen großen Mangel.

Wir werden das Gesetz bekommen, der Bloß hat sich geeinigt. Heute Abend haben wir die Abstimmung über die Bestimmungen betreffend Entlassung und Einstellung, und wir werden nicht verhindern können, daß das Gesetz in der unserer Ansicht nach ungeeigneten Form angenommen wird. Das ist eine Folge der politischen Konstellation.

Nun ist für die Landwirtschaft der § 17 sehr beachtlich. § 17 sagt nämlich, daß unter gewissen Voraussetzungen durch einen verbindlich erklärten Tarifvertrag eine andere Arbeitervertretung geschaffen werden kann. Bei Besprechung dieses Paragraphen habe ich durch Rückfrage festgestellt, daß dies sogar so weit geht, daß überhaupt auf eine Wahlvertretung verzichtet werden kann. Z. B. wird man im Baugewerbe auf Betriebsräte verzichten, und dort die sogenannten Baubelegierten belassen. Die Arbeitgeber haben petitioniert, daß gar keine Bestimmung in das Gesetz hineinkommen möge, die diese Freiheit aufhebt. Diesem Wunsch ist Rechnung getragen, so daß auf Grund des § 17 eine andere Vertretung geschaffen werden kann. Sowohl das Wahlalter als auch die Betriebsgröße, die Stärke des Arbeiterausschusses können durch Tarifvertrag anders geregelt werden, als das Gesetz vorschreibt. Nur eine Bestimmung besagt, daß diese Arbeitervertretungen die Aufgaben und Befugnisse nach dem Gesetz haben müssen. § 17 ist in der zweiten Fassung noch nicht erledigt, und es würde nun zu erwägen sein, ob man nicht versucht, hier weitere Erleichterung zu schaffen.

Nun ist das eine noch zu beachten. Die Tarifverträge, die die Arbeitervertretung anders regeln, brauchen nicht Provinzial- oder Reichsverträge zu sein, sondern jeder Arbeitgeber hat die Möglichkeit, mit einer Arbeiterorganisation eine andere Vertretung, als das Gesetz vorsieht, zu schaffen.

(Zuruf: Aber mindestens mit denselben Rechten!)

— Es würde zu weit führen, wenn wir untersuchen wollten, welche Rechte in Frage kommen. Wenn man die Bestimmungen ausschaltet, die für die Landwirtschaft absolut keinen Zweck haben, so müßte es doch zulässig sein, daß der Tarifvertrag feststellt, welche Aufgaben in Frage kommen. Meines Erachtens läßt der § 17 diese Befugnis nicht zu, und es wäre nun in der zweiten Fassung zu versuchen, ob man den § 17 noch geeigneter macht, indem man diesen Satz anders formuliert, so daß eine größere Zweckmäßigkeit für die freiwillige Schaffung von Arbeitervertretungen herauskommt. Ich kann aber im Augenblick nicht sagen, wie das gemacht werden soll. Die Frage kommt erst in 8—14 Tagen zur Entscheidung. Die anderen Bestimmungen scheinen durch die politische Konstellation so fest zu liegen, daß man damit rechnen muß, daß sie Gesetz werden, ob wir dagegen sind oder nicht.

Präsident: Wird das Wort noch verlangt? — Das Wort ist nicht mehr verlangt worden. Ich schließe die Diskussion und frage den Herrn Referenten, ob er noch das Schlusswort nehmen will.

(Der Referent verzichtet.)

Dann bringe ich die von dem Herrn Referenten eingebrachte Resolution zur Abstimmung. Ich brauche sie wohl nicht zu verlesen.

Ich bitte diejenigen Herren, die sich gegen den Antrag des Herrn Referenten aussprechen wollen, die Hand zu erheben. — Das geschieht nicht; die Resolution ist einstimmig angenommen.

Beschluß:

Die 47. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats lehnt den Gesetzentwurf über die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit ab, weil durch ihn die landwirtschaftliche Produktion und damit die Ernährung des deutschen Volkes auf das schwerste gefährdet werden würde.

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats 1919.

Der Siedlungsplan der Reichsregierung.

Leitfäden
des Korreferenten Landrat **Notberg**, Fallingb. Ostel.

1. Die heute sehr beschränkten Siedlungsmöglichkeiten müssen klar erkannt werden. Wo sie gegeben sind, muß in praktischer Arbeit tatkräftig vorgegangen werden, überhaupt mehr Praxis, weniger Theorie.
2. Die Siedlung muß viel mehr auf Kultivierung und Besiedlung von Obland, als auf die Verschlagung alten Kulturlandes eingestellt werden; denn jeder Morgen kultivierten Oblands ist positiver, die Verschlagung alten Kulturlandes besten Falles relativer Gewinn.
3. Die Zahl der für ländliche Siedlung geeigneten Bewerber ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, viel geringer als allgemein angenommen wird, sie können mit Sicherheit auf kultiviertem Obland angesetzt werden. Bei der heutigen Lage der Volksernährung ist deshalb jede Störung gut produzierenden Kulturlandes durch übertriebene Siedlungspläne eine große Gefahr und zu verwerfen.
4. Siedlungsunternehmer muß in erster Linie die mit Land und Leuten vertraute Selbstverwaltung, nicht ein landfremdes, oft wechselndes Beamtentum werden.

Berichterstatter Landrat **Notberg**-Fallingb. Ostel. Meine Herren! In Wort und Schrift ist über Innensiedlung im letzten Jahre schon soviel gesagt worden, daß eigentlich Mut dazu gehört, in einer so erlebten Versammlung von Sachverständigen über den Siedlungsplan der Reichsregierung zu sprechen, zumal, wenn man wie ich fern vom Getriebe der Jetztzeit in der Lüneburger Heide sitzt und nach altem Muster weiterfiedelt. Erwarten Sie deshalb von mir keine Professorenweisheit, keine Aufzählung, Gliederung, Kritisierung der vielen Gesetze des Reiches und der Bundesstaaten, aus denen der Siedlungsplan der Reichsregierung spricht! Lassen Sie mich nur als Praktiker zu Ihnen sprechen, der in Heide und Moor kultiviert und fiedelt, und der unter dem alten Regime bei Gesetz und Recht und bei den hohen Behörden wenig Hilfe fand und

manches contra legem machen mußte, der aber — ich darf das vielleicht gleich sagen — auch von der neuen Richtung recht wenig erwartet.

Durch das Ihnen bekannte Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919 hat ja das Reich in der für die Zukunft unseres Volkes so bedeutungsvollen Innensiedlung die Führung übernommen. Das Reich hat die Fundamente auf breiterster Grundlage gelegt. Gewaltige Flächen deutschen Bodens sollen nach dem Siedlungsplan der Reichsregierung für die neuen Aufgaben bereitgestellt werden. Eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz, die wir übrigens bei uns in der Provinz Hannover in geradezu mustergültiger Weise haben, ist das hohe Ziel. Sache der Bundesstaaten wird es sein, die Wege zu diesem Ziel auszubauen.

Das Ziel, meine Herren, findet uns wohl alle einig. Über die Wege, die zu diesem Ziele führen, sind wir aber wohl sehr verschiedener Meinung. An eine so verantwortungsvolle hohe Aufgabe, wie die Innensiedlung, wird man nicht ohne Idealismus, nicht ohne Optimismus und nur mit einem warmen Herzen herangehen dürfen. Das sei dem neuen Reich für seinen Siedlungsplan auch zugestanden. Die Ausführung durch die Bundesstaaten wird sich aber sehr schnell mit der nüchternen Gegenwart auseinanderzusetzen haben, und man wird gegenüber übertriebenen Hoffnungen und hohlen Phrasen den Mut haben müssen, die enge Begrenzung der heutigen Siedlungsmöglichkeiten ernst zu betonen.

Der Siedlungsplan unserer heutigen Reichsregierung, wie er uns ja in den gewiß sehr interessant und geistreichen Erläuterungen zum Entwurf des Reichsiedlungsgesetzes und an anderen Stellen begegnet, steht meines Ermessens viel zu wenig auf dem Boden der Wirklichkeit. Theoretiker, Professoren, Politiker, verteilen den deutschen Boden wie ein Stück Tuch, verschieben die Menschen wie Schachfiguren, ganz wie es ihren bevölkerungs- und sozialpolitischen Idealen entspricht, geben sich Illusionen hin, die im praktischen Leben vor der rauhen Wirklichkeit keinen Bestand haben können. Nicht der Volksbeglucker kann und darf siedeln, sondern nur, wer bei aller Herzenswärme für die gute Sache, die Menschen und Dinge so sieht, wie sie wirklich sind.

Das Reichsiedlungsgesetz geht, wenn es so ungeheuer große Flächen für die Innensiedlung fordert, von der Annahme aus, daß wir durch den völligen Zusammenbruch und den Unfrieden von Versailles auf Menschenalter als Industriestaat auscheiden, und daß wir wieder ein reiner Agrarstaat werden müssen. Diese Annahme scheint mir zu extrem und nur bedingt richtig zu sein. Gewiß, wir sind als Industriestaat schwer getroffen. Aber glaubt jemand im Ernst, daß der deutsche Techniker, Kaufmann, Industrielle, wenn wir nur erst wieder arbeiten und sparen gelernt haben, nicht dennoch und trotz alledem wieder führend werden wird, glaubt jemand, daß die Welt heute noch die deutsche Industrie entbehren kann? — Ich glaube es nicht und bin der Auffassung, daß nicht der reine Agrarstaat, sondern auch hier die gesunde Mischung von Agrar- und Industriestaat das Ziel sein muß. Daß dieses nicht von heute auf morgen, nicht durch noch so geistreiche Berechnungen über Land und Leute, nicht durch noch so großzügige und reiflose Organisation nach dem Beispiel unserer Kriegswirtschaft, sondern nur in einer Arbeit von Generationen erreicht werden kann, das hat man offenbar aber noch nicht überall erkannt. Man steht meines Ermessens noch zu sehr im Zeichen der Schnellfabrikation von Gesetzen und Verordnungen. Wie die Zwangsbewirtschaftung unserer Lebensmittel mutet den Praktiker die heutige Richtung im Siedlungswesen an.

Tatkräftig und schnell müssen wir gewiß die große Aufgabe der Innensiedlung anpacken, wir dürfen aber nicht zu viel auf einmal wollen, wir müssen uns auf das Erreichbare beschränken lernen, das aber fest anpacken. Kennen wir denn in

diesen Tagen der Revolution, in denen wir doch noch stehen, überhaupt die Möglichkeit der nächsten Jahre, daß wir uns heute schon vermessen, diese Sache durch restlose Organisation erfassen zu können? Erweden wir durch dieses Vorgehen nicht bei ungezählten gequälten Existenzen Hoffnungen, die wir mit Sicherheit nicht erfüllen können? (Sehr richtig!)

Meine Herren! Wir organisieren, wir machen Gesetze, Verordnungen, wir erweden auf der einen Seite übertriebene, unerfüllbare Hoffnungen, wir beunruhigen auf der anderen Seite durch die Drohung mit der Wegnahme von Land den Stand, der uns doch ernähren muß. (Sehr richtig!) Ja, wir organisieren die Hungersnot, wenn wir gut arbeitende, landwirtschaftliche Betriebe in ihrer ruhigen Arbeit für die Ernährung unseres Volkes durch übertriebene Siedlungspläne stören. (Sehr richtig!)

Ja, meine Herren, wenn wir die vielen Millionen des zerschmetterten Industriestaates als ländliche Siedler wirklich brauchen und in kurzer Zeit auf ländlicher Scholle ansiedeln könnten, dann wäre es gerechtfertigt, so große Flächen deutschen Bodens, wie es der Reichsiedlungsplan vorsieht, bereitzustellen, selbst auf Kosten der bestehenden Landwirtschaft. Aber, Ihr Theoretiker, fragt mal Leute, die in täglicher Siedlungsarbeit praktisch stehen! Nur ein verschwindend kleiner Teil unserer städtischen, industriellen Bevölkerung kommt überhaupt für die landwirtschaftliche Siedlung in Frage. Jeder Tag lehrt das aufs neue. Vom Lande soll die Gesundheit ausgehen, und da ist es unsere erste Pflicht, daß wir das Land gesund erhalten und nicht infizieren mit Elementen, die auf dem Lande nicht vorwärts kommen können. (Sehr richtig!)

Man hat gelernt, das Land und seine Früchte zu schätzen. Man sieht nicht mehr so verächtlich auf den deutschen Bauer und Landarbeiter, der sich mit dem lieben Vieh abquälen und alles selber bauen muß. Unter großen Mühen und Kosten holt man jetzt im kleinen Hamsterfad von dem früher verachteten Land herein, was selbst zu bauen man nicht gelernt, was man früher der eigenen Arbeit nicht für wert hielt. Viele wollen umlernen. Die meisten aber ahnen gar nicht, wie schwer das ist. Heute glaubt jeder Maurer oder Schlosser, Landrat, Regierungspräsident oder Oberpräsident sein zu können, ebenso glaubt aber auch jeder Städter, ein geborener Landwirt zu sein. (Sehr richtig!) Die sicher noch lange anhaltende Nahrungsmittelnot, die hohen Preise lassen auch die eigene Scholle in gar zu rosigem Lichte erscheinen. Dazu wird in unverantwortlicher Weise für kleine und kleinste Stellen aus Hühner-, Kaninchen- und sonstigen Zuchten eine regelmäßige Rente herausgerechnet, die es unter normalen Verhältnissen gar nicht gibt. So ergibt der allgemeine Zug nach dem Lande ein Bild, als ob wir plötzlich für Millionen neuer Landwirte und ländlicher Arbeiter Raum schaffen müßten. Dieses Bild ist aber ein Trugbild. Die Zahl der heute schon für ländliche Ansiedlung reifen Leute mag man ruhig mal recht groß annehmen — meiner Ansicht nach ist sie das nicht —, so steht doch in unseren Oblandereien und Mooren für alle mit Sicherheit viel mehr Land zur Verfügung, als wir überhaupt in Jahrzehnten brauchen können. Mag auch in dem einen oder anderen Landesteil das Obland fehlen, und man in einzelnen Fällen auf Staatsdomänen, schlecht bewirtschaftetes Kulturland und schließlich auch mal vereinzelt auf Großgrundbesitz zurückgreifen, im allgemeinen wird es an Land nicht fehlen, aber an geeigneten Siedlern. Außerdem werden die Dünger- und die Baufrage ein langsames Tempo zwingend vorschreiben, und es war sicher nicht nötig, die Eigentümer gutbewirtschafteten Kulturlandes so zu beunruhigen, wie es durch die Siedlungspläne der Reichsregierung im weitesten Maße geschehen ist. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Als Landrat eines Lüneburger Heidekreises scheine ich pro

domo zu sprechen, wenn ich immer wieder in erster Linie auf Heide und Moor hinweise. Jeder Morgen kultivierten Oblandes ist aber ein absoluter, die Verschlagung alten Kulturlandes bestenfalls doch nur ein relativer Gewinn. Man sollte endlich einmal aufhören, Gesetze zu machen; die vorhandenen genügen mehr als genug, um große Obländereien, die freiwillig nicht abgegeben werden, zu enteignen. Fürs erste haben wir dann mit der Entwässerung, mit der Erschließung durch Straßen, mit der Anfertigung von Siedlungsplänen usw. genug zu tun, und bis wir damit fertig sind, werden Kohle und Benzin für unsere Kraftgeräte, Baumaterialien und Dünger wieder zur Verfügung stehen.

Allein die Düngerfrage schreibt uns ja ein langsames Tempo vor. Man mag das bebauern, aber man wird an der Tatsache doch nie vorbeikommen, und die Düngerfrage werden wir nach unseren Erfahrungen, wenn auch hier mit Schwierigkeiten, nur bei der Ansetzung kleiner Stellen lösen können, die Schaffung großer Stellen, neuer Bauernstellen auf Obland, wird in absehbarer Zeit schon allein an der Baufrage scheitern.

Die Technik der Oblandkultivierung steht bei uns in Deutschland auf sonst unerreichter Höhe. Dankbar wollen wir die Namen: Freiherr von Wangenheim, Fleischer und Tade nennen, der Deutsche Moorverein und die Moorversuchstation Bremen sind uns wertvolle und zuverlässige Berater.

Wer hat denn in der Innensiedlung Großes geleistet? — Friedrich der Große, die Russen, die Amerikaner! Wir sind ja kein autonomer Staat mehr und haben auch leider keinen Großen Friedrich mehr; wir haben andere Verhältnisse als die Russen und Amerikaner. Aber eins können wir doch von diesen auch heute in unserer traurigen Zeit lernen, daß die Tat und nicht Gesetze und Worte die Siedlung vorwärts bringen.

Eine Wüste in fruchtbares Land zu verwandeln, ist auch eine Heldentat! Dieses Wort Friedrichs des Großen muß viel mehr im deutschen Siedlungsplan die Richtung geben als die jetzt immer im Vordergrund stehende Verschlagung alten Kulturlandes. Wir werden unsere großen Städte, unsere Industriezentren behalten; da müssen wir auch den Großgrundbesitz behalten. Die Reichsgetreidestelle wird es zahlenmäßig nachweisen können, daß ohne den ostelbischen Grundbesitz die Großstädte und die Industrie das tägliche Brot nicht haben.

Meine Herren! Vor den Toren von Fallingb. liegt ein kleines, schönes Dorf, im Jahre 1824 auf einer domänenfiskalischen Heide von dem damaligen königlich hannoverschen Oberamtman in Fallingb. angelegt und nach dem Herzog von Cambridge „Abolfsheide“ genannt. Das ganze Altenstück über diese Siedlung ist so dick wie mein kleiner Finger. Nach diesem Beispiel haben wir im Kreise seit 11 Jahren gesiedelt, nur daß die Schwierigkeiten, die uns die Ansiedlungsgesetze — das sind bekanntlich die Gesetze gegen und nicht für die Ansiedlung — und die uns die hohen Behörden gemacht haben, die Akten ganz erheblich dicker haben werden lassen. Trotz aller Schwierigkeiten sind aber bei uns aus Obland blühende Dörfer entstanden, vor dem Kriege und während des Krieges. Der eine oder der andere von Ihnen kennt ja vielleicht Schneeheide oder unsere Kriegerkolonie Corbingen, Dreikronen oder das Ostenholzer Moor.

Wir haben uns im Kreisausschuß bei dieser Arbeit möglichst auf uns selbst gestellt, wenig gefragt, möglichst selten mal ein Projekt der höheren Stelle vorgelegt, weil es nämlich sonst in drei Instanzen meist mit drei verschiedenen Meinungen schwer geprüft und in der Ausführung stark verzögert wurde. Bei uns gilt noch der Spruch der jetzt leider seligen Feldbienstordnung: ein schneller Entschluß, auch wenn es mal ein falscher ist, ist besser als langes Zaudern. Schnell wurde gearbeitet ohne, vielleicht auch mal gegen die Gesetze. Der Kreistag gab

uns zu Anfang ein Betriebskapital von 300 000 Mark. Die mußten wir ihm auf Heller und Pfennig erstatten. Das haben wir nicht nur getan, sondern wir haben auch noch große Überschüsse gehabt. Als Geldgeber kam später die Seehandlung mit großen Zwischenkrediten hinzu; die neugegründete Kreispartasse gab uns zweite Hypotheken, bekanntlich der wichtigste Faktor — ich kann hier nicht näher darauf eingehen —; die Rentenbank gab uns erstklassige, reale Beleihung; sorgfältigste Auswahl der Bewerber, im Zweifelsfalle Pacht als Probezeit, keine oder geringe Anzahlung bei gutem Inventar und möglichst vielen Kindern, ständige Fühlung mit den neuen Siedlern, das lag uns am Herzen. Im Kreisausschuß saßen Landwirte, die aus der Praxis mit der Kultur des Heidebodens vertraut waren, ständige Fühlung hielten wir mit Professor Lade von der Bremer Moorversuchsanstalt. Ein energischer Kreiswiesenbaumeister leitete die Kultivierung, bei den Bauten half uns ein früherer Maurermeister im Ehrenamt. So haben wir vor 11 Jahren angefangen, und so siedeln wir auch heute noch, wenn auch mit einigen Beamten mehr. Kreisausschuß und Kreistag besuchen unsere Siedlungen, sie gewinnen so Interesse daran und haben dann meist auch eine offene Hand.

In zwei Jahren, 1911 bis 1913 entstand so Schneeheide, heute ein blühendes Dorf mit 54 Stellen, mit eigener Schule und mit einer Gemarkung von rund 2500 Morgen. Die Stellen sind im Mittel 40 Morgen groß; die größte ist 120 Morgen groß und die kleinste Arbeiterstelle, — solche sind natürlich auch vorhanden — 5 bis 6 Morgen. Die Gemarkung wurde als Lehmheide mit schlechtem Kiefernansflug 1911 zu dem damals horrend hohen Preise von 200 Mark für den Morgen gekauft. Die früheren Besitzer saßen 2 bis 3 km weit in Dörfern. Die Leute haben inzwischen gut gelernt, ohne oder mit weniger Obland zu wirtschaften. Das ist wichtig, weil bei uns immer behauptet wird, der Bauer könne das Obland nicht entbehren. Hier haben wir ein Beispiel gegeben, daß der Bauer, wenn er gut beraten wird, sehr wohl mit vielweniger Obland auskommen kann. Bei uns ist manche Bauernstelle bis 1400 Morgen groß und hat dabei oft 7 bis 900 Morgen Heide.

Die Kriegsverletzten siedeln wir möglichst im Heimatdorf auf kultiviertem Obland an. Jedes unserer hundert Dörfer — das haben wir uns vorgenommen —, soll mindestens einen Kriegsverletzten bekommen. 35 wohnen bereits auf eigener Scholle. Heute verkauft kein Mensch mehr zu einem annehmbaren Preise Obland. Der im Reichsiedlungsgesetz vorgesehenen Enteignung von Moor- und Obland, die durch die neue Fassung dem Eigentümer für eine gewisse Frist die Vorhand gibt, wird man durch Arbeiten, die die spätere Kultivierung vorbereiten sollen, wie Einzäunung, Abpladen, Abholzen usw., Maßnahmen, wie ich sie täglich auf den für die neuen Dörfer in Aussicht genommenen Heiden sehe, in großem Umfange zu entgegen wissen. Man pflegt ja der heutigen Regierung gerade keine zu große Rücksicht auf die Landwirtschaft vorzuwerfen. Hier hätte man nach meiner Erfahrung ruhig etwas fester zufassen sollen, es hätten dann bei uns auf solchen Flächen, die geradezu nach Kultivierung und Besiedlung schreien, als Notstandsarbeiten, alle Vorbereitungen getroffen werden können, um im nächsten Jahre neue Dörfer zu bauen, während wir so während des ganzen letzten Jahres, in welchem so viel von Siedlung geredet und geschrieben worden ist, nichts haben machen können. Auch heute wissen wir noch nicht, welches Obland wir überhaupt bekommen und haben wegen dieser unpraktischen Behandlung der Sache ein volles Jahr verloren.

Selbstverständlich muß im Gegensatz zu § 3 des Reichsiedlungsgesetzes auch bei der Enteignung von Obland ein angemessener Preis gezahlt werden. Bei dem heutigen System werden aussichtsreiche, große Besiedlungs- und Kultivie-

zungspläne, wie sie in der Lüneburger Heide auf der Hand liegen, nicht mit allen verfügbaren Mitteln, die dem besonderen Projekt auf den Leib zugeschnitten werden müßten, gefördert. Heute wird verallgemeinert, organisiert, statt daß man mit praktischer Arbeit beginnt, wie sie in einem so ausgedehnten, im Herzen Deutschlands gelegenen Gebiet wie die Lüneburger Heide so leicht zu leisten wäre!

Wir können das jetzt wieder so recht in Preußen erleben. Ich sagte vorhin schon, daß den Bundesstaaten die Ausführung des Reichsiedlungsgesetzes, die Schaffung der gemeinnützigen Rechtsträger obliegt. Bei Lösung dieser Aufgabe scheiden sich wieder und anscheinend unvereinbar Theorie und Praxis. Der Praktiker würde doch die Kommunalverwaltungen zu tätiger Mitarbeit aufrufen, würde feststellen, wo denn überhaupt alle Bedingungen zum sofortigen Beginn vorhanden sind. Allzu viele Kreise sind es überhaupt nicht; die Oblandkreise würden in erster Linie in Frage kommen, mit vorbereitenden Arbeiten könnte sofort begonnen werden. Von Fall zu Fall wäre der geeignete Rechtsträger leicht zu finden: hier der Kreisausschuß, dort eine örtliche, dort die private Siedlungsgesellschaft oder das Kulturamt. Ein Mann in der Provinz müßte, mit weitestgehenden Vollmachten versehen, in örtlicher Beschäftigung, in mündlicher Besprechung mit den großen Hilfsmitteln des Staates — ob sie in Zukunft so groß sind, ist eine andere Frage — helfen. Dann fallen die langen Berichte, die endlosen Prüfungen in vielen Instanzen weg, der für ein kleines oder größeres Projekt eingesetzte Rechtsträger arbeitete unter eigener Verantwortung nach kaufmännischen Grundsätzen. Der bürokratische Geschäftsgang, die Bevormundung durch landfremde, oft wechselnde Beamte fielen weg. Die Selbstverwaltungsorgane sollten in erster Linie zum Siedeln berufen werden. Sie werden schon darüber wachen, daß sparsam und nach kaufmännischen Grundsätzen gearbeitet wird, und daß eine gute Auswahl unter den Bewerbern getroffen wird.

Ganz andere Wege aber, täuscht nicht alles, wird der Theoretiker, und damit Preußen, gehen. Kein Minister, keine amtliche Stelle hat bis jetzt die Selbstverwaltung zur Mitarbeit aufgerufen. Vielleicht schließt man sie nicht ganz aus, überläßt ihr vielleicht kleinere Aufgaben; Siedlungen bis zu 100 ha sollen ihr anscheinend zugestanden werden. Die in Formalismus und Bürokratismus erstarrten Spezial- und Generalkommissionen werden nach Erfüllung ihrer ursprünglichen Aufgaben nicht beseitigt, sondern durch das Gesetz über Landeskulturbehörden zu neuem Leben erweckt; eine recht teure Beamtenhierarchie wird in unserem demokratischen Zeitalter der freien Selbstverwaltung vorgezogen. Das preußische Landwirtschaftsministerium, in seinen Fachbezernten und Dirigenten überwiegend aus Generalkommissionen hervorgegangen, in ihrem Geiste befangen, tut nicht den befreienden Schritt, ruft nicht die Selbstverwaltung auf den Plan, verfällt von neuem in den Fehler der Bürokratisierung.

Die ländlichen Kommunalverwaltungen in Preußen, jetzt endlich auch kraftvoll organisiert im Verbands der preußischen Landkreise, wohl bald befreit von der langsam zu Ende gehenden Kriegswirtschaft, sind, auch ohne daß eine amtliche Stelle ihnen das zur Pflicht machte, gerüstet für die große Aufgabe der Innensiedlung. Mit staatlicher Unterstützung sind Kreiswiesenbaumeister angestellt, sind für Siedlung, Wasser-, Meliorationswesen und Oblandkultur kommunale, technische Behörden geschaffen, lebensvolle mit Land und Leuten innerlich verwachsene Organe der Selbstverwaltung, stehen bereit für das große Werk der Innensiedlung, gerüstet mit dem besten Willen, mit erheblichen Mitteln, fest verankert in der Bevölkerung durch das Kreisparlament, durch nicht wechselnde, örtlich vertraute Beamte. Aber niemand ruft sie. Sie bieten sich an, sie drängen

sich vor. Aber die preußische Regierung schafft das Gesetz über die Landeskulturbehörden, zieht eine eigene, neugeschaffene Beamtenhierarchie, die unendlich viel Geld kostet, einer kraftvollen Selbstverwaltung vor, lähmt ihre frohe Schaffenskraft, hält sie planmäßig von der Ausführung des Reichs-siedlungsplanes, ja vom ganzen ländlichen Meliorations- und Genossenschaftswesen zurück. Und das geschieht alles hier in Berlin vor den Augen der Volksregierung, ohne daß in den Parlamenten bis heute auch nur eine Stimme zugunsten der zurückgesetzten Kommunalverwaltungen sich erhoben hätte.

Meine Herren! Nicht um meinem bedrängten Herzen Luft zu machen, bin ich hierauf so ausführlich eingegangen, sondern aus dem rein sachlichen Grunde, weil die Landwirtschaft und ihre berufene Vertretung ein berechtigtes und großes Interesse daran hat, daß das ländliche Siedlungs- und Meliorationswesen nicht einem landfremden Beamtentum, sondern der ländlichen Kommunalverwaltung in erster Linie anvertraut wird. Wir müssen siedeln, meliorieren, kultivieren mit der ländlichen Bevölkerung, nicht gegen sie. Es werden gerade bei der mit der Innensiedlung eng verbundenen Enteignung Zusammenstöße mit der alt-eingesessenen Bevölkerung, die in diesen wichtigen Fragen nicht immer das genügende soziale Verständnis zeigt, sich nicht vermeiden lassen.

Meine Herren! Ich kann hier aus persönlicher Erfahrung sprechen. Diese Gegensätze werden von der aus der Bevölkerung hervorgegangenen Kommunalverwaltung viel leichter auszugleichen sein als von einem landfremden Beamtentum. Noch mehr als bei der Innensiedlung werden bei dem im Entwurf vorliegenden Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften alle diese Fragen große Bedeutung gewinnen.

Die auffallende Zurückhaltung der preußischen Regierung gegenüber den Kommunalverwaltungen ist um so unverständlicher, als ja nach § 1 des Reichs-siedlungsgesetzes ihr volle Freiheit in der Bestimmung der Siedlungsunternehmen zusteht, also falls eine Kommunalverwaltung versagt, andere Rechtsträger genommen werden können. Die Kommunalverwaltungen verlangen ja auch gar kein Monopol, sie wollen aber als völlig gleichberechtigt behandelt werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die berufene Vertretung der deutschen Landwirtschaft sich für die intensive Kultivierung und Besiedlung der Moore und Heiden im Rahmen des Reichs-siedlungsgesetzes voll einsetzen soll, während sie der Verschlagung und Enteignung von Kulturland grundsätzlich erst wird zustimmen können, wenn die Oblandeereien kultiviert sind. (Sehr richtig!) Wenn dann die Verschlagung noch nötig ist! Hier gilt es, die sichere Ernährung des Volkes höher zu stellen als zurzeit unerfüllbare Siedlungspläne.

Ein Wort zum Schluß noch über die Auswahl der Bewerber um Siedlungen! Entsprechend dem demokratischen Zuge unserer Zeit sollen nach § 1 Absatz 2 des Reichs-siedlungsgesetzes Vertrauensleute der Ansiedler mit beschließender Stimme beteiligt werden. In der Praxis läßt sich mit solchen Sachen wenig anfangen. Die meisten Siedler sind wie die Kinder mit ihren guten und schlechten Eigenschaften. Sie freuen sich kindlich auf die eigene Scholle, das eigene Heim, sind aber in ihren Wünschen leicht unvernünftig und maßlos. Eine wohlwollende, aber nach Art guter Eltern feste Hand muß führen, mäßigen. Die Pflicht muß mehr betont werden als das Recht. Mit Geduld und Liebe müssen sie erst für das Land erzogen werden. Schwere Enttäuschungen bleiben da nicht aus. Sie dürfen uns nicht schrecken. Der Ansiedler überwindet sie aber nur durch Fleiß und Arbeit, durch Pflichterfüllung, nicht durch Rechte, und der Siedlungsunternehmer nur durch Autorität, nicht durch Gefühlsuselei.

Meine Herren! Wir müssen ja, so schmerzlich uns der Gedanke ist, doch wohl mit einer großen Auswanderung rechnen. Hoffentlich gelingt es im Interesse unserer Innensiedlung, Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter, die für die Siedlung geeignet sind, zurückzuhalten, während der Industriearbeiter, den das deutsche Vaterland zurzeit nicht ernähren kann, vielleicht bald in dem beruhigten Rußland ein deutscher Pionier werden kann.

Die deutsche Landwirtschaft und ganz besonders auch der Großgrundbesitz, dem ja zu geringes Verständnis für die Innensiedlung so oft vorgeworfen wurde, sind meiner Ansicht nach in erster Linie berufen, an dem großen Siedlungswerk führend mitzuwirken und auch hierdurch mit ihren unzerstörbaren Kräften zum Wiederaufbau des Vaterlandes beizutragen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Herren! Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine interessanten Ausführungen, die ich für um so bedeutsamer halte, weil sie nicht ausgehen von einem Herrn, der am grünen Tisch gearbeitet hat, sondern der das Siedlungswesen aus langjähriger Praxis kennt und, wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann, sich auf diesem Gebiete gerade in seinem Kreise besondere Verdienste erworben hat.

Ich eröffne nunmehr die Besprechung. Zum Wort hat sich gemeldet Herr von Reubell.

Kammerherr von Reubell: Meine Herren! Wir alle stimmen wohl den ausgezeichneten, von tiefer, praktischer Erkenntnis der Dinge getragenen Ausführungen des Herrn Berichterstatters zu. Ganz besonders aber möchte ich dem Satz beipflichten, daß jede Ansiedlung auf Kulturland zurzeit geradezu ein Verbrechen ist, weil wir dadurch die Ernährung unserer Bevölkerung und der Großstädte ernstlich gefährden. Dieses Problem berührt uns gerade im Westen ganz besonders und noch weit mehr als Sie, meine Herren im Osten, die Sie durch das Siedlungsgesetz doch noch nicht so im Kern getroffen werden, weil Sie eben genügend Land haben. Obland, Moorland, auch eine genügende Anzahl von Gütern die sich zur Siedlung eignen. Bei uns im Westen und ich glaube auch im Süden von Deutschland liegen die Dinge jedoch ganz anders.

In meiner Heimatprovinz Hessen-Nassau — und in dem benachbarten jetzigen Freistaat Hessen werden die Dinge gerade so liegen — haben wir nur verhältnismäßig wenig gutes, altes Kulturland; es findet sich solches fast nur in unseren Flußtälern. Auf den Bergen steht der Wald und an den Bergen hinauf gibt es noch viele Gemarkungen, in denen sich geringeres Kulturland befindet, dessen Bewirtschaftung eine schwierige ist und das für Siedlungszwecke daher weniger oder gar nicht in Betracht kommt.

Nun ist ein wilder Kampf um die wenigen Quadratmeilen unseres guten Kulturlandes entbrannt, das natürlich nicht nur im Besitz der Güter ist, sondern auch von sehr vielen Bauerngemeinden. Die starke Erregung, die durch die Ankündigungen der Revolutionsregierung in das Volk hineingetragen worden ist, als es damals hieß, daß jedes Gut durch Siedlung bis auf 100 ha herabgemindert werden sollte — Sie werden sich wohl dieser Erklärung des Ministers Braun noch erinnern — hatte bei der Bevölkerung die Wirkung, daß die Bauern sofort daran gingen, die wenigen größeren Güter, die wir haben, unter sich in Gedanken aufzuteilen. In einzelnen Fällen ging man auch daran, den Gedanken in die Tat umzusetzen, und ich kann Ihnen ein Beispiel aus meinem eigenen Kreise erzählen, wo eine solche Aufteilung von einem kräftigen Schnellfeuer einer Kolonne von Leuten begleitet wurde. Niemand wußte, wer sie waren, woher sie kamen. Sie

sagen am nahen Waldestrande und begleiteten tatsächlich die Forderung einer großen Schar von Arbeitern und Kleinbauern, die sich auf dem Gutshofe eingefunden hatten, um von dem Gutsherrn die Hergabe des Gutes zu verlangen, mit einem wilden Schnellschrei. Es ist nachgewiesen, daß mindestens 50 Schüsse auf das Gutshaus abgegeben worden sind. Diese unglaubliche Sache ist damals auch durch die Zeitungen gegangen und ist jedenfalls eine Illustration für die starke Erregung, die durch die Revolution und den falsch verstandenen Siedlungsgeboten in gar viele Köpfe eingegeben war.

Der an sich durchaus gesunde und notwendige Siedlungsgebot hat bei uns dadurch ein ganz falsches Aussehen erhalten, daß es nicht nur die eigentlichen Neusiedler sind, die Kriegsteilnehmer, die eine kleine Stelle mit Acker- oder Gartenland suchen, denen wir gerne neues Land schaffen wollen, sondern daß es ganz wesentlich auch die Kleinbauern sind, die durch die Siedlung ihre kleinen Stellen vergrößern wollen. Das macht die Sache bei uns so besonders schwierig.

Nun waren wir bisher dadurch geschützt, daß das Reichssiedlungsgesetz diejenigen Staaten und Provinzen von dem Siedlungszwange ausnimmt, bei denen die Fläche des Großgrundbesitzes weniger als 10% der Gesamtfläche ausmacht. Meine Provinz scheidet deswegen aus, weil bei uns der Großgrundbesitz nur 7½% der Gesamtfläche des landwirtschaftlich benutzten Landes ausmacht. Meine Herren! Sie werden sagen, daß das ein außerordentlich niedriger Prozentsatz ist und daß bei einem solchen von einem Überwiegen des Großgrundbesitzes keine Rede sein kann. Wir haben jedenfalls aus diesem Grunde bisher den geschädigten Bestrebungen noch mit Erfolg entgegengetreten können, da eine Möglichkeit, die Güter zu zwingen, bei uns eben nicht gegeben war. Nun sind wir aber in großer Gefahr. In diesen Tagen wird hier das preussische Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz verabschiedet, und das beabsichtigt, wie ich höre dem Landwirtschaftsminister die Machtvollkommenheit zu geben, auch in denjenigen Provinzen, in denen die vom Reichsgesetz vorgeschriebene Mindestfläche von 10% nicht vorhanden ist, Landlieferungsverbände zu gründen, wenn wenigstens in einzelnen Kreisen dieser Prozentsatz überschritten wird. Auf diese Weise können in der Provinz Hessen-Rassau 8 Kreise, bei denen dies zutrifft, zu solchen Siedlungskreisen ernannt werden und die Großgrundbesitzer in diesen 8 Kreisen können vom Landwirtschaftsminister ähnlich wie im Osten zu einem öffentlichen Landlieferungsverbande zusammengeschlossen werden.

Das ist nach 2 Richtungen hin eine sehr große Gefahr. Einmal ist natürlich ein Verband, der sich aus so wenigen Kreisen zusammensetzt, bei weitem nicht stark genug, um die Aufgaben, die ihm gestellt werden, zu erfüllen. Denn es ist zweifellos ein großes Risiko damit verbunden, da der Verband für das nötige Land sorgen und unter Umständen auch den Nachteil tragen muß, den eine falsche Kalkulation herbeiführt; denn es ist keine Sache, das Land zu beschaffen, das für Siedlungen angefordert wird. Der Großgrundbesitz dieser wenigen Kreise ist aber nicht stark genug, um dieses Risiko tragen zu können.

Die zweite noch weit schlimmere Folge wird aber die sein, daß die wenigen Güter, die sich in diesen 8 Kreisen befinden, das ganze Siedlungsbedürfnis des Landes decken müssen, während die Güter in den anderen 20 Kreisen frei ausgehen. Dadurch werden diese Güter in große Schwierigkeiten kommen. Es wird eine große Menge von Anträgen einlaufen, sobald das Ausführungsgesetz erlassen sein wird, und unsere Güter werden fast sämtlich bis auf das zulässige Minimum weggesiebelt werden. Dann treten die Nachteile ein, die der Herr Vortragende eingehend hervorgehoben hat. Die wertvollen, für die Ernährung unserer Großstädte so überaus wichtigen, ja unbedingt notwendigen Güter, von denen keines

an und für sich zu groß ist, — sie haben nur eine Größe von 500, 600, 700, einige wenige von 800—1000 Morgen — werden stark verkleinert werden und werden aufhören, die wirtschaftliche Einheit zu bilden, unter der sie seit altersher bestehen, oder zu der sie durch günstige Zufälle in den letzten Jahrhunderten zusammengeschlossen worden sind, auf die der ganze Wirtschaftsbetrieb zugeschnitten ist, die Gebäude, der Viehstand, die Kapitalien; jede Wegnahme auch nur von 100 Morgen wird hier einen nicht wieder gut zu machenden wirtschaftlichen Nachteil bedeuten.

Ich halte es daher für meine Pflicht, hier laut die warnende Stimme zu erheben, und hoffe, daß die Herren Kollegen aus dem Westen die Gefahren, die ich mir hier darzulegen erlaubt habe, in der gleichen Weise anerkennen werden. Wir müssen fordern: daß hier nur mit der allergrößten Vorsicht vorgegangen wird und daß die bestehenden, in hoher Kultur befindlichen Güter auf das äußerste geschützt werden, wenn wir nicht den schwersten Nachteilen für die Ernährung unseres Vaterlandes entgegengehen wollen.

(Bravo!)

Kammerherr von Oldenburg-Januschau: Es hat mich sehr interessiert und gefreut, einen Herrn über dieses Thema sprechen zu hören, wie Herrn Landrat Rothberg, der die Sache kennt. Meist fallen Äußerungen von Herren rein theoretischer Natur. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes wird, als ob sich einer die Nase schnaubt, im Handumdrehen gemacht. Ich bin sehr viele Jahre Mitglied der Ansiedlungskommission gewesen und habe an meinen Grenzen die Aufteilung großer Besitzungen erlebt. Ich habe ungefähr einen Begriff von den Schwierigkeiten, die der Sache gegenüberstehen. Im allgemeinen wird man sagen können, daß überhaupt nur reiche Länder solche Besiedlungen vornehmen können, und wenn man die Erfahrungen unserer großen Kolonisatoren, des Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I., Friedrichs des Großen berücksichtigt, so wird man zu dem Resultat kommen, zu dem ja auch Herr Landrat Rothberg gekommen ist, daß man vorhandene Werte nicht ruinieren darf, wenn man nicht die gesamte Volksernährung in Frage stellen will, sondern daß man wüste Höfe oder Obländereien besiedeln oder Flußtäler entwässern und darauf Ansiedlungen schaffen muß. Bei dem Berschlagen werden ja die großen Werte, die allein in den Gebäuden stecken, ruiniert, und die Erfahrung lehrt, daß die anparzellierten Güter sich nachher sehr schwer halten können; sie wechseln dauernd den Besitzer. Ich muß offen gestehen: meine Nachbarn kenne ich kaum noch. Heute ist es ein Apotheker, nach 6 Wochen ist es ein anderer, und es wird mit dem Grund und Boden auf eine furchtbare Art herumgewürfelt. Ich habe den Kaufmann, der von dem Gute immer das Getreide kauft, mal gefragt, wie denn eigentlich der Ertrag gegen früher ist. Ach, sagte er, wissen Sie, ungefähr ein Drittel bekomme ich noch.

Nun gehen ja die wüdesten Ideen jetzt durch unser Vaterland. Alle wollen, auch gebildete Leute oder Leute in der Stadt, denen es aus den Ernährungsverhältnissen heraus nicht gut geht, nun aufs Land, ein kleines Grundstück erwerben. Zu diesem Zweck soll nun erst das Arbeiten gelernt werden. Ich habe eine Konferenz mit Herren gehabt, die die Idee verfolgten, einen großen Besitz zu erwerben und zu parzellieren, um sich eine Existenz zu verschaffen. Ich habe mich zunächst mal geweigert, einen solchen Aufruf zu unterschreiben; denn ich bin in meiner engeren Heimat Westpreußen als Vorsitzender der verschiedenen landwirtschaftlichen Korporationen bekannt, und meine Unterschrift hätte vielleicht den einen oder den anderen veranlaßt, darauf hereinzufallen.

Ich habe verschiedene Herren gefragt, wie sie die Sache zu machen gedenken. Sie kaufen ein Gut, mit dem sie zunächst schon beim Kauf voraussichtlich über den

Löffel barbiert werden. Angenommen es glückt ihnen! Wie groß sollen die Parzellen sein? Sie haben an etwa 50 Morgen gedacht. Schön, also 50 Morgen! Was kostet das? — Ja, 800—900 *M* für den Morgen wären heute schon ein schöner Preis. Ich nehme aber an, es fällt ein Mann vom Himmel und schenkt ihnen ein schuldenfreies Gut, wie es nur sehr wenige gibt. Nun parzellieren sie los. Das wäre das System, dem unsere theoretischen Herren heute zuneigen. Ich will diesen Gedankengang einmal verfolgen. Es bekommt also einer 50 Morgen. Nun müssen doch Gebäude und Inventar beschafft werden. Das wird für 50 000 *M* nicht zu haben sein. Wer soll es bezahlen? — Die Rentenbank, der Staat! Jetzt fällt der zweite Mann vom Himmel und schenkt ihnen die 50 000 *M* auch noch. Während sie nun früher ein anderes Gewerbe hatten, haben sie Hacken und Mähen gelernt. Ich frage: Soll nun Ihre Frau melken? — Allgemeines Staunen. Ich sagte: Wenn Sie auf 50 Morgen bei den heutigen Verhältnissen noch Dienstboten halten wollen, dann fressen die Sie auf mit Haut und Haaren. Nun haben Sie alles geschenkt bekommen und sind doch bankrott. So vollzieht sich die Sache ungefähr in Wirklichkeit.

Leider Gottes führt erfahrungsgemäß ein Zustand, wie wir ihn jetzt im Deutschen Reiche haben, zur Latifundienbildung, aber nicht zu solchen Ansiedlungen. Das ist hoch beklagenswert. Aber diesen Weg geht unser Vaterland, wenn nicht Ordnung geschaffen wird. Dann kommen wir zu großen Weidestächen; denn es kann ja keiner mehr wirtschaften unter den obwaltenden und regierungsseits gebilligten Verhältnissen.

Weil wir nun zur Ernährung unseres Volkes jeden Morgen Landes brauchen, so ist natürlich der einzige Weg, den man gehen kann, derjenige, den Landrat Rothberg vorgeschlagen hat: der Grund und Boden, der bis jetzt nichts getragen hat, muß kultiviert werden. Das sind die großen Moor- und Oblandereien. Wer sich sagt, daß man zur Ernährung des Volkes Brot und Kartoffeln braucht, ist ein Verbrecher, wenn er daran denkt, in bestehende ruhige Verhältnisse eingzugreifen und ihre Entwicklung zu stören.

Unser hochverehrter Herr Vorsitzender, Herr von Schorlemer, weiß ja als ehemaliger preussischer Landwirtschaftsminister am allerbesten, was eine solche Siedlung dem Staate kostet, und wir, die wir mit ihm gearbeitet haben, wissen es auch. Wir wissen auch, daß nur verhältnismäßig wenige Güter sich überhaupt für die Parzellierung eignen, und daß sie, wenn sie sie parzellieren, 10 jahrelang überhaupt nichts tragen; denn sie müssen durch alle Fruchtfolgen durchgehen usw. Wenn dann nicht ein Staat mit großen Mitteln dahintersteht, der die Sache stützt, bis die Ansiedlung vollendet ist, so geht es nicht.

Wie soll man heute überhaupt die Gehöfte bauen? Auf dem Wege hierher ist mir mitgeteilt worden, daß bei einer großen Holzauktion in Schlesien der Festsitzer Kiefernholz 270 *M* gebracht hat. Wir sind 2 große Ställe abgebrannt in diesem Jahre. Einer ist angesteckt worden, weil sich meine Leute mit den Felddieben herumgeschossen haben, die in der Nacht auf Raub ausgehen, nicht um sich Kartoffeln zu holen, weil sie Hunger haben, sondern um sie zu verkaufen. Ich weiß, welche maßlosen Kosten es verursacht, die Gebäude wieder aufzubauen. Wenn man heute unsere Maurer- und Zimmerleute bei der Arbeit beobachtet, dann dreht sich einem das Herz im Leibe um. Wie soll man da überhaupt bauen? Wer das jetzt auf die leichte Schulter nimmt und sagt: nun wollen wir mal in größerem Umfange kolonisieren, der muß doch sehr viel zulernen.

(Bravo!)

Frhr. von Wangenheim-Klein-Spiegel: Meine Herren! Wir verhandeln heute hier über 2 Fragen, die Siedlungsfrage und die Arbeiterfrage, zwei Fragen,

die, die Arbeiterfrage für die Gegenwart, die Siedlungsfrage für die weitausschauende Zukunft Deutschlands, die wichtigsten sind. Ich bedauere deshalb sehr lebhaft, daß ein hervorragendes Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates, das, wie wir alle wissen, gerade in der Siedlungsfrage heute eine maßgebende Rolle spielt, hier nicht anwesend ist, nämlich Herr Geheimrat Sering.

Der Herr Vortragende hat hier von einem Professoren- und Demokratenregiment gesprochen. Ich bin einmal bei den ersten Verhandlungen über das Reichsiedlungsgesetz im Reichsarbeitsministerium zugezogen worden und muß leider bekennen, daß damals zwar die Herren Gewerkschaftssekretäre Behrens und Schmidt sich auf meinen Standpunkt stellten, daß man gerade in jetziger Zeit mit der Aufteilung von Großgrundbesitz außerordentlich vorsichtig vorgehen sollte, während Geheimrat Sering sein altes Schlagwort vertrat: Ein Bauernland vom Bodensee bis zur Memel! Ein sehr schönes Wort! Aber es würde das Unglücklichste sein, was unserem Vaterlande passieren könnte, wenn es durchgeführt würde. Wir haben heute — das ist schon von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden, gar nicht die Mittel, um eine solche großzügige Innensiedlung, namentlich in der Weise durchzuführen, daß wir die auszulegenden kleinen Grundstücke zu Eigentum machen, und man kann deshalb immer nur wieder darauf hinweisen, daß ein gar oft verleumdeter und beschimpfter deutscher Volksstamm, die baltische Ritterschaft, ein Beispiel von der inneren Kolonisation gegeben hat, wie es praktisch gar nicht besser gegeben werden kann. Es werden von Ihnen nicht viele wissen, daß die baltische Ritterschaft viel eher mit der Bauernbefreiung vorgegangen ist als irgendein deutscher Staat, daß die baltische Ritterschaft schon damals den allein richtigen Weg gegangen ist, indem sie die Bauern nicht sofort zu freien Eigentümern, sondern zunächst zu Pächtern machte, aber mit der gesetzlichen Anwartschaft auf Erlangung des Eigentums, sobald sie in der Lage wären, das Eigentum zu bezahlen, die Lasten abzutragen, wenigstens in der Hauptsache.

Als die Kommission des Deutschen Landwirtschaftsrates im vorigen Sommer die wunderschöne Reise durch das Baltikum machte, wurde uns in Riga gelegentlich des dortigen Landtages von Livland ein Vortrag gehalten, der für uns alle von größtem Interesse war, über diese Frage der Besiedlung, und damals konnte uns bereits mitgeteilt werden, daß in Livland von den befreiten Bauern 93% bereits ihre Grundstücke in Eigentum übergeführt hatten und die letzten 7% eben in der Überführung begriffen waren.

Herr Landrat Rothberg hat dann von der Auswahl der Ansiedler gesprochen. Ich glaube, wir können auch hier nur dankbar eines Vorläufers der hannoverschen Moor- und Heidebesiedlung gedenken. Es war die hannoversche Landesverwaltung, die seinerzeit unter dem Oberpräsidenten von Bennigsen und dem damaligen Landeshauptmann von Hammerstein, unserem späteren verehrten Landwirtschaftsminister, die ersten Versuche in den wüsten Gegenden des Emismoores gemacht hat, um nachzuweisen, ob solche Siedlungen überhaupt mit Aussicht auf Erfolg möglich wären, und damals schon hat sich als notwendig herausgestellt, daß man bei der Auswahl der Ansiedler sehr vorsichtig sein muß, und die Provinzialverwaltung hat mehrfach Ansiedler, die sich nach einiger Zeit als ungeeignet erwiesen, entfernen müssen.

Ich kann nur bestätigen, was Herr Landrat Rothberg ausführte, daß heute jeder, der aus dem Felde zurückkommt, sich einbildet; mir fehlt nur ein Eigentum, dann kann ich wie Gott in Frankreich leben. Daß diese Anschauung so weit ins Volk eingedrungen ist, ist nicht zum wenigsten schuld des Prof. Damaschke, der mit seinen Plänen über die Heimstätten-Gesetzgebung außerordentlich weitgehende

Versprechungen gemacht hat, bei denen er bei ruhiger Überlegung hätte anerkennen müssen, daß sie garnicht durchzuführen sind.

(Sehr richtig.)

Ich habe wiederholt sehr scharfe Auseinandersetzungen auch mit diesem Herrn gehabt und kann sein Vorgehen nur lebhaft bedauern. Er soll ja demnächst Reichspräsident werden.

Meine Herren! Wie sehr sich Wirklichkeit und Theorie unterscheiden, dafür habe ich leghin auch ein praktisches Beispiel erlebt. Ich hatte hier in Verbindung mit dem Hilfsbund für kriegsverletzte Offiziere in Aussicht genommen, eine kleine Wirtschaft einzurichten, in der kriegsverletzte Offiziere, die den Wunsch und die Mittel haben, sich später einmal eine kleine Landwirtschaft zu erwerben, in der landwirtschaftlichen Arbeit ausgebildet werden sollten. Es war beabsichtigt, die Herren auf einem kleinen Gute ganz für sich arbeiten zu lassen; sie sollten den ganzen Wirtschaftsbetrieb leisten. Wir konnten nach der großen Nachfrage annehmen, daß sich sehr viele Teilnehmer melden würden. Leider bestätigte sich das nicht; denn wir hatten noch nicht ein Viertel derjenigen, die wir brauchten. Als wir an die praktische Arbeit gingen, stellte sich dann sehr bald heraus, daß sie den Herren nicht zusagte. Wir haben deshalb das Unternehmen sehr bald wieder auflösen müssen, um nicht immer neue Gelder zuzusetzen.

Wenn wir nun in dieser Sache weiterarbeiten wollen, dann bin auch ich der Ansicht, die ich schon oft vertreten habe, daß wir Moore und Heide kolonisieren sollen. Ich kann bestätigen, daß wir das heute technisch mit vollster Aussicht auf Erfolg tun können. Ich habe ferner stets die Auffassung vertreten, daß, wenn man durchaus Großgrundbesitz aufteilen will und muß, man diejenigen Güter nehmen soll, die, wie man sagt, heute im Markt schwimmen, fortwährend verkauft werden und meist in Hände kommen, die von Tuten und Blasen in der Landwirtschaft nichts verstehen.

(Sehr richtig!)

Wenn diese aufgeteilt werden, so wird damit landwirtschaftlich etwas Gutes geleistet werden. Aber man muß sich hüten, diejenigen großen Wirtschaften zu zerstören, die heute zur Volksernährung beitragen.

Woher die Mittel kommen sollen, ist mir unverständlich. Es ist immer wieder die Rede von irgendeiner Form von Rentenbank. Der Rentenbankkredit hatte vor dem Kriege für die innere Kolonisation bankrott gemacht; denn die Kurse der Rentenbriefe waren schon damals so schlecht, daß die Ansiedlung dadurch ganz bedeutend verteuert wurde. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie die Aussichten dafür heute sein würden.

Dann hat Herr Landrat Rothberg vor allem auf eins hingewiesen, und wir haben uns in der letzten Sitzung der Zentralmoorkommission auch mit diesem Gegenstand beschäftigt. Bei dem Ausführungsgezet für Preußen beabsichtigt man, die Kommunalverbände so gut wie ganz auszuschalten. Ein Antrag, den wir damals gestellt haben und der nach vielen Kämpfen in der Zentralmoorkommission angenommen worden ist, wird natürlich keinen Erfolg haben; denn auch auf diesem Gebiete müssen wir damit rechnen, daß stets nur diejenigen Leute gehört werden, die von der Sache nichts verstehen, und daß diejenigen, die etwas davon verstehen und praktisch gearbeitet haben, nicht gehört werden; wenn sie gehört werden, gehen ihre Moten sofort in den Papierkorb.

Ich warne zum Schluß dringend vor Ansiedlung nicht geeigneter Leute und weise auf ein Beispiel hin, vielleicht das einzige verunglückte, aus Friedrichs des Großen Zeit. Er hat es, vielleicht nicht gerade in freundlicher Stimmung, auch mal unternommen, meuternde Soldaten und Zigeuner in der Gegend von Wilhelms-

haben anzusiedeln, und die Folgen dieser Ansiedlung, die ja damals vielleicht mit dem ihm zu Gebote stehenden vorzüglichen Kulturinstrument des Rückfodes vor sich gehen konnte, haben sich bis in die neueste Zeit hinein traurig fühlbar gemacht. Menschen, die nicht aufs Land gehören, soll man davon weglassen. Wenn heute die städtische Bevölkerung glaubt, es genüge der gute Wille, aufs Land zu gehen, so bitte ich dringend, davor zu warnen. Wir würden ein soziales und wirtschaftliches Proletariat schaffen, wenn wir ungeeignete Elemente in die Kleinsiedlung hineinbrächten.

(Bravo!)

Geh. Reg. Rat von **Alising-Nieder-Zauche**: Recht sympathisch waren mir die Ausführungen des Herrn Referenten, mit denen er sich dagegen wandte, daß die kommunale Selbstverwaltung ausgeschaltet werden solle. Das entspricht auch meinen Erfahrungen.

Noch sympathischer waren mir die Bemerkungen, mit denen er darauf hindeutete, daß er nicht selten gegen das Gesetz gearbeitet habe. Ich bin 20 Jahre Landrat gewesen, allerdings in alter Form; heute würde ich es nicht so lange gewesen sein. Ich kann nur bestätigen, daß ich als Landrat nicht selten präter legem und manchmal sogar contra legem gearbeitet habe, und jedesmal, wenn ich es getan habe, war es richtig, wie mir der Regierungspräsident hinterdrein bestätigt hat.

Das Ansiedlungsgesetz habe ich von seinen Anfängen an mitberaten. Wenn ich mich jetzt in die Lage des Vaters dieses Gesetzes hineindenke, so muß sich ihm doch eigentlich das Herz krümmen. Was ist aus dem Kinde durch den bekannten Zufaßsantrag Böhme für ein Wechselbalg geworden! Sering wollte die Produktion durch die Aufteilung fördern. Wir haben ihm immer erklärt, daß er das nicht erreichen wird, sondern das Gegenteil und die zahlreichen sehr guten Statistiken, die seitdem heraus gekommen sind, werden ihm das vielleicht auch bewiesen haben.

Sering hat weiter, wie er sich ausdrückte, Bevölkerungspolitik treiben, Städter aufs Land bringen wollen; dies konnte man nur durchaus unterstützen. Nun verschob der Antrag Böhme den Urzweck des Gesetzes vollständig, zumal er nach meiner Erfahrung tatsächlich vielfach fast bolschewistisch verwirrend und entzweierend wirkt. Ich beklage das tief, und deshalb hole der Teufel das ganze Gesetz, nachdem es so verfahren ist.

Reichsrat Frhr. von **Thüngen-Thüngen**: Besonders sympathisch hat mich in den Ausführungen des Herrn Referenten berührt, daß er immer wieder betont hat, es dürfe nicht schematisiert werden. Das ist wohl der Kernpunkt der Sache, den wir immer wieder hervorheben müssen. Wir dürfen nicht einfach sagen: ganz Deutschland muß besiedelt werden. Es gibt sehr viele Gegenden in Deutschland, in denen das einfach unmöglich ist, wo einfach kein Platz mehr ist. In der Hinsicht stimme ich mit Herrn von Reubell überein. Man wird aber nicht nur in der Substanz, sondern auch in der Ausführung des Siedlungsplanes nicht schematisieren dürfen. Die Art, wie man das in der Lüneburger Heide gehandhabt hat, scheint mir ganz ideal zu sein. Es setzt aber voraus, daß die Herren in der Kreisverwaltung, die sich damit befassen, Fachleute sind. Wenn Sie in gewissen Gegenden Deutschlands die Kreis selbstverwaltungskörper mit einer so hochwichtigen Frage betrauen wollten, so würde es fraglich sein, ob Sie zu einem Erfolge kämen; denn dazu gehören große Gesichtspunkte. Man kann nicht sagen: hier ist ein großes Stück Land; auf dem sitzt bloß einer; da können wir ganz gut 100 draussetzen. — Damit würden wir die Produktion nicht fördern, sondern im höchsten Grade in Frage stellen und die Ernährung der Städte, auf die es in der nächsten Zeit am meisten

ankommt, geradezu gefährden, indem wir altes Kulturland in guter Kultur auf eine niedrigere Kulturstufe herunterbringen.

Man hat bei uns in Bayern die Frage auch erörtert, und es hat sich schon während des Krieges eine Siedlungsstelle gebildet, die recht gut gearbeitet hat. Aber mittlerweile ist doch auch viel Wasser in den ersten schäumenden Wein der Begeisterung geflossen, und die Herren in München sind glücklicherweise zu der Überzeugung gekommen, daß gerade im Süden und im Südwesten, besonders in Bayern, die Möglichkeit einer Siedlung recht gering ist.

Wir suchen jetzt der Frage, namentlich im Norden von Bayern, insofern näher zu treten, als wir bisher wenig kultiviertes und nicht richtig genutztes Land, z. B. auf der Hohen Röhn, einer besseren Bewirtschaftung zuzuführen suchen. Von den landwirtschaftlichen Vereinen in Unterfranken sind bedeutende Mittel dafür zur Verfügung gestellt worden, und es ist eine großzügige Sache im Gange, von der ich hoffe, daß sie durch die Folgen des Krieges nicht ganz lahmgelegt wird. Wir haben zunächst einmal von den landwirtschaftlichen Verhältnissen abgesehen und die geologischen Verhältnisse berücksichtigt. Wir haben gesagt: es muß erst mal eine Straße gebaut werden, die das ganze Hochplateau aufschliefßt, und dann muß eine großzügige Entwässerung eingerichtet werden. Dann wollen wir aber da oben in die rauhe Gegend nicht lauter kleine Häuser setzen, sondern eine Art Almwirtschaft einrichten. Wir haben Ställe gebaut, in denen das Jungvieh im Sommer untergebracht wird. Ähnlich wie im Allgäu, wo wir uns die Wirtschaft angesehen haben, soll da das Jungvieh auf der Weide gesund und großgezogen werden, und es soll namentlich durch Vermeidung der Parzellierung und Bewirtschaftung großer Flächen, die den Gemeinden überwiesen werden sollen, die Zeitvergeudung vermieden werden. Ich weiß nicht, ob die Herren die Gegend kennen. Sie ist interessant. Das ist während der Heuernte eine förmliche Völkerverwanderung. Da leben die Leute acht Tage lang zwei bis zweieinhalb Stunden von ihrem Wohnorte in Zelten, bis jeder das bißchen Gras abgeerntet hat, was bis dahin eigentlich nie geerntet worden ist. Dann zieht die ganze Gesellschaft wieder nach Hause. Es ist allerdings die primitivste Bewirtschaftung, die man kennt. Die so zum Grasenausgezeichnet geeigneten Höhen sind dadurch verkommen, weil sie vielfach die Koppelweiden verschiedener Gemeinden waren und niemals etwas daran getan wurde.

Es ist also auch ein Stück Siedlung, was wir da geleistet haben, aber Sie werden mir zugeben, etwas ganz anderes als in der Lüneburger Heide, wo Sie das Glück haben, neue Siedlerstellen schaffen zu können. In den sehr parzellierten Gegenden, wo ich zuhause bin, gibt es auch hier und da die Möglichkeit, neue Höfe zu schaffen, nämlich in den großen Gemarkungen, wo die Zusammenlegung der Grundstücke noch nicht durchgeführt ist. Wir sind mit aller Macht daran, sie durchzuführen. An den Stellen, wo 2 oder 3 solcher Flurgemarkungen zusammenstoßen, finden sich oft Felder, die scheinbar kultiviert sind, die aber so weit vom Hof sind, daß eigentlich nichts Rechtes darauf wächst. Es fehlt meist am Wasser, vielleicht auch an einem Wege. Wo es technisch möglich ist, beides ohne große Kosten zu schaffen, ist auch wohl bei der alten Kultur in Franken der eine oder der andere Platz zu finden, wo sich ein neuer Bauernhof würde gründen lassen. Aber auch da kommt es natürlich auf die Person an. Sie können einen Städter nicht dahin setzen, wohl aber vielleicht ein junges Ehepaar, das auf dem Lande aufgewachsen ist, an Landarbeit gewöhnt ist und da gewissermaßen Pionierarbeit leistet.

Die Siedlungsstelle in München arbeitet nun glücklicherweise nicht allzu rasch. Sie sieht sich die Sache an. Die Nachfrage nach Stellen ist auch weit hinter

den Erwartungen zurückgeblieben, so daß man langsam arbeiten kann. Die Versuche mit der Zerstückelung einzelner Güter, die nur vereinzelt vorgekommen sind — sehr vernünftig, weil wir in Bayern fast keinen Großgrundbesitz haben — lassen bis jetzt auch noch kein abschließendes Urteil zu. Aber so ganz einfach ist die Sache nicht gewesen, aus den Gründen, die die Herren Vorredner schon erwähnt haben. Ich will Sie nicht länger mit Details behelligen, die eigentlich nur lokales Interesse haben.

Es war mir aber doch darum zu tun, nochmals zu unterstreichen, daß, wenn etwas Gutes geschaffen werden soll, die Landesbehörden jedenfalls sich damit befassen müssen, und daß es zu einem schlimmen Ende führen würde, wenn man da schematisierte und den Theoretikern, die von Landau bis Memel alles in Bauernland verwandeln wollen, die Kompetenz zur Lösung dieser rein praktischen Fragen einräumen wollte.

von Kessel: Eine Bemerkung des Herrn Referenten hat mir Anlaß gegeben, Ihren verehrten Herrn Vorsitzenden zu bitten, auch ein kurzes Wort sprechen zu dürfen. Der Herr Referent hat ausgeführt, daß die Reichsgetreidestelle nachweisen könnte, wie weit der Großgrundbesitz dem Kleingrundbesitz in der Produktion und Hergabe von Getreide überlegen wäre. Dazu steht im Gegensatz eine Äußerung des Abg. Heilmann von der sozialdemokratischen Partei, die er in der vorvorigen Woche in der Preussischen Landesversammlung getan hat, und die ich selbst gehört habe. Das Stenogramm habe ich noch nicht gelesen.

Herr Heilmann führte aus, die Reichsgetreidestelle würde das Gegenteil dessen nachweisen, was hier gesagt worden ist und zwar für die Jahre 1917 und 1918. Ich bin überzeugt, daß die Äußerung des Herrn Referenten richtig ist und nicht die des Herrn Heilmann. Deshalb wird es notwendig sein, die Reichsgetreidestelle zu ersuchen, mit ihren Publikationen möglichst bald hervortreten, auch im Interesse einer verständigen Siedlung.

In Schlesien sind wir mit der Abjacentensiedlung viel schneller vorgegangen als es für die Volksernährung nützlich und praktisch ist. Man hat die Sache mit großem Eifer betrieben, und ich habe von meinem Gute etwa 10% für Abjacentensiedlung abgeben müssen. Nun steht in Schlesien der Kleingrundbesitz in der Anwendung von Kunstdünger, in der Verwendung des Tiefpfluges noch einigermaßen hinter dem Großgrundbesitz zurück, und ich befürchte, daß es für die Volksernährung großen Schaden bringen wird, wenn auch in anderen Gegenden ebenso schnell mit der Abjacentensiedlung vorgegangen wird. Auch aus diesem Grunde liegt es im Interesse des ganzen Landes, daß wir über die Produktionsfähigkeit des Kleingrundbesitzes im Verhältnis zum Großgrundbesitz möglichst bald Aufschluß bekommen.

Landesökonomierat Dr. **Habe-Halle a. G.:** Ich erlaube mir, Bedenken gegen Ziffer 4 des Beschlusses zu äußern, und zwar deswegen, weil wir in manchen preussischen Provinzen nicht mehr die mit Land und Leuten vertraute Kommunalverwaltung haben. Die Landräte entstammen zum Teil der Gruppe, die Herr Landrat Rothberg anführte. Sie haben ihre Schule nicht auf dem Lande durchgemacht, sondern in der Redaktionsstube oder in einer Fabrik. Jedenfalls haben wir in ihnen keine ländlichen Berater mehr. Darum schließt sich jetzt unsere Landbevölkerung zusammen, um gegenüber dem Kreistag, wenigstens eine Stelle zu schaffen, die das landwirtschaftliche Interesse vereinigt.

Ich würde es daher für bedenklich halten, die Kommunalverbände in den Vordergrund zu schieben; denn wenn es geschieht, könnten wir leicht bei der Siedlung etwas Wunderbares erleben. Es kommen heute schon sonderbare Fälle vor. Wenn ich mich recht erinnere, wurde kürzlich einem Großgrundbesitzer in der

Provinz Sachsen von einer Berliner Bank auf Grund der Bestimmungen des Siedlungsgesetzes für die Einrichtung einer Gärtnerei die Abtretung eines Planes dicht beim Hofe abverlangt. Selbstverständlich lag ein Rechtsanspruch nicht vor — aber es wurde versucht und wird noch mehr versucht werden, wenn die Kommunalverbände ausschlaggebenden Einfluß erlangen sollten.

Ich kenne die preußischen Ausführungsbestimmungen nicht. Soviel ich weiß, soll die Landbeschaffung in die Hände von Landlieferungsverbänden und von Siedlungsgesellschaften gelegt werden. Die größeren Besitzer in den einzelnen Gebieten hätten allen Anlaß, solche Landlieferungsverbände schnell ins Leben zu rufen und in der Hand zu behalten und dafür zu sorgen, daß sie auch in der Siedlungsgesellschaft vertreten sind. Da ist am besten Einfluß für eine gesunde den örtlichen Verhältnissen angepasste Siedlung durchzuführen.

Reichsgraf von Westphalen-Haus Laer bei Meschede: Nur ein Wort, um zu zeigen, wie die Siedlungslust zurückgeht! In Westfalen ist in der Nähe der Stadt Paderborn, die ungefähr 30 000 Einwohner hat, ein Stück gerodeten Waldes von rund 100 Morgen Größe von dem bisherigen Besitzer der „Roten Erde“, Siedlungsgesellschaft für Westfalen, zur Verfügung gestellt worden, und zwar schon vor 3 Jahren. Es ist alles getan worden, um dort eine Kleinsiedlung zu ermöglichen. Teils fehlte es an Geld, einen Weg zu dem Grundstück zu bauen, teils an Ansiedlungslustigen. Der Erfolg war, daß die Siedlungsgesellschaft Rote Erde jetzt um überhaupt zu Geld zu kommen, dazu gezwungen war, dies Terrain in Teilen von 15—20 Morgen zu recht erheblichen Preisen an diejenigen zu verkaufen, die es haben wollten, ob sie nun in der Nachbarschaft wohnten oder nicht.

Ein zweites Beispiel! Im nördlichen Teile Westfalens ist durch Kriegsgesangene eine große Fläche Heide land drainiert und kultiviert worden. Wohl zwei Jahre her. Als ich neulich in die Gegend kam, habe ich zu meinem Staunen gesehen, daß dort alles wunderschön wächst. Aber was? Die alte Heide, weil sich keine Ansiedler finden!

Berichterstatte Landrat **Notberg-Fallingb. (Schlußwort)**: Zu den Ausführungen des Herrn Direktor Rabe aus Halle bemerke ich, daß gerade Halle wenig für Siedlungen in Frage kommt, wie ich sie in erster Linie gefördert haben will, nämlich Siedlungen gemeinsam mit Oblandkultivierung. Ich glaube, daß da, wo wirklich gesiedelt werden kann, die kommunale Selbstverwaltung noch nicht das Gesicht zeigt, wie in Halle und Umgegend leider jetzt schon. Deswegen kann man doch wohl sagen, daß in erster Linie die Selbstverwaltung, wo sie noch mit Land und Leuten vertraut ist, siedeln soll. Ich meine, Herr Direktor Rabe schematisiert, wenn er die Selbstverwaltung erst in zweiter Linie will, weil sie nicht überall paßt. Ich glaube, wir können den Beschluß unbedenklich so lassen, und beantrage das.

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Leitsätze des Herrn Referenten, die in der Drucksache Nummer 4 vorliegen. Ich darf wohl auf die Vorlesung verzichten und, falls nicht gegenteilige Wünsche aus der Versammlung geäußert werden, über alle 4 Leitsätze gemeinsam abstimmen lassen.

Mittergutsbesitzer Dr. **Brandes-Althof**: Gegen Punkt 4 ist Widerspruch erhoben worden, und ich glaube, manch einer wird sich dem Widerspruch anschließen. Auf die Sache näher einzugehen, ist nicht möglich, weil die Besprechung geschlossen ist. Ich glaube, wir müssen über Punkt 4 besonders abstimmen.

Präsident: Ich werde diesem Vorschlage folgen und lasse über die Leitsätze 1—3 zusammen und sodann gesondert über Leitsatz 4 abstimmen. — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Ich bitte diejenigen Herren, die die Leitsätze des Herrn Referenten, Drucksache Nr. 4, Ziffer 1—3 annehmen wollen, die Hand zu erheben.

(Geschieht!)

Das ist wohl einstimmig angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Herren die Hand zu erheben, die dem Leitsatz Ziffer 4 ihre Zustimmung erteilen wollen.

(Geschieht!)

Das ist die Mehrheit; Leitsatz 4 ist ebenfalls angenommen.

Beschluß:

1. Die heute sehr beschränkten Siedlungsmöglichkeiten müssen klar erkannt werden. Wo sie gegeben sind, muß in praktischer Arbeit tatkräftig vorgegangen werden, überhaupt mehr Praxis, weniger Theorie.

2. Die Siedlung muß viel mehr auf Kultivierung und Besiedlung von Obland, als auf die Verschlagung alten Kulturlandes eingestellt werden; denn jeder Morgen kultivierten Oblandes ist positiver, die Verschlagung alten Kulturlandes besten Falles relativer Gewinn.

3. Die Zahl der für ländliche Siedlung geeigneten Bewerber ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, viel geringer, als allgemein angenommen wird, sie können mit Sicherheit auf kultiviertem Obland angesetzt werden. Bei der heutigen Lage der Volksernährung ist deshalb jede Störung gut produzierenden Kulturlandes durch übertriebene Siedlungspläne eine große Gefahr und zu verwerfen.

4. Siedlungsunternehmer muß in erster Linie die mit Land und Leuten vertraute Selbstverwaltung, nicht ein landfremdes, oft wechselndes Beamtentum werden.

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats 1919.

Stellungnahme gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Antrag des Referenten Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Semmler-Breslau.

Das privattapitalistische Wirtschaftssystem in der Landwirtschaft ist besonders mit Rücksicht auf die Produktion und Volksernährung dem sozialistischen vorzuziehen; deshalb ist die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu verwerfen.

Berichterstatter Geh. Regierungsrat Prof. Dr. J. W. Semmler-Breslau. Hochverehrte Anwesende! Sehr gern bin ich Ihrer Aufforderung nachgekommen, über das Thema: „Gegen die Sozialisierung der Landwirtschaft“ zu sprechen, schon aus dem Grunde, weil ich früh als praktischer Landwirt sowohl im Kleingrundbesitz, als auch im Großgrundbesitz tätig gewesen bin. Ich habe all die Sorgen, die den Landwirt beschäftigen, all die Mühen, die gerade in den letzten 50 Jahren der Landwirtschaft entgegengetreten sind, nach allen Ecken und Enden kennen gelernt; ich habe die gewaltige Entwicklung, welche sich in den extensiven landwirtschaftlichen Betrieben abgespielt und letztere schließlich in intensive hinüber geleitet hat, miterlebt und selbst in eigener Wirtschaft durchgeführt.

Wenn man nun sieht, daß die Errungenschaften, die die deutsche Landwirtschaft in den letzten 50 Jahren überall erzielt hat, mit wenigen Federstrichen vertilgt werden sollen, so muß man sich doch fragen: wie ist dies möglich? — Schuld daran ist jene Theorie, die Deutschland durch ihre Anhänger während des Krieges in das größte Unglück gestürzt hat, das es jemals erlebt hat: Die Theorie des heutigen Sozialismus. Viele unter uns kennen aber weiterhin noch gar nicht die Gefahren der Gegenwart und der Zukunft, die uns durch diese Theorie drohen, wir alle wissen nicht, in welches Elend uns diese Theorie schließlich führen kann. Wohin wir blicken, begegnen wir den mittelbaren oder unmittelbaren Folgen der Theorie des Sozialismus. Wenn Sie heute die Not unseres Vaterlandes betrachten, nach außen, nach innen, wenn Sie die Steuergesetzgebung ins Auge fassen, oder die absteigende kulturelle Entwicklung, wenn Sie sehen, wie die Volkswirtschaft von Tag zu Tag zurückgeht, so ist das nichts weiter, als eine Folge dieser Theorie. Wir drehen uns augenblicklich im Parlament und im ganzen Volke um den Sozialismus.

Es haben sich in der deutschen Volksseele zwei Lager gebildet: die soziale Entwicklung, der Sozialismus! Der Kampf geht weiter; er muß und wird zu Ende geführt werden. Es ist nicht eher Ruhe im Volksseele, und der Pfahl der Spaltung wird aus dem Fleisch des Volkes nicht früher herausgerissen werden können, als bis nicht diese Frage endgültig erledigt, oder wenigstens vorläufig bis zu einem einigermaßen befriedigenden Ende geführt ist.

Wie ist es nun aber möglich, daß eine solche Theorie — es handelt sich nicht einmal um eine Idee, die sonst, aus der Wirklichkeit geboren, oft ein ganzes Volk in seinem ganzen Denken und Fühlen mit aller Macht erfasst — in der Studierstube von weltfremden Gelehrten in Gedanken hervorgebracht eine solche Macht erreicht hat? —

Selbst der Sozialdemokrat August Müller sagt in seinem Buch „Sozialisierung oder Sozialismus“: „Der Sozialismus hat die Köpfe der Menschen mit einer Kraft erobert, wie sie nur der Inbrunst religiöser Überzeugungen entspringt“. „Der Rationalismus (vernünftige Überlegung) ist nun einmal nicht die Weltanschauung des Mannes auf der Straße; Wünsche, Gefühle und Phantasie geben seinem Streben viel mehr die Richtung als vernünftige Überlegung, und naive Gläubigkeit in die soziale Wunderkunst des Sozialismus zeichnen ihn mehr aus als die Erkenntnis des zeitlichen und wirtschaftlichen Schwankens, die dem mit der sozialen Weiterentwicklung beschäftigten Menschenwillen gesetzt sind.“

Meine Herren! Man ist ganz systematisch bei der Entwicklung dieser Theorie vorgegangen; man hat sie zunächst auf utopistischer, dann auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut. Wir können die französischen und englischen Theoretiker übergehen, Sie wissen ferner, daß in Deutschland im wesentlichen Marx, Lassalle, Engels usw. um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts das Gesunde, was in jeder sozialen Bewegung liegt, in so verkehrter Weise in ungesunder Art auf die Wirklichkeit zu übertragen versuchten.

Wenn wir uns nun fragen: wie entsteht überhaupt eine soziale Bewegung, wie entsteht der Sozialismus, so sind dies zunächst Erscheinungen, die stets bestanden haben und weiter bestehen werden. Sie liegen in der Entwicklung der Menschheit selbst. Der Mensch ist nicht nur ein Einzelwesen (Individuum), sondern auch ein Gesellschaftswesen. Sowohl als Einzelwesen für sich allein lebend als auch in Gemeinschaft mit anderen sein Dasein hinbringend hat er verschiedene Bedürfnisse, je nachdem wir auf seine Doppelnatur in geistiger oder körperlicher Beziehung Rücksicht nehmen, und hier haben wir schon einen Punkt, in welchem der Sozialismus, wie er heute besteht, eine große Unterlassungssünde begangen hat, er vernachlässigt aus dem Materialismus geboren zu sehr die geistige Seite des Menschen, und zwar besonders das Gefühlsleben.

Wir müssen uns die Begriffe „sozial“, „Sozialität“, „sozialistisch“, „Sozialismus“, „sozialisieren“, „Sozialisierung“, „Kommunalisierung“, „Verstaatlichung“ recht klar machen. Unter „sozial“ verstehen wir weiter nichts — wir können es so übersetzen, — als „gesellschaftlich“, „alles das, was die Gesellschaft betrifft“, „gemeinschaftlich“, „gesellig“. Man muß auch eine Unterscheidung machen zwischen dem ethischen und dem rein wirtschaftlichen Begriff „sozial“. In ethischem Sinne müssen wir von der Bejahung der allgemeinen Menschenwürde ausgehen und verlangen, daß alle wirtschaftlich so gestellt sind und leben können, wie es die Menschenwürde erfordert: Gerechtigkeit soll in der Forderung der Ethik herrschen. Die Wirtschaftlichkeit hat mit der Seite der Gerechtigkeit nichts zu tun, auch nicht mit der Gleichheit, sondern die Wirtschaftlichkeit hat als Ziel Zweckmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit: alles was wir in der Volkswirtschaft schaffen, muß ja ein Mittel

sein zur Befriedigung von Bedürfnissen (zweckmäßig sein, im Verhältnis stehen), außerdem am geringsten Stoff und Kraft verbrauchen, in Menge und Güte unübertreffbar. Die wirtschaftlichen Einzelpersonen können nicht gleich sein, sondern in jeder Beziehung müssen Rechte und Pflichten, Mittel und Zwecke im Gleichgewicht sein: „Gleich sei keiner dem andern, doch gleich sei jeder dem Höchsten; wie das zu machen? es sei jeder vollendet in sich.“ Die Regelung einer Tätigkeit eines Menschen in der Gesellschaft darf nicht nur sozial in dem Sinne einer Begünstigung der einen Klasse, sondern muß sozialökonomisch im Sinne der Berücksichtigung aller sein, muß also ethisch gerichtet sein. Was bedeutet nun sozial in der Volkswirtschaft? im Wirtschaften überhaupt? Soziales Wirtschaften erfordert die Aufnahme der Zwecke der ganzen Gesellschaft in jede Zwecksetzung. Der die Produktionsmittel Besitzende muß auch der Arbeitswilligste und Tüchtigste sein, ebenso muß für Unterricht, Fürsorge, Unterstützung, Versicherung gesorgt sein. Die sozialistische Wirtschaft beabsichtigt nicht das zurzeit sozial Zweckmäßige, sondern will alle Verschiedenheiten abgleichen. Dies ist von selbst nicht möglich, also muß Zwang eintreten. Der Sozialismus will von vornherein möglichst Abgleichung; er unterbindet das Unternehmertreiben nach höchster Intensität. Die Wirtschaftspolitik muß sozial, darf nicht sozialistisch verfahren; das vertrauensvolle Zusammenarbeiten aller sozialen Schichten muß Platz greifen, Sicherungen und Einrichtungen müssen geschaffen werden, die aus dem Volke selbst herauskommen.

Lebt der Mensch allein für sich, so kann er seine geistigen und körperlichen Bedürfnisse selbst befriedigen, er kann sein Denken, Fühlen, Wollen ganz auf sich selbst einstellen, ist auch nicht von anderen abhängig, hat ihnen gegenüber keine Rechte und Pflichten. Wir kommen jetzt nicht um eine gründliche, ja zum Teil selbst philosophische Betrachtung dieser Frage herum, da ja auch die Theorie des Sozialismus auf diese Weise entstanden und weiter verfolgt wird: geistige Ergebnisse und Überzeugungen lassen sich nur durch ebenfalls geistige Waffen widerlegen; durch Handgranaten lassen sie sich vielleicht für den Augenblick unterdrücken, aber nicht aus dem Herzen ihrer Anhänger herausreißen. Wir alle — ich werde das nachher noch deutlicher vor Augen führen — haben vielleicht vor dem Kriege den Fehler begangen, daß wir uns nicht genug damit beschäftigt haben, daß wir die Theorie des Sozialismus nicht schon beizeiten wissenschaftlich bekämpft und als praktische Unmöglichkeit erwiesen haben.

Vorhin erwähnte ich, daß der Mensch, wenn er als Einzelwesen, ohne Beziehung zu anderen sein Denken, Fühlen und Wollen so leitet und lenkt, daß er es schließlich zu Handlungen verdichtet, für seine Person allein dazu berechtigt ist und keine Pflicht einem anderen gegenüber hat; es kann keine soziale Frage entstehen. Anders wird es natürlich in dem Augenblick, in dem der Mensch zu seinem Mitmenschen in Beziehung tritt. Das ist natürlich in dem Augenblick das erste Mal geschehen, als es sich um das Fortbestehen seines Geschlechtes handelte, als sich schließlich die Familie herausbildete. Es ist dies das erste soziale Verhältnis, durch welches der Mensch andere Rechte und Pflichten eingeht, als er als ein für sich allein lebendes Wesen und nur sich selbst gegenüber hatte.

Ulmählich hat sich aus dem Familienleben ein weiteres soziales Verhältnis entwickelt, in dem die einzelnen Familien zu Dorfgemeinschaften, Sippen, schließlich zu Staaten zusammentraten. Hier ändern sich natürlich wiederum die Verhältnisse. Jetzt hat der Mensch andere Aufgaben. Er kann nicht mehr so wie früher verfügen, weder über seine eigene Person, natürlich auch nicht über seine Mitmenschen. Die Einzelheiten, auf die sich die sozialen Begriffe erstrecken, sind

nun ganz verschieden, zunächst in geistiger, alsdann in körperlicher Beziehung. Wir müssen alle Rücksicht aufeinander nehmen, wir alle haben Rechte und Pflichten gegeneinander. Das geistige und körperliche Sein hat also beim Zusammenleben der Menschen ein Drittes in Betracht zu ziehen, das ist die rechtliche Seite. Die Rechte schafft die Menschheit aus dem angeborenen Rechtsgefühl, wenn sie zusammenlebt, die Gesellschaft legt sie fest. Aber auch die Pflichten schafft sie aus dem ebenfalls angeborenen Pflichtgefühl heraus. Rechte und Pflichten den Mitmenschen gegenüber liegen also mehr oder weniger in den Menschen selbst begründet, sie entwickeln sich aus dem gemeinschaftlichen Zusammenleben.

Es bilden sich allmählich die Begriffe „sozialistisch“ („genossenschaftlich“, „vergesellschaftet“) und „Sozialismus“, sie sind gegenüber „sozial“ und „Sozialität“ die engeren: soziale Beziehungen brauchen keine sozialistischen zu sein, letztere binden die Glieder einer Gesellschaft noch enger zusammen, indem sie dieselben aber in ihrer persönlichen Freiheit beschränken. Z. B. ergibt sich für die sozialen Beziehungen in einem landwirtschaftlichen Betriebe auf privatrechtlicher Grundlage in der Gegenwart, daß in diesem Betriebe Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftlich arbeiten, aber über die Produktionsmittel — Grund und Boden, lebendes und totes Inventar, Gebäude usw. — hat nur der Besitzer bzw. Unternehmer Verfügungsrecht; die Arbeit, die auf die Produktionsmittel verwendet wird, ist zwar auch eine gemeinschaftliche (soziale), aber der Unternehmer allein bestimmt dieselbe, z. B. das Säen, Ernten usw., weitgehend und schließlich verfügt über die Erzeugnisse — Getreide, Vieh usw. — im großen und ganzen, soweit nicht Naturalbezüge, Naturalienbeteiligungen usw. vorliegen, ebenfalls der Unternehmer allein, die Erzeugnisse nehmen den Charakter der Waren zum Kauf und Verkauf an, dienen also nicht zum Verbrauch in dem Betrieb allein. Ein „sozialistischer“ landwirtschaftlicher Betrieb faßt die in ihm Arbeitenden enger zusammen, die einzelnen Mitglieder genießen in ihm nicht die Bewegungsfreiheit wie in dem heutigen sozial weiterem. Die Produktionsmittel gehören nicht dem Unternehmer allein, sondern einer größeren Allgemeinheit, sie brauchen nicht den im Betriebe Arbeitenden allein zu gehören (syndikalistische Wirtschaftsform), sondern z. B. einer Gemeinde (Kommune, Kommunismus) oder dem Staat (Staatssozialismus); also die Zusammenarbeitenden sind alle mehr oder weniger genossenschaftlich am Besitz beteiligt, wenn auch nicht im Privateigentum, so doch mit den anderen zusammen.

Dem sozialistischen Wirtschaftssystem steht das bisherige individualistische (Individualwirtschaft von Individuum gleich Einzelperson) gegenüber, wo mehr oder weniger nur eine Person das Verfügungsrecht über Produktionsmittel, Arbeit und Ergebnis hat. Man kann unter Sozialismus ein volkswirtschaftliches System verstehen, welches unveräußerliches, gesellschaftliches Gemeineigentum aller Arbeitsmittel einführen und die gesamte Produktion und Verteilung der wirtschaftlichen Güter durch den demokratischen Staat ordnen will.

Mit dem Begriff Sozialismus können wir auch alle Bestrebungen zusammenfassen, bewußte und unbewußte, welche der Vergesellschaftung der Menschen im Sinne der weitgehendsten Verteilung der Aufgaben und ihrer vollständigen Einordnung in ein harmonisches lebendiges Ganzes dienen: Gewissermaßen ist Sozialismus bildlich gesprochen Organisation des gesamten menschlichen Lebens, Schaffung eines Vollkommenen der Menschheit. Je nachdem nun die Teilung der Aufgaben usw. statthalt, kann man verschiedene Arten des Sozialismus unterscheiden. Ist aber eine der Theorien in die Wirklichkeit übertragbar? Die Übertragung in die Wirklichkeit könnte durch Entwicklung von selbst

eintreten oder eine gewollte sein, man nennt letzteren Übergang Sozialisierung. Sozialisieren heißt die privatkapitalistische in die sozialistische Wirtschaftsform überführen; die Sozialdemokraten behaupten, daß der ersteren ein „Gewinnstreben“ anhafte, der letzteren ein „Produktionserfolg“ im Verhältnis zum Arbeitsaufwand, und ihr Bedarfsdeckung eigentümlich sei. Über das Irrtümliche dieser Auffassung ist später noch Einiges mitzuteilen.

Es lassen sich landwirtschaftliche Betriebe denken, die rein sozialistische (syndikalistische) sein können, wie sie einzelne Kommunisten geschaffen haben, und in denen alle Mitarbeiter Mitbesitzer sind; dann gibt es in den Kommunen oder im Staat landwirtschaftliche Betriebe, von denen die Kommunen oder der Staat Besitzer sind, und welche entweder durch Beamte bewirtschaftet werden (Direktoren) oder aber welche verpachtet sind. Wie steht es nun mit der Arbeit in diesen Betrieben? Sie kann sozialistisch sein, dann ist sie genossenschaftlich geregelt und verteilt, oder sie kann nach der bisherigen Weise durch Unternehmer und Arbeiter geregelt sein; die sozialistische (vergesellschaftete) wird durch die Einrichtung der Betriebsräte erstrebt, welche die Art der Arbeit überhaupt, die Verteilung der Arbeit, die daran teilnehmenden Personen usw. bestimmen sollen; letztere gehören einer Kommune bzw. einem Staat an und werden zunächst unmittelbar von dieser größeren Gemeinschaft für einen bestimmten Betrieb in einem Leiter und in einem Stamm von Arbeitern bestimmt. Je loser die sozialistische Macht der Kommunen oder des Staates, desto größer ist die Macht in den Betriebsräten. Die Kommunen, Kreise, Provinzen, Länder, der Staat können nun ihren Einfluß auf die Betriebe durch andere Räte ausüben, die von diesen Gemeinschaften (Körperschaften) gewählt sind (Bezirksrat usw.). Die einzelnen Fachgruppen in den Gemeinschaften können nun ihren Rat haben, oder es können sachlich gemischte Räte sein. Wir können nun auch noch in den sachlichen Räten bei der privatkapitalistischen Wirtschaft Arbeitgeber- und Arbeitnehmerräte haben, in der sozialistischen fällt diese Trennung mehr oder weniger fort, da der Betriebsführer sozialistisch aus der Mitte der zur gemeinschaftlichen Arbeit bestimmten gewählt werden würde. Schließlich würden die Landesräte im Reichswirtschaftsrat ihre Spitze haben. Also auch bei der sozialistischen Arbeitsverteilung im Betriebe usw. ist der einzelne unfreier, gebundener usw.

Nun zu den Enderzeugnissen; sie sollen entweder den im Betrieb Vereinigten gehören oder an die größere Gemeinschaft zurücksallen, die Betriebsarbeiter würden sozialistisch entlohnt werden, indem im letzteren Falle alle Betriebe gleichmäßig behandelt würden. Also auch hier mehr Gebundenheit. Sozialistische Beziehungen in einer Gemeinschaft engen die einzelnen Personen bedeutend ein, sie beschneiden ihre Freiheit in ihren Betätigungen im Rahmen der Gesellschaft, sie verlangen ein Verhalten „durch die Gesellschaft für die Gesellschaft“, das Arbeiten selbst unterliegt persönlichen Freiheitseinschränkungen, ebenso die Verteilung des Enderzeugnisses.

Zur Produktion selbst, d. h. zu der an dem Produktionsmittel vorzunehmenden Arbeit ist zuvor noch folgendes zu bemerken.

Produzieren heißt nichts anderes, als Gedanken in Stoff ausdrücken; hieraus geht hervor, daß, ehe produziert wird, der ganze Produktionsweg vorgedacht sein muß, die Produktion alsdann weiter nichts ist, als die Ausführung des Vorgedachten. Diese Gedankenarbeit wird von dem Unternehmer des Betriebes geleistet, so daß der Arbeitnehmer nur den Anweisungen folgt, bzw., seine eigene geistige Arbeit in den meisten Fällen nur eine außerordentlich geringe darstellt; die größere oder geringere Leistung auf diesem Gebiete der Arbeitnehmer trennt.

Letztere in verschiedene Klassen, z. B. gelernte und ungelernte Arbeiter, worauf aber an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann.

Es muß festgestellt werden, daß unter den Arbeitern eigentlich nur diejenigen Vorteile von der sozialistischen Wirtschaft haben werden, die nicht Lust zur Arbeit haben, bezw. ihre Kräfte nicht so anstrengen wollen, wie sie es in der freien Wirtschaft tun müssen; sie denken also am allerwenigsten im ethischen Sinne sozial.

Sie sehen, wie schwer es wird, allmählich klar die Gründe hervortreten zu lassen, aus denen wir die Unmöglichkeit des Sozialismus beweisen müssen und wollen, da die „sozialen“ und „sozialistischen“ Beziehungen so unendlich mannigfaltig und filigranartig ineinander verwoben sind. Ich wiederhole: die sozialen Verhältnisse der Menschen auf den verschiedenen Betätigungsbereichen untereinander können verschieden sein, je nachdem wir unser geistiges Leben als Kulturleben und unser körperliches Sein als volkswirtschaftliches Leben betrachten, geregelt drittens durch die Rechtsbeziehungen. Diese drei Gebiete liegen eigentlich von einander getrennt, aber das eine greift doch immer in das andere über. Das Rechtsleben, das wir schließlich mehr oder weniger als politisches Leben bezeichnen können, ist, wie man wohl sagen kann, heute so geordnet, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Die Entwicklung des geistigen Lebens ist, wie wohl im allgemeinen angenommen werden kann, dem freien Ermessen des Einzelnen soweit wie möglich überlassen.

Die volkswirtschaftlichen Beziehungen müssen auf ganz anderen Grundsätzen aufgebaut werden: da können wir die Gleichheit nicht gelten lassen, da können wir auch die Freiheit nicht überwuchern lassen, sondern es muß ein gerechter Ausgleich erstrebt werden. Also sowohl das geistige als auch das volkswirtschaftliche Leben findet sich in dem gesellschaftlichen Zusammenleben begrenzt durch die Gesellschaft selbst, der Einzelmensch hat seine Rechtsgrenze bei der Beschaffung der Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse in dem Recht der Gesellschaft dem Einzelnen gegenüber und umgekehrt. Es sind dies alles soziale Gesichtspunkte. Um letztere richtig zu erkennen, und um zu zeigen, wie gerade der Sozialismus aus ihnen verkehrte Schlüsse für seine Berechtigung gezogen hat, müssen wir uns damit beschäftigen, wie sich nun der Begriff des „Sozialismus“ allmählich entwickelt hat.

Im Anfang des vergangenen Jahrhunderts war unser Parteileben nur schwach entwickelt, im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich und England. Erst mit dem Jahre 1848 kam es zu einem ausgedehnteren Zusammenschluß zu politischen Parteien. 1871 ist der erste Sozialdemokrat in das deutsche Parlament eingezogen, und zwar als einziger seiner Partei, und Sie wissen ja alle selbst, wie schnell sich die Sozialdemokratie entwickelt hat. Kein Geringerer als Bismarck hat beizeiten auf die Gefahren der Sozialdemokratie hingewiesen, deren Theorie eine bisher unerprobte Wirtschaftsweise unter Abschaffung der alten forderte. Der Sozialismus, welcher dieser politischen Partei zugrunde liegt, verlangt,

1. daß die Produktionsmittel in der Volkswirtschaft Allgemeingut werden sollen,
2. daß die Arbeit, die auf die Produktionsmittel verwendet wird, auch eine gemeinschaftliche ist,
3. daß auch die Verteilung des Endproduktes gemeinschaftlich für die Gemeinschaft erfolgen soll. — Mit dieser Auffassung der Produktion, welche die neue Wirtschaftsart darstellen soll, müssen wir uns näher beschäftigen; denn letzten Endes kommt es doch bei der Entscheidung über die Frage der Sozialisierung der Betriebe, welche eine Handlung darstellt, und durch welche der jetzige Sozialismus

in die Betriebe eingeführt werden soll, darauf an, ob wir die Forderungen, die er aufstellt, zu Recht bestehen lassen können oder nicht.

Wir haben uns also damit zu beschäftigen: ist es möglich, daß das Individuum in einer Volkswirtschaft, die immer im weitesten Sinne des Wortes eine Gemeinschaftswirtschaft (sozialistische) ist, zu seinem Recht kommen kann, und wie ist es möglich, daß dabei die Gemeinschaft ebenfalls keinen Schaden erleidet, und was ist besser: privattapitalistische Betriebe wie bisher oder Gemeinschafts- (sozialisierte) Betriebe?

Entscheidend läßt sich die Frage nur beantworten, wenn alle Eigenschaften der menschlichen Natur in Betracht gezogen werden, die geistige und körperliche Eigenschaften aufweist, und wenn ferner der Mensch als Individuum (Einzelmensch) und Gesellschaftswesen betrachtet wird. Eine ideale Lösung hätten wir, wenn der Mensch nur altruistische Eigenschaften besäße, also sich nur von dem Gesichtspunkte der Vorteile seiner Mitmenschen bei seinen Handlungen leiten ließe; alsdann würde die erstrebenswerte Wirtschaftsform der Sozialismus sein. Da der Mensch aber auch ausgeprägte egoistische (selbstsüchtige) Eigenschaften besitzt, denen Rechnung getragen werden muß, so ist die Lösung der Aufgabe darin zu suchen, daß eine Wirtschaftsform gefunden wird, die sowohl den individuellen als auch den gesellschaftlichen Eigenschaften gerecht wird. Alle diese Eigenschaften liegen im Gefühlsleben, im Empfinden von Lust- und Unlustgefühlen; es muß ein Ausgleich zwischen dem Individuum und der Gesellschaft stattfinden. Dieser Fall tritt ein bei privattapitalistischer Wirtschaft; diese Wirtschaftsform darf aber nicht so geführt werden, daß sie keine Rücksicht nimmt auf die Mitmenschen, sondern sie findet ihre Grenzen an den Menschenrechten der Mitmenschen. Fassen wir schließlich den Lebenszweck des Menschen auf wie wir wollen, immer wird es nötig sein, daß sich aus der Notwendigkeit, diesen Zweck zu erreichen, Bedürfnisse entwickeln. Die Art und Größe der letzteren ergibt sich unbeschadet darum, ob sie berechtigt sind oder nicht, aus den Ansprüchen der einzelnen Menschen; letztere finden aber wiederum ihre Grenze an den Rechten der Allgemeinheit: dem Recht des Individuums steht demnach das Recht der Allgemeinheit gegenüber. Zur Befriedigung dieser Bedürfnisse sind Mittel nötig, sei es, daß die Bedürfnisse auf dem geistigen, seelischen oder körperlichen Gebiete liegen. Wer hat hier für die Herbeischaffung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse des Einzelnen zu sorgen, und wer hat vor allem über die Höhe der Bedürfnisse zu entscheiden? Im allgemeinen kommt eigene persönliche und gesellschaftliche Beschaffung in Frage, sowohl im Geistes-, Gefühls- und Willensleben; alle drei Tätigkeiten wirken sich auch aus bei der Beschaffung der Bedürfnisse auf geistigem und körperlichem Gebiet, also auch in der Volkswirtschaft, zu der die Landwirtschaft gehört. Es ist daher nicht angängig, die Tätigkeit auf volkswirtschaftlichem Gebiet allein vom Materiellen abhängig zu machen, vielmehr liegen die Ursachen der höchsten Wirkung in der Heranbringung von Mitteln zur Befriedigung der Bedürfnisse auf geistigem und seelischem Gebiet; die körperliche Arbeit ist nur die Übertragung des Willens, der vom Geist und der Seele geleitet wird, in die Wirklichkeit. Geistige und körperliche Leistungen sind nötig; welche erfordern die höhere Anstrengung? beide sind abhängig von den Eigenschaften der Menschen, die angeboren und erworben sind. Aber den Wert entscheidet vor allem der Zweck, letzterer wird vom Geist unzweifelhaft entscheidender beeinflusst und eher erreicht als durch körperliche Eigenschaften.

Wir haben verschiedene Zweige der Volkswirtschaft: Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel usw. Jeder dieser Zweige besteht aus einzelnen Be-

trieben und hat seine besonderen Betriebsarten; sie können gar nicht miteinander in einen Topf geworfen und verglichen werden, indem man etwa sagt, der Sozialismus eigne sich mehr für diesen oder mehr für jenen Zweig der Volkswirtschaft oder für einzelne Betriebe der einzelnen Zweige. Wir müssen zunächst fragen, ob man allgemein entscheiden kann, daß die sozialistische die bessere Gesellschaftsform ist oder die individualistische, d. h. im vorliegenden Falle die privatt kapitalistische Wirtschaftsweise, innerhalb welcher in den meisten Fällen eine Einzelperson über die Produktionsmittel, über die Bestimmung der Arbeit und über das Endergebnis mehr oder weniger selbständig verfügt.

Meine Herren! Zur Beantwortung dieser Frage sind folgende Betrachtungen anzustellen: Zu den Produktionsmitteln im allgemeinen haben wir z. B. in der Landwirtschaft den Grund und Boden, das Lebende (Vieh) und tote (Maschinen usw.) Inventar, die Gebäude und schließlich das Geld zu rechnen. In den Gewerben setzen sich die Produktionsmittel etwas anders zusammen, auch im Handel, in der Industrie, in der Wissenschaft usw. Das Betriebskapital als Privateigentumsbesitz ist nun diejenige Form, die bisher in der ganzen Volkswirtschaft im allgemeinen vorgeherrscht hat. Der Entwicklung des Eigentumsrechts brauchen wir nicht nachzugehen, wir wollen unerörtert lassen, ob das Eigentum zu Recht, wie wir meinen, besteht oder nicht. Nur folgendes ist zu betonen. — Die Rechtfertigung des Eigentums kann für die Wirtschaftslehre nicht in einer Gesetzesrechts- oder Beschlagnahme methode erblickt werden. Die Wirtschaft kann zunächst mit der Erteilung des Eigentums einen Zweck verfolgen; ist letzterer erfüllt, dann besteht das Eigentum schon dieserhalb zu Recht, abgesehen von allen anderen Gründen, z. B. daß dem Menschen ein natürliches angeborenes Recht auf Eigentumserwerb zukommt; so z. B. ist der Bestand des Privateigentums an Produktionsmitteln eine Notwendigkeit für die Interessen des Individuums und der Gesellschaft, wofür schon die Beobachtung zu allen Zeiten und bei allen Völkern spricht. Eigentümer wird ursprünglich jeder sein, der es am besten pflegt, am meisten aus ihm schafft unter weitgehendster Schonung und Vermehrung, indem er gleichzeitig ethisch sozial handelt; auf diesen Gesichtspunkten hat das Eigentum sich allmählich aufgebaut, und so muß es auch in der Hand des Besitzers verwaltet werden. Es spornt auch selbst an zu ernster und andauernder Arbeit, man denke nur an die Landwirtschaft. Ebenso spricht hier die Notwendigkeit des Eigentums, die Arbeits- und Berufsteilung, da eine zwangsweise Verteilung der Arbeit unmöglich ist; eine Triebkraft bildet auch hier das Eigentum. Auch für die Familie, die älter ist und ein größeres Recht als der Staat hat, ist es notwendig.

Wie gestalten sich die Produktionsverhältnisse in der Volkswirtschaft unter der privatt kapitalistischen Wirtschaftsform und wie unter der sozialistischen, wie wir jene des Sozialismus bezeichnen? Es muß für beide Wirtschaftsformen der Hauptsatz gelten: die Volkswirtschaft hat die Aufgabe, zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse die Mittel herbeizuschaffen, die dazu dienen, den menschlichen Organismus aufrecht zu erhalten, und zwar müssen die Mittel in größter Menge und bester Güte unter dem geringsten Aufwand von Kraft und Stoff erzeugt werden, ferner die Aufgabe der Verteilung. Wir müssen uns darüber klar sein, daß alles dies die Hauptsache in jeder Form der Volkswirtschaft ist, und den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ausdrückt, der sich in obigen Forderungen ausdrückt.

Wann wird nun die Volkswirtschaft diese Aufgabe am besten erfüllen? Unter dem privatt kapitalistischen Wirtschaftssystem oder unter dem sozialistischen? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir zuerst die Produktionsmittel, die Ausgangs-

stoffe in jedem Betrieb, betrachten. Um sogleich zur Landwirtschaft überzugehen: wir müssen die Entscheidung treffen, wann die Produktionsmittel — Grund und Boden, Gebäude, lebendes und totes Inventar, usw. — am besten aufgehoben sein, erhalten und vermehrt werden, unter dem privatkapitalistischen oder unter dem sozialistischen System. Darüber ist wohl kein Wort zu verlieren: wenn die Produktionsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz übergehen, dann wird sich niemand darum kümmern, ob z. B. eine Furche gut gepflügt ist, ob ein Stein aus dem Acker gebracht ist, ob ein Graben richtig geräumt ist, kurz und gut, ob der Acker in seiner Produktionskraft erhalten bleibt oder nicht, ebenso ob das lebende Inventar erhalten und vermehrt wird, ob das tote Inventar gepflegt wird, ob die Pflüge und Maschinen vor Rost und Rässe bewahrt bleiben, ob ein Dach ausgebessert wird usw. Es hat keiner mehr ein persönliches Interesse daran, und die Produktionsmittel werden von Jahr zu Jahr im Wert zurückgehen. (Sehr richtig!)

Dann kommt es auf die Arbeit an, die auf die Produktionsmittel verwendet wird, um das Endprodukt zu gewinnen. Nach der sozialistischen Anschauung soll eine bessere Arbeitsteilung erfolgen, soll jedem Menschen vorgeschrieben werden, was er zu arbeiten hat. Es soll ihm aber auch vorgeschrieben werden, wieviel Arbeit von ihm zu leisten ist, aber nur der Zeit nach, nicht die Menge und Güte steht an der Spitze. Wenn unseren Arbeitern auf dem Lande vorgeschrieben wird, daß sie nur so-and-soviel Stunden zu arbeiten brauchen, aber nicht gleichzeitig gesagt wird, wie sie arbeiten sollen, nun, dann gehen oder arbeiten sie eben ihre 8 oder mehr Stunden ab, aber geleistet wird nichts; es besteht ja kein Interesse an der Arbeit, bezahlt wird sie ihm ja doch. Die Trägheit muß in jedem Menschen, wer es auch immer sei, überwunden werden, der Lohnarbeiter hat seinen wesentlichen Antrieb in der Höhe seines Lohnes, der ihm aber im sozialistischen Staate immer zuteil wird, mag die Arbeit ausfallen wie sie will. Also auch die wirtschaftliche Verwendung der Arbeit ist in der privatkapitalistischen Wirtschaft besser aufgehoben als in der Gemeinwirtschaft. Das Gleiche gilt von der Verteilung, die bisher durch Tausch erfolgte; in Zukunft würde sie auf Zuweisung, also nicht mehr auf freiwilligem Geben und Nehmen, sondern auf Gewalttätigkeit beruhen.

Nun die Überleitung der Endprodukte in den Verbrauch, welche vom Handel auf privatkapitalistischer Grundlage bisher erfolgte; der Händler und der Kaufmann wurden ihrer Aufgabe in vorbildlicher Weise gerecht. Wer hätte wohl, wenn der Handel vom Staate geleitet würde, ein Interesse daran, ob und wie schnell Produkte vom Westen nach dem Osten und umgekehrt gebracht werden, ferner ob die Waren verderben oder nicht. Die Kriegswirtschaft und die heutige Zwangswirtschaft zeigen uns das ganze Unzulängliche dieser Wirtschaftsweise. Psychologie, Gefühl und menschliche Natur werden in ihren sozialen Auswirkungen vom Sozialismus vollständig vernachlässigt. Der Sozialismus nimmt die Menschen nicht, wie er sie vorfindet, sondern wie er sie gerne haben möchte.

Die Mehrheitssozialisten der heutigen Sozialdemokratie wollen ihren Sozialismus — ihre Sozialisierung — auf demokratischer Grundlage durchsetzen, im Gegensatz zu den Abarten der Sozialdemokratie, zu denen wir heute bei uns rechnen müssen die unabhängigen Sozialdemokraten, die Spartakisten bezw. Kommunisten — in Rußland die Bolschewisten — die ihre Theorie ganz anders durchsetzen wollen. Während unsere Mehrheitssozialisten in einer Evolution die privatkapitalistische Wirtschaftsform allmählich in die gemeinschaftliche hinüberleiten wollen, wobei an eine organische Entwicklung gedacht ist, beabsichtigen diese

ganz radikalen Elemente die Theorie des Sozialismus sofort zum Teil mit Gewalt durch die Diktatur in die Wirklichkeit zu überführen. Die Unabhängigen wollen zwar auch zum Teil heute noch die parlamentarische Regierung, drängen aber zur sofortigen Sozialisierung, ein Teil von ihnen neigt aber auch schon zur Diktatur. Dabei besteht, wie die Sozialisten sich ausdrücken, eine doppelte Absicht; sie wollen einmal die wilde Wirtschaft vermeiden, sie wollen keine Erwerbswirtschaft, sondern eine Bedarfswirtschaft; alsdann wollen sie eine materielle Verbesserung der Lage der Lohnarbeiter, indem sie gleichzeitig eine seelische Verbindung mit ihrer Arbeit erstreben. Diese Art der Produktionsidee wird von allen nur vorge-schützt, womit gar nicht gesagt sein soll, daß ein Teil der Arbeiter von gutem Glauben und Willen beseelt ist. Sie behaupten ferner: Ihr in eurer jetzigen privattkapitalistischen Wirtschaft habt nichts weiter im Auge, als einen Profit zu erringen; wir aber wollen eine andere Wirtschaft einführen, die Bedarfswirtschaft; wir wollen ferner die Produktion nicht nach dem Gewinn, der auf den Eigentümer der Produktionsmittel entfällt, leiten, sondern nach der wirtschaftlichsten Verwendung der Produktionsmittel und der zu verwendenden Arbeit einrichten, indem wir außerdem zunächst den Bedarf festsetzen, den das ganze Volk in der Nahrung, Kleidung, Wohnung und sonstigen Bedürfnissen hat, ebenso die Verteilung.

Nun, meine Herren, dieser Unsinn ist wohl in der Theorie auszusprechen, aber in die Wirklichkeit läßt sich letzterer nicht überführen. Wie wäre es denn möglich, den Bedarf eines Volkes von 60 Millionen Menschen von einer Zentrale aus festzustellen und danach die Produktion zu regeln? Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß auch die Sozialisten scheinbar zum Teil von dieser Art der Produktionsweise abgerückt sind und eine gemäßigte Sozialisierung gefordert haben, die zum Teil in der Kommunalisierung und in den Genossenschaftsbetrieben besteht, aber letzten Endes soll doch immer die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Arbeit und der Verteilung der Erzeugnisse bestehen bleiben.

Ist nun die bisherige Wirtschaft wirklich eine sogenannte wilde Wirtschaft gewesen? Haben wir alle möglichen Produkte nur des Gewinns wegen geschaffen aber nicht den Bedarf des Volkes beachtet? — Das zu behaupten ist ganz verkehrt; die heutige Produktion ist bereits eine Bedarfsproduktion. Das Wild wird nur von den Leuten verschoben und verbunkelt; denn der beste Regulator für die Deckung des Bedarfs ist die Gewinnwirtschaft, weil kein Mensch mehr etwas hervorbringen wird, was ihm niemand abkauft. (Sehr richtig!) Die Gewinnwirtschaft regelt auch lückenlos die Erhöhung und Einschränkung des Bedarfes selbst, da die Wirtschaftlichkeit für die zu seiner Befriedigung herbeizuschaffenden Mittel ein entscheidendes Wort mitzusprechen das Recht hat und gleichzeitig vom Gewinn abhängig ist. Also auch von diesem Standpunkte aus müssen wir die Ideen des Sozialismus als für die beste Wirtschaftsform nicht passend verlassen, da sie nicht die Vorteile der privattkapitalistischen Wirtschaftsform aufweist, sondern nur Nachteile erzeugt; die Wirtschaftlichkeit fällt fort, da im Privatbetrieb schon die verwendete Arbeit geringer ist und dadurch gespart wird. Außerdem kommt im freien Spiel des Marktes jenes erste Preisgesetz der Volkswirtschaft zur Geltung, nach welchem selbst nur ein geringes Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage weit über das Maß dieses Zurückbleibens hinaus Preissteigerungen erzielen und wiederum von selbst eine Erzeugung der für den Augenblick wichtigsten Bedarfsmittel einsetzen würde.

Was bleibt denn schließlich nun noch übrig? — Die Sozialisten wollen durch den Sozialismus auch die Lage der Arbeiter in seelischer und materieller Beziehung verbessern. Der Sozialismus hat die Verelendungstheorie aufgestellt,

die besagt, daß die Klasse der Lohnarbeiter immer mehr in ihrer Gesamtlage verelenden müßte, und daß dadurch das heutige Wirtschaftssystem zusammenbrechen müßte. Wie steht es nun in der Wirklichkeit damit? Jeder von uns muß zugeben, daß sich die Lage der Arbeitermassen in den letzten Jahrzehnten auf allen Gebieten sozial ganz bedeutend gebessert hat; sowohl auf politischem, als auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete sind diese Fortschritte zu erkennen. Eine soziale Frage, eine soziale Bewegung hat es eigentlich immer gegeben; schon seit Jahrtausenden ist die Gesellschaft in der Entwicklung, und es sind immer Teile in einem Volke vorhanden gewesen, denen es besser ging, und solche, die in schlechterer Lage waren, es gab immer in sozialer Hinsicht verschiedene Klassen, die sich weiter entwickeln und zum Teil heben wollen. Durch welche Umstände haben sich nun diese sozial verschiedenen Klassen gebildet? Zweifellos in den verschiedenen Zeitabschnitten der menschlichen Geschichte auf verschiedene Weise. Aber eins ist sicher, daß stets die Fleißigen, die Sparsamen vorwärts gekommen sind, daß diejenigen, die etwas für ihre Nachkommen hinterließen, unter Entbehrungen an der eigenen Person gewirtschaftet haben. Nichts weiter als der Reib, kann man sagen, ist die eigentliche Wurzel des heutigen Sozialismus. Die heutige soziale Bewegung ist sachlich nicht berechtigt, sondern in der Theorie groß gezogen. Der Grund besteht nicht etwa darin, daß der soziale Unterschied ein auffallend großer ist und daß es den Leuten inbezug auf die Möglichkeit der Verbesserung ihrer Lage schlecht geht; denn jeder hat in der alten Wirtschaft vorwärts kommen können, hat rechtlich, geistig und körperlich daselbe zu erreichen vermocht wie ein anderer, wenn er von seinen Kräften den richtigen Gebrauch gemacht hat; natürlich ist es dem einen schwerer, dem anderen leichter gefallen, je nach Naturanlage und äußerer Umgebung. Der Mensch muß aber immer das meiste Gewicht in sich selbst hineinlegen und nicht in die Organisation, die außerhalb von ihm liegt. Wir können uns organisieren, so viel wir wollen, und doch kommen wir nicht weiter, weder der Einzelne noch das Ganze. Die Erziehung des Individuums ist die Hauptsache, und diese ist wiederum vom Menschen selbst am meisten abhängig. „Wie man sich bettet, so schläft man“, sagt schon ein altes Sprichwort.

Wie ist es, wenn wir nun obiger zweiten Forderung nachgehen, die verlangt, daß es den Lohnarbeitern, ja dem ganzen Volk bei der sozialistischen Wirtschaftsform besser gehen soll? — Die jetzige soziale Bewegung ist ja erst im letzten Jahrhundert ins Rollen gekommen durch die Entwicklung der Technik und die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Lohnarbeiter. Wenn wir früher Verbrauchsgüter geschaffen haben, so geschah dies z. B. in der Landwirtschaft, die wir als Urproduktion bezeichnen können, dadurch, daß wir soviel dargestellt haben, wie wir im einzelnen Betriebe selbst gebraucht haben; allmählich entstand das Handwerk, indem wir gleichzeitig zum Austausch übergingen. Schließlich entwickelte sich die Technik immer weiter, es wurden mehr Verbrauchsgüter gewonnen, als Verbraucher dafür da waren: es entstand die Ware. Kaufmannstand und Handel bildeten sich. Die Menschen wurden durch Maschinen ersetzt, und es ist richtig: jede Maschine macht Menschen übrig. Aber die Hauptsache ist, daß die freiverbenden Menschen von neuem an die richtige Stelle gestellt werden und dann neue Erzeugnisse schaffen. Dabei geschieht es außerdem, daß sich der eine oder andere nicht genug Mühe für seine geistige und körperliche Ausbildung gibt und gegeben hat. Dann wird er an die Wand gedrückt; am häufigsten liegt die Schuld auch wieder in der Person des Einzelnen, und daran ist nicht die Allgemeinheit schuld, sondern immer wieder nur der Einzelne.

Wenn es nun bei dem jetzigen Wirtschaftssystem dem einen leichter geworden ist, sich die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu beschaffen, dem anderen

schwerer, so wird es auch in Zukunft so bleiben, welches Wirtschaftssystem wir auch immer haben. Es fragt sich nur, ob es unter der sozialistischen Herrschaft besser sein wird als bisher, oder ob sich die Verhältnisse für die wirtschaftlich Schwachen nicht noch ungünstiger gestalten werden.

Der Allgemeinheit als solcher wird es im sozialistischen Staate gleich gehen; das unterliegt keinem Zweifel, man erstrebt ja auf allen Gebieten die *A b g l e i c h u n g*. Wir werden aber alle gleich arm werden, wir werden alle gleich wenig Mittel zur Befriedigung unserer Bedürfnisse haben; das ist eine wichtige Erkenntnis, die wir hiermit festlegen wollen. Der Einzelne als solcher wird geistig weniger durchgebildet sein, weniger Verbrauchsgüter als früher zur Verfügung haben, d. h. mit anderen Worten, wir gehen in unserer ganzen Kultur automatisch zurück, weil ja auf allen Gebieten weniger geleistet und produziert wird. Jeder Einzelne wird auch in wirtschaftlicher Beziehung schlechter gestellt sein, ob er Unternehmer oder Arbeiter ist.

Wie steht es nun aber mit der Bewertung der Arbeit? Wir wollen zunächst den Satz aufstellen: wer arbeitet, soll mindestens nach seiner Leistung bezahlt werden, besondere Umstände, wie z. B. Familienverhältnisse, können eine höhere Entlohnung bedingen; darüber sind alle einig. Es fragt sich nur: wie soll die Leistung bewertet und gemessen werden? Der Handarbeiter sagt zu dem Unternehmer und geistig Arbeitenden: „Ihr arbeitet ja alle nicht, wir allein arbeiten, die Handarbeit ist die Hauptsache.“ Das ist ein schwerwiegender Punkt, der bei vielen Veranlassung zur Annahme des Sozialismus gegeben hat und stellt eine Auffassung dar, die augenblicklich weite Lohnarbeitertreife ergriffen hat; mit dem Sozialismus verhält es sich wie mit einem Bazillus, der sich auf alle Menschen stürzt. Wer gesund und arbeitswillig ist, der ist dagegen immun; wer krankhafte Auffassung über Recht und Pflicht hat, der verfällt ihm rettungslos, weil er ja in seinem Innern vielfach aus Unlust zur Anstrengung dazu neigt, diese seine Ideen über vergesellschaftetes Besitztum und über den Wert der einzelnen Arbeiten verwirklicht zu sehen. — Wie steht es nun aber wirklich mit dem Wert der Arbeit? Der Wert der Arbeit läßt sich wohl bei der Handarbeit messen, wozu wir besondere Apparate haben. Es läßt sich heute genau feststellen, wieviel Arbeit ein Tischler, ein landwirtschaftlicher Arbeiter, ein Schmied usw. leistet, mit anderen Worten, der Verbrauch der körperlichen Kräfte bei der Leistung der Arbeit läßt sich messen. Wie steht es aber mit dem Verbrauch der geistigen Kraft? Wie viel ist die geistige und seelische Leistung gegenüber der Körperkraft wert? Hiernach antwortet zunächst der Arbeiter, wie ich vorhin schon betonte: meine Körperkraft, die ich in dem Betrieb verwende, ist mehr wert als die Kraft, die du mit deinem Geist anwendest, also z. B. auch mehr wert als die Arbeit des Unternehmers. Der Arbeitgeber steht bei dieser Auffassung dem Arbeitnehmer, dem Angestellten und Arbeiter gewissermaßen in einer untergeordneten Stellung gegenüber. Das ist der springende Punkt, wenn auch heute die sozialdemokratischen Führer, nachdem sie die Handarbeiter erst zu dieser Auffassung geführt haben, vielfach von einer derartigen Auffassung abraten, da in Rußland der Versuch, ohne geistig führende Unternehmer auszukommen, so kläglich gescheitert ist. Man begeisterte sich auf der einen Seite für das *R e c h t d e r A r b e i t*, auf der anderen Seite suchte man den bestmöglichen Weg zum Recht auf „Nichtarbeit“. Selbst eine sozialistische Regierung schaut sich nach dem *A r b e i t s z w a n g* um; wie verträgt sich dies mit der erhöhten Leidenschaft zur Arbeit? Auch die vorgesehene *A r b e i t s p f l i c h t* ändert daran nichts. Auf den Erfolg der Arbeit kommt es an, und letzterer fehlt im sozialistischen Wirtschaftssystem, es muß in ihm, wie gesagt, der Wettkampf um das „Recht auf Nichtarbeit“ entstehen. Die heutige Wirtschaft,

die ebenso gut eine Bedarfswirtschaft ist, erfordert außerdem gleichzeitig Entbedung von Mitteln, die in gleicher Weise die Arbeitsfreude und Erfindungslust anreizen wie das Selbstinteresse, das hauptsächlichste Arbeitsmittel, das niemals zerstört werden darf. Wer ist der Schöpfer des Betriebes? Ist es der Arbeitgeber oder der Arbeiter? Nehmen wir einmal ein Beispiel aus der Landwirtschaft, denken wir an ein Gut. Wer übernimmt das Gut durch Kauf und Recht mit allen Gefahren im Betriebe? Es ist doch der Unternehmer. Wer schafft daran, mit allen Sorgen von früh bis spät unter voller Verantwortung für das Gelingen? wer setzt die Betriebsmittel an, wer verteilt täglich die mannigfaltige Arbeit, wer trägt das Risiko? Das ist wiederum der Unternehmer. In der Industrie genau dasselbe! Wer schafft den Betrieb? Es ist der Unternehmer mit seinem Geist. Dem Arbeitnehmer liegt doch weiter nichts ob als die Ausführung der Idee, die der Betreffende gehabt hat; und, meine Herren, in dieser Beziehung ist die Idee mit gleichzeitiger Übernahme der ganzen Verantwortung nun einmal die Hauptsache, mögen die nachfolgenden Arbeiten auch noch so wertvoll sein. Je nachdem ich bei der Einrichtung des Betriebes geistige Arbeit, die nun einmal den höchsten Wert hat, leiste, habe ich auch das Recht, dafür einen höheren Anteil am Ertrage zu verlangen. Kurzum die Ansprüche, die der Arbeiter an dem Endprodukt hat, müssen geringer eingeschätzt werden als jene, die dem Unternehmer zukommen, da die geistige Arbeit, die geleistet wird, viel mehr wert ist, als jede körperliche. Über diese tatsächliche Sachlage müssen wir uns klar werden, das muß den Leuten genügend oft gesagt werden; dahin muß gewirkt werden, daß sie das begreifen. Allerdings wer nicht begreifen will, bei dem wird auch das vergeblich sein; es darf uns dies aber nicht von der Aufklärungsarbeit abhalten.

Die Sozialdemokratie nimmt der Landwirtschaft gegenüber eine eigentümliche Stellung ein. Nach Marx sollte auch in der Landwirtschaft die alte Wirtschaftsform in die neue sozialistische von selbst organisch hineinwachsen, indem zuerst der Kleingrundbesitz sich allmählich im Großbetriebe auflösen und letzteren wie in den Industrien von selbst zum vergesellschafteten Betriebe führen würde, indem sich die Allgemeinheit der Produktionsmittel, also des Grund und Bodens usw. bemächtigen, die Arbeit sich an den gemeinsamen Produktionsmitteln vergesellschaftet ordnen und die Erzeugnisse für die Gesellschaft Verwendung finden würden. Diese Theorie hat sich als falsch erwiesen, indem der Kleingrundbesitz bis heute ständig zugenommen hat. Der Sozialdemokrat David schreibt über diesen Punkt: „daß die Bauernschaft dem wirtschaftlichen Untergang entgegengehe, danach kann nach den Zahlen der Statistik von 1895 niemand mehr ernstlich glauben“. Er will, daß die Sozialdemokratie alle Maßnahmen zugunsten der einheimischen Landwirtschaft unterstützen, sofern sie zum wahren sozialistischen Endziel führe: zum allgemeinen Wohlstand und zur allgemeinen Geisteskultur; dies ist aber kein spezifisch sozialistisches Endziel, sondern er streut nur Sand in die Augen, er täuscht einen Zweck vor; das Mittel, diesen Zweck zu erreichen, ist das sozialistische Ziel in der Sozialisierung der Landwirtschaft, wie aus Folgendem hervorgeht. Mit der Tatsache des Anwachsens der Zahl der Kleinbetriebe müssen sich die Sozialisten abfinden, sie fordern nunmehr, daß zwar der Kleinbetrieb bestehen bleiben könne, daß aber die Erzeugnisse abzuliefern seien, daß also die Zwangswirtschaft zu verewigen sei. — Es bestehen in der Sozialdemokratie ganz verschiedene Ansichten, sie hat sich z. B. mit dem Gesetz über die Siedlung etwas vergriffen. Die Sozialisten haben in ihrem Haß gegen den Großgrundbesitz zuerst geglaubt, daß sie sich mit dem Siedlungsgesetz allein nützen würden, sie haben nicht beachtet, daß das Siedlungsgesetz, wenn es vernünftig durchgeführt wird, ja eigentlich ein konservatives Gesetz ist; sie haben nicht bedacht, daß wir,

je mehr landwirtschaftliche Betriebe geschaffen werden, dem Sozialismus entgegenarbeiten. Die Sozialdemokratie ist damit gewissermaßen in eine Sackgasse geraten. Aber, meine Herren, wir dürfen uns gar nicht darüber zweifelhaft sein, was trotzdem mit der Landwirtschaft beabsichtigt ist. Die Sozialisten sagen zwar heute: wir denken gar nicht daran, die Landwirtschaft zu vernichten, auch wollen wir sie nicht sozialisieren. Sie beabsichtigen jetzt — und darin besteht die große Gefahr für die ganze Landwirtschaft — den Kleingrundbesitz zunächst wieder einmal für sich einzufangen; damit, daß sie verkünden, den Großgrundbesitz aufzuteilen, haben sie die Absicht, den Kleingrundbesitz zu fördern; und da hat ihnen das von den Demokraten eingebrachte Gesetz mit den Abjazentenbestimmungen Wasser auf die Mühle gegeben. — Die eigentliche Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft ergibt sich aus dem, was in ihren Verhandlungen über das Agrarprogramm auf dem Parteitag zu Breslau vom Jahre 1895 niedergelegt ist. Da heißt es in einem Antrage Singer-Kautsky:

„Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentumsfanatismus.“

Dann wurde in der Aussprache ausgeführt:

„Deshalb bitte ich Sie: lehnen Sie den Entwurf ab! Wir sind eine Partei der besitzlosen Arbeiter. Wir wollen freilich auch den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem wir ihn überzeugen, daß er als Besitzer keine Zukunft hat, sondern daß seine Zukunft die des Proletariats ist.“

Weiter sagte die bekannte Sozialdemokratin Frau Zetkin-Stuttgart:

„Wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen, so treten wir ein für den Schutz der Bauern als Privatbesitzer. Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, welche die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erstrebt, das Privateigentum gegen die Eventualitäten sichern zu wollen, welche die wirtschaftliche Entwicklung für den Privatbesitz zeitigte.“

Weiter sagte Kautsky:

„Ich habe ausdrücklich erklärt, der Kleinbetrieb sei unhaltbar in der sozialistischen wie in der heutigen Gesellschaft.“

So weit die Äußerungen in der Verhandlung über das Agrarprogramm. Dann sagt Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ über das Vererben:

„In der neuen Gesellschaft gibt es auch nichts zu vererben, es sei denn, man wolle das Hausgerät und persönliches Inventar als Erbteil ansehen. Demnach ist auch die heutige Eheform hinfällig. Damit ist weiter die Frage nach dem Erbrecht erledigt, das der Sozialismus nicht nötig hat, abzusprechen. Ein Erbrecht kann nicht bestehen, wo kein Privateigentum existiert.“

Schließlich betonte Südekum in einer Reichstagsitzung 1911:

„Wir (Sozialdemokraten) erkennen durchaus an, daß auf einer gewissen Entwicklungsstufe das Privateigentum auch an dem für die landwirtschaftliche Produktion notwendigen Boden erwünscht, ja notwendig gewesen ist; aber es kommt auch wieder die Zeit, in der das Privateigentum an diesem Boden überflüssig und damit schädlich wird.“

Nun, meine Herren, das sagt genug — die Sozialdemokratie — und darüber dürfen wir uns gar keinem Zweifel hingeben, so oft auch Sozialdemokraten jetzt auftreten und uns in Sicherheit wiegen wollen — hat das Endziel, die Landwirtschaft zu sozialisieren. Die Gefahr ist gewaltig; die Sozialisten gehen ja sehr ge-

schickt vor. Ich sagte Ihnen vorhin schon: wir leben unter dem Damoklesschwert des Sozialismus, alles, was wir draußen sehen, jede Erscheinung, die Sie wahrnehmen, die Überfüllung der Verkehrsmittel, wie Eisenbahn, Straßenbahn, ferner die Zwangswirtschaft, Arbeitsunlust usw., es ist alles eine Folge der Theorie des Sozialismus; hierüber müssen wir uns klar sein, in diesem Tempo des Niedergangs wird es auch noch eine ganze Zeit weitergehen.

Ferner ist ein Buch erschienen, das Ihnen vielleicht bekannt ist, verfaßt von dem Unabhängigen Professor Ballod. Ich glaube, ich brauche über dieses Buch wohl wenig zu sagen. Es ist ein, — so schwer es mir wird ein so hartes Urteil zu fällen — unglaublicher weltfremder Unsinn (sehr richtig!) mit vielen Worten zusammengeschrieben, daß es sich kaum verlohnt, darauf einzugehen. Aber immerhin, der Herr ist aus folgenden Gründen gefährlich. Er sagt ganz richtig, der Großgrundbesitz ist während der Produktion in einigen Punkten durch bessere wirtschaftliche Ausnutzung der Menschenkräfte, Maschinen usw. dem Kleingrundbesitz überlegen. Wir selbst haben die dadurch bedingte ganze Periode der Intensivierung jetzt auf unseren Gütern durchgemacht; wir haben gesehen, wie allmählich jede Maschine immer wirtschaftlicher arbeitet, aber nicht nur rentabler für den Unternehmer, sondern auch wirtschaftlicher im Interesse der ganzen Volkswirtschaft; und es sind dies zwei Momente, meine Herren, die wir uns recht klar machen müssen: unsere privatwirtschaftlichen Betriebe, d. h., wenn wir es einmal so nennen wollen, die Profitwirtschaft jedes Betriebes muß bei uns Landwirten mit der Ernährungsfrage in Einklang gebracht werden, d. h. mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit. Mit dieser Forderung lösen wir auch die soziale Frage in der Landwirtschaft am besten; dies ist der Weg, den wir gehen müssen. Wir haben also mit anderen Worten die Pflicht, auf unserer Scholle so viel wie möglich menschliche Ernährungsmittel hervorzubringen. Aber das können wir doch nur dann, wenn wir gleichzeitig privatwirtschaftlich einen Erfolg haben; darin steckt der scheinbare Widerspruch. Die Allgemeinheit verlangt von uns Nahrungsmittel, so viel wie möglich und so billig wie möglich. Wir sagen: gut, ich will sie wie gefordert liefern, aber bitte Sorge du, Allgemeinheit, dann dafür, daß ich erstens sämtliche nötigen Hilfsproduktionsmittel habe, und zweitens, daß letztere so billig wie möglich sind, mit anderen Worten die Allgemeinheit muß die Möglichkeit der Produktion in den einzelnen Betrieben mit den Preisen in Einklang bringen. Darin liegt der Kernpunkt der ganzen sozialen Frage der Allgemeinheit als Konsumentin gegenüber: die privatkapitalistische Methode muß in Einklang gebracht werden mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit und umgekehrt. — Nun sagt Ballod ganz richtig — und darin stimmen wir ihm ja auch bei —: der Großgrundbesitz ist dem Kleingrundbesitz deshalb überlegen, weil er je Fläche wirtschaftlich mehr hervorbringen kann. Jetzt kommt gleichzeitig die ganze Sozialdemokratie und sagt: Euch liegt ja gar nichts daran, ihr wollt ja gar nicht, obwohl ihr es nach Ballod l o n t, je Fläche so viel wie möglich erzeugen, ihr wollt ja nur soviel hervorbringen, daß eure Unkosten gedeckt sind und ihr so viel wie möglich Gewinn dabei habt, — und dem widersprechen wir. Ich glaube, dieser Vorwurf, kann wohl keinem Verurtheilten in geringerem Maße gemacht werden als gerade der Landwirtschaft. Denn wohin ist denn unser ganzes Streben, das Streben der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, das Streben von Ihnen allen stets gegangen? Unser aller Bestreben hat ja doch in den letzten Jahrzehnten nur das Ziel gehabt, außer einer gegenüber den Gewinnen in der Industrie bescheidenen Rente s o v i e l w i e m ö g l i c h a n N a h r u n g s m i t t e l n für die Allgemeinheit aus dem Boden herauszuwirtschaften. Wieviel Mühen hat sich die Landwirtschaft bei der Züchtung von Getreide, Zuckerrüben, usw. gegeben, wieviel Arbeit ist auf Düngungs-

versuche verwendet worden? Überall war die Losung zu hören, auf allen Bühnen „Steigerung der Erträge auf jede Art und Weise“. Das ist die wahre Sachlage, das muß dem Volke täglich klargemacht werden; deshalb geht ja auch jetzt z. B. mein Streben in der Nationalversammlung dahin, dem Hause gegenüber immer und immer wieder zu betonen: hebt die Produktion, gebt uns die Möglichkeit, daß wir die Produktion heben, ersetzt die jetzige Zwangswirtschaft durch Selbstverwaltungsrichtungen von seiten der Landwirtschaft selbst, zieht der Landwirtschaft die Zwangsjacke aus, die sie an allen Seiten von fast jedem Wirtschaftszweig her umgibt. Wir können uns ja nicht mehr drehen und wenden; ob es Kohle ist, Benzol, Petroleum, ein Metall oder irgend eine Maschine oder ein landwirtschaftliches Erzeugnis, es ist ganz gleichgültig, wir kommen nicht aus dem Zwange heraus, wir sind in der Produktion beengt. Die Preise allein, selbst die höchsten, helfen der ganzen Volkswirtschaft auf die Dauer nicht. — Wir stimmen also mit Wallob darin überein, wenn er sagt, daß der Großgrundbesitz dem Kleingrundbesitz in der Wirtschaftlichkeit der Produktion vielfach überlegen ist, verwahren uns aber dagegen, daß die Landwirtschaft absichtlich nicht die höchsten Erträge an Nahrungsmitteln je Fläche erstrebt. Jetzt fordert Herr Wallob, daß aus diesem Grunde schleunigst mit der Sozialisierung des Grundbesitzes vorgegangen wird, weil sie für die Volkswirtschaft die bessere Wirtschaftsweise ist, indem nach erfolgter Sozialisierung jenem Grundsatz der höchsten Erzeugungsmöglichkeit in der Betriebsweise nachgegangen werden würde. Wir antworten: Du arbeitest mit der großen „Lüge der Gemeinwirtschaft“, die Wahrheit ist, was die Vergangenheit mit aller Beweiskraft durch die Tatsachen bewiesen hat, daß wir die Pflicht, je Fläche so viel wie möglich hervorzubringen, erfüllt haben; also Deine Forderung der höchsten Produktivität können wir auch bei der Beibehaltung der bisherigen privatrechtlichen Wirtschaftsform erfüllen. Aber wie wird es denn sein, wenn die großen Güter sozialisiert werden? Wird auch dann das hervorgebracht werden, was wir Landwirte heute erzeugen? Darin liegt ja der ganze Schwerpunkt, daß in demselben Augenblick, wo unsere Güter an den Gemeinschaftsbesitz übergehen, die Produktion automatisch zurückgeht, da jeder dem Trägheitsgesetz in der menschlichen Natur bei Ermangelung der Hauptantriebskräfte nur die allernotwendigste Arbeit ableisten wird. (Sehr richtig!)

Wallob sagt weiter: der Kleingrundbesitz wird allmählich verschwinden, er wird von selbst zugrunde gehen, weil er sich wirtschaftlich nicht halten kann, dadurch daß die Unkosten steigen, daß in der Stadt die Löhne höher sind usw. Die Sozialdemokratie geht bekanntlich davon aus: alle Kleinbetriebe in der Landwirtschaft und im Gewerbe werden entwicklungsmäßig von den Großbetrieben aufgesogen werden. Nun, meine Herren, das wäre doch nur dann richtig, wenn durch Maßnahmen der Regierung die Rentabilität sowohl für Groß- als auch Kleingrundbesitz, wie Herr von Wangenheim vorhin schon betonte, zurückgehen würde. Dann würde aber die intensive Wirtschaft aufhören und wir würden Großbetriebe bekommen, die weiter nichts sind wie Weidebetriebe, der Ackerbau und Gutfuchtbau würde also zurückgehen. Aber dafür muß die Allgemeinheit sorgen, daß solche Verhältnisse nicht eintreten, sie muß eine Lage schaffen, daß unser Großbetrieb und auch Kleinbetrieb rentabel bleiben; dann wird der kleine Betrieb auch nicht vom großen aufgesogen werden, sondern er wird bestehen bleiben, da für ihn im wesentlichen dieselben Daseinsbedingungen gelten. Allerdings hat in den Achtzigerjahren schon einmal die Gefahr der Extensivierung bestanden, als das Auslaufen der Bauernhöfe stärker einsetzte; schon damals war der Groß- und Kleingrundbesitz nahe daran, bei extensiver Wirtschaft ganz unrentabel zu werden. Da trat bekanntlich die Schutzollgesetzgebung ein. In demselben Augenblick, wo die Getreide-

preise wieder stiegen, war auch der Kleingrundbesitz wieder rentabel und hielt sich. Wie liegen heute die Verhältnisse? Der Kleingrundbesitz wird auch heute lebensfähig bleiben, weil, wie Sie wissen, die große Erfindung der Herstellung der künstlichen Stickstoffverbindungen, des Ammoniak's usw. gemacht ist. Heute steht die ganze deutsche Landwirtschaft ganz anders da, wenn die 500 000 Tonnen Stickstoff uns wirklich geliefert werden. Unser ganzes Streben muß mit aller Kraft dahin gehen, daß eine solche Herstellung reiflos geschieht. Wir besitzen die Leunawerke bei Merseburg, die hauptsächlich für diesen Zweck in Frage kommen; die Leunawerke, wo Ammoniak hergestellt wird, können allein 200 000 Tonnen Stickstoff = 1 Million Tonnen = 20 Millionen Zentner schwefelsaures Ammoniak gewinnen und sind das großartigste Unternehmen der Welt in dieser Hinsicht. Wer dorthin geht und sieht, wie sorgfältig ein solches Werk aufgebaut ist, wer beobachtet hat, wie intensiv die Wissenschaft arbeiten mußte — das Verfahren an und für sich war ja älter, aber die ganze Apparatur mußte geschaffen werden, um auf die heutige Höhe zu kommen —, und wer jetzt die Beobachtung macht, wie heute nicht mit voller Leistungsfähigkeit gearbeitet wird (Zustimmung), meine Herren, dem möchte das Herz aufhören zu schlagen, wenn er an die Verluste für unsere Ernährung denkt; es lassen sich nicht genug Worte des Tadel's für unsere ganze Stickstoffherstellung finden. Im Sommer konnte genug Ammoniak hergestellt, d. h. also Stickstoff mit Wasserstoff verbunden werden, es konnte auch genug Schwefelsäure aus dem Gips gewonnen werden, es konnte also auch die wässrige Lösung von schwefelsaurem Ammoniak hergestellt, auch schließlich bis zur beginnenden Kristallisation im Vakuum eingedampft werden. Nun aber hatte man keine Zentrifugen zum Abschleudern, und die Regierung konnte sich nicht dazu aufraffen, wo wir doch heute mit dem Stickstoff eigentlich stehen und fallen, die deutsche Maschinenindustrie aufzufordern: liefert Zentrifugen! Man wartete auf die Zentrifugen, welche die Entente aus Ludwigshafen nicht herausließ; monatelang ging die ganze Produktion auf diese Weise im Sommer zurück. Und dabei sind die Leunawerke so günstig daran! Sie haben eigene Braunkohlenlager, sie haben alles, was sie wollen, sie haben auch Leute, — aber die Leute wollen nicht arbeiten, wie sie müßten, trotzdem sie das schönste Betriebsrätchsystem haben. Aber es wird nicht gearbeitet, da sie im wesentlichen auf Zeit angestellt sind und die Arbeitszeit abgekürzt ist. Es ist bei unserer Wirtschaftslage ein Jammer, wenn man derartige Beobachtungen machen muß. Bald liegt dieser, bald jener Hinderungsgrund in der Stickstoffgewinnung vor. An diesem einen Beispiel sieht man, wohin die Sozialisierung führt.

Nun sage ich: der Kleingrundbesitz ist heute der Sorge dem Großgrundbesitz gegenüber und der Gefahr im allgemeinen unwirtschaftlich zu werden überhoben, er kann heute ebenso wie der Großgrundbesitz künstlichen Dünger anwenden und intensiv wirtschaften; das unterliegt gar keinem Zweifel. Trotzdem ist er dem Großgrundbesitz in der intensiven Wirtschaft unterlegen, weil die Maschinen nicht so ausgenutzt werden, er kann aber diese Nachteile auf vielfache andere Weise wettmachen. Der Kleingrundbesitz muß außerdem aus einem anderen Grunde aufrecht erhalten werden.

Es kommt nämlich Folgendes hinzu, was die Sozialdemokratie übersieht. Wenn wir sagen: die Volkswirtschaft soll und muß alle die Mittel schaffen, die nötig sind, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, sei es in der Nahrung, in Kleidung, Wohnung usw., so muß sie auch ein Zweites tun: sie hat daneben auch die Aufgabe, daß der Staat, das Gebäude, in dem wir leben, überhaupt erhalten bleibt, um ersteren Zweck zu erfüllen; denn wenn wir keinen Staat mehr haben, wenn sein

Bestehen nicht mehr gesichert ist, wenn der Staat nicht genügend Macht hat, wenn nicht alle Glieder in ihm gesund sind, dann nützt uns unsere beste Volkswirtschaft nichts, wir gehen allmählich zugrunde. Der Kleingrundbesitz hat die Pflicht, in diesem Sinne aus folgendem Grunde staatsverhaltend zu wirken. Er ist besonders geeignet uns gesunde Leute zu schaffen gegenüber der Industrie in der Stadt. Er ist der Quell, aus dem wir alle neu schöpfen. Wir müssen demnach aus den verschiedensten Gründen wieder auf den Kleingrundbesitz zurückgreifen, er muß **n e b e n** dem Großgrundbesitz bestehen; es muß eine gesunde Mischung von Kleingrundbesitz und Großgrundbesitz vorhanden sein. Das ist unser Ideal, dem wir zustreben müssen. Sie ergänzen sich auch in Folgendem. Der Kleingrundbesitz leistet in der Aufzucht des Viehes Hervorragendes, kann aber aus sich heraus auf dem Gebiete z. B. der Saatzuchten, der Viehzucht, der Düngung usw. nicht die **F o r t s c h r i t t e** durch große Versuche schaffen, schon deshalb nicht, weil er die Mittel dazu nicht hat, auch fehlen ihm in den meisten Fällen die wissenschaftlichen Kenntnisse dazu. Aber auch der sozialistische Staat als solcher ist dazu nicht in der Lage; denn wer hat denn schließlich ein Interesse daran, kostenlos sich einer solchen Arbeit hinzugeben und ohne Aussicht auf irgend eine Belohnung derartigen Mühen zu unterziehen. Hier kann nur das Privatkapital, der Großgrundbesitz erfolgreich eingreifen. Also darin ist wiederum der Großgrundbesitz dem Kleingrundbesitz überlegen, verliert aber diesen Vortprung in der sozialistischen Wirtschaft.

Der Entscheidung der ganzen Frage, welche Gesellschaftsform die bessere ist, wenn wir privatkapitalistisch oder sozialistisch eingerichtet sind, muß sich auch die Erledigung des Problems anschließen: wie ist es möglich, daß wir aus dieser Lage herauskommen? wie ist es möglich, daß wir diesen Zustand beseitigen, der sich dadurch gebildet hat, daß die Idee der Sozialisierung alle Gemüter der Arbeiter ergriffen hat? Nun, meine Herren, soziale Bewegungen hat es immer gegeben und wird es immer geben, weil die Art des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschheit veränderlich ist und zweifellos von der jeweiligen Entwicklung eines Volkes, eines Landes usw. abhängig ist. Wir dürfen aber nicht wie die Sozialdemokratie sagen: die Entwicklung einer sozialen Bewegung ist einzig und allein vom Materialismus abhängig; sondern der Mensch besteht aus zwei Teilen, er ist nicht nur Körper, er ist auch Geist, ja er ist in **e r s t e r** Linie Geist und erst in zweiter Linie Körper. Wenn wir von dieser einzig richtigen Auffassung ausgehen, so müssen wir uns klar machen: was will dagegen die **h e u t i g e** soziale Bewegung, die als Sozialismus bezeichnet wird? er leitet sich ganz vom Materialismus, von der jeweiligen Volkswirtschaftslage, wie Marx sagt, ab. Und was will gar die heutige Sozialdemokratie in allen ihren Schattierungen? Sie will nur Klassenpolitik treiben, sie will die Herrschaft der Lohnarbeiter, zum Teil über die Diktatur des Proletariats hinweg, weiter nichts. Es liegt der großen Menge der Sozialdemokraten gar nichts daran, daß wirklich mehr geschaffen wird, das ist ihnen ganz gleichgültig; sie wollen nur so leben, wie wir leben, indem sie glauben, es sei uns in den Schoß gefallen, und annehmen, daß sie nur Betriebe zu übernehmen nötig hätten, um dieselben Einnahmen aus den Betrieben zu erzielen wie die Unternehmer. Das ist der springende Punkt in ihren Überlegungen. Den unmittelbaren Wirtschaftserfolg der Sozialisten oder vielmehr der Abart der Volkshewisten nach Ergreifung der Diktatur durch sie sehen wir in Rußland; dort haben wir ein **w i r k l i c h e s** Beispiel eines sozialisierten Staates, und wir können eigentlich dem Volkshewismus in Rußland gar nicht dankbar genug dafür sein, daß er uns diese schrecklichen Folgen der Sozialisierung, des in die **W i r k l i c h t e i t** übersehten Sozialismus, vor Augen geführt hat. In Rußland beobachteten

wir derartige Folgen des Bolschewismus, daß jetzt die Industrie in einem erschreckenden Maße, bis auf 20%, zurückgegangen ist, und daß die Landwirtschaft auch schon anfängt in der Produktion nachzulassen. Rußland wäre ja schon längst zusammengebrochen, wenn nicht der Bauernstand dort so stark vertreten wäre. Was die Leute heute wollen, ist, wie gesagt, weiter nichts als: sie wollen bequem und leicht leben, ohne viel zu arbeiten. Der radikale Sozialismus, mit dem wir es jetzt hauptsächlich in der Sozialdemokratie zu tun haben, ist ebenso fähig Wegeirlichkeiten zu wecken, als unfähig sie zu befriedigen; sein Bau begründet sich auf der Pöbelherrschaft und der gewaltsamen Unterdrückung aller nicht proletarischen Kreise. Der Grundfehler des heutigen Sozialismus ist seine kategorische Fassung, die Behauptung einer notwendigen Entwicklung; danach beruht auch die unzumutbare Übertreibung, die ganze Volkswirtschaft in eine sozialistische Form zu gießen. Ich möchte Ihnen einmal etwas vorlesen, was Nietzsche darüber sagt — mit dem wir ja sonst gar nicht übereinzustimmen brauchen: —

„Der Sozialismus — als die zu Ende gedachte Tyrannei der Geringsten und Dümmden (Heiterkeit), d. h. der Oberflächlichen, Reibischen und Dreiviertelschauspieler ist in der Tat die Schlussfolgerung der ‚modernen‘ Ideen und ihres latenten Anarchismus: aber in der lauen Luft eines demokratischen Wohlbefindens erschläft das Vermögen, zu Schlüssen oder gar zum Schluß zu kommen. Man folgt — aber man folgert nicht mehr. Deshalb ist der Sozialismus im ganzen eine hoffnungslose, sinnlose Sache usw.“

Ferner sagt Geh. Rat Seeberg unter anderen: „Der Sozialismus an und für sich ist eine sittliche Idee, die jeder Gruppe der menschlichen Gesellschaft und jedem einzelnen Glied in ihr die freie und freudige Entfaltung des Lebens zusichert. Diese Idee war in den letzten Jahrzehnten ein Bestandteil unserer geistigen Kultur geworden. Die materialistische Deutung dieser Idee in der Sozialdemokratie muß sie allmählich, aber sicher zerstören. Sollen nur die materiellen Werte gelten, wo soll denn die sittliche Kraft des sozialen Sinnes herkommen? Und ist die materielle Kraftleistung der entscheidende Wertmaßstab, wer will dann der rücksichtslosen Ausbeutung seitens dieser Kraft wehren? Die Sozialdemokratie zerstört den Sozialismus theoretisch und auch praktisch.“

Das ist eine Charakterisierung des heutigen Sozialismus von zwei Seiten, wie sie nicht besser gedacht werden kann. Nun, meine Herren, wie wollen wir uns selbst zur Frage der Sozialisierung stellen? Wir stehen auf dem Standpunkt, und wir können zu keinem anderen Schluß kommen, daß eine Gleichheit in der Volkswirtschaft wie sie vom heutigen Sozialismus gefordert wird, unmöglich ist, ebensowenig wie solche in geistiger, seelischer und kultureller Beziehung möglich ist. Letzteres geht schon daraus hervor, daß der Mensch mit verschiedenen geistigen und seelischen Eigenschaften geboren wird, und daß ein wenig begabter Mensch durch noch so viele Lehrer und Professoren es niemals soweit in der Wissenschaft, Kunst usw. bringen kann wie ein begabterer. Dasselbe gilt von den Charaktereigenschaften in bezug auf die Erziehung des Menschen. Aber es fordern die Sozialisten vielfach nicht mehr die Gleichheit auf kulturellem Gebiet, sondern sie sehen selbst ein, daß sie unmöglich ist: sie fordern jetzt z. B. nur noch gleiche Gelegenheit zum Unterricht. Um so mehr fordern sie die Gleichheit und Abgleichung in volkswirtschaftlicher Beziehung, eine Forderung, die aber niemals erfüllt werden kann, ohne daß die ganze Volkswirtschaft zugrunde geht, wie das Beispiel in Rußland zeigt. Nichtsdestoweniger muß der Kampf jetzt zu Ende geführt werden. Ich möchte nicht schließen, meine Herren, ohne Ihnen nochmals den Ernst der Sache — Sie werden ihn ja selbst erkennen — vor Augen geführt

zu haben. Der Kampf geht weiter um den Sozialismus, der Kampf geht weiter um das Räteystem; und letzteres ist ja weiter nichts als eine Möglichkeit, den Sozialismus in die Wirklichkeit überzuführen. (Sehr richtig!) Und die Sozialisierung verhält sich zum Sozialismus wie das Mittel zum Zweck, wie der Weg zum Ziel. Wir leben ferner auch unter dem Zeichen des Sozialismus in unserer Steuergesetzgebung, die auch eine Möglichkeit zur Sozialisierung darstellt. (Sehr richtig!) Die Steuergesetzgebung des Herrn Erzberger bedeutet ja dem Sinne nach weiter nichts, als das Privatkapital, das Eigentum an den Produktionsmitteln durch Wegsteuern zu beseitigen. Herr Erzberger, der das Finanzprogramm der Unabhängigen vertritt, erklärte in seiner Staatsrede vom 8. Juli: „Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar: ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister“, (sehr richtig!) und er tut es, um sich in seiner Stellung zu behaupten, weil er weiß, daß die Sozialdemokratie seine beste Stütze ist. Also überall erkennen Sie diesen Fluch des heutigen Sozialismus. Die Landwirtschaft — ja unsere ganze Volkswirtschaft — befindet sich in einer bedrohlichen Lage, indem die Sozialisten immer ihre Theorie benutzen und sagen: uns wird es in Zukunft gut gehen, wenn nur die Sozialisierung und das Räteystem erst durchgeführt sind. Wir müssen und werden den uns aufgezwungenen Kampf aufnehmen, wir dürfen nicht nachlassen. Wir müssen unseren Gegnern nachweisen: euer Sozialismus ist eine Theorie und hat nur Scheinwert, er ist unmöglich zu erfüllen und durchzuführen. Es ist immer noch das beste Mittel, gegen eine Idee mit geistigen Waffen zu kämpfen und den Gegner zu überzeugen, und ich glaube, es wird uns weiter nichts übrig bleiben, als die Arbeiter an praktischen Beispielen auf ihre verkehrte Auffassung aufmerksam zu machen; wenn es auch bei vielen nichts nützt, die nicht hören wollen, so gibt es doch Arbeiter, die vernünftig sind und auf die rechte Bahn geführt werden können; es muß offenkundig werden, daß der heute verlangte Sozialismus in der Wirklichkeit unmöglich ist. Gewiß ist richtig, daß Unternehmer, Angestellte und Arbeiter die Kräfte der Berufs- und Fachgenossen zu *g e m e i n s a m e m* Wirken vereinen müssen, das aber kein *B e r g e s e l l s c h a f t e n* nach allen Richtungen hin sein darf. Männer sind nötig, welche die wirtschaftlichen Vorgänge in ihrer Bedingtheit durch das Ganze und in ihrer Bedeutung für das Ganze klar erkennen; aber immer müssen die *w i r k l i c h e n* Eigenschaften der menschlichen Natur berücksichtigt werden. Würden wir es mit *i d e a l e n* Eigenschaften zu tun haben, so würden sie zur *v o l l e n d e t e n* Wirtschaft auch unter dem bisherigen System führen. Eine vollendete Wirtschaft ist aber sicherlich nicht unter dem neuen sozialistischen System möglich, da die menschliche Natur eben mit Schwächen behaftet ist. Und auch schon heute wird die *P r i v a t w i r t s c h a f t* durch die *B o l k s w i r t s c h a f t* begrenzt.

Es ist gar nicht zu vermeiden, einen kurzen Blick auf die Politik der Landwirtschaft zu werfen. Letztere muß dahin gehen, daß das Privateigentum aufrecht erhalten bleibt, daß eine gesunde Mischung von Groß- und Kleingrundbesitz vorhanden ist. Unser Feind, mögen wir einer politischen Partei angehören, welcher wir wollen, steht einzig und allein da, wo der heutige Sozialismus gefordert wird: das ist in der ganzen Linken der Fall, aber ich muß auch sagen, daß in einem Teil der Demokraten, des Zentrums Ansichten vertreten werden, in denen man diesen sozialistischen Gedanken stark nachgeht. Wir müssen betonen, daß der Sozialismus in erster Linie derjenige Feind ist, den wir politisch bekämpfen müssen. Es muß heißen: unser Feind ist der Sozialismus, nicht diese oder jene politische Partei ist unser Feind, sondern diejenige politische Partei, die dem Sozialismus huldigt, muß bekämpft werden.

Wie können wir ferner gegen den Sozialismus und die Sozialisierungstheorie mit Erfolg vorgehen?

Man muß die Beseitigung der Ursachen des Sozialismus, dieser Krankheit am Volkstörper, erstreben. Man muß sein Augenmerk richten auf:

1. sachgemäße Aufklärung der Masse der Arbeiter über das Wesen der ganzen Wirtschaftsbedingungen, über die Aufgaben des Kapitals in weitestem Sinne des Begriffs, über das Verhältnis von geistiger Arbeit zur körperlichen; dies kann durch Arbeitervertretungen (Ausstände usw.) erfolgen, ferner Aufklärung über den Anteil jedes an der Produktion Beteiligten am Endprodukt nach Maßgabe seiner Arbeitsleistung unter Berücksichtigung des Begriffs „sozial“ in ethischem Sinne. Die Idee des Sozialismus kann nur durch diese anderen Ideen bekämpft werden.
2. Die Bedürfnisse jedes Einzelnen müssen auf ein bestimmtes Maß, entsprechend seiner persönlichen Anspruchsberechtigung zurückgebracht werden; es gilt dies auch für die oberen Klassen.
3. Der für das Volksganze aus staaterhaltenden Grundsätzen hergeleitete notwendige Mittelstand muß in der ganzen Volkswirtschaft erhalten und wieder aufgerichtet werden. Groß- und Kleinbetrieb in gesunder Mischung muß besonders in der Landwirtschaft erstrebt werden.
4. Durchaus zuverlässige Beamte und starke Behörden auf allen Gebieten sind eine notwendige Forderung.
5. Der innere Mensch leidet Endes der Hauptantrieb zu jeder Arbeit, ist in allen Wirtschaftssystemen das Entscheidende; das Hauptgewicht muß von der materialistischen Weltauffassung in die geistige, idealistische verlegt werden. Religion, ein dem Menschen angeborenes Gefühl, muß in den Vordergrund gerückt und gepflegt werden.
6. Recht auf Arbeit, Pflicht zur Arbeit, neben den Antriebskräften zur Leistung der Arbeit müssen im Innern der Menschen ständige Berücksichtigung finden. Die Arbeitsenergien müssen erhalten und vermehrt werden.
7. Arbeitsgemeinschaft und das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmern muß in der Landwirtschaft gestärkt werden.

Die Zeiten sind sehr ernst, viel ernster, als mancher glaubt. Man wird es vielleicht noch einmal von Seiten der Sozialisten mit Gewalt versuchen, das zu erreichen, was der 9. November 1918 nicht erreicht hat. Letztere hat den linksstehenden Teilen der Bevölkerung die politische Gleichheit gebracht. Jetzt wollen dieselben Elemente einen zweiten 9. November haben, indem sie ihn auf das wirtschaftliche Gebiet anwenden. Sie wollen mit Gewalt das Räte-system durchsetzen, und da heißt es nun auf der Hut sein. Wir müssen uns für diesen Fall wappnen; die deutsche Landwirtschaft muß einig sein! Debel hat einmal gesagt: Die deutsche Landwirtschaft weiß gar nicht, welche gewaltige Macht sie in den Händen hat, wenn sie einig ist. (Sehr richtig!) Meine Herren, jetzt ist es Zeit, jetzt ist die Gelegenheit gekommen! Bedenken Sie die kolossale Macht, die die ganze deutsche Landwirtschaft in ihren 5½ Millionen Betrieben hat, wenn sie einig ist in dem Gedanken: der Feind steht da, wo der Sozialismus vertreten wird, jene Theorie, die für unsere ganze Landwirtschaft den Todesstoß bedeutet! Man wird es mit allen Mitteln und auf allen Wegen versuchen, die Sozialisierung in der Landwirtschaft durchzuführen. Denken Sie z. B. an den Holzeinschlag! Auch darin steckt schon ein Stück Sozialisierung. Jeden Entwurf und jedes Gesetz, das eingebracht wird, wollen Sie unter diesem Gesichtspunkt betrachten und sich fragen: wo steckt hier die Sozialisierung? Denn der Gedanke des Sozialismus ist über-

all zu finden. Ich möchte Sie also bitten, daß wir dahin streben, daß die Einigkeit in unserem Beruf aufrecht erhalten wird. Mein Antrag geht dahin:

Das privattapitalistische Wirtschaftssystem in der Landwirtschaft ist besonders mit Rücksicht auf die Produktion und Volksernährung dem sozialistischen vorzuziehen, deshalb ist die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu verwerfen.

Eine gesunde Mischung zwischen Groß- und Kleinbesitz auf privattapitalistischer Grundlage ist anzustreben. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Herren, Sie haben durch Ihren Beifall dem Herrn Referenten bereits für seine ebenso klaren wie überzeugenden Ausführungen gedankt. Ich möchte mich als Vorsitzender diesem Dank anschließen und besonders unserer allseitigen Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß Herr Geheimrat Professor Dr. Semmler diese seine Anschauungen nicht nur in einem engeren Kreise, sondern vor allem auch in der Deutschen Nationalversammlung vertritt; und wir können ihm versichern, daß er in dieser Vertretung seiner Anschauungen auch immer unsern Beifall und unsere Anerkennung finden wird.

Ich gebe nunmehr das Wort dem Herrn Mitberichterstatler, Herrn Domänenrat Brödermann.

Mitberichterstatler Domänenrat Brödermann-Knegebendorf: Meine Herren, nach diesem ausführlichen Referat des Herrn Geheimrats Professor Dr. Semmler bleibt für mich nur noch übrig, die Sache vom Standpunkt des praktischen Landwirts aus zu betrachten. Bei jedem Gesetz hat man sich in erster Linie zu fragen: liegt ein Bedürfnis dazu vor, und ist das Gesetz zweckmäßig? Wir sind ja nach den eben gehörten Ausführungen jedenfalls voll und ganz davon überzeugt, daß hier weder das Bedürfnis noch die Zweckmäßigkeit vorliegt. Meine Herren, die Landwirtschaft beruht doch unter allen Umständen darauf, daß eine einheitliche Leitung, eine Leitung durch eine einzige Person stattfindet. Wir werden also unter allen Umständen gegen das sogenannte Räteystem Front zu machen haben. Unsere Landwirtschaft ist nach jeder Richtung hin auf eine einheitliche Leitung zugeschnitten. Unsere Entschlüsse müssen rasch gefaßt werden. Unser ländlicher Beruf ist am ehesten zu vergleichen mit dem Seemannsberuf, wo es auch heißt: rasch handeln, rasch das Gewollte in die Tat überführen und nicht erst lange darüber beraten. Der Mangel an Arbeitskräften, der Mangel an Kunstdünger, an Benzol, an Kohle usw. drückt unsern Betrieb so nieder, daß unsere Produktion mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Da fragt man sich: wie kann man überhaupt den Gedanken fassen, zu sozialisieren? Wenn es der reine theoretische Gedanke ist, der uns soeben hier vorgetragen worden ist, dann könnte man sagen, daß vom wissenschaftlichen Standpunkt aus die Betreffenden zu einer vollständig verkehrten Richtung gelangt sind. Die Sozialdemokratie vertritt die Auffassung, daß es uns Landleuten in den letzten Jahren ganz besonders gut gegangen ist, daß wir außerordentliche Kapitalien gewonnen haben, so daß nun der Reiz gegen unsern Berufsstand mit aller Kraft einsetzt. Meine Herren, teilweise haben wir vielleicht selbst Schuld daran. Diejenigen, die nicht aufs sorgsamste Buch geführt haben, sind sich nicht darüber klar geworden, daß die Bartkapitalien, die die einzelnen Betriebe gewonnen haben, tatsächlich nicht gewonnene Gegenstände sind, sondern teilweise Gegenstände, die hätten abgeschrieben werden müssen. Wer eine sorgsame Buchführung hat, wie z. B. ein Industrieller, der würde die durch die mangelhafte Kultur, die überall eingedrungen ist, durch das Fehlen an Arbeitskräften und an Dünger eingetretenen Ausfälle nicht nur auf seine Gebäude, sondern auch auf seinen Grund und Boden abgeschrieben haben. Er würde diese

Kapitalien in seinen Reservefonds gelegt haben, also nach einer andern Seite hinübergebucht haben als eine Spezialreserve. Dafür, wie weit diese Dinge greifen, darf ich Ihnen aus meiner Praxis kurz eine Zahl vorführen. Ich habe verschiedene größere Verwaltungen. Vor einiger Zeit war es dringend notwendig, den einen Pferdestall wieder neu beden zu lassen, weil in der Kriegszeit das Leeren unmöglich geworden war; die Pappdächer waren ruiniert. Die Kosten dieses Daches waren so hoch, daß ich den Dachbedermeister sowohl als auch den Maurermeister veranlaßte, die sämtlichen fünf Höfe dieser Verwaltung einmal gründlich durchzusehen und mir eine Lage anzusehen, was die Arbeiten an diesen Höfen auf Grund der heutigen Arbeitsverhältnisse und Materialpreise wohl kosten würden. Da ergab sich eine Summe von 265 000 *M* für diese 5 Höfe. Ich habe damals den Meistern gesagt, sie sollten die Rechnung so klar und sicher aufstellen, daß ich sie bei der Steuererklärung benutzen könnte, und die Herren haben mir erklärt, daß sie es voll und ganz vertreten könnten, daß in diesen 5 Jahren auf die 5 großen Höfe 265 000 *M* auf die Gebäude abzuschreiben wären. Das ist eben das, was so manchen Landwirt verlockt hat, dieses Geld in die Finger zu bekommen, ohne zu wissen, woher dieses Geld eigentlich resultiert; und wenn er nun vor die Frage gestellt wird, sein Feld und seinen Hof herzustellen, wie sie vor dem Kriege gewesen sind, dann gehen ihm erschreckende Summen aus der Tasche, die er mutmaßlich zum Teil nicht mehr besitzt.

Wir haben dann zweitens zu überlegen, daß bei der ganzen Sozialisierung auch das Geschäftliche sehr zu beachten ist. Wenn wir bedenken, daß heute der Kunsthünger, besonders der Stickstoff, ungefähr das 5 fache kostet wie vor dem Kriege, und daß das Getreide ungefähr das 2½ fache kostet, so ergibt sich, daß wir schon durch den Einkauf des stickstoffhaltigen Düngers ein großes Risiko eingehen, da wir ja gar nicht wissen, welchen Preis für das Getreide wir im nächsten Jahre erhalten. Meine Herren, wir können heute nicht mehr Lieferungsverträge machen, die dann erfüllt werden, wenn wir die Ware brauchen, sondern wir müssen die Ware akzeptieren, wenn sie uns angestellt wird. Besonders stickstoffhaltigen Dünger haben wir 8 und 9 Monate vorher aufzunehmen und zu bezahlen und haben das ganze Risiko zu übernehmen. Auch das wird von allen denen, die die Landwirtschaft oberflächlich beurteilen, nach keiner Richtung hin voll erkannt.

Es geht auch aus der Siedlungsfrage hervor, mit welcher Leichtfertigkeit man alle diese Fragen betrachtet. Bei der Siedlungsfrage hat man sich auf den Boden gestellt, daß, wenn die Enteignung größerer Güter stattfindet, die Bezahlung zu dem Friedenspreise erfolgen soll. Das ist mir noch vor kurzem mitgeteilt worden. Wenn ein Gut auch im einzelnen Falle vielleicht einmal nur diesen Wert haben sollte, so muß man sich doch im ganzen darüber hinwegsetzen; eine solche Preisfestsetzung wäre bei dem heutigen Geldwert ein Ding der Unmöglichkeit.

Meine Herren, aus allen diesen Umständen sieht man, daß man sich tatsächlich in dem Glauben befindet, daß es der Landwirtschaft augenblicklich ganz außerordentlich gut geht, und auch die gestrige und heutige Beratung und die verschiedenen Referate haben immer wieder gezeigt, daß der Städter glaubt, wir Landleute schwimmen nur so im Gelbe und könnten uns alles leisten, was wir wünschen.

Meine Herren, ich möchte Sie nicht länger aufhalten und nur noch kurz das zur Erwägung geben: unsere Landwirtschaft darf nach keiner Richtung hin behindert werden, und die Lust und Liebe, die der Landwirt seinem Beruf entgegenbringt, darf unter keinen Umständen geschmälert werden. Die Arbeit, die der Landmann auf seiner Scholle zu vollbringen hat, die Sorgfalt, welche seine Stelle erfordert, sind so groß, daß jemand, der unsern Beruf nicht kennt, das ab-

solot nicht zu würdigen versteht. Die Lust und Liebe, die unser Beruf erfordert, hört aber in dem Augenblick auf, wo wir als Unternehmer aufhören, wo wir, wenigstens der eine oder andere von uns, gezwungen werden, um unsere Existenz zu behalten, als einfache Angestellte oder Beamte zu arbeiten. Meine Herren, wenn wir zum Achtkundentag gezwungen werden, wenn diese Sache in die Landwirtschaft ebenso eingeführt wird, wie z. B. heute bei den Rechtsanwälten, die genau nach 8 Stunden ihre Büros zuschließen müssen, und wenn sie noch weiter arbeiten wollen, das dann nur in ihren Privatzimmern tun dürfen, dann ist es mit der Landwirtschaft entschieden vollkommen zu Ende. Wenn dem Landwirt die Arbeitsfreudigkeit, die er bisher besessen hat, noch ganz genommen wird, wenn er noch weiter vergrämt und verärgert wird, dann ist es mit unserer Landwirtschaft einfach aus. Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, daß der größte Teil der Landwirte, die heute führend und leitend in ihren Betrieben sitzen, sich wahrscheinlich schmolleud zurückziehen werden und es andern Leuten überlassen werden, die Landwirtschaft weiter zu betreiben, so wie die Sozialdemokraten sie augenblicklich wünschen. Dann wird man erst einmal sehen, wie wenig damit erreicht wird, und welche Leistungen die deutsche Landwirtschaft bisher tatsächlich hervorgebracht hat.

(Bravo!)

2. Stellvertretender Vorsitzender: Auch dem Herrn Mitberichterstatter statue ich den besten Dank für sein Referat ab.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion. — Das Wort wird nicht begehrt; ich schließe sie.

Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt Ihnen der Antrag vor. Zu diesem ist noch ein Zusatzantrag gestellt worden, der lautet:

Eine gesunde Mischung zwischen Groß- und Kleinbesitz auf privatkapitalistischer Grundlage ist anzustreben.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag stimmen, sitzen zu bleiben, diejenigen, die dagegen sind, aufzustehen. — Ich konstatiere einstimmige Annahme des Antrages.

Beschluß:

Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem in der Landwirtschaft ist besonders mit Rücksicht auf die Produktion und Volksernährung dem sozialistischen vorzuziehen; deshalb ist die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu verwerfen. Eine gesunde Mischung zwischen Groß- und Kleinbesitz auf privatkapitalistischer Grundlage ist anzustreben.

Verhandlungen
der
47. Plenarversammlung
des
Deutschen Landwirtschaftsrats 1919.

Landarbeitsordnung und Tarifvertrag für Forstarbeiter.

Antrag des Referenten **Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel.**

1. Die vorläufige Landarbeitsordnung hat sich in wichtigen Bestimmungen als gefahrbringend für die Volksernährung erwiesen, sie bedarf deshalb einer grundsätzlichen Abänderung.

2. Der Tarifvertrag zwischen dem preussischen Landwirtschaftsminister einerseits, dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter Deutschlands andererseits vom 20. September 1919 stellt eine einseitige Begünstigung der freien Gewerkschaften dar und muß zu einer erneuten, nicht mehr erträglichen Lohnsteigerung nicht nur in den Privatforsten, sondern in den gesamten landwirtschaftlichen Betrieben führen.

Es muß gefordert werden, daß:

1. die Tarifverträge für die Landwirtschaft und alle ihre Nebenbetriebe gleichmäßig aufgestellt werden,
2. Ausnahmen für besonders ungünstige Boden- und Wirtschaftsverhältnisse möglich sind,
3. eine Bevorzugung einzelner Verbände unterbleibt.

Berichterstatter Rittergutsbesitzer **Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel:**
Meine Herren, in der Zeit vor der Revolution war es der größte Kummer der Sozialdemokratie, daß es ihr stark erschwert war, in einer Weise in die Kreise des ländlichen Arbeiterstandes einzubringen, wie das für ihre Zwecke und Ziele erwünscht war. Die Sozialdemokratie hat es, wie Sie alle wissen, unter stiller Duldung der damaligen Regierung verstanden, während des Krieges die Agitation zielbewußt in gewissenlosester Weise in die Armee hineinzutragen und auch in der Heimat die ganzen Truppen zu durchwühlen. Sie hat hiermit einen doppelten Zweck verfolgt und erreicht. Sie hat einmal unser militärisches Verlagen herbeigeführt, und sie hat sich ferner hiermit die Agitatoren geschaffen, die dann auch im Inlande die Arbeit für sie fortsetzen konnten, indem sie bei der Heimkehr dann sozialistische Propaganda betrieben. Unter diesen Umständen war es selbstverständlich, daß sofort, nachdem die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt war, auch mit denjenigen gesetzlichen Bestimmungen aufgeräumt werden würde, die noch

ihrer Arbeit auf dem Lande entgegenstanden, und so sind damals sofort die alten Gesetze, die sogenannte Gesindeordnung, das Gesetz von 1854 usw. beseitigt worden. Für uns war es klar, daß wir mit Beseitigung dieser Bestimmungen, die ja im übrigen teilweise nur noch auf dem Papier standen, in eine neue Zeit der Agitation eintreten würden. Die alte preußische Gesindeordnung ist ein wunderschönes Agitationsmittel für die Sozialdemokratie gewesen; praktisch ist sie wohl nur noch in sehr wenigen Fällen angewandt worden. Meine Herren, ich bin 45 Jahre Amtsvorsteher in zwei großen Bezirken, — das Altenstück über Gesindeordnung bei mir ist, glaube ich, in diesen 45 Jahren noch nicht zwei Finger stark geworden, weil ich überhaupt auf dem Standpunkt stehe, man soll als Amtsvorsteher nicht viel schreiben, sondern die Sachen mündlich erledigen und ebenso, wie Herr Landrat Rotberg heute gesagt hat, sich nicht zu stark an die gesetzlichen Bestimmungen halten, wenn man auf anderem Wege etwas Besseres erreichen kann.

Es drehte sich nun im Reichsausschuß für uns namentlich um die Frage, wie man den Gefahren begegnen soll, die jetzt mit der einsetzenden starken Agitation der Sozialdemokratie eintreten werden, und wir haben es damals für richtig gehalten, ebenso wie das ja vor uns auch die Industrie schon gemacht hatte, eine Stelle zu suchen, an der wir mit den Gewerkschaftsführern, also den beiden großen Arbeiterverbänden, in Fühlung treten konnten, um womöglich unsererseits eine Verständigung, an die man ja stellenweise noch glaubte, zu finden und vielleicht auch dafür zu sorgen, daß die Vorschläge, die dort gemacht wurden, maßgebend würden für die weiteren Maßnahmen der Regierung. Aus diesen gemeinsamen Beratungen ist ja dann zunächst die Vorlage für eine vorläufige Landarbeitsordnung hervorgegangen, die Ihnen allen bekannt ist, deren Bestimmungen im großen und ganzen bei uns durchgesprochen sind, die von uns, von landwirtschaftlicher Seite, aber nur unter dem Gesichtspunkt angenommen wurde, daß es sich zunächst um einen Versuch handle, daß darin die Mindestforderungen gegeben wären, die von seiten der Arbeitgeber gestellt werden müßten.

Die „vorläufige Landarbeitsordnung“ hat nun das erste Jahr des Bestehens hinter sich; und da ist es, glaube ich, unsere Pflicht, uns darüber klar zu werden, inwiefern sie die Aufgaben, die sie in volkswirtschaftlichem und nationalem Interesse zu erfüllen hat, wirklich erfüllt hat. Ich kann vorweg mein Urteil dahin zusammenfassen, daß die vorläufige Landarbeitsordnung namentlich in den Bestimmungen des § 3 die Grundlage gebildet hat zu dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, in dem wir jetzt mitten drin stehen. Ich möchte auch vorausschicken, daß es heute nach meiner Auffassung unsere Pflicht ist, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß der Zusammenbruch, den wir in der Volksernährung jetzt vor uns sehen, das Stedenbleiben unserer Hackfruchtente, die Verspätung der Bestellung, die Verspätung unserer ganzen Ackerarbeiten, lediglich verschuldet ist durch die Regelung der Arbeiterfrage

(hört, hört! und Sehr richtig!)

durch die jetzige Regierung, durch die Verringerung der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung. Wir wissen ja ganz genau, daß schon jetzt, und natürlich steigend, je schlechter die Verhältnisse werden, der deutschen Landwirtschaft wieder die ganzen Uebelstände in die Schuhe geschoben werden, die sich jetzt für die Gesamtbevölkerung ergeben, und ich fürchte, meine Herren, daß sich heute die Allgemeinheit über die Lage unserer Ernährung noch lange nicht klar geworden ist. Es ist doch noch sehr die Frage, ob die Hackfrüchte, die in großen Massen draußen stehen, geerntet werden, ob das wärmere Wetter auf längere Dauer anhalten wird.

In § 1 der vorläufigen Landarbeitsordnung ist gesagt:

Für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Nebenbetriebe gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag, ergänzt durch die nachfolgenden Bestimmungen.

Meine Herren, diese Bestimmung: „Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Nebenbetriebe“ hat uns schon sehr große Kämpfe gekostet, und ich muß auf diesen Punkt jetzt noch ganz besonders scharf aufmerksam machen. Wir werden darauf nachher kommen bei dem zweiten Punkt, den ich Ihnen vorzutragen habe, bei dem Vertrage, den der Landwirtschaftsminister in Preußen mit den forstwirtschaftlichen Arbeitern geschlossen hat. Es besteht schon jetzt die große Gefahr, daß die Forstwirtschaft von der Landwirtschaft getrennt wird,

(sehr richtig!)

und es besteht ferner die sehr dringende Gefahr, daß man sich bestrebt, die forstwirtschaftlichen Arbeiter und die sämtlichen Arbeiter in den Nebenbetrieben der Landwirtschaft der Gewerbeordnung zu unterstellen. Was das für ein Unfug wäre, meine Herren, das brauche ich in diesem Kreise kaum auszuführen. Sie wissen ja alle — ich komme nachher noch einmal auf diese Frage zurück —, daß bei uns eine Trennung zwischen diesen Arbeitern überhaupt gar nicht durchzuführen ist. Wir haben es bisher gerade als einen Vorzug des Grundbesitzes im Osten angesehen, der meistens auch mit Forstbetrieben verbunden ist, daß wir dort in der Lage waren, schon jetzt sehr viel mehr einheimische Arbeiter das ganze Jahr zu beschäftigen, als in den reinen Saisonbetrieben wie in der reinen Rübenwirtschaft in Sachsen usw., so daß wir uns viel leichter von dem gewiß nicht erfreulichen Zustrom der ausländischen Wanderarbeiter unabhängig machen konnten. Wenn man aber nun jetzt hier eine Trennung einführen will, so werden wir damit wieder in den alten *circulus vitiosus* hineinkommen, daß die Bestimmungen, die man für die Forstarbeiter und die Nebenbetriebe trifft, sofort übergreifen auf den Hauptbetrieb der Landwirtschaft, d. h. auf Deutsch: eine starke Lohnsteigerung, damit starke Steigerung der Preise sämtlicher Erzeugnisse, damit größere Unzufriedenheit im Lande, und dann, weil die Arbeiter auch wieder ihre Erzeugnisse teurer einkaufen müssen, weitere Lohnsteigerung; also die berühmte Schraube ohne Ende. Es muß also unbedingt verlangt werden, daß auch bei einer weiteren Fortführung der jetzt geltenden Landarbeitsordnung und bei einer etwa zu erlassenden endgültigen Landarbeitsordnung diese Bestimmung unbedingt wieder aufrecht erhalten wird, daß in ihr die Landwirtschaft nicht von der Forstwirtschaft und von ihren sämtlichen Nebenbetrieben getrennt wird. Ich rechne zu diesen Nebenbetrieben alles, was wir an größeren Industrien haben: Kartoffelbrennerei, Stärkefabriken, Trocknereien der verschiedensten Art, die Molkereibetriebe und was sonst dahin gehört, auch die kleinen Mahl- und Sägewerke, weil sie ebenfalls landwirtschaftliche Betriebe sind, sobald sie nicht auf große gewerbliche Arbeit umgestellt werden.

In § 2 der vorläufigen Landarbeitsordnung ist eine Forderung gestellt, mit der man sich einverstanden erklären kann, daß für diese Betriebe schriftliche Verträge aufgestellt werden. In den besser geleiteten Wirtschaften ist das schon längst durchweg der Fall gewesen, und wo es noch nicht der Fall ist, ist es nur erwünscht, daß es geschieht.

Dann kommt der § 3, nach meiner Meinung derjenige, der die gefährlichste Bestimmung enthält:

Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in weiteren vier Monaten elf Stunden. Darüber hinaus geleistete Überstunden sind besonders zu vergüten.

Hier heißt es: „die tägliche Höchstarbeitszeit“. Ich möchte dabei aber noch einmal feststellen, daß wir von landwirtschaftlicher Seite bei den ganzen Verhandlungen damals verlangt haben, daß dies nicht die Höchstarbeitszeit, sondern die Mindestarbeitszeit sei, und wir haben es als selbstverständlich vorausgesetzt, daß Überstunden nicht nur geleistet werden könnten, sondern auch geleistet werden müßten in denjenigen Jahreszeiten, wo sie bringend notwendig sind, namentlich für die Bestellung, für die Ernte in ihren verschiedenen Stadien, also eigentlich für das ganze Jahr von Anfang Frühjahr bis spät in den Winter hinein. Meine Herren, das ist ja etwas, was der Nichtlandwirt gar nicht versteht, wenn wir sagen, daß die Arbeit in der Landwirtschaft eigentlich zu jeder Jahreszeit gleich bringend ist. Denn wenn wir zu irgend einer Zeit die Vorbereitungen auf die Arbeiten der nächsten Ernte versäumen, so sind wir damit sofort in einen Rückstand gekommen; und wie wenig solche Rückstände überhaupt wieder gut zu machen sind, das hat uns namentlich das vorige Jahr mit der berühmten englischen Krankheit, mit der Grippe bewiesen, deren Folgen wir noch heute bei uns nicht ausgestanden haben. Ich habe damals das Vergnügen gehabt, daß gerade mit Beginn der Kartoffelernte von meinen Arbeitern — ich habe mich damals noch reichlich mit Schnittern versorgen können — durchschnittlich 60 durch Erkrankung außer Arbeit gesetzt waren. Das hat sich bis in die neue Bestellzeit hineingeschleppt und ist da in derselben Weise weitergegangen.

Die Frage der Arbeitszeit spielt für die Wirtschaft im Osten — das hat Herr von Oldenburg gestern schon kurz erwähnt — eine sehr viel größere Rolle als für die im Westen. Bei uns ist die ganze Sommerzeit sehr viel kürzer, das Frühjahr, die Bestellung setzt später ein, der Winter setzt früher ein, und deshalb ist es für uns notwendig, namentlich auch bei Jahren mit schlechter Erntewitterung und schlechter Witterung in der Bestellzeit, daß wir an den Tagen, an denen wir überhaupt arbeiten können, die sämtliche Zeit ausnützen, die wir irgend ausnützen können. Diese Forderung geht nicht etwa wieder aus dem Egoismus der Großagrarier hervor, sondern wir müssen diese Forderung erheben gerade im Interesse der Konsumenten und der Städte,

(sehr richtig!)

weil wir nur auf diese Weise unserer Aufgabe gerecht werden können, daß wir so viel wie möglich aus unsern Wirtschaften herausholen. Nach meiner Auffassung müssen wir deshalb für die Zukunft die Forderung stellen, daß die Mindestarbeitszeit in einem sehr viel größeren Teil des Jahres auf wenigstens 11 Stunden festgesetzt wird. Nach meiner Auffassung brauchen wir im Osten die Bestimmung so, daß wenigstens vom 1. April bis zum 1. November eine elfstündige Arbeitszeit die Regel ist, daß ferner Überstunden in bringender Zeit absolut zulässig sind, sobald der Wirtschaftsleiter sie verlangt; sie sollen in Gottes Namen als Überstunden bezahlt werden. Ich würde dann ferner glauben, daß wir in drei Monaten, und zwar vom 1. Februar bis zum 31. März und vom 1. November bis zum 30. November mit 10 Stunden arbeiten können und die letzten beiden Monate mit 8 Stunden. Ich würde es aber ferner für notwendig halten, daß die Möglichkeit, die Stundenzahl, wie sie jetzt besteht, in einer dieser viermonatlichen Perioden zu verschieben, auf das ganze Jahr übertragen wird, so daß man einen Ausgleich herbeiführen kann. Bei der bisherigen Ordnung, wo Sie für 4 Monate 8, für 4 Monate 10, für 4 Monate 11 Stunden haben, haben Sie eine Gesamtarbeitszeit im Jahre von 2900 Stunden; bei der von mir vorgeschlagenen Regelung würden wir eine Gesamtarbeitszeit von 3075 Stunden haben, das sind 175 Stunden mehr. Meine Herren, das sind ungefähr 16 Tage mehr Arbeitszeit, und diese können von ganz

entscheidender Wirkung für den ganzen Ausfall der Ernte, der Beststellungsarbeiten usw. sein,

(sehr richtig!)

und ich glaube, es müßte unbedingt dafür gesorgt werden, daß wir so die Wirtschaft einstellen. Es dreht sich, wie gesagt, um eine Notwendigkeit für die Volksernährung, und wir werden nicht in der Lage sein, ohne Erfüllung dieser Forderung weiterzukommen. Herr von Oldenburg hat gestern bereits hier darauf hingewiesen, was es heißt, wenn diese geringere Arbeitszeit, wie sie jetzt besteht, weiter durchgeführt wird, wie viel mehr Leute wir in allen Betrieben haben müssen, wie viel mehr Gespanne wir vor allem haben müssen, wie da wieder mehr Arbeiter benutzt werden; und, meine Herren, die Vermehrung unserer Arbeitskräfte scheitert ja heute schon ohne weiteres an der Wohnungsmöglichkeit. Sehr viele von uns wären ja gern bereit, wären auch in der Lage gewesen, Arbeitskräfte einzustellen, bei uns wenigstens sind sehr erhebliche Mengen von Arbeitern noch angeboten worden, sowohl Flüchtlinge aus dem Baltikum als auch Leute, die aus Westpreußen und Posen weggehen wollen. Wir sind absolut nicht in der Lage gewesen, diese Leute unterzubringen, wir sind sehr vielfach schon gezwungen gewesen, Ställe einzurichten, um nur wenigstens Wanderarbeiter vorläufig notdürftig unterzubringen, weil es auf andre Weise gar nicht mehr möglich war; und, meine Herren, ich möchte dringend bitten, daß wir die Öffentlichkeit bei allen Versammlungen, in allen unseren Presseveröffentlichungen gerade auf diesen springenden Punkt jetzt hinweisen, auf das Elend, in dem wir uns befinden, das aus diesen Bestimmungen des § 3 der vorläufigen Landarbeitsordnung hervorgeht, und Sie müssen jede Gelegenheit suchen, wo Sie mit städtischen Kreisen in Berührung kommen, diesen auch klarzumachen, eine wie große Bedeutung diese Bestimmungen haben.

In § 4 der vorläufigen Landarbeitsordnung ist die Rede von den Wegen zur Arbeit:

In die Arbeitszeit sind die Wege vom Hofe zur Arbeit und von der Arbeit zum Hofe einzurechnen, nicht dagegen die Arbeitspausen sowie die Fütterungszeiten bei den Arbeitsgespannen.

Bei dieser Bestimmung hat sich gezeigt, daß in der Landwirtschaft die ganze Arbeitszeit sich nicht uniformieren läßt. Es ist uns ja auch zugegeben worden, daß diejenigen Arbeiter, welche zu besonderen Zwecken, namentlich bei der Tierhaltung, beschäftigt werden, anders gestellt werden müssen wie die übrigen Arbeiter. Wir haben auch in den Tarifverträgen wohl überall die Bestimmung. Es ist zunächst ein Tarif für die gewöhnlichen Arbeiter, wie ich sie einmal nennen will, aufgestellt worden, und ein etwas höherer Tarif bei den bei Gespannen, Viehfütterung usw. beschäftigten. Das entspricht durchaus dem, was wir alle schon früher gehabt haben, alle die Leute, die sich mit der Viehpflege zu beschäftigen haben, waren in Form einer Lantime oder dergleichen eigentlich schon immer besser gestellt worden. Die Frage des Weges zur Arbeitsstelle ist, wie gesagt, hier in der vorläufigen Landarbeitsordnung ganz korrekt gelöst worden. Sie wird aber vollständig anders wieder behandelt in dem Vertrage, den der Herr Landwirtschaftsminister mit den Forstarbeitern geschlossen hat, wo unter Umständen nur ein Teil dieser Wege angerechnet wird und damit die Möglichkeit gegeben wird, einen erheblichen Teil der Arbeitszeit auf den Weg aufzuschlagen und damit zu verträdeln.

Wenn ich vorhin sagte, daß wir die sämtlichen Nebengewerbe der Landwirtschaft mit in den eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieb hineinziehen müßten, so möchte ich das noch einmal gerade betonen bei dieser Bestimmung, die hier erwähnt ist, über die Fütterungszeiten bei den Arbeitsgespannen. Meine Herren,

wenn wir unsere Pferdepfleger, unsere Viehfütterer usw. anders lohnen wie die übrigen Handarbeiter, so bin ich der Meinung, daß hiermit auch uns der Weg gezeigt ist, wie wir die Leute in den Nebenbetrieben zu stellen haben. Ich glaube, wir werden meistens wohl schon in der Lage gewesen sein, daß z. B. die Kesselheizer in den Brennereien und Stärkfabriken, alle diese Leute, die sehr früh raus müssen, manchmal sehr spät da sein müssen, eine besondere Zulage oder höheres Deputat, höhere Löhnung bekommen haben. Damit löst sich die Frage ohne weiteres. Es wäre aber ein Unfug, die Leute der Gewerbeordnung unterstellen zu wollen und damit Schwierigkeiten in den ganzen Vertrag hineinzubringen.

§ 5 bestimmt:

Während des Sommerhalbjahrs sind täglich mindestens zwei Stunden Ruhepause zu gewähren.

Meine Herren, dagegen ist gar nichts einzuwenden. Bei uns ist im Sommerhalbjahr die Ruhepause schon eine längere, wir haben $2\frac{1}{2}$ Stunden.

Das kann man wohl ohne weiteres so durchgehen lassen.

Ein großer Teil der dann folgenden Bestimmungen ist von keiner nennenswerten Bedeutung. Nur zu § 7, wo gesagt ist:

Die als Teil des Lohnes vereinbarten Naturalien sind in Waren von mittlerer Beschaffenheit der Ernte zu liefern und in der Regel nach metrischen Maßen und Gewichten zu bemessen.

müßte gleich bemerkt werden, daß wir bei zukünftigen Verträgen die Forderung stellen müssen, daß die Naturalien, die den Arbeitern geliefert werden, nicht, wie es in diesem Jahre geschehen ist, künstlich im Werte herabgedrückt werden, sondern zu dem wirklich zutreffenden Wert des jeweiligen Jahres auch aufgenommen werden. Die Herren Gewerkschaftsvertreter haben es sehr gründlich verstanden — und es kam ihnen ja diesmal dabei zu statten, daß ein großer Teil der Landwirte durch den Umsturz so überrascht war, daß sie sich in alles Mögliche fügten —, für die Arbeiter außerordentliche Vorteile herauszuschlagen, indem der größte Teil der Naturalien viel zu gering angerechnet worden ist. Ich nenne da in erster Linie die Berechnung der Wohnung. Meine Herren, wir wissen sehr wohl, es gibt auch noch veraltete Wohnungen auf dem Lande, ich glaube aber, gerade auf den großen Gütern sehr überwiegend auch schon sehr gute und vernünftig eingerichtete Wohnungen. Wenn aber die Mietzwerte, wie sie von den Gewerkschaften in den Tarifverträgen angerechnet werden, sich meistens nur auf 150 oder 180 $\mathcal{M}$ belaufen — bei uns gehen sie bis 150 $\mathcal{M}$ —, so daß dann eine Wohnung mit Wohnküche, Flur, großer Stube, Kammer, Kellerräumen, nebst Stall für Schweine und Federvieh — die Kuh steht auf dem herrschaftlichen Hof — auf 150 $\mathcal{M}$ berechnet wird, ja, meine Herren, das ist geradezu kindlich. Schon lange vor dem Kriege wurde bei den großen Ansiedlungen in den hannöverschen Heide- und Moorgegenden festgestellt, daß eine Einfamilienwohnung mit dem notdürftigen Stall zwischen 4000 und 5000 $\mathcal{M}$, später 7000 $\mathcal{M}$ kostet; heute wird eine solche Wohnung voraussichtlich 20 000 $\mathcal{M}$ kosten; und wenn sie diesen Mietzwert nur einigermaßen in Vergleich setzen zu dem, was in den Städten gezahlt wird, so ergibt sich daraus ganz von selbst, daß diese Vertragsätze viel zu niedrig sind. Dann kommt ferner hinzu, daß wir in diesem Jahre wenigstens bei uns in den Tarifverträgen durchweg für Getreide noch diejenigen Sätze haben, welche im vorigen Jahre mit 15 $\mathcal{M}$ für den Zentner festgesetzt wurden — sie sind inzwischen erhöht worden, und daß den Arbeitern auch das zu statten gekommen ist, was durch die Erhöhung des Getreidepreises hinzukam; wir haben Zeiten gehabt, wo 27,75 $\mathcal{M}$ für den Zentner Getreide gezahlt wurde.

Vor allem halte ich es aber auch für notwendig, daß mindestens ein bestimmter Teil der Akkordlöhne in die Gesamteinnahme des Arbeiters mit hineingerechnet wird. Die Gewerkschaften sind darin nicht ganz folgerichtig vorgegangen. Man hat bei uns wenigstens den Drescherlohn mit eingerechnet. Das wird bis zu einer bestimmten Höhe garantiert. Die sämtlichen übrigen Akkordlöhne aber sollen nicht in dem Tarifvertrag berücksichtigt werden.

Nun, meine Herren, wird gerade der Akkordlohn die Möglichkeit bieten, das herbeizuführen, was angeblich die Sozialdemokratie, wenn sie sich vernünftig gebärdet, erstrebt, das ist die Beteiligung des Arbeiters an den Erträgen. Ich habe mich immer bemüht, an dem Hauptzweig meiner Wirtschaft — das ist bei mir auf dem leichten Boden der Kartoffelbau — die Arbeiter indirekt dadurch zu beteiligen, daß ich einen verhältnismäßig hohen Akkordlohn für die Ernte gegeben habe und daß ich neuerdings einen sehr erheblich hohen Satz für das Auslesen der Saatkartoffeln im Frühjahr gebe. Ich habe den Leuten gesagt: ich will euch daran beteiligen, ich bezahle einen viel höheren Betrag, als ihr früher bekommen habt, ich verlange nur, daß ihr so gut arbeitet, daß keine Beanstandung meiner Saatkartoffeln eintreten kann. Ich behalte vorläufig einen Pfennig pro Kiepe ein, der wird erst ausbezahlt, wenn die ganze Menge anstandslos geliefert worden ist. Das geht sehr gut, und darin liegt also eine Beteiligung meiner Arbeiter an diesen Erträgen, wie sie einfacher wohl kaum herbeigeführt werden kann. Ich meine aber auch, hier müßte die Forderung gestellt werden, daß da, wo regelmäßige Akkordlöhne für bestimmte Arbeiten gezahlt werden, dann auch die Möglichkeit gegeben wird, mindestens bis zu einem garantierten Mindestbetrage diese Akkordlöhne in den Tarifvertrag einzurechnen.

Die ganze heutige Lohnsteigerung wird ja für unsere Arbeiter auch eine etwas merkwürdige Schattenseite haben. Wir stehen jetzt unmittelbar vor der neuen Veranlagung zur Einkommensteuer. In meinem Kreise ist im Tarifvertrage das Einkommen des verheirateten Arbeiters auf 2450 M bei sehr niedriger Berechnung eingesetzt, ohne alle Akkordlöhne, ohne alles, was die Leute verdienen aus Gänseverkauf, aus Butterverkauf, aus Verkauf von Getreide zu höheren Preisen usw. Sie kommen also zweifellos heute auf weit über 3000 M. Nun wird man nach meiner Ansicht allerdings eins dabei berechnen müssen — ich habe veranlaßt, daß das bei uns bearbeitet wird —: man muß nach meiner Auffassung auch bei den Steuerveranlagungsbehörden durchsetzen, daß den Landarbeitern gestattet wird, dasjenige Geld — und das ist recht viel —, was sie heute für die bei der Arbeit nötigen Stiefel und Kleidungsstücke ausgeben, von ihrer Einnahme abzuziehen. Denn das ist notwendiges Handwerkszeug, das sie gebrauchen. Es kann nach meiner Auffassung nicht angängig sein, daß man sagt: alles, was du dafür ausgibst, ist persönlicher Bedarf von dir, — sondern hier muß ein Abzug möglich sein. Aber im übrigen wird die Steuer doch so hoch werden, daß, glaube ich, einem großen Teil unserer Arbeiter diese Frage noch sehr störend werden wird. Eine Reihe von Reklamationen sind jetzt schon durch meine Hände gegangen bei der Voreinschätzungskommission, deren Vorsitzender ich bin, und ich glaube, sie werden im nächsten Jahre Legion werden, sie werden alle reklamieren, und sie werden sehen, daß nun das kommt, was ich ihnen lange prophezeit habe: jetzt kommt die Schattenseite von der ganzen Sache, die Steuer.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch eins erwähnen. Wir müssen uns nach meiner Auffassung auf das allerernsteste dagegen verwahren, daß man etwa den Plan durchführt, der jetzt besteht, daß es den Inhabern der Landwirtschaft,

den Besitzern zur Pflicht gemacht werden soll, ihrerseits die Steuern von den Arbeitern einzuziehen.

(Zustimmung.)

Meine Herren, das ist wieder nur ein Mittel zur Verheßung

(Zustimmung)

und ein Druckmittel, welches man den Leuten in die Hand geben will, um nachher womöglich zu sagen: wenn du mir nicht die Steuern bezahlst, dann arbeite ich nicht mehr bei dir.

(Zustimmung.)

Wir sind keine Steuerezekutivebeamten und müssen es deshalb der Weisheit der Staatsregierung überlassen, wie sie die hohen Steuern einziehen kann. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Die Tarifverträge waren ja zunächst eine ziemlich zweischneidige Sache, und ich glaube, man muß sich bei den ganzen Tarifverträgen über eins klar sein. Es ist mir sehr erwünscht, sage ich ganz offen, durch den Tarifvertrag in meinem Kreise einen gewissen Anhalt zu haben: was kann ich heute meinen Arbeitern geben. Aber ich rischiere, daß einer meiner Nachbarn sofort die ganze Geschichte verdirbt; indem er seinerseits die vereinbarten Löhne überschreitet. Wir haben dabei wieder die schöne Erfahrung gemacht, die wir leider im landwirtschaftlichen Beruf oft genug machen — ich habe das oft so ausgedrückt: wir haben immer noch zu viel Schweinehunde unter uns,

(sehr richtig!)

und diese sind in erster Linie diejenigen Besitzer, die immer erst abwarten, was ihre Nachbarn geben, und dann plötzlich damit herauskommen: „Ich gebe so viel mehr.“

(Sehr richtig!)

Meine Herren, so viel Solidaritätsgefühl müßte nachgerade in der Landwirtschaft sein. Wir haben das früher schon im Spiritusgewerbe ziemlich gut durchgeführt, und da hat auch zeitweise ein sanfter gesellschaftlicher Wohlstand ganz gute Folgen gehabt, um die Herren zu überzeugen, daß man in dieser Weise nicht mehr arbeiten darf. Aber die Tarifverträge sind nun natürlich von den ganzen Agitatoren in den Gewerkschaften wesentlich dazu benutzt worden, die Landwirtschaft in den Löhnen so hoch zu schrauben, daß jetzt bereits die Grenze überschritten ist, bis zu welcher wir gehen können. Wir wissen ganz genau — die ersten Fälle sind bereits in Pommern aufgetreten —, daß die sozialdemokratischen Vertreter in dem Landarbeiterverband die Absicht haben, in den Tarifverträgen ihre Forderungen zu verdoppeln gegen das erste Jahr. Die ersten Verhandlungen in Pommern haben zu keiner Einigung geführt. Glücklicherweise sind die Forderungen von seiten der Besitzer abgewiesen worden, und bei dieser Gelegenheit ist zahlenmäßig nachgewiesen worden, was mir vor längerer Zeit auch schon aus den östlichen Kreisen der Provinz mitgeteilt worden ist, daß ein erheblicher Teil der Wirtschaften namentlich mit leichtem Boden nicht mehr in der Lage ist, bei den jetzt geltenden Löhnen weiter zu bestehen. Sie überschreiten bereits die Erträge der Wirtschaft; es ist nicht mehr möglich, damit auszukommen. Daraus ergibt sich schon ohne weiteres eine Forderung: die Verbindlichkeitsklausel, dahin gehend, daß der Tarifvertrag, der für einen landrätlichen Kreis geschlossen ist, für alle Wirtschaften gilt, kann nicht in diesem Umfange aufrecht erhalten werden, es müssen Ausnahmen bei

bestimmten Wirtschaftsverhältnissen zugelassen werden. Natürlich muß der Besitzer sehen, ob er Leute findet, die zu diesen Löhnen bei ihm arbeiten wollen. Aber wir würden eine große Zahl Wirtschaften in kürzester Zeit vollständig ruinieren, wenn wir diese Verbindlichkeitsklausel absolut durchführen wollten.

Wenn wir jetzt die Löhne noch weiter steigern, dann werden wir in aller kürzester Zeit auf einen Standpunkt kommen, wie er teilweise bei uns schon eingetreten ist, daß die Wirtschaftsbetriebe in ihrem Umfange und in ihrer Intensität aufs äußerste verringert werden. Ich hatte neulich ein paar meiner besten Bauern aus einem großen Bauerndorf bei mir, und wir sprachen über die Lohnfrage und die Forderungen der Knechte bei den Bauern. Der Bauer gibt bei uns im großen und ganzen sehr hohe Löhne an seine Knechte sowohl in bar als auch in Naturalien. Es werden neben der freien Verköstigung noch Kleidungsstücke gegeben, Hemd, Hose, ferner Wolle, Kartoffeln für die Familie usw. Der sehr verständige Gemeindevorsitzer sagte mir: „Wir haben unsern Knechten, wie sie jetzt mit neuen Forderungen kamen, erklärt: Wenn Ihr bei diesen Forderungen stehen bleibt, dann bitte vermietet Euch in einem andern Dorf, wir werden dann unsere Wirtschaften so einrichten, daß wir nur noch mit unseren Familienangehörigen arbeiten; das Übrige wird brach liegen bleiben; wir sind nicht mehr imstande, das durchzuführen.“ Hierin liegt eine ganz ungeheure Gefahr. Das wird sich erst recht ausdehnen auf die allerintensivsten Wirtschaften. Es wurde uns in diesen Tagen ein Beschluß der Kreisversammlung des Kreises Rügen-Franzburg mitgeteilt, wonach die sämtlichen Zuckerrübenbauer erklärt haben: wir lassen im nächsten Jahre die sämtlichen Zuckerrübenfabriken stehen, wir setzen augenblicklich am Morgen Rüben 200 M. zu, das können wir auf die Dauer nicht vertragen. Herr von Maltzahn wird wissen, daß eine große Zuckerrübenfabrik in Mecklenburg, Waren, schon auf Abbruch verkauft ist. Die Gefahr liegt sehr nahe, Maschinen usw. werden hoch verwertet, und wir werden mit unserer Zuckererzeugung im nächsten Jahre einen großen Rückgang erleben. Denn die Regierung hat natürlich wieder versäumt, ihre Entschlüsse rechtzeitig zu fassen und bekanntzugeben, und wer sich jetzt nicht schon auf Zuckerrübenanbau eingerichtet hat, kann es im nächsten Jahre nicht mehr machen. Es kommen die Düngerpreise hinzu. Wie mir ein Herr telephonisch mitteilt, bezahlt er für 300 Zentner schwefelsaures Ammoniak 19 000 M. Ja, meine Herren, wer kann das noch ausgeben? Ich habe neulich in der Konferenz beim Herrn Landwirtschaftsminister schon gesagt, daß ich selbst während des Krieges über dreihundert Morgen jährlich Winterroggen mehr gebaut habe, als in meiner Fruchtfolge steht, nur um mehr Brotkorn zu erzeugen; für dieses Jahr baue ich nicht einen Morgen Kartoffel — Roggen mehr infolge der hohen Löhne und Düngerpreise. Ich habe in diesen ganzen Kriegsjahren erheblich Gemüse gebaut, in diesem Jahre baue ich nicht einen Morgen mehr; ich habe nicht die Arbeitskräfte dazu. Ich wäre sonst mit meinen Arbeiten gar nicht fertig geworden, ich bin so schon im Rückstande geblieben. Das sind also Fragen, die bei den Tarifverträgen sehr gründlich erörtert werden müssen, wenn sie uns nicht in die allergrößten Schwierigkeiten bringen sollen.

Nun noch eine allgemeine Sache zu den Tarifverträgen. Ich komme dabei auf etwas, was ich an anderer Stelle einmal ausgeführt habe. Ich bedaure dabei, daß Herr Behrens heute nicht anwesend ist; es wäre mir sehr erwünscht gewesen, gerade ihm gegenüber von dieser Frage zu sprechen. Ich bedaure ferner, daß Herr Georg Schmidt, der Führer des Landarbeiterverbandes, die an ihn ergangene höfliche Einladung, hierherzukommen, in einer Form abgelehnt hat, die allerdings, wie es scheint, seinen gesellschaftlichen Sitten entspricht, die man hier bisher nicht gekannt hat, und ich kann auch nur bedauern, daß derselbe Herr Georg Schmidt

— was mir im übrigen persönlich völlig gleichgültig ist — mich neulich in der Preussischen Landesversammlung in einer Weise mit verleumderischen Behauptungen angegriffen hat, die eigentlich ein Mann in seiner Stellung nicht machen sollte, da er sich doch sagen muß, daß der Betreffende doch nicht so töricht ist, solche Schweinereien zu machen, wie er sie angegeben hat. Die Sache hat mit einem völligen Mißerfolge geendet. Aber es war mir doch sehr interessant, daß sofort nach der Rede der Reichsernährungsminister einen großen Apparat in Bewegung gesetzt hat: es mußte eine Kommission auf mein Gut reisen, um festzustellen, daß alles gelogen war, was der Herr behauptet hat.

Die ganze Sache mit den Gewerkschaften hat eine sehr ernste und traurige Seite. Ich halte den Grundgedanken der Gewerkschaften an sich für richtig. Die Gewerkschaften sind entstanden in der Industrie zu einer Zeit, als vielleicht die industrielle Arbeiterschaft vielfach, namentlich da, wo die persönlichen Unternehmungen in Aktiengesellschaften verwandelt waren, stark ausgebeutet wurde und wirklich nicht genügend bestehen konnten. Die Gewerkschaften haben der Arbeiterschaft die Mittel gegeben, um sich eventuell auch durch Arbeitseinstellung gegen eine schlechte Behandlung zu wehren. Aber bei alledem muß doch der Gewerkschaftsführer und müssen seine Leute sich darüber klar sein, daß es ein Denkfehler und ein wirtschaftlicher Fehler ist, wenn man einen Gegensatz grundsätzlich zu konstruieren sucht zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

(Sehr richtig!)

Denn nach meiner Auffassung können beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nur bestehen, wenn der Beruf, in dem sie gemeinsam arbeiten, blüht und sich dadurch die Möglichkeit ergibt, daß jedem sein Recht in möglichst weitgehendem Maße wird. Wenn nun aber der Kampf in diese Betriebe hineingetragen und damit eine Menge von Arbeit unmöglich gemacht wird, wenn ferner die Feindschaft sich durch die ganze Führung des Betriebes hindurchzieht, dann muß unbedingt der Betrieb dadurch leiden und dann müssen auch die Arbeiter darunter leiden, deren Interessen nicht so gewahrt werden können, wie bei friedlicher, geachteter Zusammenarbeit. In der Landwirtschaft ist es ja bisher besser gewesen. Namentlich im Osten, wo wir noch die Naturallöhne hatten, ist es dem landwirtschaftlichen Arbeiter klar geworden, daß seine Interessen mit denen seines Arbeitgebers Hand in Hand gingen. Ich fürchte nur, daß auch hier der Umschwung kommen wird, und daß dann auch die Interessen der Allgemeinheit, der Volksernährung, sehr viel schwerer leiden werden als schon bisher.

Meine Herren, es war mir sehr interessant, dieser Tage eine Zeitungsnotiz zu lesen, die diese Frage behandelt; ich darf sie vielleicht kurz verlesen:

Ein großer Teil der alten Gewerkschaftler, die durch jahrzehntelange opferreiche Arbeit die gewerkschaftliche Organisation aufgebaut und mit ihr gekämpft haben, ist so nach dem 9. November in eine immer schwierigeren Lage gekommen. Gegenüber der terroristischen Taktik der neuen „revolutionären“ Richtungen können sie ihre Stimme und ihren Rat nicht mehr wirksam geltend machen, ohne schwersten Beschimpfungen, wirtschaftlichen Schädigungen oder gar tätlichen Angriffen ausgesetzt zu sein. Sie sehen die Gewerkschaften immer schneller auf der schiefen Bahn zur parteipolitischen Organisation bergab rutschen und dabei immer ungeeigneter zur Führung des wirtschaftlichen Befreiungskampfes der Arbeiter werden.

Das Geheimnis des Erfolges bei Lohnbewegungen und wirtschaftlichen Streiks liegt in der Aufrechterhaltung des Grundsatzes der gewerkschaftlichen Disziplin und Solidarität. Diese kann aber nur gesichert werden, wenn der Streit das äußerste Kampfmittel bleibt und wenn seine Anwendung nach wie vor unter der Garantie und Verantwortlichkeit einer parteipolitisch neutralen gewerkschaftlichen Organisation geht. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das Verlassen dieses Bodens die Grundlage und Voraussetzung der Arbeiter-solidarität vernichtet und damit die gewerkschaftliche Organisation und Einigkeit zertrümmern muß.

Meine Herren, wenn Sie mich fragen, welches Blatt dies geschrieben hat, dann werden Sie voraussichtlich annehmen, es ist die Deutsche Tageszeitung gewesen. Sie denkt gar nicht daran; es hat der Vorwärts geschrieben.

(Seiterkeit.)

Ich halte es für sehr bezeichnend, daß auch hier in der letzten Stunde die Erkenntnis noch gekommen ist, um was es sich heute dreht; und deshalb bedauere ich gerade das Nichterscheinen des Herrn Franz Behrens. Ich hätte gern mit ihm hier noch besonders über dieses Thema gesprochen. Herr Franz Behrens führt die christlichen Gewerkschaften. Das Christentum ist die Religion der Liebe, und ich sollte meinen, daß die christlichen Gewerkschaften, wenn sie ihre Aufgabe in idealem Sinne und im Sinne der Allgemeinheit fassen, in allererster Linie auch die Pflicht haben, nun das zu sorgen, daß frivole Lohnkämpfe, Schädigungen im Betriebe, Schädigungen der Allgemeinheit und nicht zuletzt Schädigungen der Arbeiter selbst nach Möglichkeit vermieden werden. Ich bin auch fest überzeugt, daß Herr Behrens, der ja Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, also auf einem politischen Boden steht, der uns allen durchaus sympathisch ist, persönlich das Beste will und zu erreichen sucht; aber ich glaube, es werden hier auch Herren aus dieser Versammlung, z. B. Herr von Oldenburg, bestätigen können, daß die Gehilfen, die er hinausdrückt, die Agitatoren, denn doch teilweise in einer Weise geheßt haben und Forderungen gestellt haben, die vielfach noch über das hinausgegangen ist, was die freien Gewerkschaften darin geleistet haben. Wir sind solche Nachrichten zugegangen aus der Weichsel- und Rogat-Niederung, wo geradezu wahnsinnige Forderungen aufgestellt worden sind. Wir haben dieselbe Sache in Boppommern erlebt, und ich kann daher nur beklagen, daß Herr Behrens nicht in der Lage gewesen ist, seine Unterbeamten in besserer Zucht zu halten, um Verartiges zu verhüten. Meine Herren, wenn wir uns die Agitatoren ansehen, die der Landarbeiterverband heute draußen hat, so ist es ja vollkommen klar, daß es sich bei der ganzen Arbeit dieser Herren nur darum handelt, parteipolitische Propaganda zu treiben ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schädigungen, die dadurch herbeigeführt werden.

(Sehr richtig!)

Wir sind demgegenüber vollkommen machtlos. Wenn Herr Landrat Rotberg heute sagte, daß die Ansiedler, welche die Herren dort ins Moor und in die See bekommen, zunächst Kinder sind und auf lange Zeit noch bleiben, so kann ich demgegenüber auch nur sagen, daß auch unsere Leute auf dem Lande, unsere Arbeiter, bisher vollständige politische Kinder sind. Ich habe es bei mir glatt hintereinander erlebt, daß meine sämtlichen Arbeiter auf meinen beiden Gütern sich zuerst dem Pommerischen Landbunde in der Arbeitnehmergruppe angeschlossen haben, und daß sie dann ein paar Wochen später, als der sozialdemokratische Agitator zwei Stunden früher kam als der Redner vom Landbunde, alle in den Landarbeiter-

verband eintraten. Inzwischen wurde mir zu meiner Befriedigung wieder gesagt, daß voraussichtlich der Herr vom Landarbeiterverband, der übrigens auch die schönen Nachrichten an Herrn Schmidt geliefert hat über meine Verfehlungen, sich wohl nicht mehr sehen lassen dürfte, weil jetzt die Haselruten ausgereift seien, mit denen er vielleicht unangenehme Bekanntschaft machen könnte.

(Seiterkeit.)

Ein ganz guter Erfolg; aber wir müssen uns von der Bearbeitung der Arbeiter in dieser Frage vollständig fern halten, weil nichts damit erreicht wird. Ich sollte aber meinen, daß ein Gewerkschaftsführer wie Herr Behrens doch jetzt wohl Veranlassung hätte, wo der Landarbeiterverband in immer schrofferer Form nur noch parteipolitisch arbeitet, sich mit der Vertretung der Landwirtschaft, der Arbeitgeber, in Verbindung zu setzen, auch wenn irgend möglich, die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Wirtschaftsverbände mit heranzuziehen, um dafür zu sorgen, daß wir uns in gemeinsamer Arbeit erst einmal den Kopf darüber zerbrechen: wie sorgen wir für die Allgemeinheit, und wie schädigen wir nicht den landwirtschaftlichen Betrieb, auf den doch alles heute ankommt.

Meine Herren, das sind die Hauptpunkte, die ich Ihnen zur Frage der Landarbeitsordnung vorzutragen habe. Die übrigen Paragraphen ausführlich zu erwähnen ist nicht notwendig. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß eigentlich von Rechts wegen auch eine Strafbestimmung darin sein müßte für den Bruch des Vertrages. Das ist natürlich nicht erfolgt. Wir stehen dem ja ziemlich machtlos gegenüber, und leider sind wir ja heute so weit gelangt, wenigstens bei uns ist die Erfahrung schon vielfach gemacht: wenn wir heute einen Tarifvertrag schließen, dann kommt morgen ein Hecker und übermorgen wird der Tarifvertrag gebrochen.

(Sehr richtig!)

Ich habe deshalb auch schon den Herren von den Gewerkschaften in anderen Verhandlungen gesagt: Meine Herren, es hat ja gar keinen Zweck, mit Ihnen zu verhandeln, denn wir sehen jetzt das ist auch das, was der Fortwärts in diesem Artikel ausspricht: die Gewerkschaftsführer haben längst die Fäden aus den Händen verloren, und die wilde Agitation geht über sie hinweg. Das Unheil ist eben das — das ist der Fluch jeder demokratischen Richtung und Regierung —, daß sie sich die Gunst der Massen nur dadurch erhalten kann, daß sie fortgesetzt größere Versprechungen macht, daß einer den andern überbietet.

(Sehr richtig!)

Damit kommen wir schließlich auf ein Niveau, wo nicht mehr weiter zu arbeiten ist; und wir stehen heute an der Grenze dessen, was noch wirtschaftlich zulässig ist. Meine Herren, die Landwirtschaft muß nach meiner Auffassung geschlossen zusammenstehen, wenn sie überhaupt noch in der Lage sein soll, in größerem Umfang Nahrungsmittel für unser Volk zu erzielen. Das ist die Klippe, an der wir sonst vollkommen scheitern werden. Ob es möglich sein wird, mit den christlichen Gewerkschaften und mit den ihnen nahe stehenden, den sogenannten wirtschaftsfriedlichen, zu einer Verständigung zu kommen, lasse ich dahingestellt sein. Ich fürchte, daß auch die christlichen Gewerkschaften doch vielleicht schon zum Teil in das Fahrwasser hineingekommen sind, aus dem sie dann so leicht nicht mehr herauskommen können; aber wenn sie sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe besinnen, müssen sie nach meiner Meinung aus ihm herauskommen suchen.

Run ist es ja für uns sehr bedauerlich, daß auch von der heutigen Staatsregierung alles getan wird, diese Bestrebungen zu fördern, und ich möchte gerade

im Anschluß an das, was wir eben hier namentlich von Herrn Geheimrat Semmler gehört haben, noch darauf hinweisen, daß ja auch in diesen Fragen das wirksamste Mittel für die Sozialisierung unserer Betriebe liegt. Man hat uns immer wieder jetzt gesagt: „Die Landwirtschaft sozialisieren? Wir denken gar nicht daran.“ Indirekt soll sie sozialisiert werden, indem man die Bedingungen für die Arbeitsverhältnisse so stellt, daß sie nicht mehr durchführbar sind, daß schließlich der Arbeiter derjenige ist, der entscheidet, der die Erträge der Wirtschaft hat, daß der bisherige Besitzer die Wirtschaft überhaupt nicht mehr weiterführen kann; so will man sein Ziel erreichen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, der mir zur Besprechung gestellt ist, zu dem Tarif, den der Landwirtschaftsminister mit den Forstarbeitern abgeschlossen hat. Es war eine überaus feine Berechnung, daß man nun auch wieder gegenüber allen Maßnahmen mit den Tarifverträgen einen Weg findet, um die Schraube ohne Ende von neuem anzusetzen. Es ist mir von großem Interesse gewesen, eine diesbezügliche Korrespondenz in die Hände zu bekommen. Der Bund der Landwirte hatte sich vor kurzem an den Landwirtschaftsminister gewandt und gesagt, es wäre mitgeteilt worden, daß man die Forstarbeiter aus dem Rahmen der übrigen landwirtschaftlichen Arbeiter herausnehmen und der Gewerbegesetzgebung unterstellen wolle. Darauf ist von dem Landwirtschaftsminister unter dem 22. November geantwortet worden:

Ich teile die Auffassung, wonach eine Scheidung der forstwirtschaftlichen von den landwirtschaftlichen Arbeitern nicht angängig sein wird. Auch meines Erachtens liegt es in der Natur der Verhältnisse, daß die Forstarbeiter, welche meist aus dem landwirtschaftlichen Kleinbesitz kommen und den Landarbeitern sozial und wirtschaftlich sehr ähnlich gestellt sind, einheitlich mit den Landarbeitern behandelt werden. Bei der Beratung werde ich diesen Standpunkt vertreten.

Meine Herren, wie sich damit der Tarif verträgt, den der Landwirtschaftsminister nun mit dem Deutschen Landarbeiterverband und den Christlichen Gewerkschaften abgeschlossen hat, das zu verstehen, dazu bin ich zu dumm. Der Herr Landwirtschaftsminister hat einen Tarif abgeschlossen, in dem es heißt:

Zwischen der Forstverwaltung des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten als Arbeitgeberin für den Bereich der preussischen Staatsforsten, Berlin, dem Deutschen Landarbeiterverband, Berlin, und dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, Bielefeld, wird für die Arbeitnehmer folgender Vertrag abgeschlossen und darin wird in § 1 gesagt:

Vertragsparteien sind die Forstverwaltung des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin, einerseits und andererseits der Deutsche Landarbeiterverband und der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands

und dann heißt es:

Die Forstverwaltung verpflichtet sich, den Arbeitnehmern für die Dauer des Vertrages nicht ungünstigere als die in der Anlage aufgeführten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren; sie wird ferner den Nichtorganisierten keine günstigeren Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen gewähren, wie den Mitgliedern der vertragsschließenden Verbände.

Dann kommt eine Bestimmung, die schon sehr klar zeigt, wohin der Weg geht:

Auf Rechte, die sich aus den in diesem Vertrage getroffenen Vereinbarungen ergeben, haben nur die in den vertragsschließenden Verbänden organisierten Mitglieder Anspruch. Der Vertrag begründet keine Rechte zugunsten Dritter.

Ich komme auf die Bestimmung gleich noch zurück.

Nun ist den einzelnen Regierungen überlassen, in ihren Bezirken die Verträge zu schließen und auch in den Bezirken einzelne Lohnklassen einzurichten. Es liegen mir zwei solche Regierungsverfügungen vor aus zwei pommerschen Bezirken. In beiden ist gleichmäßig ausdrücklich den Forstrevierverwaltern gesagt worden, daß die höheren Löhne, die jetzt auf Grund des Tarifvertrages festgesetzt werden, bis zum 1. Juli rückwirkende Kraft haben, daß aber diese rückwirkende Kraft wiederum selbstverständlich nur eintritt für diejenigen Forstarbeiter, die den beiden genannten Verbänden angehören, — also, meine Herren, ein Agitationsmittel für diese beiden Verbände, wie es kräftiger wirklich nicht gefunden werden kann. }

Dann zunächst die Lohnforderungen. Hier sagt die eine Regierung:

Die heute hier mit dem Vertreter des Landarbeiterverbandes und 5 Arbeitervertretern geführten Verhandlungen zur Festsetzung des neuen Lohntarifes sind gescheitert, da die Vertreter von ihren übermäßig hohen Forderungen — 1,80 bzw. 1,60 M Stundenlohn für über 18 jährige Arbeiter in der I. und II. Lohnklasse nicht abgehen wollten.

Infolgedessen hat die Regierung zunächst selbständig die Lohnsätze festgestellt. Diese Lohnsätze betragen auch heute noch zwischen 1,50 bis 1,20 und 0,90 M für die 3 Klassen für Arbeiter über 18 Jahre während bisher 55 P gezahlt wurden.

Wenn nun diese Löhne jetzt durchgeführt werden, so ergibt sich ganz von selbst daraus, daß mit einem Schlage die sämtlichen Privatforsten derselben Gegend ebenfalls dieselben Löhne ausgeben müssen, sonst haben sie keine Arbeiter; und wie ich vorhin schon bemerkte: es ergibt sich ohne weiteres daraus, daß nun auch die sämtlichen Landarbeiter in dem Bezirk dieselben Löhne verlangen werden; und das, meine Herren, wäre eben die weitere Steigerung, von der ich schon sprach, die für uns nicht mehr erträglich ist, wenn nicht unser ganzes Ernährungsweisen, unsere ganze landwirtschaftliche Erzeugung zusammenbrechen soll.

Nun enthält der Vertrag des Herrn Ministers mit diesen beiden Verbänden noch eine sehr hübsche Bestimmung über die Schlichtung der Streitigkeiten. Es wird bei Streitigkeiten, wenn der Schlichtungsausschuß in den einzelnen Bezirken nicht imstande ist, die Sache in Ordnung zu bringen, Berufung eingelegt an einer Einigungsstelle beim Ministerium, die wiederum nur zusammengesetzt ist aus Vertretern der Forstverwaltung und der beiden genannten Gewerkschaften.

(Hört, hört!)

Also, meine Herren, diese Entscheidung würde nun nach meiner Auffassung auch Geltung haben für alle Lohnstreitigkeiten in den privaten Forstbetrieben. Wir würden damit der Jurisdiktion der beiden Gewerkschaftsverbände vollkommen unterstellt sein.

Ich bin also der Ansicht, daß wir unter allen Umständen erklären müssen, daß dieser Tarif, wie ihn der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Preußen mit den beiden Arbeiterverbänden aufgestellt hat, für uns vollkommen unannehmbar ist, daß er den Keim für einen weiteren Umsturz unserer ganzen heutigen Lohnverhältnisse enthält und diese auf einen Standpunkt bringt, bei dem wir vollkommen wirtschaftlichen Schiffbruch leiden müssen; und ich habe

mir deshalb auch erlaubt, in den Vorschlag, den ich Ihnen für einen Antrag gemacht habe, diese Bemerkung aufzunehmen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch ein ganz kurzes allgemeines Wort. Es war mir sehr erfreulich, daß auch durch die Rede des Herrn Geheimrats Semmler die Aufforderung an die Landwirtschaft erging zur Einigkeit. Darüber ist sich heute im deutschen Volke alles klar bis ganz weit in die sozialdemokratischen Kreise hinein, daß ein Wiederaufbau unseres ganzen zerrütteten Wirtschaftslebens und unseres Staatslebens nur erfolgen kann auf Grund der Landwirtschaft; und, meine Herren, es liegt ja auch für uns vollständig klar. Es kam mir jetzt wieder in Erinnerung ein großer Angriff, der mir seinerzeit beschieden worden ist in einer Kommission, in die ich sehr ungern gegangen war, in der Reichsbankenquete-Kommission. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß der einzige Beruf, der neue Werte schafft, ohne vorhandene Werte auszubeuten und umzusetzen, die Landwirtschaft ist.

(Sehr richtig!)

Sie beutet den Boden nicht aus, sondern sie bereichert ihn, indem sie die Naturkräfte für die Erschaffung neuer Erzeugnisse nutzbar macht, während die Industrie in allen ihren Stadien vorhandene Bodenschätze oder andere Rohstoffe ausbeutet und in ihrem Bestande verringert und damit immerhin einen Teil des vorhandenen Rationalvermögens aufbraucht; in der heutigen Lage kommt es doch aber in erster Linie darauf an, daß wir Werte von daher erzeugen, wo wir sie ohne weitere Schädigung unseres Rationalvermögens herbekommen können; und hier ist die Landwirtschaft der einzige Beruf, der das machen kann.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, wenn wir nicht dahin kommen, daß wir in kürzester Zeit unsere Volksernährung vom Ausland unabhängig machen, dann stehe ich allerdings unserer Zukunft sehr skeptisch gegenüber, dann ist nach meiner Meinung die Hungersnot unausbleiblich, wie sie schon heute in Österreich ist, und dann wird der vollkommene bolschewistische Zusammenbruch in unserm Lande auch ohne weiteres kommen. Darum halte ich es für meine Aufgabe, wie ich das neulich bereits bei der Konferenz beim Landwirtschaftsminister ausgeführt habe, immer wieder darauf hinzuweisen und jetzt der Öffentlichkeit klar zu machen — ich bitte Sie alle, das auch zu tun —: an der Arbeiterfrage hängt alles, und wenn sie nicht so gelöst wird, daß unsere Betriebe ruhig weitergeführt werden können, zu dem höchsten Stande der Erzeugung gebracht werden können, dann bricht damit die gesamte Volksernährung, die gesamte Zukunft Deutschlands zusammen.

(Sehr richtig!)

Dieser Augenblick muß ausgenutzt werden, weil gerade jetzt die Bevölkerung zum erstenmal einseht, daß unsere Ernährung doch zweifelhaft wird und wir voraussichtlich nicht übersehen können, ob wir durch diesen Winter überhaupt hindurchkommen. Ich möchte Sie noch einmal bitten: Seien Sie sich über den Ernst der Stunde vollkommen klar. Es dreht sich um das Weiterbestehen der deutschen Landwirtschaft und damit um das Weiterbestehen und die Zukunftsmöglichkeiten des deutschen Volkes!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Als letztem der Berichterstatter danke ich unserm langjährigen Mitarbeiter und Freunde Freiherrn von Wangenheim dafür, daß er das Referat zu dieser so wichtigen Frage übernommen hat, und ich freue mich, bei dieser Gelegenheit in Übereinstimmung mit Ihnen allen konstatieren zu dürfen, daß weder die Feier des 70. Geburtstages noch der schwere Schicksalsschlag, der ihn betroffen

hat und an dem wir alle mit Bedauern teilgenommen haben, ihn beeinträchtigt hat in seiner Tatkraft und dem Interesse für das Wohl der Landwirtschaft, das er uns hoffentlich auch noch viele Jahre hindurch weiter betätigen wird.

(Bravo!)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion. Als erster Redner hat das Wort Herr von Ritzing.

Geh. Regierungsrat von Ritzing-Nieder-Bauche: Ich bin Herrn von Wangenheim dankbar für zwei Hinweise, der erste ist der, daß die Gewährung eines ausreichenden und steigenden Akkordlohnes eine Beteiligung am Ertrage darstellt; das ist richtig und ich meine, daß wir dies Moment auch in der Öffentlichkeit unbedingt ausnutzen müssen. Herr von Wangenheim hat ferner darauf hingewiesen, daß die Arbeiter zweifelsohne aufwachen werden, wenn es jetzt zum Steuerzahlen kommen wird; sie werden noch mehr aufwachen, wenn die Gutsbezirke alsdann den Gemeindebezirken überwiesen werden. Es ist Ihnen ja wohl bekannt, daß wir Besitzer des Gutsbezirks jetzt nicht qua usu, sondern sogar qua loge die Kommunalsteuern unserer Arbeiter zahlen. Das hört mit dem Augenblick auf, wo die Arbeiter mit uns zusammen in die Gemeinde überführt werden. Dann werden sie ihre Steuern selbst zu zahlen haben, und dann wird ihnen die hohe Steuerlast doppelt wehe tun.

Ich möchte meinerseits auch einen Wink aus der Praxis geben. Wir haben manchmal Gehöfte, die unsere Väter und Urväter aufgebaut haben, ein bißchen eng, sehr massiv usw., und gerade bei solchen Höfen verfügen wir nicht selten über unpraktische und kleine Scheunen; ich baue jetzt eine solche in Wohnungen um; das verbilligt die Wohnungsbeschaffung. Mit den Forstarbeitertarifen, die der Landwirtschaftsminister herausgegeben hat, wird schwerer Unfug getrieben. Wir stellen uns in Schlesien auf den Standpunkt: man soll die Forstarbeitertarife an die Landarbeitertarife derart anlehnen, daß man den Forstarbeitern 15% Zuschlag zubilligt, dann hat man eine gesunde Grundlage. Diesen Zuschlag wird man zubilligen müssen, denn die Forstarbeit ist teilweise schwerer, und die Kleiderabnutzung ist stärker.

Den Stundenlohn halte ich bei Forst- wie Landarbeitern für bedenklich.

Im übrigen ist im Notfall unsere Position den Forstarbeitern gegenüber immerhin doch noch etwas günstiger als den Landarbeitern gegenüber. Denn der Baum verfault nicht gleich auf dem Stamm, wenn er nicht gehauen wird; aber das Getreide, das nicht gemäht wird, verdirbt.

Auch bei uns haben die Arbeitnehmerverbände von dem Provinzialarbeitgeberverband für das Jahr 1920/21 Löhne in doppelter Höhe wie im laufenden Jahr verlangt. Der Provinzialarbeitgeberverband ist demgegenüber fest geblieben, die Verhandlungen haben sich zerschlagen, und man scheint doch jetzt auch auf der andern Seite etwas zur Vernunft, d. h. zu der Anschauung gekommen zu sein, daß diese höheren Löhne nicht bewilligt werden können, wenn nicht mit der Provinzwirtschaft stärker abgebaut wird und dadurch die Einnahmen auch den wachsenden Ausgaben entsprechend höher werden. Wir haben uns beim ersten Ansaß des Kampfes zweifelsohne in vielen Gegenden überraschen und überrennen lassen.

(Zustimmung.)

Das darf sich unter keinen Umständen wiederholen; um so weniger, meine Herren, als ich wenigstens für weite Gegenden meiner Provinz feststellen muß, daß wir in diesem Jahre mit keinerlei Überschuß arbeiten werden, allerdings machte die Provinz Schlesien im großen und ganzen, mit Ausnahme einzelner Striche, eine

schlechte Ernte, überall kommt die Klage ein, man käme aus den Vorschüssen bei den Banken nicht heraus. Ich selbst bin bei mir auch überzeugt, viele werden mit einem Defizit in diesem Jahre arbeiten. Deshalb, meine Herren, rate ich ganz entschieden: Seien Sie stark, lassen Sie sich nicht düpieren von den provinziellen Gauleitern der Arbeitnehmerverbände, die teilweise erheblich über den Rahmen dessen hinausgehen, was die Führer an der Zentrale verlangen; dann allein werden wir mit Erfolg ihren Angriffen Widerstand leisten können.

Kammerherr von der Wense: Der Vertrag, den der Landwirtschaftsminister mit den beiden Arbeiterverbänden am 20. September abgeschlossen hat, hat auch die Interessenvertretung des Nichtstaatswaldes sehr lebhaft beschäftigt, und zwar nicht nur weil es in der Natur der Sache liegt, daß, wenn die staatliche Forstverwaltung exorbitant hohe Löhne zahlt, das auch seine Wirkung auf die benachbarten nichtstaatlichen Forsten haben muß, sondern auch deshalb, weil in diesem Vertrage ausdrücklich vorgesehen ist, daß der Arbeitsminister befugt ist, diesen Vertrag für alle, also auch für die Nichtstaatsforsten und für die Arbeiter, die nicht den Verbänden angehören, verbindlich zu machen. Das ist ganz außerordentlich gefährlich. Der Vertrag hat eine ganze Menge sehr bedenkliche Bestimmungen. Zunächst ist darin auch der 8-Studentag festgelegt. Das ist ja nun bei der Forstwirtschaft nicht so gefährlich wie bei der Landwirtschaft, weil einmal die hauptforstliche Arbeit im Afford sich vollzieht und da natürlich diese Bestimmungen nicht gelten. Außerdem ist die Hauptarbeit im Winter, wo man sowieso nicht viel länger als 8 Stunden arbeiten kann. Aber, meine Herren, es ist prinzipiell so falsch. Anstatt daß in unserer jetzigen Wirtschaftslage, wo wir alle vom Minister herunter bis zum letzten Handlanger arbeiten müssen, daß uns das Blut aus den Fingern spricht, die Arbeitszeit erhöht wird, wird sie überall heruntergesetzt.

Nun sind bei uns z. B. in Hannover und in verschiedenen anderen Gegenden die Vertreter der Arbeiterverbände schon davon ausgegangen, daß die Forstarbeiter nicht ländliche Arbeiter seien, sondern gewerkschaftliche Arbeiter. Das ist eine Basis, auf der man überhaupt nicht verhandeln kann. Ich habe insolgedessen, wie neulich hier die Sitzung des Reichswirtschaftsrats war, die Vertreter des Landarbeiterbundes — das war der von Herrn von Wangenheim vorhin erwähnte Herr Schmidt, und der Redakteur Jaß — daraufhin gestellt und gefragt, wie ihr Standpunkt in dieser Beziehung wäre. Sie haben mir dann erklärt, sie dächten nicht daran, die Forstarbeiter als gewerkschaftliche Arbeiter behandelt sehen zu wollen, sondern sie wären durchaus damit einverstanden, wenn die forstlichen Arbeiter auf Grund der zwischen den Arbeitgebern und den Arbeiterverbänden geschlossenen Tarifverträge entlohnt würden mit einem Zuschlag für forstliche Arbeiter, der ja nötig ist, wie Herr von Klitzing das schon angeführt hat, weil die Leute im Winter manche Arbeitsstage verlieren und schwerere Arbeit haben, größeren Verbrauch an Stiefeln und Kleidung; also wenn man ihnen etwa 15% zulegte, dann würde das genügen. Also auf diesem Standpunkt müssen wir unbedingt fest stehen.

Nun ist dieser Vertrag ja ein Rahmenvertrag, und einer der wichtigsten Punkte, die Festsetzung der Höhe der Löhne, ist den einzelnen Regierungen überlassen. Da sind nun die Oberforstmeister in einer sehr schwierigen Lage. Auf der einen Seite werden sie bedrängt von den Arbeiterverbänden, und als Rückhalt haben sie das jetzige Landwirtschaftsministerium.

(Weiterkeit.)

Insolgedessen sind zum Teil, oder soweit wie ich gehört habe, fast überall Löhne bewilligt von ganz exorbitanter Höhe, 1,75 M, 2 M Stundenlohn; ein Oberforst-

meister hat den Leuten erklärt, sie könnten ruhig 3 *M* Stundenlohn fordern, den könnten sie auch kriegen. Das sind ja nun Löhne, die wir unter keinen Verhältnissen geben können. Es muß darauf hingewiesen werden, daß zunächst die in den Staatsforsten an die Waldbarbeiter gegebenen Löhne ihre Auswirkung auch haben auf die Arbeiter in den Privatforsten und auch ihre Auswirkung auf die ländlichen Arbeiter; und wenn diese Auswirkung kommt, dann, meine Herren, haben wir die organisierte Hungersnot.

Geh. Regierungsrat Professor Dr. Gemmler (Breslau): Nur zwei Worte! Herr von Wangenheim erwähnte vorhin die Abmachung zwischen Regierung und Forstarbeitern; da ich diese Bestimmung für undurchführbar halte, ist anzuraten, daß wir in der Beziehung eine Anfrage an die Nationalversammlung richten: wie stellt sich die Regierung dazu? Denn damit würde die Sache zu Fall gebracht werden.

Geh. Regierungsrat von Aliging-Nieder-Bauche: Ich bin sehr oft dem Einwand begegnet, und zwar geht er auch von den Gewerkschafts- und den Waldbarbeitern aus: die Holzpreise seien jetzt so abnorm hoch, daß die hohen Waldbarbeiterlöhne bewilligt werden könnten. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir uns dadurch nicht irreführen lassen sollen. Man kann nicht einen Betriebszweig allein herausnehmen, sondern der Betrieb ist ein Ganzes und muß als Ganzes behandelt werden.

Berichterstatter Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel: Damit ich nicht nachher von seiten des Preussischen Landwirtschaftsministeriums angegriffen werde, will ich pflichtmäßig noch darauf hinweisen, daß der 8 stündige Arbeitstag in dem Vertrage auch überschritten wird, während der Pflanzzeit können 10 Stunden genommen werden. Ich habe absichtlich die Frage der Arbeitgeberverbände hier nicht berührt, um unsere Beratung nicht zu lange hinauszuziehen; aber es ist vielleicht gut, wenn ich Ihnen mitteile, daß der Herr Gewerkschaftsführer Georg Schmidt gestern in einem wiederum sehr hübsch stilisierten Brief dem Reichsausschuß mitgeteilt hat, daß er auf jede weitere Verhandlung über eine Arbeitsgemeinschaft, sowohl engere als auch weitere, verzichte; und Sie werden daraus sehen, daß wir auch mit den Arbeitgeberverbänden und ihren Verhandlungen mit den Gewerkschaftsverbänden nicht weiterkommen, daß wir uns in vollster Einigkeit ganz auf eigene Füße stellen müssen. Das allerdings ist die größte Aufgabe, die wir haben. Denn wenn wir das jetzt noch fertig bekommen, wenn wir uns fortwährend um Kleinigkeiten streiten, dann kommen wir rettungslos unter den Schlitten.

(Sehr richtig!)

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Leitsätze des Berichterstatters Herrn Freiherrn von Wangenheim. Abänderungsanträge sind nicht gestellt. Die Leitsätze liegen in der Drucksache 7 vor. Ich darf wohl Ihr Einverständnis voraussetzen, daß wir über die ganzen Leitsätze in einer Abstimmung entscheiden. Ich bitte diejenigen Herren, die mit den Leitsätzen nicht einverstanden sind, die Hand erheben zu wollen. — Das geschieht nicht; die Leitsätze sind einstimmig angenommen.

Beschluß:

1. Die vorläufige Landarbeitsordnung hat sich in wichtigen Bestimmungen als gefährdend für die Volksernährung erwiesen. Sie bedarf deshalb einer grundsätzlichen Abänderung.

2. Der Tarifvertrag zwischen der Forstverwaltung des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einerseits, dem Deutschen Landarbeiterverband und dem Zentralverband der Land-, Forst und Weinbergarbeiter Deutschlands andererseits vom 20. September 1919 stellt eine einseitige Begünstigung der freien Gewerkschaften dar und muß zu einer erneuten, nicht mehr erträglichen Lohnsteigerung nicht nur in den Privatforsten, sondern in den gesamten landwirtschaftlichen Betrieben führen.

Es muß gefordert werden, daß:

1. die Tarifverträge für die Landwirtschaft und alle ihre Nebenbetriebe gleichmäßig aufgestellt werden,
2. Ausnahmen für besonders ungünstige Boden- und Wirtschaftsverhältnisse möglich sind,
3. eine Bevorzugung einzelner Verbände unterbleibt.



